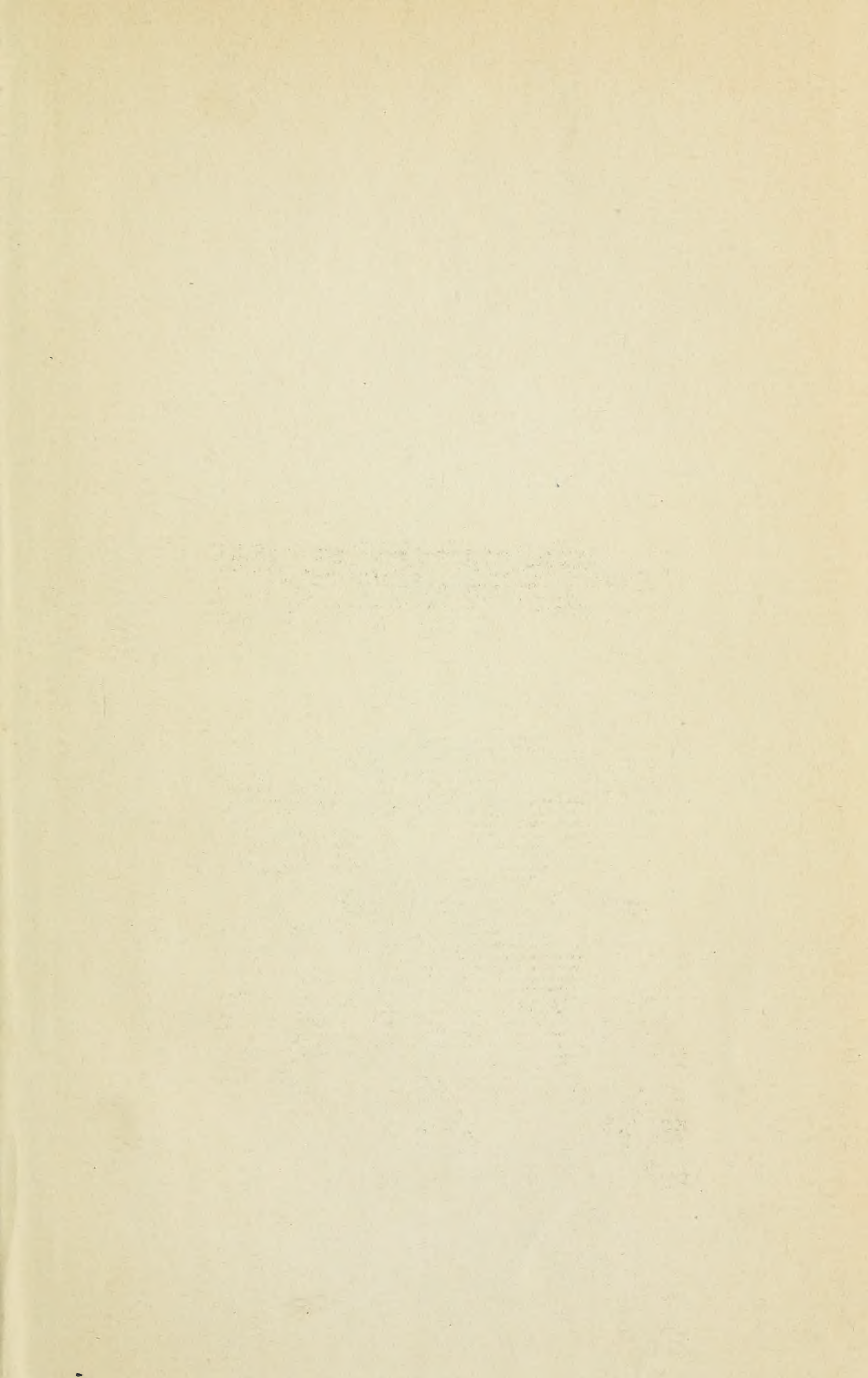
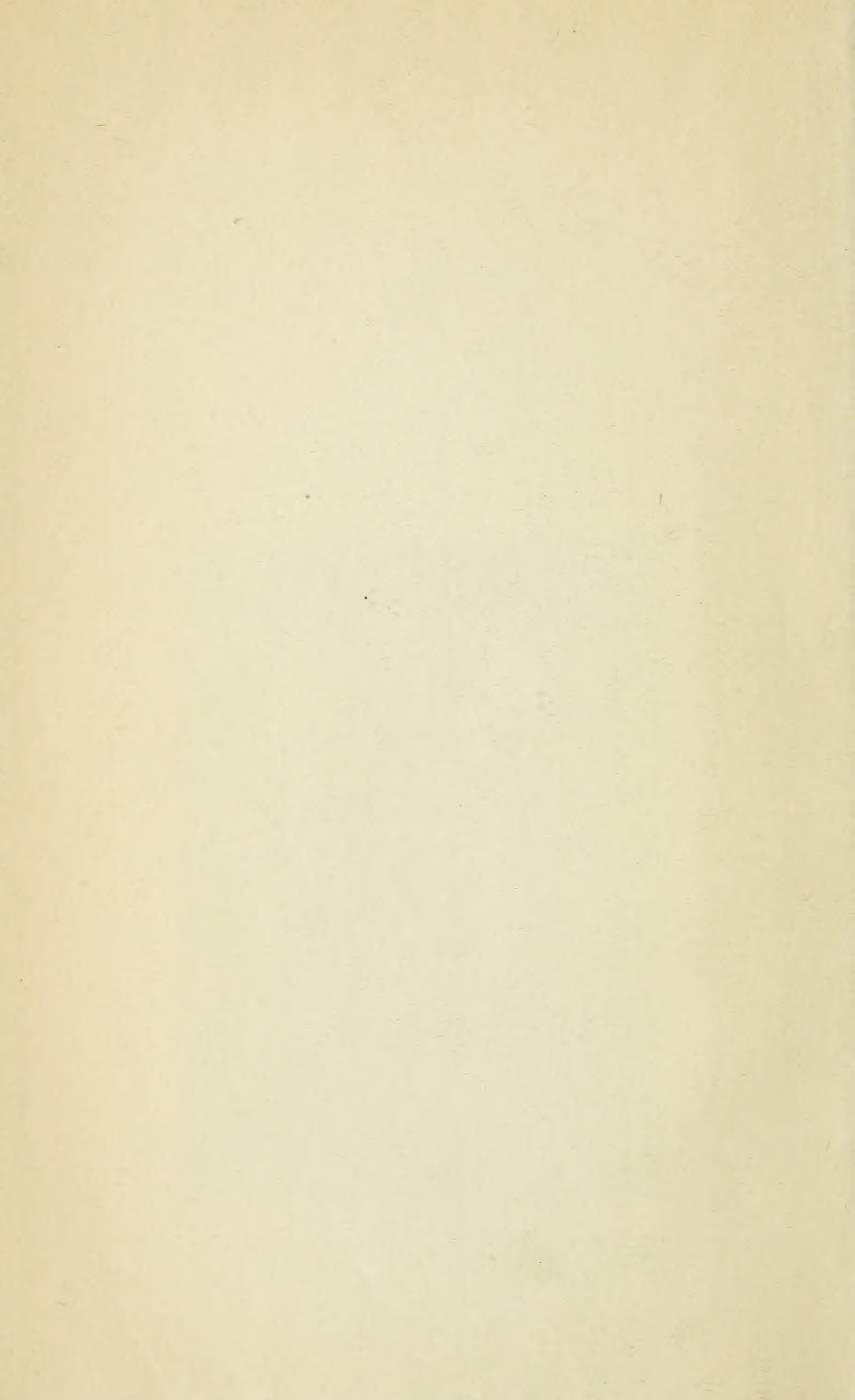
LASSALLE

GESAMMELTE REDEN UND SCHRIFTEN


EX LIBRIS DR. ALFRED PLATZ





SoS
L3464B

629982
28.2.56



FERDINAND LASSALLE

GESAMMELTE REDEN UND SCHRIFTEN

HERAUSGEGEBEN
UND EINGELEITET
VON

EDUARD BERNSTEIN

VOLLSTÄNDIGE AUSGABE
IN ZWÖLF BÄNDEN

VERLEGT BEI PAUL CASSIRER, BERLIN
1919

FERDINAND LASSALLE

GESAMMELTE REDEN UND SCHRIFTEN

HERAUSGEGEBEN
UND EINGELEITET
VON

EDUARD BERNSTEIN

DRITTER BAND:

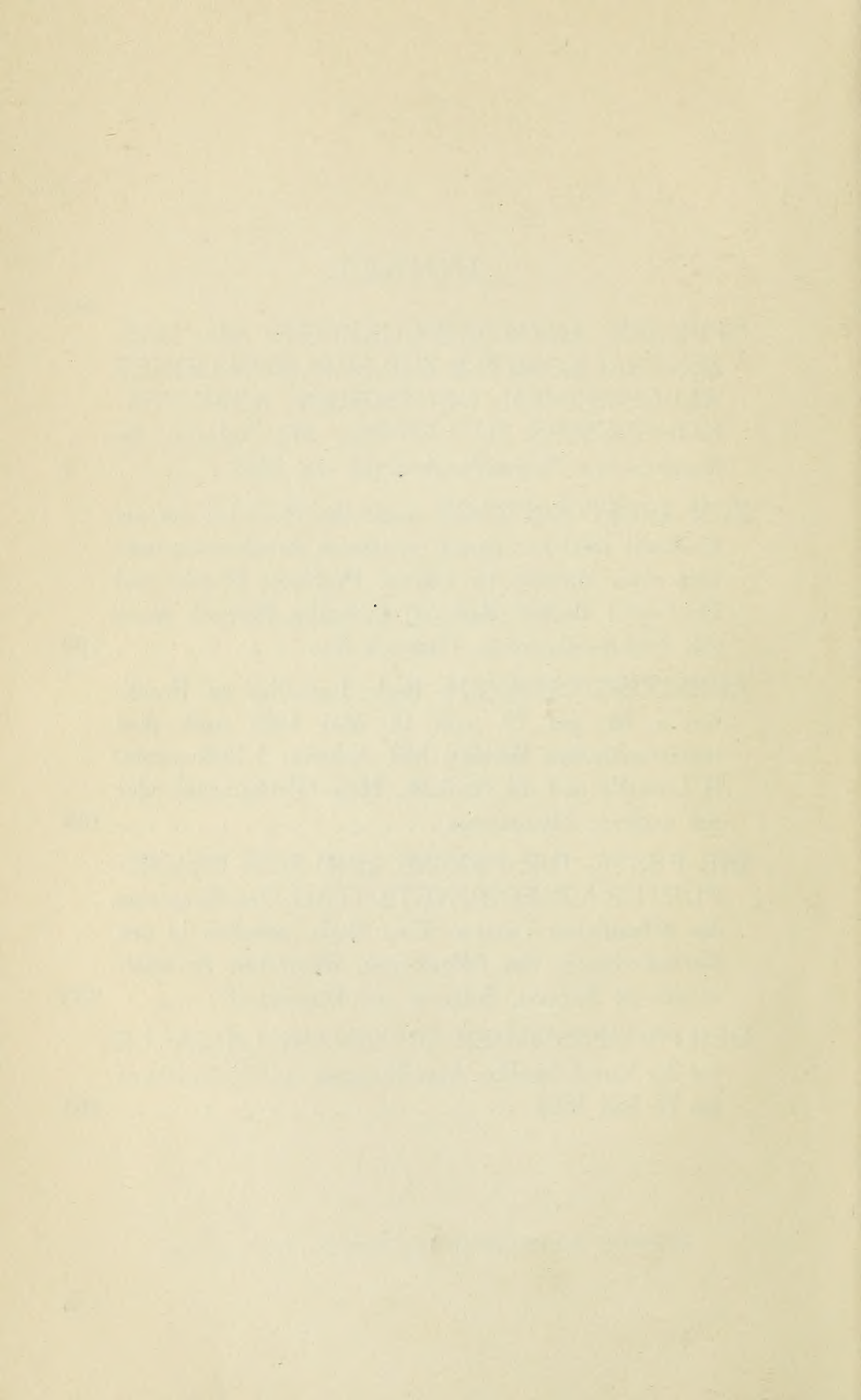
DIE AGITATION FÜR DEN
ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREIN
DAS JAHR 1863, POLEMIK

VERLEGT BEI PAUL CASSIRER, BERLIN
1919

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DRUCK VON OSCAR BRANDSTETTER, LEIPZIG

INHALT.



OFFENES ANTWORT-SCHREIBEN

AN DAS ZENTRAL-KOMITEE
ZUR BERUFUNG EINES ALLGEMEINEN
DEUTSCHEN ARBEITER-KONGRESSES
ZU LEIPZIG

VON

FERDINAND LASSALLE

DER ERSTE ABDRUCK ERSCHIEN
IM VERLAG VON MEYER & ZELLER
ZÜRICH 1863



VORBEMERKUNG.

Die Entstehungsgeschichte und Bedeutung des „Offenen Antwortschreibens".

Das „Offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses" ist in weit höherem Grade als alle übrigen Schriften Lassalles ein geschichtliches Dokument. Es ist bekannt, daß Lassalle, als er es abfaßte, sich von ihm eine ähnliche Wirkung versprach, wie sie die berühmten Thesen gehabt hatten, die Martin Luther am 31. Oktober 1517 an die Schloßkirche von Wittenberg anschlug, und die Geschichte hat dieser Erwartung recht gegeben. Das „Offene Antwortschreiben" leitete mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die geistige und politische Verselbständigung der Arbeiterbewegung Deutschlands ein und blieb lange Zeit der Wegweiser dieser verselbständigten Bewegung, das Banner, in dessen Zeichen sie zur machtvollen sozialdemokratischen Arbeiterpartei emporwachsen konnte.

Und auch insofern kann das „Offene Antwortschreiben" mit den Thesen Martin Luthers verglichen werden, als es nicht etwa eine vorher ungeahnte Bewegung plötzlich aus dem Nichts hervorrief — solches kommt über-

haupt nicht vor — sondern einer schon im Werden begriffenen, aber noch chaotisch wogenden Bewegung eine bestimmte Form und Richtung gab. „Da die Schrift in eine bereits bestehende praktische Bewegung fällt," schrieb Lassalle am 9. März 1863 an Gustav Levy in Düsseldorf, „so müßte sie wirken ungefähr wie die Thesen 1517 an die Wittenberger Schloßkirche."

Eine sozialistische Arbeiterbewegung hatte es in Deutschland schon in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts gegeben; nord- und mitteldeutsche Arbeitervereine hatten sich im Revolutionsjahre 1848 in der „Arbeiterverbrüderung" eine feste, einheitliche Organisation mit einem Prinzipienprogramm und einem Aktionsplan geschaffen, die aber von der siegreichen Reaktion brutal unterdrückt wurde, bis die gleichen Zeitumstände, die zu Anfang der sechziger Jahre den radikalen Elementen des bürgerlichen Liberalismus neue politische Betätigungen ermöglichten, auch die Bedingungen für Neuschöpfungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung lieferten. Sie traten zunächst als Bildungsvereine unter mehr oder weniger radikaler bürgerlicher Leitung ins Leben. Letzteres unter anderem infolge der Tatsache, daß die Reaktionsepoche eine gewisse Solidarität und manche persönliche Beziehung zwischen kleinbürgerlichen Demokraten und den Überbleibseln der achtundvierziger Arbeiterbewegung herbeigeführt hatte, wofür das hervorragendste Beispiel in der Geschichte der Stellung des kleinbürgerlichen Demokraten Hermann Schulze-Delitzsch zur Arbeiterbewegung zu finden ist. In doppelter Hinsicht. Wie Schulze-Delitzsch selbst sich vom kleinbürgerlichen Sozialisten zum Anhänger der Dogmen der Manchesterökonomie entwickelt und seine Genossenschaftstheorie ihnen angepaßt hatte, hatte auch die Mehrheit der Arbeiter, die

noch aus der Zeit der Arbeiterverbrüderung her politische Erinnerungen bewahrten, einen Anpassungsprozeß durchgemacht; sie waren in den Reaktionsjahren durchaus verphilistert. Die opportunistischen Schlagworte, die in der ersten Zeit der Reaktion nur Deckung gegen die Gewaltstreiche der Regierungen bieten sollten, waren ihnen allmählich als Glaubenssätze in Fleisch und Blut übergegangen. Sie merkten die Verschreibung der Führer von 1848 an die kapitalistische Ökonomie nicht, weil ihr eigenes Denken stark verbürgerlicht war. Und die Denkweise dieser in jeder Hinsicht „Altgewordenen" herrschte zunächst in den nach 1860 neuerstehenden Arbeitervereinen vor. Diejenigen Arbeiter aber, die die alte Tradition in ihrer ursprünglichen Frische bewahrt hatten, standen ganz vereinzelt da und wußten der eine nichts vom anderen. Den unbefriedigten Elementen aus der jüngeren Generation wiederum fehlte jeder Anhaltspunkt dafür, wo man einsetzen sollte, um aus der sozialpolitischen Philisterei herauszukommen, die sie mehr fühlten als kritisch durchschauten.

Nicht Berlin, von wo in der Reaktionszeit alles ausgewiesen worden war, was nur Spuren von Tatkraft hatte erkennen lassen, so daß die Zahl der seit 1849 Ausgewiesenen sich auf Tausende belief, sondern Leipzig war es, das die erste Absplitterung von Arbeitern von der kapitalistisch-liberalen Vormundschaft sah — dieselbe Stadt, in der 1849 und 1850 das Organ der Arbeiterverbrüderung und seine Fortsetzungen erschienen waren. Berlin schien so aussichtslos, daß selbst Lassalle die unmittelbare Wirkungskraft seiner im Frühjahr 1862 mit dem Arbeiterprogramm eingeleiteten Propaganda außerordentlich pessimistisch einschätzte. Es ist kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, keine Tatsache bekannt, aus der

man schließen könnte, daß dieser so durchdachte, in einen so ausdrucksvollen Mahnruf auslaufende Vortrag nur einen der Arbeiter, vor denen er gehalten wurde, auch sofort in engere Verbindung mit Lassalle gebracht hätte.

Und doch war der Vortrag nicht auf steinigen Boden gefallen. Denn man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß er mit dazu beigetragen hat, jene Strömung in der Arbeiterwelt Berlins zu schaffen, die im Sommer 1862 in die Agitation für einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß ausmündete und damit den ersten Riß in die Freundschaft zwischen Fortschrittspartei und Arbeiterschaft brachte.

Die Bewegung zur Einberufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses knüpft unmittelbar an die Londoner Industrieausstellung des Jahres 1862 an, die bekanntlich auch zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation den Anstoß gegeben hat. Von Berlin und mehreren anderen deutschen Städten aus war die Ausstellung u. a. von Arbeiterdelegationen besucht worden, wofür die Mittel durch öffentliche Sammlungen des Nationalvereins aufgebracht worden waren. Nationalvereinler, voran der in den Hafen des echten Manchestertums gelandete Dr. Max Wirth, nahmen die Arbeiterdelegierten auf der Reise und in London nach Möglichkeit unter ihre schützenden Fittiche. Indes stießen sie bald auf Opposition und konnten es nicht verhindern, daß die Delegierten, oder wenigstens einzelne von ihnen, in London auch mit anderen Leuten als den dortigen Nationalvereinlern zusammentrafen und mit Ideen nach Hause kamen, die nicht zu der ihnen bürgerlicherseits zugedachten Rolle paßten.

Bereits in der ersten Versammlung, welche die Berliner Delegierten nach ihrer Rückkehr aus London behufs Berichterstattung über ihre dort empfangenen Eindrücke

abhielten, wurde der Beschluß gefaßt, die Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses in die Hand zu nehmen. In dieser Versammlung, die am 25. August 1862 stattfand, war als Referent der Lackierer Karl Eichler aufgetreten, ein Phrasenhans, der schon im Herbst 1861 als Gründer eines Arbeiter-Flottenkomitees eine Rolle zu spielen versucht hatte. Er hat die Bewegung zeitweise in falschen Ruf gebracht, konnte sie aber nicht nach seinem Willen treiben, sondern wurde selbst sehr bald abgeschüttelt und endete als Polizeiagent.

Was den Gang der eingeleiteten Bewegung betrifft, so berichteten schon am 7. Oktober Berliner Zeitungen, daß, nachdem sechs Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen Berlins abgehalten worden, nunmehr in einer Schlußversammlung ein Komitee von 25 Personen gewählt worden sei, welches die Einberufung des Kongresses in die Hand nehmen solle. Auch eine Arbeiterversammlung in Leipzig habe sich bereits mit der Idee einverstanden erklärt. Endlich erscheint in der Berliner „Volkszeitung" vom 22. Oktober 1862 unter dem Redaktionsstrich ein Aufruf des besagten Komitees, der die deutschen Arbeiter zur Beschickung eines vom 18. bis 25. November abzuhaltenden Kongresses einladet.

Dieses sehr charakteristische Schriftstück lautet im Eingang wie folgt:

„Arbeiter! Deutsche Brüder!

Die Sonne eines neuen Lebens ist über unser Vaterland aufgegangen, unter ihren erwärmenden Strahlen sind alle Klassen der Bevölkerung zu neuem Handeln, neuem Streben aufgewacht. Nur allein wir, die Arbeiter, haben geruht in dem erschlaffenden Bewußtsein, daß für uns schon gesorgt werden und daß es doch

nichts helfen würde, wenn wir uns an den Fragen, die für uns vom höchsten Interesse sind, beteiligen. Nun wir, die Unterzeichneten, fragen euch: Wie hat man denn für uns gesorgt? Was gibt uns denn die Gewißheit der Nutzlosigkeit unserer Bemühungen? Hört ihr denn nicht, daß rings um uns die heiligsten, wichtigsten sozialen Fragen, die Fragen wegen unseres Seins oder Nichtseins in allen Kreisen erörtert werden? Wißt ihr denn nicht, daß eine Anzahl von Männern, begünstigt durch den Besitz von Glücksgütern und durchdrungen von den längst vermoderten Grundsätzen des Mittelalters, in jüngster Zeit in Weimar tagten, um für den deutschen Gewerbestand diejenigen Einrichtungen herbeizuführen, welche der Fortschritt der Zivilisation und der Industrie in anderen Ländern längst begraben hat?[1]) Was würde die Welt dazu sagen, wenn ihr zu allen diesen Tatsachen stillschwieget? Oder wollt ihr keine Gewerbefreiheit, keine Freizügigkeit, keine Vereine zur Hebung des Wohlstandes unter den Arbeitern?"

Folgt die eigentliche Einladung, worin es u. a. heißt:

„Die Unterzeichneten laden aber auch hiermit alle diejenigen deutschen Arbeiter zu dem Kongreß ein, welche die diesjährige Londoner Industrieausstellung besucht haben, damit sie ihre Geschäftsgenossen mit denjenigen Vorteilen bekannt machen, welche sie auf der Ausstellung gesehen haben, und hoffen dieselben

---

[1]) Es ist der im Anfang September 1862 in Weimar abgehaltene zünftlerische Handwerkertag gemeint, auf dem der damals sehr bekannte Innungsapostel Panse das große Wort führte.

um so mehr auf ein zahlreiches Erscheinen dieser Arbeiter, als sie dem Kongreß infolge ihres Bekanntseins mit den englischen Arbeitereinrichtungen von größtem Nutzen sein würden."

Den Schluß des Aufrufes bildet das Programm der auf dem Kongreß zu erörternden Gegenstände. Es lautet:

„1. Die Einführung der Gewerbefreiheit } durch ganz Deutschland.
2. Die Einführung der Freizügigkeit } durch ganz Deutschland.
3. Die Beratung und Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen und für Invalidenkassen für alle Arbeiter.
4. Die Arrangierung einer Weltindustrieausstellung zu Berlin in den nächsten Jahren.
5. Gewerbliche Mitteilungen der nach der Londoner Ausstellung gewesenen Arbeiter."

Das Ganze ist unterschrieben: „Das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses" und trägt 21 Unterschriften, voran der Name C. Eichler.

Phrasenhaft und verschwommen, wie der Aufruf ist, geht doch zweierlei aus ihm klar hervor. Erstens, daß das Komitee oder die in ihm maßgebenden Elemente auf eine selbständige Arbeiterbewegung abzielten, und zweitens, daß, wenn sie Freizügigkeit und Gewerbefreiheit auf die Tagesordnung des Kongresses setzten, dies jedenfalls nicht deshalb geschah, weil sie über die Notwendigkeit dieser Institutionen im Zweifel gewesen wären, sondern behufs Protestes gegen ihre Bekämpfung durch das Zünftlertum. Aber es stand kein Satz in der Einleitung, der etwa für die Reaktion hätte gedeutet werden können, und keine Forderung auf ihrem Programm, die dem Philister-

tum Gruseln verursachen und so indirekt der Reaktion zugute kommen konnte.

Trotzdem enthielt dieselbe Nummer der „Volkszeitung", die den Aufruf brachte, unmittelbar vor demselben, aber noch innerhalb des Redaktionsstriches, einen Artikel des Fortschrittlers A. Streckfuß gegen den Kongreß.

Auch dieser Artikel ist ungemein charakteristisch für die damalige Situation und zeigt deutlich die Auffassungsweise der Fortschrittspartei, in der Herr Streckfuß sogar zum linken Flügel zählte. „Die Zeitungen," beginnt er, „bringen seit einigen Wochen Anzeigen von Arbeiterversammlungen, zu welchen Herr Eichler, bekannt als Begründer des Arbeiter-Flottenkomitees[1]) auffordert. Von den Versammlungen selbst aber habe die Presse fast gar keine Notiz genommen. Das gehe jedoch nunmehr, wo das von einer Versammlung von 300 bis 400 Personen beauftragte Komitee sich an die Arbeiter von ganz Deutschland wende, nicht mehr an. Es sei an der Zeit, sich die Frage vorzulegen, was denn „diese ganze Bewegung bezwecken solle". Und da komme er, Streckfuß, zu einem sehr ungünstigen Ergebnis. „Gerade im gegen-

[1]) Bekanntlich sammelte um jene Zeit der Nationalverein Beiträge zugunsten der Herstellung einer deutschen Flotte. Das „Arbeiter-Flotten-Komitee" wollte „die Aufbringung eines Scherfleins der deutschen Arbeiter" zu dem gleichen patriotischen Zwecke, der allerdings damals zugleich eine demokratisch-oppositionelle Demonstration war oder sein sollte, betreiben. Indes fand es nicht allzu viel Anklang und mußte sich, nachdem Eichler als unsicherer Kantonist erkannt war, am 4. Januar 1863 mit dem Eingeständnis der Lebensunfähigkeit selbst auflösen. Die bis dahin gesammelten Gelder wurden dem Flottenkomitee des Nationalvereins überwiesen, dessen Geschichte übrigens keine rühmlichere ist.

wärtigen Moment," heißt es wörtlich, „ist die Arbeiterbewegung eine durchaus verfehlte; wenn sie irgendeine Wirkung hat, kann dies nur eine schädliche sein."

Wie das? Man höre:

„Wir leben in einer Zeit des ernstesten politischen Kampfes, unser Verfassungsleben ist schwer bedroht, heut gilt es, daß alle Parteien, welche treu an der Verfassung festhalten, sich einigen zum kräftigsten Widerstand gegen die Angriffe der Gegner. Auf diesen einen Punkt müssen alle unsere Bestrebungen konzentriert sein, alle anderen Fragen, wie wichtig sie auch sein mögen, müssen ruhen, bis die jetzige Krisis überstanden ist. Der verfassungstreuen Partei werden von ihren Gegnern alle möglichen Sondergelüste, revolutionäre Bestrebungen usw. untergeschoben, man möchte ihre schwankenden Anhänger (!) wieder schrecken mit den Gespenstern der roten Republik, einer sozialen Arbeiterbewegung, um sie durch solche törichte Furcht in die Reihen der Reaktion hineinzuscheuchen. — Es kann für die im Finstern arbeitenden Feinde der Freiheit keinen günstigeren Anhaltspunkt geben, als die jetzige so unzeitgemäße Arbeiterbewegung, und es ist daher nicht zu verwundern, daß man schon jetzt vielfach den allerdings unbegründeten Verdacht, die ganze Sache gehe von der Reaktion aus, äußern hört."

So unbegründet jedoch der Verdacht, so sei doch so viel richtig, führt Herr Streckfuß weiter aus, daß die Arbeiter mit dem Sonderkongreß der Reaktion zurzeit „unbewußt" einen Dienst leisten, und darum wird ihnen die „dringende Bitte ans Herz gelegt", von demselben abzustehen und „ihre ganze Kraft zu wenden auf den einen großen Zweck, von dem heut das ganze Volk durchdrungen sein muß, nämlich auf den geistigen Kampf um die Verfassung."

Obwohl dieser Artikel und die Art, wie er unmittelbar vor den Aufruf gestellt war, ziemlich böses Blut machten, gelang es dennoch, einen definitiven Bruch zwischen den Berliner Arbeitern und den Fortschrittsführern zu verhüten. In einer am 25. Oktober 1862 abgehaltenen Berliner Wahlmännerversammlung kam es nach einigen gegenseitigen Häkeleien zwischen Fortschrittlern und Anhängern des Arbeiterkomitees zu einem Kompromiß. Es wurde beschlossen, eine große Volksversammlung einzuberufen und dort die Frage zur Entscheidung zu bringen. Diese Versammlung fand unter kolossaler Beteiligung von seiten der Arbeiter am 2. November 1862 in der Berliner Tonhalle statt. Schulze-Delitzsch, Streckfuß, von Unruh und andere Fortschrittsführer fanden sich auf ihr ein. Den Vorsitz führte wiederum Eichler, der inzwischen in Leipzig gewesen war und dem dortigen Komitee, unter Schimpfen auf die Fortschrittspartei, u. a. die merkwürdige Eröffnung gemacht hatte, er wisse genau, daß die preußische Regierung — Bismarck hatte soeben das Ministerium übernommen — gewillt sei, etwas für die Arbeiter zu tun und daß für den Anfang 30 000 Taler zur Gründung von Produktivgenossenschaften zu haben seien. Indes hatte die Mitteilung das Gegenteil von dem zur Folge gehabt, was sie bewirken sollte. Das Leipziger Komitee hatte beschlossen, zwei Delegierte mit Vermittlungsvorschlägen nach Berlin zu senden, und diese beiden Delegierten — es waren die Arbeiter Julius Vahlteich und F. W. Fritzsche — waren nun herübergekommen, um in der Tonhallenversammlung gegen die Eichlersche Politik das Wort zu nehmen.

Diese Versammlung, auf die sich Lassalle gleich im Anfang des „Offenen Antwortschreibens" bezieht, nahm einen sehr bewegten Verlauf. Nach einer Eröffnungsrede

Eichlers beschwerte sich ein Berliner Arbeiter, namens Lippke, heftig über den Streckfußschen Artikel, der auf Bevormundung der Arbeiter hinauslaufe. Die von Streckfuß geltend gemachten Einwände gingen die Arbeiter nichts an, sie hätten keine Zeit, sich um Politik zu kümmern. Diese letztere Ansicht fand jedoch in der Versammlung wenig Anklang; gegen den ersten Teil der Lippkeschen Ausführungen suchte sich Streckfuß damit zu verteidigen, daß er ausführte, gerade weil er die Selbständigkeit der Arbeiter wolle, habe er seinen Artikel geschrieben. Er habe niemand bevormundet, sondern nur zum Nachdenken aufgefordert. Man sei jetzt in einer Krisis, und während derselben werde ein Arbeiterkongreß nichts Ersprießliches leisten können. Nach Streckfuß sprach Vahlteich, dessen Rede sich vor denen der Berliner Arbeiter durch ruhige Bestimmtheit auszeichnete. In Leipzig, erklärte er, sei man zwar auch erst über den Streckfußschen Artikel verstimmt gewesen, habe sich aber überzeugt, daß ihm keine feindselige Absicht zugrunde liege. Die Leipziger seien für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, um sie zu zwingen, die Interessen der Arbeiter zu den ihrigen zu machen. Mit dem vorgeschlagenen Programm des Kongresses seien sie einverstanden bis auf den Punkt der Industrieausstellung. Sie schlügen vor, den Kongreß bis auf Ende Januar 1863 zu vertagen und für den Ort desselben Leipzig statt Berlin zu wählen. Im gleichen Sinne sprach Fritzsche: die Arbeiter müßten zeigen, daß sie über ihre persönlichen Interessen die allgemeine politische Freiheit nicht außer acht ließen. Nach diesen Erklärungen hatte Schulze-Delitzsch, dessen Popularität bei der Masse ohnehin eine außerordentliche war, leichtes Spiel. In einer längeren Rede, die später als Stenogramm in Separatdruck erschienen

ist, führte er u. a. aus, daß schon aus rein sachlichen Gründen Vertagung des Kongresses geboten sei. Man solle vorher überall erst Vorträge über die einschlägigen Fragen halten lassen, und, soweit es seine Zeit erlaube, biete er dazu die Hand, indem er sich bereit erkläre, Vorträge über das Verhältnis von Kapital und Arbeit usw. zu halten. Es handle sich nicht darum, ob die Lage der Arbeiter verbessert werden solle, sondern wie sie verbessert werden könne. Er stehe nicht an, die Demokratie solange für eine hohle Phrase zu erklären, als sie nicht zu einer Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung führe.

Nachdem man sich so auf beiden Seiten so weit als möglich entgegengekommen — wenigstens in der Beteuerung der gegenseitigen guten Absichten — sprachen noch einige Arbeiter, und dann wurde nahezu einstimmig ein Antrag im Sinne der Leipziger angenommen. Den Fortschrittlern fiel ein Stein vom Herzen. Mit der Übertragung des Mandats zur Kongreßeinberufung an die Leipziger schien ihnen auch die Gefahr überwunden, daß Leute à la Eichler an die Spitze der Bewegung kamen. War das nun auch richtig, so sollte ihre Freude doch von kurzer Dauer sein.

Die Furcht vor den Eichlers war nicht unbegründet gewesen. Die Junkerpartei machte gar kein Hehl daraus, daß sie alle Mittel versuchen wollte, einen Keil in die Fortschrittspartei zu treiben. „Es ist unsere erste und wesentlichste Aufgabe" — erklärte ihr Führer, der „Kreuzzeitungs"-Wagener am 29. Oktober 1862 in der Generalversammlung des preußischen Volksvereins, und die „Kreuzzeitung" gab den Satz in gesperrtem Druck wieder — „diese kompakte Opposition zu sprengen und sie sachlich in ihrem wahren Lichte

darzustellen." Und weiter: „Was sich heute Fortschrittspartei nennt, das ist durchaus keine Partei, sondern ein Konglomerat, was allein zusammengehalten wird durch das Band der gemeinsamen Opposition. Und auch darüber ist Ihnen von meinem Nachbar (dem bekannten Freiherrn von Blankenburg, damals ein intimer Freund Bismarcks) bereits eine Andeutung gemacht: wir werden bald erleben, daß sich aus den Elementen, die heute nur noch mit Mühe zusammengehalten werden, zwei Elemente ausscheiden werden. Die Partei des allgemeinen Stimmrechts, die sich schon bei den letzten Wahlen ziemlich deutlich vernehmen ließ, und die Partei, die von Politik nur soweit etwas wissen will, als sie dabei mit ihrer gesellschaftlichen Stellung interessiert ist." In derselben Rede polemisierte Wagner auch gegen das Dreiklassenwahlsystem, das abgeschafft und durch das ständisch geordnete allgemeine Wahlrecht ersetzt werden müsse.

Wie sehr übrigens die Führer der Fortschrittler selbst sich des Mischcharakters ihrer Partei bewußt waren, zeigt der Hinweis auf die schwankenden Mitglieder der Partei in dem oben zitierten Streckfußschen Artikel, und in der Tatsache dieses Bewußtseins liegt ein Stück Erklärung des schwächlichen Verhaltens der Partei der Regierung gegenüber, sowie ihrer kolossalen Empfindlichkeit gegen jede Kritik von links her. Mit welcher Heftigkeit sie den Vorschlag eines parlamentarischen Streiks zurückwiesen, mit dem Lassalle bald nach diesen Vorgängen hervortrat, kann man in Lassalles Verfassungsbroschüren nachlesen, und wer jene Polemik gelesen, begreift leicht, wie sehr Lassalle es bedauerte, nicht in Berlin gewesen zu sein, als der von ihm begeisterte Ludwig Loewe bei ihm vorsprach, um ihn mit den Leipziger Deputierten bekannt zu machen. Erst zwei Tage nach der Tonhallenversamm-

lung vom 2. November 1862 war er vom Begräbnis seines Vaters nach Berlin gekommen und mußte nun lesen, wie Schulze-Delitzsch anscheinend über die nach politischer Selbständigkeit strebenden Arbeiter Sieger geblieben war. Aber diese Enttäuschung dauerte nicht lange.

In Leipzig hatte man sich bald überzeugt, daß selbst der Januar 1863 noch ein zu früher Termin für den Kongreß war. Man hatte jedoch den Führern des Nationalvereins wegen einer Vertretung der Arbeiter in diesem, 1859 gegründeten Verein für Erkämpfung der deutschen Einheit und der Reichsverfassung von 1849 auf den Zahn gefühlt und den Bescheid erhalten, die Arbeiter sollten sich damit begnügen, „geistige Ehrenmitglieder“ des Vereins zu sein — auf deutsch: in seinem Rat unvertreten zu bleiben. Ähnlich unbefriedigend lauteten die Antworten auf die Frage, wie man sich zur Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts stelle. So drängte alles dazu hin, den radikaleren Flügel des Leipziger Arbeiterkomitees dahin zu bringen, wo er mit Lassalle zusammentreffen mußte.

Mitte Dezember 1862 erschien in der Schweiz eine Neuausgabe des in Berlin konfiszierten „Arbeiterprogramm“. Exemplare davon wanderten u. a. nach Leipzig und wurden im dortigen Arbeiterverein „Vorwärts“ gelesen und besprochen. Eine lebhafte Korrespondenz mit Lassalle entwickelte sich, die von Dr. Otto Dammer, einem jugendlichen Naturwissenschaftler, geführt wurde, und schließlich lud Lassalle Dammer und Vahlteich zu einer mündlichen Besprechung nach Berlin. Sie erfolgte um dieselbe Zeit, wo Lassalle wegen des „Arbeiterprogramms“ vor Gericht stand — 21. Januar 1863 — und dort in meisterhafter Verteidigungsrede, die dann unter dem Titel: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ als

Broschüre herauskam, die in der konfiszierten Broschüre vorgetragenen Gedanken erst recht entwickelte. In allen wesentlichen Punkten stellte sich zwischen Lassalle und den beiden Leipzigern Übereinstimmung bezüglich der Aufgaben des Arbeiterkongresses heraus. Lassalle war entzückt, in den noch so jugendlichen Dammer und Vahlteich Männer zu finden, die sich zu entschieden sozialistischen Ideen bekannten und denen sein eigenes Aktionsprogramm in dieser Hinsicht noch nicht einmal weit genug ging. Während von fortschrittlich-liberaler Seite noch unausgesetzt Versuche gemacht wurden, das Leipziger Komitee für eine der Fortschrittspartei genehme Politik zu gewinnen, ward hier schon der Feldzugsplan vereinbart, gemäß dem man den Arbeiterkongreß von vornherein der Bevormundung durch die Fortschrittler zu entziehen gedachte. Es waren die Tage, wo Lassalles Vorschlag, den Verfassungskonflikt in Preußen durch einen parlamentarischen Streik auf die Spitze zu treiben, von der Fortschrittspartei rundweg abgelehnt worden war, nachdem ihn das damals in Berlin verbreitetste Organ der Partei, die „Volkszeitung", mit Ausfällen bekämpft hatte, die, obwohl Lassalle nicht genannt war, diesen persönlich treffen und als lächerlichen Phantasten hinstellen sollten. Bloß der Form wegen machten Vahlteich und Dammer mit Lassalle ab, daß das Leipziger Komitee Lassalle ersuchen sollte, ihm seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und die Arbeiterassoziationen schriftlich kundzutun. Denn auch darüber waren die beiden mit Lassalle schon einig, daß die Forderung von Staatsmitteln für Produktivassoziationen und das allgemeine Wahlrecht die Angelpunkte der Agitation bilden sollten. Mit ersterer nahm man ja nur eine schon 1848/49 u. a. von der Arbeiterverbrüderung propagierte Forderung wieder auf.

Die Anfrage hatte vielmehr den Zweck, Lassalle Gelegenheit zu geben, ein Sendschreiben zu erlassen, das die Notwendigkeit der Trennung der Arbeiter von der Fortschrittspartei darlegen und für die Arbeiterbewegung ein selbständiges Ziel entwickeln sollte. Bis zum Erscheinen dieses Sendschreibens sollte das Komitee mit den Vorbereitungen für den Arbeiterkongreß rüstig fortfahren, alle Verbindungen mit anderen Orten aufrechterhalten und neue dazu anknüpfen, der Kongreß selbst aber erst stattfinden, nachdem das Sendschreiben erschienen sei und seine Wirkung getan habe.

Gemäß dieser Verabredung wurde denn auch gehandelt. Am 10. Februar 1863 fand im Leipziger Arbeiterkomitee der Antrag einstimmig Annahme, Lassalle um Darlegung seiner Ansichten über die Fragen des Arbeiterkongresses zu ersuchen, und tags darauf ging ein entsprechender Brief Dr. Otto Dammers nach Berlin ab, den der Leser in der Schrift „Lassalle und seine Bedeutung als Sozialist", eine Würdigung von Ed. Bernstein, dem vollen Inhalt nach abgedruckt findet. Er weist im Eingang darauf hin, daß Lassalles Broschüre: „Über den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" — eben das Arbeiterprogramm — in Leipzig von den Arbeitern mit großem Beifall aufgenommen worden sei, und gibt zum Schluß der Lassalle unterbreiteten Frage diejenige Form, wie sie im Einleitungssatz des hier vorliegenden „Offenen Antwortschreiben" wiederholt ist.

Dieses, das verabredete Sendschreiben, erschien in den ersten Märztagen 1863 und ist von Lassalle selbst vom 1. März datiert. Es schlug wie ein Blitzschlag ein. Im Leipziger Arbeiterkomitee kam es alsbald wegen seiner zu einer Spaltung, und dieser Vorgang war typisch für das,

was sich anderwärts in den Arbeitervereinen vollzog, nur daß nicht überall, wie dies in Leipzig der Fall, die Mehrheit für Lassalle entschied. Im Gegenteil. Wenige Orte ausgenommen, wurden zunächst überall mit Mehrheit die Lassalleschen Vorschläge abgelehnt, an einzelnen Orten sogar einstimmig. Teils folgten die Arbeiter dabei, ohne sich auch nur mit Lassalles Ausführungen bekannt gemacht zu haben, blindlings der an diesen von den liberalen Wortführern geübten Kritik, teils standen sie zu stark im Bannkreis der liberalen Anschauungen, um sich sofort von Lassalle umstimmen zu lassen, und hier und da kam es auch vor, daß selbst sozialistisch gesinnte Arbeiter gegen Lassalle Stellung nahmen, weil sie seine Agitation für nicht zeitgemäß hielten.

* * *

Um sowohl das „Offene Antwortschreiben“ selbst, wie auch die Opposition, auf die es stieß, richtig zu beurteilen, muß man sich möglichst genau die Zeitverhältnisse vergegenwärtigen, unter denen es entstand. Was die wirtschaftlichen Zustände anbetrifft, so war die große Industrie in Deutschland damals im allgemeinen erst sehr mäßig entwickelt, die Mehrzahl der gewerblichen Lohnarbeiter waren noch Handwerksgesellen, d. h. nicht nur als Produzenten, sondern auch *sozial*, in bezug auf den *Hausstand, unselbständig*, die Masse der Fabrikarbeiter wiederum stand sehr tief und wurde von den Handwerksgesellen als minderwertig betrachtet, nahezu drei Viertel der Bevölkerung aber wohnten überhaupt noch auf dem Lande. Noch schlimmer stand es um die poli-

tische Erziehung des deutschen Volkes, das die verheerenden moralischen Rückwirkungen des dreißigjährigen Krieges noch nicht überwunden hatte, wozu noch die Gebundenheit der Arbeiter durch halbzünftlerische Gewerbegesetze und Polizeivorschriften kam. Alles das verhinderte an den meisten Orten die Entwicklung eines kraftvollen Klassenempfindens der Arbeiter, dem vielmehr oft noch Standesbegriffe zünftlerischer Natur im Wege standen. Der Tischler-, Schlosser- usw. Geselle fühlte sich seinem Meister, bei dem er logierte, näher, als dem Schuster-, Schneider- usw. Gesellen, und umgekehrt. Wirtschaftliche Kämpfe organisierter Arbeiter mit den Meistern oder Fabrikanten, die ein Klassenbewußtsein wecken und entwickeln konnten, gab es nicht; wo sich Ansätze zu solchen zeigten, wurden sie durch die Polizeiherrschaft unterdrückt oder wenigstens in die engsten Bahnen gezwängt und obrigkeitlich zum Austrag gebracht. Im allgemeinen regelte die „freie Konkurrenz", d. h. individuelle Nachfrage und Angebot den Arbeitslohn, was widerstandslose Abhängigkeit der Arbeiter von den Marktkonjunkturen bedeutete.

So erklärt es sich, daß Lassalle im Antwortschreiben die Fragen der Arbeiterversicherung als Nebensächlichkeiten behandelt, die nur für die Arbeiter als Individuen einen, obendrein „höchst beschränkten und untergeordneten Zweck" haben könnten. Größere Erwartungen an sie zu knüpfen, größere Ziele mit ihnen zu verbinden, dazu fehlten noch so ziemlich alle Vorbedingungen. Selbst wo diese Fragen die Arbeiter tiefer berührten, als es aus Lassalles Sätzen hervorgeht — man denke an die Krankenkassenverhältnisse —, verhinderten Polizei- und Zunftverordnungen ihre Behandlung als Fragen der Arbeiterbewegung und drückten sie auf das Niveau lokaler Streitereien herab.

Etwas anders lagen die Dinge mit den Fragen der Gewerbegesetzgebung und der Niederlassungsbestimmungen. Gar so unbestrittene Angelegenheiten, als wie Lassalle es hinstellt, waren Gewerbefreiheit und Freizügigkeit damals noch nicht. Es standen ihnen noch allerhand Interessen und Vorurteile entgegen, an letzteren fehlte es sogar manchmal bei den Arbeitern selbst nicht. Aber ihre Verwirklichung lag ebensosehr und fast mehr noch im Interesse der Bourgeoisie als in dem der Arbeiter; es waren Fundamentalfragen des Liberalismus, und so rechtfertigte es sich, wenn man sie auf einem Arbeiterkongreß nebenher gehen ließ.

Die Arbeiterassoziationen ihrerseits konnten, soweit die eigenen Mittel der Arbeiter in Betracht kamen, auf der erreichten Stufe wirtschaftlicher Entwicklung und unter den angegebenen Rechtszuständen überhaupt noch keine nennenswerte Bedeutung für die Arbeiter als Klasse erlangen. Zur Gründung leistungsfähiger Produktivgenossenschaften fehlte den Arbeitern in Deutschland das Kapital; es war daher nicht einmal möglich, aus der Praxis heraus hinter das Trügerische dieser Assoziationsform zu kommen. Was Lassalle aus den Berichten über die englischen Produktivgenossenschaften zu deren Kritik anführt, ist noch nicht die schlimmste Seite der Sache, denn es handelte sich da gar nicht um die reine Produktivgenossenschaft, sondern um eine Bastardform derselben. Daß gerade die reine Produktivgenossenschaft und gerade wenn sie wirtschaftlich floriert, sozial verkommen, antisozialistisch wirken muß, das kam am Beispiel aus der Geschichte der Pioniere von Rochdale noch gar nicht zum Ausdruck. Konsumvereine gab es schon, aber diese wiederum können, wo Handwerk und Kleinindustrie noch überwiegen, schon deshalb als Ar-

beiterkonsumvereine keine Bedeutung erlangen, weil ein Teil der Arbeiter da noch gar keine selbständigen Wirtschafter, andere aber auf Grund persönlicher Beziehungen noch eng mit dem Krämertum verbunden, für den Konsumverein nicht zu gewinnen sind.

So fand Lassalle so gut wie nichts vor, was aus den Lebensbedingungen der Arbeiter heraus Material für ein wirtschaftlich-soziales Programm der Arbeiter bot, das sich fundamental von dem der liberalen Schule unterschieden hätte. Ohne ein solches Programm aber war die Notwendigkeit der Trennung der Arbeiter von der Fortschrittspartei nicht überzeugend nachzuweisen. Er mußte also ein Programm oder eine Programmforderung, die das erfüllte, aus dem Kopf oder der Idee finden oder eine schon gefundene Forderung wieder aufgreifen. Dies tat er mit der Forderung der Bewilligung von Staatsmitteln in großem Umfange für Produktivgenossenschaften, welche Forderung, wie oben festgestellt, schon 1848 von deutschen Arbeitern erhoben worden war, nachdem sie vorher schon in Frankreich und England auf sozialistischen Programmen figuriert hatte.

Er begründete sie mit dem Hinweis auf das von Ökonomen der liberalen Schule aufgestellte ökonomische Lohngesetz, wonach der Lohn des Arbeiters sich stets nur um jene Höhe des Einkommens bewegt, die in einem Volke zur Fristung des notwendigen Lebensunterhalts gerade ausreicht. Gegen die Auslegung und Begründung, die Lassalle diesem Lohngesetz gab, lassen sich allerhand triftige Einwände erheben; es steht heute fest, daß Ricardo es anders verstand als Lassalle, und Lassalle selbst hat die Fassung nicht festgehalten, die er ihm zuerst gegeben. Aber eines bleibt darum doch bestehen: die Lage des Arbeiters unter solchen Wirtschafts- und Rechtszuständen, wie sie

oben geschildert wurden, d. h. wo der Arbeiter ganz von individueller Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängt, wird durch das Lohngesetz in der Lassalleschen Fassung im wesentlichen zutreffend gekennzeichnet. Es hatte nicht die absolute ökonomische Wahrheit, aber es hatte, was wichtiger war, die sozialstatistische Wahrheit der Epoche für sich. Die sklavische Abhängigkeit des Arbeiters von den Konjunkturen, die aus ihm ein willenloses Objekt des Spieles von Angebot und Nachfrage machen, wird durch es greifbar deutlich veranschaulicht. Auch darin behielt Lassalle damals Recht, daß die steigende Produktivität der Arbeit nur ganz unverhältnismäßig langsam in verbesserter Lebenshaltung der Arbeiter zum Ausdruck kommt; was er darüber schreibt, ist noch heute lesenswert. Für das Deutschland der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts blieb es um so wahrer, als die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel damals fast ununterbrochen stiegen, bis sie Mitte der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreichten. Der 1846 erlangte Sieg des Freihandels in England bedeutete für Deutschland längere Zeit Verteuerung des Lebensunterhalts für das Volk und erhöhte Profite und Grundrenten für die Korn und Vieh exportierenden Grundbesitzer.

Wie aber die Arbeiter vom Druck jenes „ehernen und grausamen" Lohngesetzes befreien? Es erschien nur möglich, wenn man den Druck der Konjunkturen von ihnen nahm und ihnen den in Form von Profit und Grundrente entzogenen Mehrertrag ihrer Arbeit wieder zuführte. Und dazu schien die Aussetzung von Staatskredit für im großen zu gründende Produktivgenossenschaften, wenn nicht das radikalste, so doch das unanstößigste Mittel. Daß Lassalle auf eine Expropriation von Grund- und Kapitaleigentum abzielte, wissen wir u. a. aus seinen Briefen an Rodbertus.

Aber er hielt es nicht für zweckmäßig, damit hervorzutreten, und es ist ihm soviel zuzuerkennen, daß ein solches Programm damals als Aktionsprogramm einfach unmöglich gewesen wäre. Es fehlten noch alle Voraussetzungen für seine Verwirklichung. Es hätte die Arbeiter kühl gelassen und wäre von der bürgerlichen Presse — dem „Mob", wie Lassalle sich ausdrückte, — noch ganz anders heruntergeschrien worden, wie die Forderung des Staatskredits für Produktivgenossenschaften.

Gegen diese erhob sich, als das „Offene Antwortschreiben" erschien, ein wahrer Hagelschauer von Angriffen und Kritiken, nicht nur in der bürgerlich-kapitalistischen Presse, sondern auch von Leuten wie Rodbertus, V. A. Huber und anderen reformfreundlichen Schriftstellern. Unzweifelhaft hat Lassalle sie zuerst auch nicht sehr tief durchdacht, sondern nach ihr gegriffen, weil sie erstens im „Prinzip" die Aufhebung des kapitalistischen Profits und der Grundrente in sich trug und zweitens die ihm sehr am Herzen liegende Staatshilfe großen Stils verkündete. Ohne Hinweis auf solche Staatshilfe im großen Stil war die Arbeiterklasse — damals — nicht dafür zu erwärmen, einen Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit dem Ziel aufzunehmen, durch dieses Wahlrecht dem Staat einen neuen Charakter zu geben.

Daran aber gerade lag Lassalle am allermeisten. In hinreißenden Worten hatte er diese Idee im „Arbeiterprogramm" prinzipiell entwickelt, hier erhob er sie praktisch zum politischen Programm der Arbeiter. Nur der Staat des allgemeinen Wahlrechts werde die so einleuchtende und als so gerecht erwiesene Forderung der Staatshilfe für Produktivgenossenschaften zur Verwirklichung in die Hand nehmen. Das allgemeine Wahlrecht sei infolgedessen nicht nur das politische, es sei auch

das soziale Grundprinzip der Arbeiter, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Und mit einem feurigen Aufruf an die Arbeiter, einen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zur Erkämpfung des allgemeinen und direkten Wahlrechts zu gründen, seine Forderung als Magenfrage des Proletariats aufzufassen, blind und taub zu sein für alles, was nicht allgemeines Wahlrecht hieße, — mit dem Zuruf: „Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!" — schließt das „Offene Antwortschreiben".

Man hätte meinen sollen, daß diese Schlußforderung Lassalle die Zustimmung aller Demokraten und Arbeiter gesichert hätte, zumal es im Antwortschreiben von der Forderung der staatlichen Finanzierung von Produktivgenossenschaften schließlich noch heißt: „Dann, wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden" — also die Form der Verwirklichung immer noch unbestimmt gelassen und ihr Zeitpunkt in die Zukunft gerückt wurde, die Erkämpfung der Demokratie die Vorbedingung blieb. Aber, von den Bourgeoisliberalen ganz abgesehen, erklärten selbst gute Demokraten, selbst Sozialisten und auch Arbeiter sogar die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für verfrüht. Sie hielten die Masse der Arbeiter für viel zu unwissend und viel zu gleichgültig, um von der Verlegung des Schwerpunktes der Wahlen in die Arbeiterklasse in absehbarer Zeit bessere Wahlresultate zu erwarten, als wie die damals bestehenden Wahlrechte sie lieferten; sie befürchteten vielmehr, es könne eher noch Verschlechterungen zur Folge haben. Sogar Marx erklärt in seinem Brief an J. B. Schweitzer vom Septem-

ber 1868, Lassalle zu Beginn von dessen Agitation auf die schlechten Erfahrungen Frankreichs mit dem allgemeinen Wahlrecht hingewiesen zu haben. Man braucht ja auch nur die geschilderten Verhältnisse zu überdenken, um die ungünstige Meinung vom allgemeinen Wahlrecht, die uns heute so seltsam anmutet, zu verstehen. Es ist nicht nur geschmacklos, es ist auch sachlich falsch, allen denen, die damals Lassalle entgegentraten, schlechte Motive unterzuschieben. Man konnte ein sehr aufrichtiger Freund der Arbeiterklasse sein und doch Lassalles Mittel für falsch und darum seine Agitation für bekämpfenswert halten.

Im allgemeinen aber war es, wo nicht Klasseninteresse das Leitmotiv abgab, spießbürgerliche Philisterei, die sich gegen Lassalle auflehnte und das Geschrei erhob, die Arbeiter seien für das Wahlrecht noch zu unwissend, sie müßten erst mehr Bildung haben, Bildung, das sei die Zeitparole. Die so predigten, überschätzten den Wert der landläufigen Bildung ebenso maßlos, wie sie den erzieherischen Wert des allgemeinen Wahlrechts unterschätzten. Diese, die politische Erziehung des Volkes durch das Wahlrecht, kam allerdings zuerst in Betracht. Hätte Lassalle die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts noch erlebt, so würde ihn der Ausfall der beiden ersten Wahlen, die auf Grund dieses Wahlrechts erfolgten, sicher ganz gehörig enttäuscht haben, wie ja auch das langsame Wachstum des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für ihn eine bittere Enttäuschung war. Aber die Folgezeit hat ihm dann doch recht gegeben. Das allgemeine Wahlrecht wäre vielleicht auch ohne seine Agitation gekommen, es wirkten viele Faktoren auf dessen Einführung hin; die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins konnte sie verstärken, aber durch sie

allein wäre das Wahlrecht damals nicht gekommen. Das große, nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst Lassalles ist es, die deutschen Arbeiter in tief sich einprägenden Sätzen auf den Wert des Wahlrechts für ihre Emanzipation hingewiesen und ihnen den Gebrauch des Wahlrechts für Kandidaten ihrer Klasse als Pflicht gegen sich selbst zum Gebot gemacht zu haben.

Durch diese Betonung des Wahlrechts gab Lassalle der Bewegung, an deren Spitze er sich stellte, den politischen Charakter, der sie vor dem Verfall in Sektiererei sicherte. Nichts falscher, nichts ungerechter, als der von Marx in dem zitierten Brief an Schweitzer gegen Lassalle erhobene Vorwurf, er habe statt einer Klassenbewegung eine Sektenbewegung ins Leben gerufen. Das Gegenteil ist der Fall. Soweit es an ihm lag, hat Lassalle das Seinige getan, eine Bewegung, die durchaus noch nicht davor geschützt war, in Sektiererei zu verfallen, vor ihr zu bewahren. Daß seine wirtschaftliche Forderung, weil sie aus der Idee konstruiert war, noch mit sektiererischem Beiwerk behaftet war, ist allerdings richtig. Aber erstens ist sie, wie gezeigt, gar nicht von Lassalle erklügelt worden, sondern war eine schon von Sozialisten vor ihm erhobene Forderung, und zweitens griff Lassalle zu ihr, weil die Arbeiterbewegung, wie wir weiter gesehen haben, aus sich selbst heraus noch keine umfassenden eigenen Forderungen entwickelt hatte, die das Merkmal für eine politische Arbeiterbewegung abgeben konnten. Mehr aber konnte sie überhaupt für den Augenblick nicht sein, denn an eine Verwirklichung durch den gegebenen Staat war nicht zu denken. Ganz frei von Sektierertum war denn auch keine Arbeiterbewegung der damaligen Zeit, die impotenten Bildungsvereine und die ganz verphilisterten englischen Gewerkvereine ausgenommen, und wenn der Las-

sallesche Verein in seinen ersten Jahren eine stärkere Dosis davon entwickelte, so lag das vorwiegend an äußeren Umständen, nicht aber am Geist der Schriften, die Lassalle der Bewegung hinterlassen hat.

Wie schon erwähnt, fiel das Erscheinen des „Offenen Antwortschreibens“ in den Anfang März 1863. Die ganze Erregung Lassalles über die hochmütige Ablehnung seiner Verfassungsreden von seiten der Fortschrittspartei zittert in ihm noch durch, und ihr muß man manche Stellen zugute halten, die das Maß der in jenem Moment sachlich gerechtfertigten Kritik zweifellos überschritten. Wer heute diese Schrift liest, dem wird es kaum begreiflich erscheinen, daß sie Lassalle selbst bei solchen Leuten, die viel weiter links standen als die Fortschrittsführer, den Verdacht eines Alliierten der „Kreuzzeitungs“-Partei eintrug. Man muß sich eben in die damalige Situation in Preußen zurückversetzen, muß die begleitenden Vorgänge kennen, um zu verstehen, wie dieser Verdacht entstehen konnte. Es war dieselbe Zeit, wo ein Johann Jacoby, und bald darauf auch Franz Ziegler, es mit ihrer demokratischen Überzeugung für vereinbar und daher für ihre Pflicht hielten, der Fortschrittspartei im Kampf gegen die preußische Regierung beizutreten, und Jacoby tat dies mit einer Rede, in der er auf das allerdeutlichste das aussprach, „was ist,“ und die ihm wütende Angriffe von seiten des rechten Flügels der Fortschrittler und eine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung von seiten der Gerichte zuzog. Aus der Lage der Dinge in Preußen erklärt es sich auch, warum Lassalle gerade bei den Arbeitern Berlins, das doch eine stattliche Anzahl großindustrieller Unternehmungen mit einem Heer von gelernten Arbeitern aufwies, auf so starken Widerstand stieß. Nirgends mußte die gegen Lassalle ausgegebene Parole

„Handlanger der Reaktion" leichter Anklang finden als bei ihnen, die soeben erst den Eichler abgeschüttelt und die Junkerpartei aus der nächsten Nähe am Werk gesehen hatten. Lassalle fand vielmehr zunächst fast nur dort Boden, wo die Bourgeoisie am entwickeltsten, das Junkertum selbst bereits verbürgerlicht war: in Sachsen und am Rhein.

Wie aus der oben zitierten Rede des sehr einflußreichen „Kreuzzeitungs"-Redakteurs Wagener und den Ausplaudereien Eichlers ersichtlich, waren beide Forderungen, welche Lassalle mit dem Antwortschreiben in die Agitation warf, solche, bei denen er auf ein gewisses Entgegenkommen seitens des Ministerium Bismarck rechnen konnte. Einmal stark genug, dieses zu bewegen, die von ihm projektierte Partei als eine Macht anzuerkennen, glaubte er es alsdann zwingen zu können, namentlich in bezug auf das Wahlrecht weiter zu gehen, als von vornherein in Bismarcks Absichten lag. Jedenfalls rechnete er auf einen baldigen materiellen Erfolg. Auch dies mag die Heftigkeit seines Vorstoßes gegen die Fortschrittspartei erklären.

Welchen Wolkenbruch von Angriffen das Erscheinen des „Offenen Antwortschreibens" von seiten dieser über sein Haupt entlud, ist bekannt. So schwach und flach die meisten dieser Angriffe waren, so wurden doch auch manche triftige Argumente gegen das Projekt der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit geltend gemacht. Aber als geschickter Dialektiker spitzte Lassalle die Polemik auf diejenigen Punkte zu, wo er stärker war als seine Gegner. Soviel Angriffspunkte sein Staatskultus bot, so war die Nichts-als-Freihandels-Weisheit, mit der man ihm entgegentrat, noch viel hinfälliger. Das gleiche gilt von den Einwänden der Liberalen gegen das gerade von der

liberalen ökonomischen Schule zuerst formulierte Lohngesetz. Statt, was möglich war, Ricardo gegen Lassalle sprechen zu lassen, schlug man nun mit auf Ricardo los und lieferte sich dadurch dem Hohn Lassalles aus. Und als nun gar die „Volkszeitung" und andere Fortschrittsorgane Lassalles Projekt von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit mit Louis Blancs Organisation der Arbeit und dann, auf die Autorität von dessen Gegner Thiers hin, die Nationalwerkstätten des Jahres 1848 mit jener verwechselten, konnte Lassalle sie geradezu im Triumph ad absurdum führen. Kurz, dem Gros seiner Gegner gegenüber hatte er selbst da noch recht, wo seine Deduktion Fehler aufweist — ganz abgesehen von der richtigen Grundtendenz, die durch seine Schrift hindurchzieht. Einiges weitere darüber in den teils kritischen und teils erläuternden Noten, die aus der ersten Ausgabe in diese Ausgabe übernommen sind, nachdem sie die nötige Korrektur erfahren haben.

Von kleineren polemischen Aufsätzen Lassalles schließt direkt an das Antwortschreiben an: die zuerst in der Leipziger „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte Polemik gegen die obenerwähnte Durcheinanderwerfung von Lassalles Plan mit dem Louis Blancschen und den wirklich errichteten „Nationalwerkstätten". Diesen Aufsatz, sowie eine Antwort auf einen, u. a. in der „Vossischen Zeitung" vom 9. Mai 1863 erschienenen Artikel des Professors Rau, der allerhand Einwände gegen Lassalles Auslegung des ehernen Lohngesetzes erhob, hat Lassalle zuerst als Anhang zu seiner Streitschrift „Herr Bastiat-Schulze" im Wiederdruck veröffentlicht.

Es erscheint indes zweckmäßig, die Abhandlung über die Nationalwerkstätten, da sie den Unterschied zwischen Lassalles Assoziationsidee und dem Louis Blancschen

Plan hervorhebt, dem „Offenen Antwortschreiben" als Anhang beizugeben. Die Antwort an Rau gehört dem Gegenstand nach zur Broschüre „Die Arbeiterfrage", die sich speziell mit der Frage des Lohngesetzes beschäftigt.

Die Literatur kennt viele Schriften, die zu falschen Resultaten gelangten und doch durch die Einzelheiten ihrer Beweisführung das Wissen und Erkennen bedeutend förderten. Das kann man auch von dem nationalökonomischen Inhalt des „Offenen Antwortschreiben" sagen. Sowohl in bezug auf das Lohngesetz wie hinsichtlich der Produktivassoziationen kam Lassalle zu falschen Schlüssen und verwickelte sich daher auch später im Kampfe mit seinen Gegnern in große Widersprüche hierüber. Und doch sind auch die ihnen gewidmeten Teile des „Offenen Antwortschreiben" durchaus des Studiums wert. Sie heben die entscheidenden Gesichtspunkte für die Beurteilung der Arbeiterlage mit solcher Klarheit und Sicherheit hervor, daß der ungeschulteste Leser sie leicht erfaßt und selbst der studierte Ökonom aus ihnen noch frische Anregung schöpfen kann. Was der Mann, von dem Lassalle im Anhang mit so großer Verachtung spricht, was A. Bernstein, der damalige Leitartikler der „Volkszeitung", auf dem Gebiete der Naturwissenschaften geleistet hat, das hat Lassalle auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft geleistet. Er hat es vermocht, selbst die verwickeltesten Fragen der Theorie dem Verständnis des einfachen Mannes aus dem Volke begreiflich zu machen und die Kernpunkte in eindrucksvoller Bildsprache zusammenzufassen — eine Leistung, die nur außergewöhnliche Geistesschärfe und innige Durchdringung des betreffenden Wissensgebietes fertig bringen.

So ist dieses bedeutsame historische Dokument doch

nicht nur historisch von Interesse. Es lebt noch immer als Schrift, aus der der Aufklärungsbedürftige Belehrung schöpfen kann, wie der Kämpfer aus ihm stets frische Anfeuerung schöpfen wird. Niemand wird diese Schrift unbewegt aus der Hand legen, die durch Wiederaufpflanzung des nach 1848 in Mißachtung geratenen Banners des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts im vollen Sinne des Wortes Epoche gemacht hat.

Ed. Bernstein.



OFFENES ANTWORTSCHREIBEN



Meine Herren!

Sie fordern mich in Ihrer Zuschrift auf, Ihnen in irgend einer mir passend erscheinenden Form meine Ansichten über die Arbeiterbewegung und über die Mittel, deren sie sich zu bedienen hat, um die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in politischer, materieller und geistiger Beziehung zu erreichen, sowie besonders auch über den Wert der Assoziationen für die ganze unbemittelte Volksklasse auszusprechen.

Ich nehme keinen Anstand, Ihrem Wunsche nachzukommen, und wähle dazu die einfachste, durch die Natur der Sache nahegelegte Form, die Form eines öffentlichen Send- und Antwortschreibens auf Ihren Brief.

Ich bemerke nur, daß infolge meiner in diesem Moment durch notwendige Arbeiten sehr in Anspruch genommenen Zeit dieser Brief sich der größtmöglichen Kürze befleißigen muß, was übrigens Ihrem eigenen Zwecke entsprechen wird.

Als Sie im Oktober vorigen Jahres, zu welcher Zeit ich gerade von hier abwesend war, die erste Vorberatung in Berlin über den deutschen Arbeiterkongreß hielten, der ich in den Veröffentlichungen durch die Zeitungen mit Interesse gefolgt bin, wurden zwei entgegengesetzte Ansichten in der Versammlung geltend gemacht.

Die eine ging dahin, daß Sie sich überhaupt um die politische Bewegung nicht zu kümmern hätten und diese interesselos für Sie sei.

Die andere ging im Gegenteil dahin, daß Sie sich als den Anhang der preußischen Fortschrittspartei zu betrachten, und den selbstlosen Chor und Resonanzboden für sie abzugeben hätten.

Wäre ich damals in Ihrer Versammlung gegenwärtig gewesen, so würde ich mich gleichmäßig gegen beides ausgesprochen haben.

Es ist geradezu vollständig beschränkt, zu glauben, daß den Arbeiter die politische Bewegung und Entwicklung nicht zu kümmern habe!

Ganz im Gegenteil kann der Arbeiter die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten.

Schon die Frage, inwiefern Sie sich versammeln, Ihre Interessen diskutieren, Vereine und Zweigvereine zur Wahrnehmung derselben bilden dürfen usw., ist eine von der politischen Lage und politischen Gesetzgebung abhängige Frage, und es verlohnt sich daher nicht, eine so beschränkte Ansicht erst noch durch weiteres Eingehen zu widerlegen.

Nicht weniger falsch und irreleitend war aber auch das entgegengesetzte Ansinnen, das Ihnen gestellt wurde, sich politisch nur als den Anhang der Fortschrittspartei zu betrachten!

Zwar wäre es ungerecht gewesen, zu verkennen, daß sich die preußische Fortschrittspartei damals in ihrem Konflikt mit der preußischen Regierung durch ihr Festhalten an dem Budgetbewilligungsrecht und ihren Widerstand gegen die Militärreorganisation in Preußen ein ge-

wisses, wenn auch mäßiges, Verdienst um die politische Freiheit erworben hatte.

Gleichwohl war schon damals die Erfüllung jenes Ansinnens durch die folgenden Gründe vollständig ausgeschlossen:

Erstens ziemte eine solche Haltung von vornherein nicht einer so mächtigen und selbständigen, viel prinzipiellere politische Zwecke verfolgenden Partei, wie die *deutsche Arbeiterpartei* zu sein hat, gegenüber einer Partei, welche, wie die *preußische Fortschrittspartei*, in prinzipieller Hinsicht nur das Festhalten an der preußischen Verfassung als ihre Fahne aufgepflanzt und nur Dinge wie die Abwehr einer einseitigen Umgestaltung der Militärorganisation — die man *in andern deutschen Ländern nicht einmal versucht* — oder wie das Festhalten am Budgetbewilligungsrecht — das *man in andern deutschen Ländern nicht einmal bestreitet* — zum Inhalte ihres Kampfes hat. —

Zweitens stand jedenfalls durch nichts fest, ob die preußische Fortschrittspartei ihren Konflikt mit der preußischen Regierung mit jener Würde und Energie zum Austrag bringen werde, welche allein des Arbeiterstandes angemessen ist und auf seine warme Sympathie rechnen kann. —

Drittens stand ebenso durch nichts fest, ob die preußische Fortschrittspartei, wenn sie selbst den Sieg über die preußische Regierung errungen, diesen Sieg im Interesse des *gesamten Volkes* oder nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie ausnützen würde; d. h. ob sie diesen Sieg zur Herstellung des *allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts*, welches durch die demokratischen Grundsätze

und die legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist, verwenden würde oder nicht.

Im letzteren Fall konnte sie offenbar nicht auf das geringste Interesse von seiten des deutschen Arbeiterstandes Anspruch machen.

Dies wäre es gewesen, was ich Ihnen *damals* in bezug auf jenes Ansinnen zu sagen gehabt hätte.

Heute kann ich noch hinzufügen, daß sich seitdem *auch tatsächlich gezeigt* hat, was damals freilich schon unschwer vorauszusehen war — daß es der preußischen Fortschrittspartei vollständig an jener Energie *gebricht*, welche erforderlich gewesen wäre, um auch nur jenen beschränkten Konflikt zwischen ihr und der preußischen Regierung würdig und siegreich zum Austrag zu bringen.

Indem sie trotz des ihr von der Regierung tatsächlich verweigerten Budgetbewilligungsrechtes fortfährt, fortzutagen und parlamentarische Geschäfte mit einem Ministerium zu erledigen, welches *von ihr selbst für kriminalrechtlich verantwortlich erklärt* worden ist, erniedrigt sie durch diesen Widerspruch sich und das Volk durch das Schauspiel *einer Schwäche und Würdelosigkeit ohnegleichen!*

Indem sie trotz des von ihr selbst erklärten *Verfassungsbruchs* fortfährt, fortzutagen, fortzudebattieren und mit der Regierung parlamentarische Geschäfte zu ordnen, ist sie selbst der Regierung *behilflich* und bietet ihr sogar *die Hand, den Schein eines konstitutionellen Zustandes aufrecht zu erhalten.*

Statt die Sitzungen der Kammer *für auf so lange geschlossen* zu erklären, bis die Regierung die von der Kammer verweigerten Ausgaben nicht länger fortzusetzen

erklärt haben werde, und hierdurch der Regierung die unvermeidliche Alternative zu setzen, entweder das verfassungsmäßige Recht der Kammer zu achten oder aber auf jeden Schein und Apparat eines konstitutionellen Zustandes zu verzichten, offen und unumwunden als absolute Regierung zu wirtschaften, die ungeheure Verantwortlichkeit einer solchen auf sich zu nehmen und so selbst die Krise herbeizuführen, welche allmählich als die Frucht des offenen Absolutismus eintreten müßte — setzt sie selbst die Regierung in den Stand, alle Vorteile der absoluten Gewalt mit allen Vorteilen eines scheinbar konstitutionellen Zustandes zu verbinden.

Und indem sie, statt die Regierung auf den offenen unverhüllten Absolutismus hinzudrängen und das Volk durch die Tat über das Nichtvorhandensein eines verfassungsmäßigen Zustandes aufzuklären, einwilligt, ihre Rolle in dieser Komödie des Scheinkonstitutionalismus weiterzuspielen, hilft sie einen Schein aufrecht erhalten, welcher, wie jedes auf Schein beruhende Regierungssystem, verwirrend auf die Intelligenz und depravierend auf die Sittlichkeit des Volkes einwirken muß [1]).

Eine solche Partei hat dadurch gezeigt, daß sie einer entschlossenen Regierung gegenüber durchaus ohnmächtig ist und stets sein wird.

Eine solche Partei hat gezeigt, daß sie eben dadurch vollkommen unfähig ist, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen.

---

[1]) Siehe ausführlicher hierüber meine Broschüre: „Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen." Zürich 1863. (Im II. Bande dieser Ausgabe.)

Eine solche Partei hat gezeigt, daß sie keinen Anspruch auf die Sympathien der demokratischen Schichten der Bevölkerung hat, und daß sie ohne jeden Sinn und Verständnis für das politische Ehrgefühl ist, welches den Arbeiterstand durchdringen muß.

Eine solche Partei hat, mit einem Worte, tatsächlich gezeigt, daß sie nichts anderes ist, als die mit einem anderen Namen geschmückte Wiederauferstehung des verrufenen Gothaertums.

Dies kann ich Ihnen heute hinzufügen.

Heute wie damals endlich hätte ich Ihnen noch sagen müssen, daß eine Partei, welche sich durch ihr Dogma von der „preußischen Spitze" zwingt, in der preußischen Regierung den berufenen Messias für die deutsche Wiedergeburt zu sehen, während es, und zwar mit Einschluß Hessens, nicht eine einzige deutsche Regierung gibt, welche hinter der preußischen in politischer Beziehung zurückstände, während es, und zwar mit Einschluß Österreichs, fast keine einzige deutsche Regierung gibt, welche der preußischen nicht noch bedeutend voraus wäre — schon hierdurch allein sich jeden Anspruches begibt, den deutschen Arbeiterstand zu repräsentieren: denn eine solche Partei legt hierdurch allein schon eine Versunkenheit in Illusion, Selbstüberhebung und sich in bloßer Wortberauschung befriedigende Unfähigkeit an den Tag, welche jede Hoffnung, von ihr eine reelle Entwicklung der Freiheit des deutschen Volkes zu erwarten, beseitigen muß.

Aus dem Gesagten ergibt sich nun mit Bestimmtheit, welche Haltung der Arbeiterstand in politischer Hinsicht einnehmen und welches Verhältnis zur Fortschrittspartei er beobachten muß.

Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein. —

Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zur deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.

Soviel über das, was Sie in politischer Hinsicht zu tun haben.

Nun zu der Sie mit Recht in noch höherem Grade interessierenden sozialen Frage, die Sie aufwerfen. —

Nicht ohne schmerzliches Lächeln habe ich aus den öffentlichen Blättern entnommen, daß die Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit einen Teil

Ihrer für den Kongreß projektierten Tagesordnung bilden sollen.

Wie, meine Herren, Sie wollten über Freizügigkeit debattieren?

Ich weiß Ihnen hierauf nur mit dem Distichon Schillers zu antworten:

„Jahrelang schon bedien' ich mich meiner Nase zum Riechen,
Aber hab' ich an sie auch ein erweisliches Recht?"

Und verhält es sich mit der Gewerbefreiheit nicht ganz ebenso?

Alle diese Debatten hätten mindestens den einen Fehler — um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen! —

Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind Dinge, welche man in einem gesetzgebenden Körper stumm und lautlos dekretiert, aber nicht mehr debattiert.

Sollte der deutsche Arbeiterstand gleichfalls das Schauspiel jener Versammlungen wiederholen wollen, deren Selbstgenuß darin besteht, sich in zwecklos langen Reden zu befriedigen und zu beklatschen?

Der Ernst und die Tatkraft des deutschen Arbeiterstandes werden ihn vor einem so kläglichen Schauspiel zu bewahren wissen!

Aber Sie wollen Sparkassen, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen stiften?

Ich erkenne gern den relativen, obwohl äußerst untergeordneten und kaum der Rede werten Nutzen dieser Institute an.

Aber unterscheiden wir gänzlich zwei Fragen, die schlechterdings nichts miteinander zu tun haben.

Ist es Ihr Zweck, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen? Dem Leichtsinn, der Krankheit, dem Alter, den Unglücksfällen aller Art entgegenzuwirken, wodurch zufällig oder notwendig einzelne Arbeiterindividuen noch unter die normale Lage des Arbeiterstandes hinuntergedrückt werden? —

In diesem Fall sind Kranken-, Invaliden-, Spar- und Hilfskassen ganz angemessene Mittel. Nur verlohnte es sich dann nicht, für einen solchen Zweck eine Bewegung durch ganz Deutschland anzuregen, eine allgemeine Agitation in den gesamten Arbeiterstand der Nation zu werfen. Man muß nicht die Berge kreisen lassen, als wollten sie gebären, damit dann ein kleines Mäuschen zum Vorschein komme!

Dieser so höchst beschränkte und untergeordnete Zweck ist vielmehr ruhig den lokalen Vereinen und der lokalen Organisation zu überlassen, die ihn auch weit besser zu erreichen vermögen.

Oder aber ist es Ihr Zweck: die normale Lage des gesamten Arbeiterstandes selbst zu verbessern und über ihr jetziges Niveau zu erheben?

Und freilich ist das und muß das Ihr Zweck sein. Aber es bedarf eben nur der scharfen Unterscheidungslinie, die ich hier zwischen diesen beiden Zwecken, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen, gezogen habe, um Sie besser als durch eine lange Abhandlung einsehen zu lassen, wie ganz und gar ohnmächtig zur Erreichung dieses zweiten Zweckes und somit, wie ganz und gar außerhalb des Umfanges der jetzigen Arbeiterbewegung liegend jene Institute sind.

Nur das Zeugnis eines einzigen Gewährsmannes er-

lauben Sie mir anzuführen, das Eingeständnis des *streng konservativen, streng royalistischen* Professors Huber, eines Mannes, welcher gleichfalls der sozialen Frage und der Entwicklung der Arbeiterbewegung seine Studien gewidmet hat.

Ich liebe es, die Zeugnisse dieses Mannes anzuführen — und werde es daher im Laufe dieses Briefes noch hin und wieder tun — weil er, in *politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem* und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Standpunkt mit mir stehend, durch sein Zeugnis am besten den Verdacht beseitigen muß, als sei der geringe Wert, den ich auf jene Institute lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen; andererseits weil Professor Huber, ebenso *weit vom Liberalismus entfernt*, wie von *meinen* politischen Ansichten, gerade dadurch die *nötige Unbefangenheit* hat, auf nationalökonomischem Boden wahrheitsgetreue Eingeständnisse abzulegen, während alle Anhänger der *liberalen Schule* auf nationalökonomischem Boden *gezwungen* sind, die Arbeiter, oder zu besserer Täuschung dieser, vorher auch *sich selbst, zu täuschen*, um die Dinge in Übereinstimmung mit ihren Tendenzen zu erhalten.

> „Ohne daher" — sagt Professor Huber in seiner „Concordia" — „ohne daher den relativen Nutzen der Sparkassen, Hilfs- und Krankenkassen usw., soweit er wirklich geht, irgend zu verkennen, können diese guten Dinge doch insofern geradezu *große negative Nachteile* mit sich führen, als sie dem *Bessern* hinderlich in den Weg treten."

Und sicherlich, nie würden sie in *höherem* Grade diese großen negativen Nachteile bewährt haben und dem

Bessern hindernd in den Weg getreten sein, als wenn sie die Kräfte der großen allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung für sich in Anspruch nehmen oder auch nur teilen sollten.

Aber Sie sollen, so hieß es in verschiedenen Zeitungen, und so wird, wie Ihr Brief selbst besagt, von fast allen Orten Ihnen anempfohlen, die Schulze-Delitzschschen Organisationen, seine Vorschuß- und Kreditvereine, seine Rohstoffvereine und seine Konsumvereine zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in Anspruch nehmen.

Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit in einem immer gesteigerten Grade zu erbitten.

Schulze-Delitzsch kann in dreierlei Beziehungen betrachtet werden.

In politischer Hinsicht gehört er der Fortschrittspartei an, welche oben bereits betrachtet worden ist.

Er erhebt zweitens auch den Anspruch, Nationalökonom zu sein. In dieser Hinsicht, als theoretischer Nationalökonom, steht er jedenfalls ganz und gar auf dem Boden der liberalen Schule, teilt alle ihre Irrtümer, Täuschungen und Selbstverblendungen. Die Vorträge, die er bisher den Berliner Arbeitern gehalten hat[1]) sind ein schlagender Beleg hierfür; schiefe Darstellungen, Schlußfolgerungen, die mit ihren Prämissen keineswegs zusam-

---

[1]) Es sind die ersten der Vorträge gemeint, die Schulze-Delitzsch gemäß dem in der Volksversammlung vom 2. November 1862 abgegebenen Versprechen (vgl. die Vorbemerkung S. 20) vor Berliner Arbeitern hielt und später zusammen unter dem Titel „Kapitel zu einem Arbeiter-Katechismus" als Broschüre herausgab; gegen sie schrieb Lassalle dann den „Bastiat-Schulze". D. H.

menhängen, bilden ihren Inhalt. Indes, es kann nicht Ihr Zweck und meine Absicht sein, mich hier in eine Kritik der theoretischen nationalökonomischen Ansichten und Vorträge von Schulze-Delitzsch einzulassen und jene Selbsttäuschungen und Fehlschlüsse nachzuweisen, die ihm mit der ganzen liberalen Schule, der er in theoretischer, nationalökonomischer Hinsicht angehört, gemeinsam sind. Ich werde überdies ohnehin noch weiter unten gezwungen sein, auf den hauptsächlichen Inhalt dieser Lehren zurückzukommen.

Aber Schulze-Delitzsch hat drittens noch eine über seinen theoretischen nationalökonomischen Standpunkt in gewisser Hinsicht hinausgehende praktische Natur.

Er ist das einzige Mitglied seiner Partei, der Fortschrittspartei, welches — und es ist ihm eben deshalb nur um so höher anzurechnen — etwas für das Volk getan hat!

Er ist durch seine unermüdliche Tätigkeit und obwohl alleinstehend und in gedrücktester Zeit der Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens geworden und hat so der Sache der Assoziation überhaupt einen Anstoß von den weitgreifendsten Folgen gegeben, ein Verdienst, für das ich ihm, so sehr ich in theoretischer Hinsicht sein Gegner bin, indem ich dies schreibe, im Geiste mit Wärme die Hand schüttele. Wahrheit und Gerechtigkeit auch gegen einen Gegner — und vor allem geziemt es dem Arbeiterstand, sich dies tief einzuprägen! — ist die erste Pflicht des Mannes.

Daß heute schon von einer deutschen Arbeiterbewegung die Frage diskutiert wird, ob die Assoziation in seinem oder meinem Sinne aufzufassen sei — das ist zum großen Teile sein Verdienst, das eben

ist sein wahres Verdienst, und dies Verdienst läßt sich nicht zu hoch veranschlagen[1]).

Aber die Wärme, mit welcher ich dies Verdienst anerkenne, darf uns nicht verhindern, mit kritischer Schärfe die Frage ins Auge zu fassen:

Sind die Schulze-Delitzschschen Assoziationen, die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Und auf diese Frage muß die Antwort allerdings das entschiedenste Nein sein!

Es wird leicht sein, das in Kürze zu zeigen.

Was zunächst die Kredit- oder Vorschuß- und die Rohstoffvereine betrifft, so kommen beide darin überein, daß sie nur für denjenigen existieren, der ein Geschäft für eigene Rechnung betreibt, also nur für den kleinen Handwerksbetrieb. Für den Arbeiterstand im engeren Sinne, für den in der fabrikmäßigen Großproduktion beschäftigten Arbeiter, der keinen eigenen Geschäftsbetrieb hat, für den er Kredit und Rohstoffe benutzen könnte, existieren beide Vereine nicht.

---

[1]) Da Lassalle in dieser Broschüre zum ersten Male überhaupt öffentlich von Assoziationen spricht, kann es auffällig erscheinen, wie eine Arbeiterbewegung bereits die Frage diskutiert haben soll, ob die Assoziation in Lassalles Sinne aufzufassen sei, noch ehe die Broschüre selbst das Licht der Welt erblickte. Wahrscheinlich ist aber der Satz so zu verstehen, daß Lassalle sagen will, es werde bereits die Frage diskutiert, ob die Schulzesche selbsthilflerische Assoziation ausreichend sei, oder ob, wie er ebenfalls meine, die Staatshilfe hinzukommen müsse. Das aber fand tatsächlich schon in Leipzig statt — allerdings infolge der Eröffnungen, die Lassalle mündlich den Vertretern des Leipziger Komitee gemacht hatte. D. H

Ihre Hilfe kann somit von vornherein nur den handwerksmäßigen Kleinbetrieb treffen.

Aber auch in dieser Hinsicht wollen Sie zwei wesentliche Umstände festhalten und sich einprägen.

Erstens ist es die notwendige Bewegung unserer Industrie, täglich immer mehr den fabrikmäßigen Großbetrieb an die Stelle des handwerksmäßigen Kleinbetriebes, oder des Zwerggewerbes — wie man denselben auch benannt hat — zu setzen und folglich täglich eine immer größere Anzahl von Handwerkern in den in der fabrikmäßigen Großproduktion beschäftigten eigentlichen Arbeiterstand hinüberzutreiben. England und Frankreich, die uns in der ökonomischen Entwicklung voran sind, zeigen dies in noch höherem Grade als Deutschland, welches übrigens täglich mächtige Fortschritte auf demselben Wege macht. Ihre eigenen Erfahrungen werden Ihnen dies hinreichend bestätigen.

Folglich ergibt sich hieraus, daß die Schulze-Delitzschschen Kredit- und Vorschuß- und seine Rohstoffvereine, wenn sie selbst den Handwerkern zu helfen vermöchten, doch nur einer durch die notwendige Entwicklung unserer Industrie täglich immer mehr verschwindenden, täglich immer kleiner werdenden Anzahl von Leuten zugute kommen, welche durch die Bewegung unserer Kultur in immer größerem Umfange in den von dieser Hilfe nicht betroffenen eigentlichen Arbeiterstand hinübergedrängt werden. Und das ist gleichwohl nur eine erste Folgerung. Eine zweite, genau mit ihr zusammenhängende noch wichtigere Konsequenz des Gesagten ist folgende: Der Konkurrenz der fabrikmäßigen Großproduktion gegenüber, welche sich täglich mehr an die Stelle des kleinen handwerksmäßigen Betriebs setzt, vermögen auch die in

demselben ausharrenden Handwerker durch die Kredit- und Rohstoffvereine keineswegs geschützt zu werden. Ich will Ihnen dafür wieder als Zeugnis das Eingeständnis des Professor Huber anführen: „Leider aber“ — sagt er, nachdem er die Schulze-Delitzschschen Kredit- und Rohstoffvereine, gleich mir, rühmend betrachtet — „leider aber erscheint die Voraussetzung, daß damit die Konkurrenz des Zwerggewerbes mit der Großindustrie ermöglicht wäre, durchaus nicht hinreichend begründet.“

Besser aber als jedes Zeugnis, werden Sie die leicht zu entwickelnden inneren Gründe von dem, was ich sage, überzeugen.

Wie weit kann die Wirkung von Kreditvereinen und von Vereinen zur billigen und guten Beschaffung von Rohstoffen gehen? Sie kann den unbemittelten Handwerker in die Lage setzen, mit dem bemittelten Handwerker, mit demjenigen, der das hinreichende kleine Kapital für seinen handwerksmäßigen kleinen Betrieb hat, zu konkurrieren. Sie kann also höchstens den unbemittelten Handwerker gleichsetzen und in dieselbe Lage bringen mit dem mit eigenem hinreichenden Kapital für seinen Handwerksbetrieb ausgerüsteten Meister. Nun ist ja die Tatsache aber eben die, daß auch die mit eigenem hinreichenden Kapital produzierenden Handwerksmeister nicht die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion aushalten können, sowohl wegen der durch den Großbetrieb ermöglichten billigeren Erzeugungskosten aller Art, als wegen der geringeren Profitrate, die bei dem massenhaften Betrieb auf jedes einzelne Stück zu fallen braucht, als endlich wegen noch anderer mit ihm verbundener Vorteile. Da nun die Kredit-

und Rohstoffvereine die unbemittelten kleinen Handwerker höchstens im allgemeinen in dieselbe Lage wie den für seinen Kleinbetrieb mit hinreichendem Kapital ausgerüsteten Handwerksmeister versetzen können[1]) und dieser selbst die Konkurrenz der fabrikmäßigen Großindustrie nicht ertragen kann, so bleibt um so mehr dasselbe Resultat auch für jenen, mit Hilfe dieser Vereine sein Geschäft betreibenden Handwerker bestehen.

Diese Vereine können also auch in bezug auf den kleinen Handwerker nur den Todeskampf, in welchem das kleine Handwerk der Großindustrie zu unterliegen und Platz zu machen bestimmt ist, verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren

---

[1]) Man kann sagen, daß in der einen Hinsicht, auf Ankauf der Rohstoffe, der mit Hilfe eines Rohstoffvereins sein Kleingeschäft betreibende Handwerker, weil hierdurch des Vorteils der Ankaufspreise en gros teilhaftig, sogar besser daran sei als der mit eigenem Kapital sein isoliertes Kleingeschäft Betreibende, und Professor Huber veranschlagt diesen Vorteil bei Beschaffung der Rohstoffe auf 20—30 Prozent. Dies hält ihn, wie wir sehen, nicht ab, einzugestehen, daß auch die Rohstoffvereine die Konkurrenz mit der fabrikmäßigen Großproduktion nicht aushalten können; natürlich, denn die Beschaffung der Rohstoffe zu en gros-Preisen bildet nur ein isoliertes Element der billigen Erzeugungs- und Betriebskosten aller Art, welche die Großproduktion voraus hat. Aber auch zwischen dem mit Hilfe eines Rohstoffvereins und dem mit eigenem Kapital sein Kleingeschäft betreibenden Meister gleichen sich die Vorteile höchstens im ganzen aus, da letzterer sich keine Zinsen seines Kapitals zu berechnen braucht und außerdem sich für jeden Artikel seines Bedarfs mit den besten Bezugsquellen in Verbindung setzen kann, während die Rohstoffvereine nicht für alle Artikel, die sie führen, zumal für die nebensächlicheren, dieselbe Geschäftskenntnis und Umsicht entwickeln können.

und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten — das ist das ganze Resultat, das sie auch in bezug auf den kleinen Handwerkerstand haben, während sie den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand überhaupt nicht berühren!

Bleiben also noch die Konsumvereine zu betrachten.

Die Einwirkung der Konsumvereine würde den gesamten Arbeiterstand umfassen.

Sie sind gleichwohl gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken. Dies werden Ihnen drei Gründe nachweisen, die innerlich einen einzigen bilden.

1. Die Benachteiligung, welche den Arbeiterstand trifft, trifft ihn, wie das sub 2 anzuführende ökonomische Gesetz zeigen wird, als Produzenten, nicht als Konsumenten. Es ist daher schon eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo wirklich der Schuh ihn drückt, als Produzenten.

Als Konsumenten stehen wir bereits heute im allgemeinen alle gleich. Wie vor dem Gendarmen, sind vor dem Verkäufer alle Menschen gleich, wenn sie nur zahlen.

Es ist wahr, daß eben hierdurch für den Arbeiterstand infolge seiner beschränkten Zahlungsfähigkeit sich noch ein besonderer Nebenschaden entwickelt hat, der aber mit dem Haupt- und Krebsschaden, an dem er leidet, nichts zu tun hat: der Nachteil, seine Bedürfnisse im kleinsten Detail ankaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens — des shopkeepers — ver-

fallen zu sein. Hiergegen helfen und schützen die Konsumvereine; aber abgesehen davon, daß Sie unter Nr. 3 sehen werden, wie lange diese Hilfe dauern kann und wann sie aufhören muß, darf diese beschränkte Hilfe, geeignet, die traurige Lage des Arbeiters eben um etwas erträglicher zu machen, durchaus nicht mit einem Mittel zu jener Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse verwechselt werden, welche der Arbeiterstand erstrebt.

2. Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl,

welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt.

Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen) bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen).

Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft — das ist also, ich wiederhole es Ihnen, das eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.

Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihren Denken von ihm ausgehen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen und dem gesamten Arbeiterstand ein unfehlbares Mittel angeben, wie Sie ein für allemal allen Täuschungen und Irreführungen entgehen können.

Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen:

ob er dieses Gesetz anerkennt oder nicht.

Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, daß dieser Mann entweder Sie täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft ist. Denn es gibt, wie ich Ihnen bereits bemerkt, in der liberalen Schule selbst nicht einen namhaften Nationalökonomen, der dasselbe leugnete. Adam Smith wie Say, Ricardo wie Malthus, Bastiat wie John Stuart Mill sind einstimmig darin, es anzuerkennen. Es herrscht hierin eine Übereinstimmung aller Männer der Wissenschaft.

Und wenn nun derjenige, der Ihnen von der Lage der Arbeiter spricht, auf Ihre Frage dieses Gesetz anerkannt hat, so fragen Sie ihn weiter:

wie er dasselbe beseitigen will.

Und wenn er hierauf nicht zu antworten weiß, so wenden Sie ihm ruhig den Rücken. Er ist ein leerer Schwätzer, der Sie oder sich selbst täuschen und mit hohlen Phrasen verblenden will.

Betrachten wir einen Augenblick näher die Wirkung und Natur dieses Gesetzes. Sie ist mit anderen Worten folgende:

Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst soviel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung erforderlich ist (Arbeitslohn).

Der ganze Überschuß der Produktion —

des Arbeitsertrages — fällt auf den Unternehmeranteil.

Es ist daher eine Folge dieses ehernen und grausamen Gesetzes, daß Sie — und deswegen habe ich Sie in meiner Arbeiterbroschüre[1]), auf die Sie sich in Ihrem Schreiben berufen, die Klasse der Enterbten genannt — sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit Ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen sind! Für Sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über dieselbe hinaus von der Arbeit produziert wird.

Weil aber bei sehr großen Fortschritten der Produktivität (der Ergiebigkeit der Arbeit) zugleich viele Industrieprodukte zur äußersten Billigkeit herabsinken, so kann es kommen, daß Sie durch diese Billigkeit nicht als Produzenten, wohl aber als Konsumenten zunächst einen gewissen indirekten Vorteil von der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeit haben. Dieser Vorteil trifft Sie überhaupt nicht in Ihrer Tätigkeit als Produzenten, er trifft und ändert nicht die auf Ihren Anteil fallende Quote am Arbeitsertrag, er trifft nur Ihre Lage als Konsumenten, wie er auch die Lage der Unternehmer als Konsumenten und auch die aller an der Arbeit gar nicht teil nehmenden Menschen als Konsumenten — und zwar in viel erheblicherem Grade als die Ihrige — verbessert.

Und auch dieser Sie bloß als Menschen, nicht als Arbeiter treffende Vorteil verschwindet wie-

---

[1]) Das „Arbeiter-Programm".

der durch jenes eherne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn auf die Länge immer wieder auf das Maß der zum Lebensunterhalt notwendigen Konsumtion herabdrückt.

Nun kann es aber vorkommen, daß, wenn eine solche gesteigerte Produktivität der Arbeit und die durch sie eintretende äußerste Billigkeit mancher Produkte ganz plötzlich eintritt, und wenn sie zweitens zugleich in eine länger dauernde Periode der steigenden Nachfrage nach Arbeiterhänden fällt, — daß dann diese jetzt unverhältnismäßig billiger gewordenen Produkte in den Umfang dessen aufgenommen werden, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum notwendigen Lebensunterhalt gehört.

Dies also, daß Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jeder Zeit zu dem notwendigsten Lebensunterhalt gehört, bald etwas über, bald etwas unter diesem Rande stehend, dies ändert sich nie!

Dieser äußerste Rand selbst aber kann sich in verschiedenen Zeiten durch ein Zusammentreffen der angegebenen Umstände geändert haben, und es kann somit kommen, daß, wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleicht, die Lage des Arbeiterstandes in dem späteren Jahrhundert oder in der späteren Generation — insofern jetzt das Minimum der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensbedürfnisse etwas gestiegen ist — sich gegen die Lage des Arbeiterstandes in dem früheren Jahrhundert und der früheren Generation etwas gebessert hat.

Ich mußte diese kleine Abschweifung machen, meine Herren, wenn sie auch meinem eigentlichen Zwecke fern liegt, weil gerade dies, diese geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte und Generationen, immer der

Punkt ist, auf welchen alle diejenigen, welche Ihnen Sand in die Augen streuen wollen, nach dem Vorgange Bastiats [1]), stets mit ebenso billigen als hohlen Deklamationen zurückkommen.

Bemerken Sie genau meine Worte, meine Herren. Ich sage: es kann aus den angegebenen Gründen dahin kommen, daß das notwendige Lebensminimum und somit die Lage des Arbeiterstandes, in verschiedenen Generationen miteinander verglichen, sich etwas gehoben hat. Ob dies

---

1) Frederic Bastiat, geb. 1801, gest. 1850, war um jene Zeit eine der gefeiertesten Autoritäten des ökonomischen Liberalismus (Manchesterpartei, Nichts-als-Freihandelspartei). Seine populären Flugschriften, sowie seine polemischen Aufsätze, die sich unbestritten durch eine sehr geschickte Dialektik auszeichnen — wie ja Bastiat 1849/1850 in seiner Polemik mit Proudhon über die Berechtigung des Kapitalzinses seinen Gegner ganz gehörig in die Enge gejagt hatte — und schließlich seine, teilweise dem Amerikaner Carey nachgeschriebenen „Volkswirtschaftlichen Harmonien" waren von der deutschen Freihandelsschule bald nach ihrem Erscheinen übersetzt und eifrig kolportiert worden. Seinerseits zwar hatte schon Rodbertus in seinen „Sozialen Briefen" u. a. die in Bastiats Polemik mit Proudhon enthaltenen Trugschlüsse bloßgelegt, war aber natürlich sowohl in der Tagespresse wie von der zünftigen Ökonomie totgeschwiegen worden. Auf Bastiat abwehrend hinzuweisen, lag Lassalle nun um so näher, als, wie wir gesehen haben, zur Zeit, wo er das „Offene Antwort-Schreiben" verfaßte, Schulze-Delitzsch gerade begonnen hatte, den Berliner Arbeitern die Bastiatschen Lehren als höchstes Ergebnis der ökonomischen Wissenschaft zu predigen, während andererseits Rodbertus, durch irrtümliche Auffassung eines Satzes aus dem „System der erworbenen Rechte" verleitet, eben um dieselbe Zeit Lassalle brieflich vorwarf, sich zu demselben Satze Bastiats bekannt zu haben, auf den dieser seine volkswirtschaftliche Harmonielehre begründet hatte. Vergleiche darüber die Briefe von Lassalle an Rodbertus. D. H.

wirklich so ist, ob wirklich die Gesamtlage des Arbeiterstandes und zwar fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten sich gebessert hat — meine Herren, das ist eine sehr schwierige, sehr verwickelte Untersuchung, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur irgend, auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche Sie ohne Unterlaß mit den Vorhaltungen amüsieren, wie teuer der Kattun im vorigen Jahrhundert war und wie viel Kattunkleider Sie jetzt verbrauchen und mit ähnlichen Gemeinplätzen, die man aus jedem Kompendium abschreiben kann.

Es ist nicht mein Zweck, mich hier auf diese Untersuchung einzulassen. Denn hier muß ich mich darauf beschränken, Ihnen nicht nur absolut Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes zu geben. Unterstellen wir also immerhin, daß eine solche Verbesserung des untersten Lebensbedürfnisses und somit der Lage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Generationen und Jahrhunderten stattfinde.

Aber das muß ich Ihnen zeigen, meine Herren, daß man mit diesen Gemeinplätzen Ihnen jedenfalls die Frage aus der Hand spielt, um die es sich handelt, und sie in eine ganz andere verkehrt.

Man täuscht Sie, man hintergeht Sie, meine Herren!

Wenn Sie von der Lage der Arbeiter und ihrer Verbesserungen sprechen, so meinen Sie Ihre Lage verglichen mit der Ihrer Mitbürger in der Gegenwart, verglichen also mit dem Maßstab der Lebensgewohnheiten in derselben Zeit.

Und man amüsiert Sie mit angeblichen Vergleichen Ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten!

Ob Sie aber, weil das Minimum der gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse gestiegen wäre — falls dies der Fall — sich heute besser stehen, als der Arbeiter vor 80, vor 200, vor 300 Jahren — welchen Wert hat diese Frage für Sie und welche Befriedigung kann sie Ihnen gewähren? Ebensowenig als die freilich ganz ausgemachte Tatsache, daß Sie sich heut besser stehen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden!

Jede menschliche Befriedigung hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Überschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse. Ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gibt auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten gar nicht kannten. Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?

Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt also nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit bereits vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen der-

selben Zeit in bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klasse in derselben Zeit.

Wenn also noch so feststünde, daß sich das Niveau der notwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, daß früher nicht gekannte Befriedigungen gewohnheitsmäßiges Bedürfnis geworden sind und eben dadurch mit diesen auch früher nicht gekannte Entbehrungen und Leiden eingetreten sind — Ihre menschliche Lage ist in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben; immer diese: auf dem untersten Rande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnotdurft herum zu tanzen, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Ihre menschliche Lage ist also dieselbe geblieben, denn diese menschliche Lage bemißt sich nicht durch Ihr Verhältnis zu der Lage des Tieres in den Urwäldern, oder des Negers in Afrika, oder des Leibeigenen im Mittelalter, oder des Arbeiters vor zweihundert oder vor achtzig Jahren, sondern nur durch das Verhältnis dieser Lage zu der Lage Ihrer Mitmenschen, zu der Lage der andern Klassen in derselben Zeit.

Und statt hierüber Betrachtungen anzustellen und zu sinnen, wie dieses Verhältnis zu bessern und jenes grausame Gesetz, das Sie beständig auf dem untersten Rande der Lebensbedürfnisse einer jeden Zeit festhält, zu ändern sei, amüsiert man sich, Ihnen unvermerkt die Frage vor der Nase zu vertauschen und Sie mit sehr problematischen kulturhistorischen Rückblicken auf die Lage

des Arbeiterstandes in den früheren Zeitepochen zu unterhalten, Rückblicke, die um so problematischer sind, als gerade die immer mehr der äußersten Billigkeit verfallenden *Industrieprodukte* nur in weit geringerem Grade zu dem Konsum des Arbeiters gehören, während die hauptsächlich seinen Konsum bildenden *Lebensmittel keineswegs* von der gleichen Tendenz immer steigender Billigkeit beherrscht werden! Rückblicke endlich, die nur dann einen Wert haben würden, wenn sie die *gesamte* Lage des Arbeiters in den verschiedenen Zeiten *nach allen Seiten hin* in ihre Untersuchung zögen, Untersuchungen von der schwierigsten und nur mit der äußersten Umsicht zu führenden Natur, zu welchen gerade diejenigen, die sie Ihnen vorhalten, nicht einmal das *Material* in der Hand haben, und die sie daher um so mehr den eigentlichen Gelehrten überlassen sollten!

3. Kehren wir nunmehr von dieser, wenn auch notwendigen, Abschweifung zu der Frage zurück: Welchen Einfluß können nach dem sub 2 entwickelten, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetz die *Konsumvereine* auf die Lage des Arbeiterstandes haben. Die Antwort wird jetzt eine sehr einfache sein.

Solange nur *einzelne Kreise von Arbeitern* zu Konsumvereinen zusammentreten, solange wird *der allgemeine Arbeitslohn* nicht durch dieselben berührt, und solange werden also die Konsumvereine den Arbeitern, welche zu ihnen gehören, durch die billigere Konsumtion jene untergeordnete *Erleichterung* ihrer gedrückten Lage gewähren, welche ich sub 1 betrachtet und zugegeben habe. — Sowie aber die Konsumvereine mehr und mehr *den gesamten Arbeiterstand* zu umfassen beginnen, tritt jetzt vermöge des betrachteten Gesetzes die notwendige Konsequenz ein, daß der *Ar-*

beitslohn infolge des durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensmittelunterhaltes um ebensoviel fallen muß.

Dem gesamten Arbeiterstand können die Konsumvereine somit niemals auch nur irgendwie helfen, und den einzelnen Arbeiterkreisen, die sie bilden, können sie die früher betrachtete untergeordnete Hilfe gerade nur solange gewähren, wie das Beispiel dieser Arbeiter noch nicht hinreichende Nachahmung gefunden hat. Mit jedem Tage, mit welchem die Konsumvereine sich mehr und mehr ausbreiten und größere Massen des Arbeiterstandes umfassen, fällt mehr und mehr auch jene geringfügige Erleichterung auch für die in diesen Vereinen befindlichen Arbeiter fort, bis sie an dem Tage auf Null sinkt, wo die Konsumvereine den größten Teil des gesamten Arbeiterstandes umfassen würden[1]).

---

[1]) Nach dem, was bereits früher über das ökonomische Lohngesetz gesagt wurde, wird der Leser den obigen, in der gegebenen Fassung entschieden unrichtigen Satz leicht selbst richtig stellen können. Weit besser hätte Lassalle unseres Erachtens den bedingten Wert der Konsumvereine charakterisiert, wenn er einfach das, was er vorher über den Einfluß der durch die Entwicklung der Produktion bewirkten fortschreitenden Verbilligung der Produkte auf die Klassenlage der Arbeiter ausgeführt hat, auch auf die Verbilligung der Lebensmittel der Arbeiter durch die Konsumvereine, angewendet hätte. Daß sie an sich die Lage des Arbeiters als Produzenten nicht berühren, ihn von den Wechselfällen des Arbeitsmarktes abhängig lassen, das bezeichnete ihren bedingten Wert für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter. Aber Lassalle hatte noch keine Ahnung von den Möglichkeiten der Konsumvereine als Hilfsmittel der Arbeiterorganisation und Produktionsleitung.

D. H.

Kann auch nur ernsthaft die Rede davon sein, daß der Arbeiterstand sein Auge auf ein Mittel richten soll, welches ihm als Stand gar nicht hilft und seinen einzelnen Gliedern auch jene so geringfügige Erleichterung nur auf solange gewährt, bis der Stand als solcher ganz oder zum großen Teil dasselbe ergriffen hat?

Wenn der deutsche Arbeiterstand einen solchen Tretmühlenrundgang sollte anstellen wollen — so wird die Zeit bis zu der wirklichen Verbesserung seiner Lage noch lange dauern! —

Ich habe Ihnen jetzt sämtliche Schulze-Delitzschschen Organisationen zergliedert und gezeigt, daß sie Ihnen nicht helfen, noch helfen können.

Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?

Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion.

Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!

Die Aufhebung des Unternehmergewinns

in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie dann einen Blick in die Leere Ihrer Taschen und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen Riesenkapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen?

Und gewiß ist nichts sicherer, nichts festerstehend, als daß Sie dies niemals ermöglichen würden, wenn Sie ausschließlich und lediglich und allein auf Ihre isolierten Anstrengungen als Individuen reduziert bleiben.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.

Und hier lassen Sie sich nicht durch das Geschrei derer täuschen und irreführen, die Ihnen sagen werden, daß jede solche Intervention des Staates die soziale Selbsthilfe aufhebe.

Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch seine eigene Kraft einen Turm zu ersteigen, wenn ich ihm Leiter oder Strick dazu reiche. Es ist nicht wahr, daß der Staat die Jugend daran hindert, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken hält. Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft ein Feld zu umackern, wenn ich ihm einen Pflug dazu reiche. Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft ein feindliches Heer zu schlagen, wenn ich ihm eine Waffe dazu in die Hand drücke.

Und obgleich es wahr ist, daß hin und wieder jemand einen Turm erklettert haben mag ohne Strick und Leiter, und obgleich es wahr ist, daß sich einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und öffentliche Bibliotheken, und obgleich es wahr ist, daß die Bauern der Vendée in den Revolutionskriegen hin und wieder den Feind geschlagen haben auch ohne Waffen, so heben doch alle diese Ausnahmen ihre Regel nicht auf, sondern bestätigen sie nur. Und obgleich es also wahr ist, daß unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessern konnten, so bleibt nichts destoweniger das Gesetz bestehen, daß die wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters, die er gerechterweise zu fordern hat, und für den allgemeinen Arbeiterstand als solchen nur

durch jene Hilfsleistung des Staates herbeigeführt werden kann.

Und ebensowenig lassen Sie sich durch das Geschrei derer irreführen und täuschen, die hier etwa gar von Sozialismus oder Kommunismus sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegentreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird[1]). Das aber

[1]) Mit diesem Satz wäre eigentlich, wenn er buchstäblich zu nehmen wäre, die Kritik des Lassalleschen Vorschlages von selbst gegeben, und es bliebe höchstens fraglich, wie Lassalle als Sozialist und Kommunist ein Mittel vorschlagen konnte, das nach ihm weiter entfernt vom Sozialismus und Kommunismus sein sollte, als irgendein anderes. Aber schon das eingeschobene Wort „sogenannten" zeigt, daß Lassalle hier einen inneren Vorbehalt macht und sich nur gegen das Zerrbild vom Sozialismus und Kommunismus verwahrt, das in den Reihen der Gegner gang und gäbe war. Andererseits hielt er es für taktisch richtig, zunächst die Forderung der Staatshilfe für Produktivgenossenschaften in der möglichst unanstößigen Weise aufzustellen und die Konsequenzen sich von selbst entwickeln zu lassen. Kein Zweifel, daß er nicht verpflichtet war, gleich mit seinem letzten Wort herauszuplatzen. Aber ein Fehler war die obige Erklärung doch, sie brachte ihn, wie an anderer Stelle bereits gezeigt, wiederholt in Widerspruch mit sich selbst und führte, mehr als die Gegner, die eigenen Anhänger zeitweise irre. D. H.

ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf. Dazu existiert er; hat immer dazu gedient und dienen müssen. Ein einziges Beispiel, statt der Hunderte von Beispielen, die ich Ihnen geben könnte, den Kanälen, Chausseen, Posten, Paketbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführungen von neuen Fabrikationszweigen usw., bei welchen allen die Intervention des Staates eintreten mußte[1]) — ein einziges Beispiel will ich Ihnen geben, aber ein Beispiel, das Hunderte aufwiegt, und zwar ein ganz besonders naheliegendes Beispiel: Als die Eisenbahnen bei uns gebaut werden sollten, da mußte in allen deutschen — und ebenso in den meisten auswärtigen — Ländern, ausgenommen bei einigen ganz kleinen und vereinzelten Linien, der Staat in der einen oder der anderen Weise intervenieren, meistens in der Weise, daß er mindestens die Zinsgarantie für die Aktien — in vielen Ländern noch weit größere Leistungen — übernahm.

Die Zinsgarantie stellte noch dazu folgenden

---

[1]) England, welches immer als das Land angeführt zu werden pflegt, in welchem keine solche Intervention des Staates stattfindet, ist im Gegenteil noch heute stolz auf seine durch die Parlamentsakte von 1833 bewirkte Ablösung der Sklaverei in den Kolonien, welche nur durch Intervention des Staates möglich war und ihm eine Entschädigung von nicht weniger als 20 Millionen Pfund Sterling (133 Millionen Taler) gekostet hat. Die Befreiung der unendlichen Mehrheit der eigenen Nation von jenem den Arbeitslohn bestimmenden Gesetz muß den Staat noch mehr interessieren als die Befreiung einer fremden Rasse in den Kolonien und wäre noch dazu ohne jene Opfer zu vollbringen, welche diese erfordert hat.

Löwenkontrakt der Unternehmer — der reichen Aktionäre — mit dem Staate dar: Sind die neuen Unternehmungen unvorteilhaft, so soll der Nachteil auf den Staat fallen, folglich auf alle Steuerzahler, folglich ganz besonders auf Sie, meine Herren, auf die große Klasse der Unbemittelten! Sind die neuen Unternehmungen dagegen vorteilhaft, so soll der Vorteil — die starken Dividenden — uns, den reichen Aktionären, zukommen. Dies wird auch nicht dadurch beseitigt, daß in manchen Ländern, wie z. B. in Preußen, dafür dem Staate in einer sehr, sehr fernen Zukunft damals noch ganz ungewisse Vorteile ausbedungen wurden, Vorteile, deren sich aus der Assoziation des Arbeiterstandes weit schnellere und größere für ihn ergeben würden.

Ohne diese Intervention des Staates, von welcher, wie gesagt, die Zinsgarantie noch die schwächste Form war, hätten wir vielleicht noch heute auf dem ganzen Kontinent keine Eisenbahnen!

Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der Staat hierzu schreiten mußte, daß auch die Zinsgarantie eine und zwar äußerst starke Intervention des Staates war, daß diese Intervention noch dazu der reichen und begüterten Klasse gegenüber stattfand, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügt, und die sich daher der Staatsintervention weit leichter hätte begeben können als Sie, und daß diese Intervention von der gesamten Bourgeoisie gefordert wurde[1]).

---

[1]) Gegen diesen Vergleich wurde von der liberalen Presse der Einwand erhoben, daß bei den Zinsgarantien für die Eisenbahnen es sich eben nicht darum gehandelt habe, den Aktionären

Warum entstand damals kein Geschrei gegen die Zinsgarantie als eine „unzulässige Intervention des Staates?" Warum erklärte man damals nicht, daß durch die Zinsgarantie die „soziale Selbsthilfe" der reichen Unternehmer jener Aktiengeschäfte bedroht sei? Warum tat man die Zinsgarantie des Staates nicht als „Sozialismus und Kommunismus" in Verruf?

Aber freilich, jene Intervention des Staates fand im Interesse der reichen und begüterten Klassen der Gesellschaft statt, und da ist sie freilich ganz zulässig und immer zulässig gewesen! Nur allemal, wenn es sich um eine Intervention zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handelt — dann ist sie reiner „Sozialismus und Kommunismus"!

Dies also antworten Sie denen, welche Ihnen ein Geschwätz über die Unzulässigkeit der Staatsintervention und die dadurch gefährdete soziale Selbsthilfe und den darin liegenden Sozialismus und Kommunismus bei dieser dazu nicht den geringsten Anlaß gebenden Forderung erheben wollen. Und fügen Sie ihnen hinzu: Daß, wenn wir doch schon einmal solange im Sozialismus und Kommunismus leben, wie jene Zinsgarantie bei den Eisenbahnen und alle

---

Kapitalien zu verschaffen, sondern umgekehrt, sie zur Hergabe von Kapital für einen Kulturzweck zu veranlassen. Rein äußerlich betrachtet ist das freilich richtig. Der Gegensatz ist aber doch nur ein formeller. Die Hauptsache ist, daß die Intervention des Staates für Unternehmungen in Anspruch genommen wurde, die von Kapitalisten für Kapitalisten verwaltet wurden. Übrigens ist, wie Lassalle richtig hervorhebt, dieser Fall der Zinsgarantien nur ein verhältnismäßig mildes Beispiel der Inanspruchnahme der Staatshilfe für die Kapitalistenklasse. D. H.

jene anderen oben flüchtig berührten Beispiele zeigen, wir auch weiter darin verbleiben wollen!

Es kommt hinzu, daß so groß auch der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt war, er doch noch zu einem verschwindenden Punkte zusammensinkt gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritt, der durch die Assoziation der arbeitenden Klassen vollbracht würde. Denn was nützen alle aufgespeicherten Reichtümer und alle Früchte der Zivilisation, wenn sie immer nur für einige wenige vorhanden sind und die große unendliche Menschheit stets der Tantalus bleibt, welcher vergeblich nach diesen Früchten greift? Schlimmer als Tantalus, denn dieser hatte wenigstens nicht die Früchte hervorgebracht, nach denen sein dürstender Gaumen vergeblich zu lechzen verdammt war.

Wenn je also, so würde dieser gewaltigste Kulturfortschritt von allen, welche die Geschichte kennt, eine hilfreiche Intervention des Staates rechtfertigen.

Es kommt hinzu, daß der Staat durch die großen Kredit- und Zirkulationsinstitute (die Banken), wie hier nicht weiter ausgeführt werden kann, in der leichtesten Weise und ohne irgendeine größere Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, als durch die Zinsgarantie bei den Eisenbahnen geschah, Ihnen diese Möglichkeit gewähren kann[1]).

---

[1]) Wie leicht das zu einer allmählich im Lauf der Zeit über den gesamten Arbeiterstand sich erstreckenden Assoziation erforderliche Kapital respektive vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, kann hier nicht weiter ausgeführt werden, da hierzu eine finanztheoretische Erörterung der sozialen Funktion des Geldes und Kredits vorausgeschickt werden müßte. Überdies würde gegenwärtig eine jede solche, den Exekutionsmodus betreffende

Endlich aber, meine Herren: was ist denn der Staat?

Werfen Sie einen Blick auf die Statistik und zwar auf die amtliche, von den Regierungsanstalten ver-

---

Erörterung doch völlig wirkungslos und überflüssig sein. Einen praktischen Wert wird sie erst in der weiter unten näher zu bestimmenden Zeit haben, wo an die Verwirklichung dieser Forderung gedacht werden kann. Hier also nur, außer den soeben gegebenen Andeutungen, noch folgende: Diese Assoziationen würden natürlich erst allmählich und im Lauf der Zeit den gesamten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnismäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbstätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den andern sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staates sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband untereinander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Verteilung bis zur Unmerklichkeit ausgliche. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung und respektive Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zustehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein. Die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher

öffentlichte Statistik, denn nicht mit eigenen Schilderungen und Berechnungen will ich Ihnen nahen.

Das königlich preußische, von dem königlich preußischen Geheimrat Professor Dieterici damals redigierte

---

Assoziationen überhaupt könnte ja nur von der Unwissenheit geleugnet werden, welcher es unbekannt ist, daß bereits sowohl in England wie in Frankreich zahlreiche Arbeiter-Assoziationen bestehen, welche, und obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolierten Arbeiter angewiesen, die sie bilden, dennoch zu hoher Blüte gelangt sind. So — um der sogenannten Pioniers von Rochdale ganz zu geschweigen — bestanden schon 1861 in der Grafschaft Lancashire allein 31 solcher Assoziationen zur fabrikmäßigen Produktion, meist erst neuerdings gegründet, von denen gleichwohl bereits mehrere eine Dividende von 30 bis 40 Prozent vom Kapital abwarfen. Um einiger französischer Arbeiter-Assoziationen zu erwähnen, so erzielte die Assoziation der ouvriers maçons in Paris schon im Jahre 1856 bis 1857 einen Geschäftsgewinn von 56 Prozent ihres Kapitals; im Jahre 1858 betrug der Geschäftsgewinn 130000 Fr., wovon 30000 Fr. zur Reserve genommen und 100000 Fr. als Dividende verteilt wurden, und zwar 60 Prozent hiervon auf die Arbeit, 40 Prozent auf das Kapital (die Gesellschaft hat associés non travailleurs, welche je mindestens 10000 Fr. Kapitaleinschuß machen); ähnliche Blüte bei den ouvriers lampistes, bei den ouvriers en meubles usw. Man sehe die Geschichte der Arbeiter-Assoziationen in den Werken von Professor Huber, Cochut, A. Lemercier (Etudes sur les associations ouvrières) u. a. — Die Statuten und Reglements dieser Vereine geben zugleich äußerst schätzbare Beiträge für die innere Gestaltung dieser Assoziationen an die Hand. Alle diese Gesellschaften waren recht eigentliche „Pioniere", Pioniere der Zukunft, welche mit harter Hand den Weg brachen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, zeigen, welche ganz andere Resultate zu erreichen sind, wenn der Staat die

amtliche statistische Bureau veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt[1]).

Ich setze Ihnen die Resultate dieser Berechnung mit wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staates:

ein Eink.	über 1000	Taler	½	Proz.	d.	Bevölkerung
„ „	von 400 bis 1000	„	3¼	„	„	„
„ „	von 200 bis 400	„	7¼	„	„	„
„ „	von 100 bis 200	„	16¾	„	„	„
„ „	von unter 100	„	72¼	„	„	„

Und dieses Einkommen fällt auf den klassensteuerpflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher nach Dietericis Annahme durchschnittlich eine Familie von fünf Personen repräsentiert, fällt also durchschnittlich auf eine Familie von fünf oder mindestens über drei Personen[2]). Und analog muß es sich natürlich in den anderen deutschen Staaten verhalten.

Hand zur Überwindung dieser Unmöglichkeiten bietet. Blind muß sein, wer nicht sieht, daß unsere gesamte Geschichte und Entwicklung auf diesen Weg hindrängt. Das Umsichgreifen der Aktienunternehmungen selbst hat eben dies zu seinem letzten und wahrhaft zivilisatorischen Inhalt gehabt, diesen Weg zu eröffnen.

[1]) Dieterici, Mitteilungen des statistischen Bureaus, Jahr 1851, Bd. IV, S. 226; vgl. Bd. III, S. 243.

[2]) In der Wirklichkeit gab es nämlich damals (1850), wie Dieterici Bd. IV, S. 223 zeigt, bei 16 331 187 Seelen 3 181 968 Familien in Preußen, was $5\,^1/_{10}$ Personen auf die Familie gibt. Steuerpflichtige gab es damals (siehe Dieterici, Bd. III, S. 243) 4 950 454 Personen in Preußen, also mehr als Familien. Immer repräsentiert hiernach der klassensteuerpflichtige Kopf noch im

Diese stummen amtlichen Zahlen, wenn sie auch als statistische Durchschnittszahlen durchaus nicht auf mathematische Genauigkeit Anspruch haben, zumal vor der Steuer jeder seine Einnahmen gern verkleinert, was aber eine wesentliche und *hier* in Betracht kommende Differenz nicht im geringsten begründen kann, werden Ihnen deutlicher sprechen als dicke Bücher! 72¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Taler, also in der *elendesten Lage*! Andere 16¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Taler, also in einer *kaum* besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Taler, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Taler, also teils in einer eben erträglichen, teils in einer behäbigen Lage und ½ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichtums. Die beiden untersten in der *allergedrücktesten Lage* befindlichen Klassen bilden also allein 89 *Prozent der Bevölkerung*, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage[1]). *Ihnen* also, meine Herren,

---

Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen, wobei noch ganz unberücksichtigt bleiben mag, daß gerade die untersten Klassen die stärksten Familien haben.

[1]) Diese Zahlen haben bekanntlich sofort heftige Anfechtung erfahren und sind auch später häufig Gegenstand der Kritik von Fachleuten und Nichtfachleuten gewesen. Aber wenn sie auch unbestritten auf Schätzungen beruhen, bei denen eine Reihe wichtiger Momente nicht oder nicht genügend berücksichtigt wurden, haben doch alle späteren Richtigstellungen das Bild

den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!

Und warum soll nun Ihre große Assoziation nicht fördernd und befruchtend auf Ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Diese Frage wollen Sie gleichfalls denjenigen vorlegen, die Ihnen von der Unzulässigkeit der Staatsintervention und vom Sozialismus und Kommunismus bei dieser Forderung schwätzen.

Wollen Sie endlich noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit jener fördernden Intervention des Staates durch die freie Assoziation die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes hervorzubringen, so mag ihn gerade England geben, gerade jenes Land, auf das man sich am meisten beruft, um die Möglichkeit einer lediglich und ausschließlich mit ihren isolierten Kräften hervorzurufenden, die Lage des gesamten Standes verbessernden Assoziation der einzelnen Arbeiter zu behaupten. England, welches in der Tat aus verschiedenen, in seinen besonderen Zuständen wurzelnden Gründen noch am ehesten geeignet erscheinen müßte, dieses Experiment durchzuführen, ohne daß deshalb noch eine

das sie in bezug auf das Prozentverhältnis von Reichen und Wohlhabenden auf der einen Seite und in Dürftigkeit und Elend Lebenden auf der anderen Seite darbieten, nur unwesentlich verändern können. Dagegen hat der zunehmende Reichtum der Gesellschaft mittlerweile den Prozentsatz der Wohlhabenden wesentlich erhöht. D. H.

gleiche Möglichkeit auch für andere Länder dadurch bewiesen wäre.

Und dieser spezielle Beleg knüpft gerade an jene englische Arbeiterassoziation an, welche bisher als der triumphierende Beweis einer solchen Behauptung angeführt zu werden pflegte. Ich spreche von den Pioniers in Rochdale. Dieser seit 1844 bestehende Konsumverein legte 1858 eine Spinnerei und Weberei an, mit einem Kapital von 5500 Pfund Sterling (zirka 38 000 Taler). In den Statuten dieser Fabrik-Assoziation wurde den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionärs der Assoziation waren oder nicht, außer dem ortsüblichen Arbeitslohn, ein gleicher Anteil an dem als Dividende zu verteilenden Geschäftsgewinn zugesichert, wie den Aktionärs, da die Bestimmung getroffen war, daß die Jahresdividende ebenso auf den Arbeitslohn, wie auf das Aktienkapital berechnet und verteilt werden sollte. Nun beträgt die Anzahl der Aktionärs jener Fabrik 1600, während in der Fabrik nur 500 Arbeiter beschäftigt sind. Es ist also eine große Zahl von Aktionärs vorhanden, die nicht zugleich Arbeiter der Fabrik sind, wie andererseits nicht alle Arbeiter zugleich Aktionärs sind. Infolgedessen brach unter den Arbeiter-Aktionärs, die nicht Arbeiter der Fabrik waren, und auch unter denen, die Arbeiter und Aktionärs zugleich waren, eine Agitation (1861) dagegen aus, daß auch die Arbeiter, welche nicht Aktionärs seien, einen Anteil an dem Geschäftsgewinn — dem Arbeitsertrage — erhielten.

Man stellte von seiten der Arbeiter-Aktionäre ganz offen und einfach den Grundsatz auf, daß nach dem ganz allgemeinen Brauch in der gesamten industriellen Welt die Arbeit mit dem Arbeitslohn abgefunden sei, und dieser durch Nachfrage und Angebot bestimmt werde (— wir

haben offen gesehen, durch welches Gesetz!). „Diese Tatsache" — erzählt Professor Huber in dem Bericht, den er von dieser Angelegenheit gibt — „wurde ohne weiteres von vornherein als der keiner weiteren Motivierung und Legitimierung bedürftige naturgemäße Zustand gegenüber einer ganz ausnahmsweisen, willkürlichen, wenngleich statutenmäßigen Neuerung geltend gemacht." Tapfer, aber nur mit sehr unklaren Gefühlsgründen, wurde dieser Antrag auf Änderung der Statuten von den alten Stiftern und Vorstehern der Assoziation bekämpft. In der Tat stimmte eine Majorität von fünf Achtel der Arbeiter-Aktionäre für die Änderung der Statuten, ganz wie die bürgerlichen Unternehmer handelnd, und die Abänderung der Statuten unterblieb vorläufig nur deshalb, weil zu einer solchen statutengemäß eine Majorität von drei Viertel der Stimmen erforderlich ist. „Niemand aber" — berichtet Professor Huber weiter — „täuscht sich darüber, daß die Sache dabei ihr Bewenden haben wird. Vielmehr stehen dieser Assoziation noch sehr heftige innere Kämpfe bevor, deren Ausgang vielleicht schon nächstes Jahr eine siegreiche Wiederholung jenes Antrages sein dürfte, um so mehr, da die Opposition entschlossen ist, ihren Einfluß auch bei den Wahlen zu den Assoziationsämtern geltend zu machen, wo die absolute Majorität entscheidet, wo dann die dominierenden Stellungen des Vorstandswesens bald in ihren Händen sein könnten." Huber berichtet ferner hierbei: „Die meisten der fabrikmäßig produktiven Vereine haben sich von vornherein dem allgemeinen Brauch angeschlossen, offenbar ohne weiteres Nachdenken oder doktrinäres Bewußtsein; nur einige haben das kooperative Prinzip zugunsten der Arbeit angenommen." Und Huber muß ferner, obwohl sehr wider Willen und mit sehr

schwerem Herzen, denn er ist ein Anhänger der bloß von den isolierten Arbeitern ausgehenden Assoziation, gestehen, es sei „gar kein Zweifel, daß diese Fragen sehr bald in allen anderen produktiven Assoziationen zur Erörterung und Entscheidung kommen werden, wo der Gegensatz von Kapital und Arbeit vorhanden ist und sich aus dem industriellen Makrokosmus (d. h. der Welteinrichtung im großen) der Konkurrenz in den kooperativen Mikrokosmus (d. h. der von der Arbeiterassoziation dargestellten Welt im kleinen) reproduziert."

Sie sehen, meine Herren, wenn Sie über diese Tatsachen nachdenken, daß sich die *großen Fragen* immer nur im *Großen*, nie im *Kleinen* lösen lassen. Solange der *allgemeine* Arbeitslohn durch das oben betrachtete Gesetz bestimmt wird, solange werden auch die kleinen Assoziationen sich dem herrschenden Einfluß desselben nicht entziehen können. Und was gewinnt dann der allgemeine Arbeiterstand, der Arbeiter als solcher dabei, ob er für Arbeiterunternehmer oder für Bourgeois-Unternehmer arbeitet? Nichts! Sie haben nur die Unternehmer, denen der Ertrag *ihrer* Arbeit zugute kommt, *zerbröckelt*. Aber die *Arbeit* und der *Arbeiterstand ist nicht* befreit! Was er dabei gewinnt? Er gewinnt nur die *Depravation*, die *Verderbnis*, *die jetzt ihn selbst ergreift* und *Arbeiter gegen Arbeiter in ausbeutende Unternehmer verwandelt*! Die *Personen* der Unternehmer haben gewechselt, die *Sache* ist geblieben, die *Arbeit*, diese *einzige* Quelle alles Ertrages, bleibt nach wie vor auf den sogenannten *Lohn*, d. h. die Lebensfristung angewiesen. So groß ist unter der Herrschaft dieses Gesetzes die Verkehrung der Begriffe, daß jetzt sogar jene nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionäre, statt ein-

zusehen, daß sie *ihre* Dividende der Arbeit der beschäftigten Arbeiter verdanken, daß *sie* es somit sind, welche den *Vorteil aus der Arbeit dieser ziehen*, umgekehrt diesen nicht einmal einen *Teil* von dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit, nicht einmal einen *Teil* von dem gönnen wollten, worauf die Arbeit gerechten Anspruch hat.

Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen — das ist die widrige Karikatur, in welche jene Arbeiter verwandelt worden sind.

Und nun endlich noch einen letzten sich hieran knüpfenden scharfen und entscheidenden Beweis.

Sie haben gesehen, daß in jener Fabrik der Pioniers 500 Arbeiter beschäftigt und an ihr 1600 Arbeiter als Aktionäre beteiligt sind. Soviel wird Ihnen auch ganz klar sein, daß, wenn wir uns die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wollen, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst sind, die in einer Fabrik *beschäftigte Anzahl von Arbeitern* nie ausreichen wird, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihren eigenen Taschen aufzubringen. Sie werden dazu vielmehr immer eine *viel* größere Zahl von anderen *nicht* in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionären in Anspruch nehmen müssen. In dieser Hinsicht ist das Verhältnis bei jener Fabrik der Pioniers — 1600 Arbeiter-Aktionäre auf 500 in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, also ein Verhältnis von nur wenig mehr als 3 zu 1 — sogar ein erstaunlich günstiges und seltenes, ein so *kleines* wie nur irgend möglich zu nennen und erklärt sich nur teils aus der ganz besonders glücklichen Lage der Pioniers, die im Arbeiterstande als eine hohe Ausnahme dasteht, teils daraus, daß jener Fabrikationszweig noch durchaus nicht zu jenen gehört, welche das

stärkste Kapitalverhältnis erfordern, teils daraus, daß jene Fabrik noch nicht zu den wahrhaft großen Produktionsanstalten gehört, in denen das Verhältnis auch in diesem Fabrikationszweig noch ein ganz anderes sein würde. Es kommt endlich dazu, daß durch die Entwicklung der Industrie selbst und durch die Fortschritte der Zivilisation dies Verhältnis noch alle Tage gewaltig wachsen muß. Denn die Fortschritte der Zivilisation bestehen gerade darin, daß täglich mehr tote Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt wird, und daß also täglich das *Verhältnis der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit* wächst. Wenn also in jener Fabrik der Pioniers, um das Anlagekapital für 500 beschäftigte Arbeiter zu beschaffen, 1600 Arbeiter-Aktionäre erforderlich waren, und somit ein Verhältnis von 1 zu 3, so wird sich bei anderen Arbeitern und in anderen Branchen und in den größeren Produktionsanstalten und mit den täglichen Fortschritten der Zivilisation das Verhältnis gestalten, wie 1 zu 4, 1 zu 5, zu 6, zu 8, zu 10, zu 20 usf. Bleiben wir indes sogar bei dem Verhältnis von 1 zu 3 stehen! Um also eine Fabrik zu stiften, in welcher 500 Arbeiter Beschäftigung finden, brauche ich 1600 Arbeiter-Aktionäre, um das nötige Anlagekapital zu haben. Gut, solange ich ein, zwei, drei usw. Fabriken gründen will, hat das in der Vorstellung — immer in der Vorstellung meine Herren, in der Illusion — keine Schwierigkeit. Ich nehme nur immer in der Vorstellung die dreifache, vierfache Anzahl usw. von Arbeiter-Aktionären zu Hilfe. Wenn ich aber die Assoziation auf den *gesamten Arbeiterstand ausdehne* — und von diesem, nicht von einzelnen, die emporkommen wollen, handelt es sich hier doch — wenn ich also im Lauf der Zeit soviel Fabriken

gründen will, daß der ganze Arbeiterstand darin beschäftigt ist — woher nehme ich denn dann noch die 3-, 4-, 5-, 10-, 20fache Anzahl des gesamten Arbeiterstandes, die nun noch als Arbeiter-Aktionäre hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßte, um diese Fabriken anzulegen?[1])

Sie sehen also, meine Herren, daß es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit ist, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als bloß isolierter Individuen zu befreien; daß nur ganz unklare unkritische Vorstellungen sich diesen Illusionen hingeben können, und daß der einzige Weg hierzu, der einzige Weg zur Aufhebung jenes grausamen, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetzes, an welches der Arbeiterstand wie an einen Marterpfahl geschmiedet ist, die Förderung und Entwicklung der freien, individuellen Arbeiterassoziationen durch die helfende Hand des Staates ist. Die

---

[1]) Die vorstehende Deduktion birgt einige Widersprüche, auf die einzugehen jedoch hier zu weit führen würde. Dagegen sei in Kürze bemerkt, daß die französischen Produktivgenossenschaften, deren Erfolge einen so starken Eindruck auf Lassalle machten, sich bei näherer Prüfung meist als Handwerkergenossenschaften herausstellen, die mit unverhältnismäßig großem Kapital pro Kopf des Teilhabers arbeiteten und allerhand Privilegien genossen. Sie sind sämtlich entartet. Auf der andern Seite führt, was die geschilderte Agitation bei den Pionieren von Rochdale anbetrifft, eine genauere Überlegung zu dem Schluß, daß gerade vom sozialistischen Standpunkt aus die Arbeiter, die es vorzogen, der Genossenschaft nicht beizutreten, auch keinen Anspruch auf den Gewinn des Unternehmens hatten. Die Gewinnbeteiligung des Arbeiters als solchen am individuellen Unternehmen ist eine kleinbürgerlich individualistische, aber keine sozialistische Forderung. D. H.

auf die rein atomistisch-isolierten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiterassoziationsbewegung hat nur den Wert gehabt — und dieser Wert ist ein immenser —, handgreiflich den Weg, den praktischen Weg zu zeigen, auf welchem die Befreiung von sich gehen kann, glänzende, praktische Beweise zur Beseitigung aller wirklichen oder vorgeschützten Zweifel über die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Kulturinteresse der Menschheit zu leihen.

Zugleich habe ich Ihnen bereits den Beweis geliefert, daß der Staat überhaupt gar nichts anderes als die große Organisation, die große Assoziation der arbeitenden Klassen ist, und daß also die Hilfe und Förderung, durch welche der Staat jene kleineren Assoziationen ermöglichte, gar nichts anderes sein würde, als die vollkommen natur- und rechtmäßige, vollkommen legitime soziale Selbsthilfe, welche die arbeitenden Klassen als große Assoziation sich selbst, ihren Mitgliedern als vereinzelten Individuen, erweisen.

Noch einmal also, die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstand gegeben ist.

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das all-

gemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen — dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Und hier blicken Sie auf England!

Mehr als fünf Jahre hat die große Agitation des englischen Volkes gegen die Korngesetze gedauert. Dann aber mußten sie fallen, mußten durch ein Tory-Ministerium selbst beseitigt werden!

Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblicke an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattieren Sie, diskutieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene große englische Agitation gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo Ihrer Stimme millionenfach widerhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.

Stiften Sie Kassen, zu welchen jedes Mitglied des deutschen Arbeitervereins Beiträge zahlen muß, und zu denen Ihnen Organisationsentwürfe vorgelegt werden können.

Gründen Sie mit diesen Kassen, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden — bei einem wöchentlichen Beitrage von nur einem Silbergroschen würde bei hunderttausend Mitgliedern der Verein jährlich über 160 000 Taler verwenden können — öffentliche Blätter, welche täglich dieselbe Forderung erheben und die Begründung derselben aus den sozialen Zuständen nachweisen. Verbreiten Sie mit denselben Mitteln Flugschriften zu demselben Zweck. Besolden Sie aus den Mitteln dieses Vereins Agenten, welche dieselbe Einsicht in jeden

Winkel des Landes tragen, das Herz eines jeden Arbeiters, eines jeden Häuslers und Ackerknechts mit demselben Ruf durchdringen. Entschädigen Sie aus den Mitteln dieses Vereins alle solche Arbeiter, welche wegen ihrer Tätigkeit für denselben Schaden und Verfolgung erlitten haben.

Wiederholen Sie täglich, unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht.

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!

Wenn Sie diesen Ruf — was Ihnen binnen wenigen Jahren gelingen kann — wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung fortgepflanzt haben werden, welche, wie ich Ihnen gezeigt habe, die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bilden, dann wird man — seien Sie unbesorgt — Ihrem Wunsch nicht lange widerstehen! Man kann von seiten der Regierungen mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Man kann selbst Ihnen politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit welcher politische Rechte aufgefaßt werden. Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren,

es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde!

Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!

Berlin, 1. März 1863.

Mit Gruß und Handschlag

F. Lassalle.

ANHANG:

DIE FRANZÖSISCHEN NATIONAL-WERKSTÄTTEN VON 1848

EINE HISTORISCHE RÜCKSCHAU
VON FERDINAND LASSALLE

(ABDRUCK AUS DER DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG)



Die Lüge ist eine europäische Macht!

Kaum war mein „Antwortschreiben an das Leipziger Arbeiterkomitee" erschienen, als der gelehrte Herr Faucher in einer Leipziger Versammlung erklärte: ich wärmte in meinem Vorschlag nur die französischen Nationalwerkstätten Louis Blancs wieder auf, die ja schon durch ihren kläglichen Ausgang im Jahre 1848 gerichtet seien.

Der noch gelehrtere Talmudist der „Volkszeitung" erklärte in seinem gestrigen Leitartikel, Nr. 95, wörtlich:

> Nachdem in den vierziger Jahren diese Idee (nämlich die Idee: „Im Namen und mit Mitteln des Staates Arbeitsstätten zu errichten, die die Arbeit sichern, den Lohn ordnen und die Lebensansprüche des Arbeiters befriedigen sollen") von Frankreich aus sich weithin verbreitet hatte, führte die Pariser Revolution im Februar 1848 die Gelegenheit herbei, die Probe zu bestehen. Louis Blanc, ein sehr begabter Schriftsteller, der bis dahin mit diesen Ideen politisch agitierte, kam mit der Revolution als Mitglied der provisorischen Regierung in die Lage, den Versuch anstellen zu müssen. Der Versuch mißlang gründlich und die Ursachen des Mißlingens sind auch von der Wissenschaft längst erkannt. Der Versuch mißlang so gründlich, daß in Frankreich das direkte und allgemeine Wahlrecht noch unter der Republik vernichtet werden konnte, (!) ob-

wohl dasselbe als das alleinige Staatsheil der überwiegenden Majorität der nichtbesitzenden Klassen eingeführt worden war. Der Versuch mißlang so gründlich, daß mit dem Staatsstreich zwar das allgemeine und direkte Wahlrecht wieder hergestellt wurde, aber die Phantasie Louis Blancs tot blieb und bisher in Frankreich wie im Auslande kein denkender Mensch darauf verfiel, sie wieder zu beleben.

Und wie Herr Faucher und wie die „Volkszeitung", so hat es, glaube ich, auch Herr Wirth gesagt — gewiß weiß ich das nicht, denn ich muß täglich so viele gegen mich gerichtete Angriffe lesen, daß mir die Erinnerungen durcheinander laufen und ich nicht mehr recht weiß, was auf Rechnung des einen oder des anderen kommt, und ich fürchte, ich werde mich noch gezwungen sehen, einen Heringssalat anzurichten, in welchem ich meine gelehrten Gegner solidarisch behandle und sie alle für einen und einen für alle büßen lasse, ihnen anheimstellend — gerade so wie es Staaten tun, wenn sie gewisse Steuern auf Kommunen umlegen —, unter sich zu repartieren, was auf jeden einzelnen kommt.

Aber jedenfalls habe ich dasselbe Thema mindestens schon in zwanzig Zeitungen variiert gelesen, und von Süd und Nord und von West und Ost schreit man: „Das sind ja Louis Blancs Nationalwerkstätten von 1848! Über die hat ja schon das Jahr 1848 gerichtet!"

Es scheint beinahe, als ob in ganz Deutschland fast kein Mensch von dem wirklichen Hergang bei den französischen Nationalwerkstätten des Jahres 1848 unterrichtet wäre!

Wie belustigend muß aber nicht jene triumphierende Argumentation für alle solche sein, welche den wahren

Hergang kennen, welche wissen, daß die Nationalwerkstätten 1. nicht von Louis Blanc, sondern von seinen Feinden, von den heftigsten Gegnern des Sozialismus in der provisorischen Regierung, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Marie, und anderen, welche die Majorität in der provisorischen Regierung hatten, errichtet wurden; 2. daß sie ausdrücklich gegen Louis Blanc errichtet wurden, um seinem Anhang, den sozialistischen Arbeitern, bei den Wahlakten, sowie bei etwa noch entscheidenderen Gelegenheiten eine bezahlte, auf seiten der Regierungsmajorität stehende Arbeiterarmee entgegenzustellen; 3. daß in den Nationalwerkstätten, gerade weil man der Privatindustrie keine Konkurrenz machen zu dürfen glaubte, nur unproduktive Arbeit verrichtet wurde, daß sie überhaupt nur dazu dienen sollten, den brotlos gewordenen Arbeitern ein Almosen aus öffentlichen Mitteln zu verabreichen und die Leute dafür eine unfruchtbare Beschäftigung verrichten zu lassen, damit sie nicht den Folgen gänzlichen Müßigganges verfielen.

Wie belustigend, sagen wir, muß nicht für jeden, der diese feststehenden Tatsachen kennt, jene in Deutschland widerhallende siegreiche Argumentation sein! Belustigend freilich — aber auch ebenso niederdrückend! Denn sie zeigt, daß, was freilich nicht zu vermeiden war, mit der öffentlichen Meinung auch die öffentliche Lüge und Verleumdung eine Macht in Europa geworden ist. Französische Blätter haben im Jahre 1848, in der Zeit des heftigsten Parteikampfes, die Verleumdung gegen Louis Blanc geschleudert, daß von ihm und nach seinen Grundsätzen die Nationalwerkstätten organisiert worden seien! Umsonst schrie Louis Blanc von der Tribüne der Nationalversammlung herab sich halbtot in Protesten gegen diese Verleumdung! Man glaubte ihm damals nicht.

Seitdem sind die Geschichtswerke der Feinde von Louis Blanc und die Akten der parlamentarischen Untersuchungskommissionen erschienen, zu welchen die französischen Aufstände des Jahres 1848 Veranlassung gaben.

Aus dem eigenen Munde der heftigsten Feinde von Louis Blanc ist die Wahrheit an den Tag gekommen. Für Frankreich ist jene Verleumdung berichtigt. Aber für Deutschland dauert sie noch immer fort und dient zu den — salbungsvollsten, mit der impudentesten Sicherheit vorgetragenen Argumentationen.

Natürlich! Meine gelehrten Gegner haben gar keine Ahnung davon, daß sie lügen. Sie haben das damals in den französischen oder aus diesen in den deutschen Zeitungen gelesen — und wer von diesen gelehrten Gegnern hätte wohl Zeit und Lust gehabt, die seitdem erschienenen Geschichtswerke oder Untersuchungsakten zu lesen?

Ich habe keine Veranlassung, mich mit Louis Blanc zu identifizieren. Ich habe keine Organisation der Arbeit durch den Staat in meinem „Antwortschreiben" verlangt. Ich habe nur eine Kreditoperation des Staates verlangt, die den Arbeitern die von ihnen ausgehende eigene freiwillige Assoziation nur möglich machen soll [1]).

Ich glaube überdies, daß die nationalökonomischen Ansichten Louis Blancs und die meinigen sehr erheblich auseinanderlaufen dürften.

Aber jener Verleumdung einem in ganz Europa be-

---

[1]) Auch in Louis Blancs Organisation der Arbeit spielte der Staatskredit für Arbeiter-Assoziationen eine Rolle. Aber die Assoziation ist von vornherein als Glied eines großen sozialen Organismus gedacht, sie übernimmt ganz bestimmte Verpflichtungen, während nach Lassalles Plan die Assoziationen Privatunternehmen von Arbeitergruppen sein sollten, denen es frei stehe, sich zu föderieren oder individuell zu wirtschaften. D. H.

kannten Namen gegenüber und jener Nutzanwendung gegenüber, zu welcher man dieselbe jetzt in ganz Deutschland verwertet, wird es für die Zeitungen ebenso Pflicht als, wie ich glaube, jetzt an Interesse und an der Zeit sein, die historische Wahrheit über jene Tatsachen bekannt zu machen.

Ich führe diesen Beweis durch bloße Zitate von Feinden Louis Blancs und so kurz, als es der Raum in öffentlichen Blättern erfordert.

Herr François Arago, Mitglied der provisorischen Regierung (es ist dies der einzige von den Anzuführenden, welcher, obwohl ein politischer Gegner, doch ein persönlicher Freund Louis Blancs war), Arago, der größte Gelehrte Frankreichs, der Freund Humboldts, sagt am 5. Juli 1848 vor der Untersuchungskommission aus („Rapport de la commission d'enquête,“ I. 288): „C'est M. Marie qui s'est occupé de l'organisation des ateliers nationaux.“ „Es ist Herr Marie (bekanntlich der heftigste Feind Louis Blancs und der sozialistischen Minderheit in der provisorischen Regierung überhaupt), welcher sich mit der Organisation der Nationalwerkstätten beschäftigt hat.“

Als Direktor der Nationalwerkstätten war von Herrn Marie ein diesem ganz ergebenes und, wie wir von ihm selbst hören werden, Louis Blanc entschieden feindliches Werkzeug, Herr Emile Thomas, angestellt worden.

Dieser Direktor der Nationalwerkstätten sagt in seiner eidlichen Zeugenaussage vor der Untersuchungskommission vom 28. Juli 1848 aus (Rapport de la commission d'enquête, I., 352, 358):

„Jamais je n'ai parlé à M. Louis Blanc de ma vie; je ne le connais pas.“ Und: „Pendant que j'ai été aux ateliers, j'ai vu M. Marie tous les jours, souvent deux

fois par jour; MM. Recurt, Buchez et Marrast presque tous les jours; j'ai vu une seule fois M. de Lamartine, jamais M. Ledru-Rollin, jamais M. Louis Blanc, jamais M. Flocon, jamais Mr. Albert." Zu deutsch: „Niemals in meinem Leben habe ich mit Herrn Louis Blanc gesprochen; ich kenne ihn nicht." Und: „Während ich die Nationalwerkstätten leitete, habe ich Herrn Marie alle Tage gesehen, oft zweimal des Tages; die Herren Recurt, Buchez und Marrast (lauter Sozialistenfeinde) fast alle Tage; ein einziges Mal habe ich Herrn von Lamartine gesehen, niemals Herrn Ledru-Rollin, niemals Herrn Louis Blanc, niemals Herrn Flocon, niemals Herrn Albert."

(Die letzteren drei bildeten die sozialistische Minorität der Regierung; Ledru-Rollin nahm eine Mittelstellung ein.) —

Und in seiner Zeugenaussage vom 28. Juni 1848 sagt derselbe Direktor der Nationalwerkstätten („Rapport de la commission d'enquête" I. 353):

„J'ai toujours marché avec la Mairie de Paris contre l'influence de MM. Ledru-Rollin, Flocon et autres. J'étais en hostilité ouverte avec le Luxembourg. Je combattais ouvertement l'influence de M. Louis Blanc." „Ich bin immer mit der Mairie von Paris gegen den Einfluß von Ledru-Rollin, Flocon und anderen aufgetreten. Ich war in offener Feindschaft mit dem Luxemburg (dem Sitze Louis Blancs). Ich bekämpfte offen den Einfluß von Herrn Louis Blanc."

Die Dekrete vom 27. Februar und 6. März 1848, durch welche die Nationalwerkstätten organisiert wurden, tragen — man sehe den Moniteur — nur die Unterschrift des Herrn Marie.

Der genannte Direktor der Nationalwerkstätten, Herr Emile Thomas, hat ein Werk: „Die Geschichte der Nationalwerkstätten" („L'histoire des ateliers nationaux"), geschrieben, in welchem er (S. 200) folgendes Geständnis ablegt:

„M. Marie me fit mander à l'hôtel de ville. Après la séance du gouvernement, je m'y rendis et reçus la nouvelle qu'un crédit de cinq millions était ouvert aux ateliers nationaux et que le service des finances s'accomplirait dès lors avec plus de facilité. M. Marie me prit ensuite à part et me demanda fort bas si je pouvais compter sur les ouvriers. Je le pense, répondis-je; cependant, le nombre s'en accroit tellement qu'il me devient bien difficile de posséder sur eux une action aussi directe que je le souhaiterais. — Ne vous inquiétez pas du nombre, me dit le ministre. Si vous les tenez, il ne sera jamais trop grand; mais trouvez un moyen de vous les attacher sincèrement. Ne ménagez pas l'argent, au bésoin même on vous accorderait des fonds sécrets. — Je ne pense pas en avoir besoin; ce serait peut-être ensuite une source de difficultés assez graves; mais dans quel but autre que celui de la tranquillité publique me faites-vous ces recommandations? — Dans le but du salut public. Croyez vous parvenir à commander entièrement à vos hommes? Le jour n'est peut-être pas loin où il faudrait les faire descendre dans la rue." „Herr Marie ließ mich in das Hotel de Ville rufen. Nach der Sitzung der Regierung begab ich mich dahin und empfing die Nachricht, daß ein Kredit von 5 Millionen den Nationalwerkstätten eröffnet sei, und daß der Finanzdienst nun mit der größten Leichtigkeit vor sich gehen würde. Herr Marie nahm mich alsdann beiseite und fragte mich ganz leise,

ob ich auf die Arbeiter rechnen könne. — Ich denke es, erwiderte ich; indes ihre Zahl wächst täglich so, daß es mir sehr schwer wird, auf sie einen so direkten Einfluß auszuüben, als ich wünschen würde. — Beunruhigen Sie sich nicht über die Zahl, sagte mir der Minister. Wenn Sie sie für uns haben, wird sie niemals zu groß sein; aber finden Sie ein Mittel, sie sich aufrichtig ergeben zu machen. Schonen Sie das Geld nicht. Im Notfall würde man Ihnen geheime Fonds bewilligen. — Ich glaube, dies nicht nötig zu haben, es würde dies vielleicht später eine Quelle ernster Schwierigkeiten werden; aber zu welchem anderen Zweck als zu dem der öffentlichen Ruhe legen Sie mir diese Dinge ans Herz? — Zu dem Zweck des öffentlichen Heils. Glauben Sie dahin zu gelangen, gänzlich über Ihre Leute verfügen zu können? Der Tag ist vielleicht nicht fern, wo man sie in die Straße steigen lassen müßte."

Hören wir den Sozialistenfeind Herrn v. Lamartine: „Histoire de la révolution de Février." Teil 2. Er sagt über die Nationalwerkstätten:

Einige Sozialisten, damals gemäßigt und politisch, seitdem aufgereizt und parteisüchtig, verlangten in diesem Sinne die Initiative des Gouvernements. Ein großer Feldzug im Innern, mit Werkzeugen statt Waffen, wie jene Feldzüge der Römer und Ägypter zum Graben von Kanälen oder zum Austrocknen der Pontinischen Sümpfe, schien ihnen das angeratenste Hilfsmittel zu sein für eine Republik, welche den Frieden erhalten und, indem sie zugleich den Proletarier beschützte und ihm aufhalf, das Eigentum retten wollte. Das war der Gedanke der Stände. Ein großes Ministerium der öffentlichen Arbeiten würde die Ära einer der Situation

angemessenen Politik eröffnet haben. Es war einer der großen Fehler der Regierung, zu lange mit der Verwirklichung dieser Gedanken zu warten. Während sie wartete, wurden die Nationalwerkstätten, angeschwellt durch das Elend und den Müßiggang, von Tag zu Tag lästiger, unfruchtbarer und drohender für den öffentlichen Frieden. In diesem Augenblick waren sie es noch nicht. Sie waren nur ein Auskunftsmittel für die öffentliche Ordnung und ein erster Versuch öffentlicher Unterstützung (une ébauche d'assistance publique), die tags nach der Revolution durch die Notwendigkeit auferlegt waren, das Volk zu ernähren, und es nicht müßig zu ernähren, um die Unordnungen, die der Müßiggang mit sich bringt, zu vermeiden. Herr Marie organisierte sie mit Einsicht, aber ohne Nutzanwendung für die produktive Arbeit (mais sans utilité pour le travail productif). Er teilte sie in Brigaden ein, gab ihnen Anführer, flößte ihnen einen Geist von Disziplin und Ordnung ein. Er machte aus ihnen während vier Monaten statt einer den Sozialisten und den Aufständen hingegebenen Macht eine Prätorianerarmee, aber eine müßige, in den Händen der Regierung (une armée prétorienne mais oisive, dans les mains du pouvoir.) Befehligt, geleitet und unterhalten von Chefs, welche den geheimen Gedanken der antisozialistischen Partei der Regierung besaßen, hielten die Nationalwerkstätten bis zur Ankunft der Nationalversammlung den sektiererischen Arbeitern des Luxemburg (Louis Blancs Anhängern) und den unruhigen Arbeitern der Klubs das Gegengewicht. Sie skandalierten durch ihre Masse und durch das Unnütze ihrer Arbeiten (par leur masse et l'inutilité de leurs traveaux) die Augen von Paris, aber sie beschützten und retteten es mehrmals ohne sein

Wissen. — „Weit entfernt, im Solde Louis Blancs gewesen zu sein, wie man gesagt hat, waren sie von dem Geiste seiner Widersacher inspiriert." (Bien loin d'être à la solde de Louis Blanc comme l'on a dit, ils étaient inspirés par l'esprit de ses adversaires.)

Will man genau wissen alle Zwecke, zu welchen die Nationalwerkstätten dienen sollten? Ihr Direktor, Herr Emile Thomas, gesteht es offen („L'histoire des ateliers nationaux", S. 142):

Herr Marie sagte mir, daß die festbeschlossene Absicht der Regierung gewesen sei, sich diese Erfahrung, die Regierungskommission für die Arbeiter, vollbringen zu lassen (de laisser s'accomplir cette expérience, la commission de gouvernement pour les travailleurs): daß sie in sich selbst nur gute Resultate haben könnte, weil sie den Arbeitern die ganze Leerheit und ganze Falschheit dieser unausführbaren Theorien aufzeigen und sie die traurigen Folgen derselben für sie selbst wahrnehmen lassen würde. Dann, enttäuscht für die Zukunft, würde ihr Götzendienst für Louis Blanc von selbst verschwinden und er würde so sein ganzes Ansehen, seine ganze Kraft verlieren und für immer aufhören, eine Gefahr zu sein.

Das war die Absicht, die man bei den „Louis Blancschen Nationalwerkstätten" verfolgte. Und damit diese Absicht sicher erreicht werde, damit diese „Erfahrung" sich um so sicherer „vollbringe", ließ man die Arbeiter nur unproduktive Arbeit verrichten. Die Arbeiten, die sie unternahmen, sind spezifiziert in einem Briefe ihres Direktors an den Minister Marie:

„Réparations des chemins de ronde et rues non pavés de Paris, — Terrassements sur les rampes d'Jéna, la pelouse des Champs-Elysées et l'abattoir

Montmartre. — Extraction de cailloux sur les communes de Clichy et de Gennevilliers. — Création du chemin de halage de Neuilly" (Garnier-Pagès. „Histoire de la révolution de 1848", VIII, 154). „Reparatur der Wege zwischen Mauer und Wall für Militärrunde und der nicht gepflasterten Straßen von Paris. — Erdarbeiten an der Rampe von Jena, dem Rasenplatz der Elyséeischen Felder und dem Schlachthaus von Montmartre, Ausziehung der Kiesel in den Gemeinden von Clichy und Gennevilliers. Anlegung eines Fußwegs am Flußufer zu Neuilly."

Da diese Arbeiten überhaupt nur vorgenommen wurden, um die Leute, die man umsonst ernähren wollte, nicht gerade ganz müßig zu lassen, so arbeiteten sie abwechselnd nur zwei bis drei Tage die Woche („Ils ne travaillaient qu'à tour de vole deux ou trois jours par semaine"); (Garnier-Pagès, a. a. O.)

So konnte man freilich nicht anders, als den Zweck jener absichtlichen Verleumdung erreichen. Und er wurde so gut erreicht, daß, wie man sieht, man noch heute nach 15 Jahren in ganz Deutschland darauf schwört, Louis Blanc habe nationale Werkstätten nach sozialistischen Prinzipien zur Betreibung produktiver Arbeit eingereicht und damit ein schmähliches Fiasko gemacht!

Man sieht, die Verleumdung ist eine europäische Macht, eine Großmacht geworden! Diese Verleumdung wurde damals durch alle Zeitungen über Europa getragen, bereitwillig geglaubt, nachgebetet, und obgleich Louis Blanc sie hundertmal widerlegt hat, herrscht sie noch heute ungestört in Deutschland. Soll ich vielleicht gleichfalls eine naheliegende Nutzanwendung machen?

Das ist also die historische Wahrheit über die „Louis Blancschen Nationalwerkstätten von 1848!" Womit

schließen wir aber diesen Artikel! Nun, am besten mit einem, um sich der traurigen Betrachtungen zu erwehren, vergnüglichen Ende und zwar mit einem Ende, durch welches dieser Artikel, wie eine Schlange, die sich in den Schwanz *beißt*, in seinen Anfang zurückkehrt. Denn jetzt, nachdem man die historischen Beweise gehört hat und die Beschaffenheit jener Nationalwerkstätten kennt, lese man noch einmal die eingangs zitierte Stelle der „Volkszeitung". Sie wird jetzt dem Leser einen ganz anderen Genuß gewähren. Aber man verschaffe sich diesen Genuß auch recht! Man nehme also eine weisheitstriefende Miene an, erhebe den rechten Arm, recke den Daumen empor und biege ihn nach rückwärts, und nun mit der Stimme und dem energisch geschwungenen Daumen an den geeigneten Orten Nachdruck gebend, lese man in einem singenden Tone:

> Nachdem in den vierziger Jahren diese Ideen von Frankreich aus sich weithin verbreitet hatten, führte die Pariser Revolution im Februar 1848 die Gelegenheit herbei, die Probe zu bestehen (!!!). Louis Blanc, ein sehr begabter Schriftsteller, der bis dahin mit diesen Ideen politisch agitierte, kam mit der Revolution als Mitglied der provisorischen Regierung in die Lage, den Versuch anstellen zu müssen (!!!). Der Versuch mißlang gründlich (!!!) und die Ursachen des Mißlingens sind auch von der Wissenschaft (die Wissenschaft nämlich des Rabbi Ben Tzschoppe) längst erkannt (!!!). (Hier platze nun einer nicht vor Lachen, wenn er kann!) Der Versuch mißlang so gründlich, daß in Frankreich das direkte und allgemeine Wahlrecht noch unter der Republik vernichtet werden konnte, obwohl usw. Der Versuch mißlang so gründlich, daß mit dem Staatsstreich zwar das allgemeine und direkte

Wahlrecht wieder hergestellt wurde, aber die Phantasie Louis Blancs tot blieb (mausetot) und bisher in Frankreich wie im Auslande kein denkender Mensch darauf verfiel, sie wieder zu beleben.

So! Ich werde nächstens Herrn Julian Schmidt um Verzeihung bitten! Ich hätte wirklich, statt seiner, Leute vornehmen können, die noch größere Verwüstung in den Volksgeist bringen.

Berlin, 24. April 1863.

F. Lassalle.



ZUR ARBEITERFRAGE

LASSALLES REDE
BEI DER AM 16. APRIL 1863 IN LEIPZIG
GEHALTENEN ARBEITER-VERSAMMLUNG

NEBST BRIEFEN
DER HERREN PROFESSOR WUTTKE
UND DR. LOTHAR BUCHER

DER ERSTE ABDRUCK
ERSCHIEN IM SELBST-VERLAG DES AUTORS



VORBEMERKUNG.

Das „Offene Antwortschreiben“ wurde vom Leipziger Komitee mit 6 gegen 4 Stimmen — 2 Mitglieder erklärten, ihm nur bedingt zustimmen zu können — genehmigt und sodann an die mit ihm in Verbindung getretenen Arbeitervereine verschickt. Wo bereits ein Kern radikal gesinnter Elemente vorhanden war, wie in Hamburg, am Rhein und in Mitteldeutschland, war seine Aufnahme eine günstige und wurden zustimmende Resolutionen gefaßt; an den meisten Orten dagegen setzten es die Wortführer der Fortschrittspartei durch, daß die Arbeitervereine sich gegen Lassalle erklärten, oft ohne daß die Masse der Mitglieder auch nur erfuhren, welches denn eigentlich der genaue Inhalt des Antwortschreibens war. Mit dem Schlagwort Staatshilfe gegen Selbsthilfe sollte alles gesagt sein, und wenn sich daher viele, sonst durchaus nicht beschränkte Arbeiter, wo die Frage so gestellt wurde, gegen die Forderung der Staatshilfe ablehnend verhielten, so kann das bei der Natur des Staates, um den es sich handelte, durchaus nicht Wunder nehmen. Auch daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechts nicht überall auf die Arbeiter eine durchschlagendere Wirkung ausübte, wird begreiflich, wenn man sich erinnert, daß in jenem Moment die nationale Frage das öffentliche Leben beherrschte und die Klassengegensätze nicht in voller Schärfe zu ihrem Ausdruck kommen ließ.

Die erste Versammlung, die Lassalle nach Veröffentlichung des „Antwortschreibens“ abhielt, war die in Leipzig, in welcher er die hier folgende Rede hielt. Es fehlte

ihm in dieser Versammlung, die sehr stark besucht war, wenngleich die Zahl 4000, die der Bericht angibt, um mehr als das Doppelte zu hoch ist, nicht an Opposition. U. a. trat Lassalle ein Lehrer Salomon aus Berlin entgegen, der ihm speziell zu diesem Behuf nach Leipzig nachgereist war, aber ohne Erfolg. Nicht nur, daß gerade hier durch eine Reihe vorhergegangener Versammlungen der Boden besser vorbereitet war als irgendwo, war auch keiner der Anwesenden, und am allerwenigsten Herr Salomon, Lassalle in bezug auf Dialektik und wissenschaftliche Ausrüstung gewachsen. Am Schluß erklärte sich die übergroße Mehrheit der Versammelten mit Lassalle einverstanden. Eine Minderheit, meist aus Angehörigen des Bürgertums bestehend, enthielt sich der Abstimmung, und nur wenige Hände erhoben sich gegen die vom Lassalleschen Komitee vorgeschlagene Resolution.

Die Rede „Zur Arbeiterfrage" behandelt dieselben Gegenstände, die den Inhalt des „Offenen Antwortschreibens" ausmachen. Teils werden falsche Auffassungen des Lassalleschen Vorschlages richtig gestellt, teils gegen denselben und das eherne Lohngesetz erhobene Einwände widerlegt. Waren die Fortschrittsredner aber außerstande, gegen die Lassallesche Begründung des Lohngesetzes Stichhaltiges vorzubringen — gerade weil dieselbe sich auf zwei Dogmen der liberalen Ökonomie stützte — so waren auch ihre Einwürfe gegen die Staatshilfe für Produktivgenossenschaften viel zu manchesterlich-doktrinär, um nicht von Lassalle spielend widerlegt zu werden. Um den schwächsten Punkt der vom Staat zu kreditierenden Genossenschaften drückten sich die Fortschrittsökonomen selbst herum, weil seine Kritik mit einer Kritik der ganzen bürgerlichen Produktionsordnung zusammenfiel. —

In der ursprünglichen Ausgabe sind der Broschüre „Zur Arbeiterfrage" ein Zustimmungsschreiben des großdeutsch-demokratischen Professors Wuttke und ein ebensolches des Herrn Lothar Bucher beigegeben. Beide sind bezeichnenderweise negativ gehalten; sie schließen sich der Kritik der Fortschrittspartei an, ohne sich für Lassalles Vorschlag auszusprechen — Bucher beschränkt sich sogar auf eine ganz farblose Erklärung gegen das Manchester-Dogma von der absoluten Nichteinmischung des Staates. Wenn er selbst dazu nur durch den Ruf „Haut ihn!" in der Berliner Arbeiterversammlung vom 19. April 1863 veranlaßt wurde, so mag es von Interesse sein, zu vernehmen, daß das Opfer, dem der ominöse Ruf entgegengeschleudert wurde, der früher schon charakterisierte „Arbeiter" Eichler war, der in jener Versammlung — die im übrigen freilich an „Mache" nichts zu wünschen übrig ließ — durch Berufung auf Lassalle versuchen wollte, sich selbst reinzuwaschen. Der Vortrag, von dem Bucher in seinem Briefe spricht, ist nicht zustande gekommen.

Neben diesen beiden Briefen folgt in unserer Ausgabe der Broschüre als Anhang die Polemik Rau-Lassalle, die direkt an eine Stelle in der vorliegenden Rede anknüpft, sowie ein Artikel „Hubers Votum", den Lassalle Anfang Mai 1863 veröffentlichte und der in mehrfacher Hinsicht von Interesse ist. Dagegen kann der offene Brief Rodbertus' an das Leipziger Arbeiterkomitee, der aus dem April 1863 datiert und auf den Lassalle in der vorliegenden Rede anspielt, besser im Zusammenhang mit einer Skizze der Briefe Lassalles an Rodbertus gewürdigt werden.

Ed. Bernstein.





ZUR ARBEITERFRAGE



Die zum 16. April 1863 vom Komitee zur Gründung eines Deutschen Arbeitervereins zusammenberufene Arbeiterversammlung war stärker als alle vorhergehenden Versammlungen besucht, weil Ferdinand Lassalle in derselben sprechen sollte. Es waren mehr als 4000 Personen zugegen, unter denen freilich auch einige Studenten, Kaufleute und Meßfremde sich befanden. — Der mit überwiegender Majorität durch Akklamation erwählte Vorsitzende Julius Vahlteich eröffnete die Sitzung und gab zunächst Ferdinand Lassalle das Wort. Nach der stenographischen Aufzeichnung des Dr. Karl Albrecht lautet die Rede Lassalles wie folgt:

Arbeiter! Schon seit lange bin ich von Ihrem Komitee aufgefordert worden, nach Leipzig zu kommen, um Sie zu sehen und zu Ihnen zu sprechen. Ich habe es bisher ausgeschlagen, denn es war durchaus nicht meine Absicht, persönlich eine Agitation unter die Arbeiter zu werfen oder eine Aufregung irgend welcher Art hier zu verbreiten. Darauf erhielt ich von dem hiesigen Komitee eine Anfrage, welche Sie kennen: — und da ich gefragt war, so war es meine Pflicht, als ehrlicher Mann zu antworten; eine Pflicht, die ich nach bestem Wissen erfüllt zu haben glaube. Nachdem Sie nunmehr der Ausführung, welche mein Antwortschreiben enthält, beigetreten sind, nachdem Sie sich zu meiner Ansicht bekannt haben, so daß also von keiner Seite gesagt werden kann,

daß ich Sie durch persönliches Auftreten, durch meine Reden, durch Verführung hinzureißen versucht hätte — nun konnte ich zu Ihnen kommen und zu Ihnen sprechen. Es liegt darin dieser Unterschied: dem Arbeiterstande, welcher die Ansichten bekennt, die ich Ihnen entwickelt habe, diesem will ich meine Intelligenz und meine Energie zur Disposition stellen, — eine gewaltsame Agitation unter den Arbeiterstand zu schleudern, falls er zu jener Einsicht noch nicht reif wäre, ist meine Absicht nicht.

Die Wut meiner Feinde, nachdem meine Antwort an das Komitee veröffentlicht worden war, ist grenzenlos gewesen. Daß ich Ihnen, meine Herren, das ökonomische Gesetz verraten habe, welches den Arbeitslohn der arbeitenden Klassen regelt, an welches Ihre Existenz wie mit eisernen Klammern geschmiedet ist, das hat man mir nicht verziehen; es haben sich Stimmen des Unwillens gegen mich erhoben, wie im Altertum etwa gegen einen Priester, der die Geheimnisse der Ceres verraten. Wären meine Feinde Römer, sie hätten mich niedergestoßen auf offenem Markte, wie die Patrizier einst den Gracchen taten. Meine Feinde sind aber k e i n e Römer, und so haben sie versucht, mich mit Verleumdungen niederzustoßen, statt mit dem Schwerte. Es gibt keine Beschimpfung, die gegen mich nicht geschleudert worden ist, seitdem ich Ihnen meine Antwort zugehen ließ. Ein Berliner Blatt, die „Tribüne", erklärt mein Auftreten auf folgende Weise: Ich bin, wie Sie wissen, vor kurzem wegen meines Arbeiterprogramms zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden; daraufhin sagt nun jenes liberale Blatt, ich hätte in meinem „Antwortschreiben" eine Apostasie begangen, hätte mich mit der Regierung vertragen, um — während jener Haft eine mildere Behandlung zu erlangen. (Heiterkeit.) Das ist empörend, wenn Sie es solcherge-

stalt auffassen: Jene vier Monate Haft, deren ich mich nicht rühmen will, sind eine Wunde, die ich in Ihrem Dienste empfangen habe, und aus dieser Wunde selbst sucht man ein Gift gegen mich zu gewinnen. Ein anderes, angeblich radikales Blatt, die „Reform", erklärte, ich sei ein Renegat geworden, sei da angelangt, wo Bruno Bauer hingekommen. Von seiten der Bourgeoisie war ich allerdings auf solch eine Begegnung gefaßt; ich wußte, daß, wer sich für Sie, die Arbeiter, erhebt, den Giftbecher der Verleumdung bis zur Neige leeren muß. Was mich aber einigermaßen überrascht hat, was mir den Schmerz einer Sekunde verursacht hat, war, dieselbe Beschimpfung im Munde von Arbeitern, wenn es auch nur ganz vereinzelte waren, zu finden. Sie erinnern sich, meine Herren, der von dem Arbeiterverein in Nürnberg unterzeichneten Erklärung, in welcher ich als gedungenes Werkzeug der Reaktion bezeichnet wurde, ich, ein Mann, der zwei Jahre im Gefängnis gesessen, der drei Kriminalprozesse durchgemacht hat, und welcher, was selbst seine Feinde gestehen, während 15 Jahren in allen seinen Konflikten mit der Regierung stets eine durchaus stolze, ja schroffe, revolutionäre Attitüde festgehalten hat, eine viel stolzere und prinzipiellere, als die ganze Fortschrittspartei, die mich jetzt verleumdet. (Zischen und Bravo.) Es geht mir deshalb nicht bei, alle Glieder der Fortschrittspartei der Verleumdung zu beschuldigen; ich habe in dieser Partei selbst liebe Freunde, aber von der Presse, welche für sie arbeitet und ihr dient, von ihr sind diese Beschimpfungen ausgegangen. Diese Beschimpfungen trafen mich aus dem Grunde, weil ich Ihnen, den Arbeitern, geantwortet hatte. Als ich hierher kam, war es meine Absicht, alles, was in sachlicher Weise gegen meine Ansicht eingewendet worden ist, zusammenzufassen, es zu beleuchten

und zu widerlegen; ich kann diese Absicht aber wegen meines heutigen körperlichen Zustandes nicht erfüllen und muß mich auf das Hauptsächlichste beschränken.

Sie erinnern sich, daß kurz nach dem Beschlusse Ihrer Versammlung vom 24. März eine andere Versammlung in dieser Stadt abgehalten worden ist, in welcher ein Herr Dr. Max Wirth die Kühnheit hatte, zu behaupten, daß das ökonomische Gesetz des Arbeitslohnes, wie ich es Ihnen mitgeteilt habe, nicht wahr sei; er nannte es einen überwundenen, längst widerlegten Standpunkt. Ich hatte dieses Gesetz so formuliert:

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist."

Ebenso hatte ich die Gründe entwickelt, welche es notwendig machen, daß dieses Gesetz herrsche. Vermehrt sich nämlich das nationale Kapital, steht der Lohn höher, als es nach dem oben Angegebenen nötig ist, so vermehrt sich die Arbeiterzahl durch Vergrößerung der Zahl der Ehen und Arbeiterkinder. Indem nun das Angebot von Händen steigt, drückt es infolge der freien Konkurrenz den Lohn wieder so weit herunter, daß eben nur das zur Fristung des Lebens Nötige verbleibt. Manchmal fällt der Lohn wohl auch auf eine kurze Zeit noch tiefer, dann mindert sich die Zahl der Arbeiter; die Nachfrage nach denselben übersteigt das Angebot, und so steigt der Lohn wieder zu seiner normalen Höhe. Alles, was ich

Ihnen hierüber schriftlich gesagt habe, ist nur eine streng konsequent entwickelte Folge aus diesem ehernen Gesetze. Da kommt nun Dr. Wirth und sagt, dies Gesetz, welches ich als einstimmig anerkannt bezeichnet habe, sei erlogen, sei längst widerlegt, und ich hätte Sie damit getäuscht! Sie werden an sich überzeugt sein, daß ich keine unwahre Behauptung aufgestellt habe; indes ist diese Sache zu wichtig, als daß ich nicht darauf eingehen sollte, meine Angabe weiter zu belegen. Man soll nicht sagen, daß ich ein in verba magistri jurare, einen blinden Glauben an des Lehrers Worte von Ihnen verlange. Und da man bestreitet, daß dieses Gesetz von der Wissenschaft anerkannt sei, so muß ich Ihnen die nötigen Belege beibringen.

Hören Sie, was Say, der Chef der französischen Bourgeoisökonomie, sagt:

Say (Cours complet d'économie politique, V. part, ch. X, p. 333, éd. Brux.) sagt von dem Lohn der ordinären Arbeit folgendes: „Das Angebot dieser Arbeit wächst mit der Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage kann den Arbeitslohn ein wenig, aber sehr wenig, über die Höhe bringen, welche notwendig ist, damit die Arbeiterfamilien existieren und sich fortpflanzen können; d. h. über die Höhe, welche notwendig ist, damit jede Arbeiterfamilie genug Kinder aufziehen kann, um Vater und Mutter zu ersetzen. Wenn der Arbeitslohn nur ein wenig über diesen Stand hinausgeht, so vermehren sich die Arbeiterkinder, und das größere Arbeitsangebot gleicht sehr bald die gestiegene Nachfrage aus.

„Wenn, im Gegenteil, die Nachfrage nach Arbeitern zurückbleibt hinter der Anzahl von Leuten, die sich zur Arbeit anbieten, so fallen ihre Einnahmen unter den Punkt, welcher notwendig ist, damit diese Klasse sich in gleicher Zahl erhalten kann. Die Familien, welche am meisten

von Kindern und Krankheiten gedrückt sind, gehen zugrunde; infolge dessen fällt nun das Arbeitsangebot, und indem jetzt weniger Arbeit angeboten wird, steigt ihr Preis. Man ersieht hieraus, daß der Preis der einfachen Handarbeit nicht lange über oder unter dem Standpunkte bleibt, welcher notwendig ist, um die Arbeiterklasse in der Anzahl zu erhalten, deren man benötigt ist, woraus sich nur die Schlußfolge ergibt, daß die Einnahmen des einfachen Handarbeiters nicht das Maß dessen übersteigen, was notwendig ist, um die Existenz seiner Familie aufrechtzuerhalten."

Also genau diesen Tanz, bald etwas über, bald unter dem äußersten Rand, den ich Ihnen geschildert habe.

Oder vernehmen wir den großen englischen Nationalökonomen Ricardo (Kap. 5) „Über den Arbeitslohn":

„Die Arbeit, ebensogut wie alle Sachen, die man kaufen und verkaufen und deren Quantität vermehrt oder vermindert werden kann, hat einen natürlichen und einen Tagespreis. Der natürliche Preis der Arbeit ist derjenige, welcher den Arbeitern im allgemeinen die Mittel liefert, zu existieren und ihre Rasse ohne Vermehrung noch Verminderung fortpflanzen zu können." Er zeigt nun, daß der Tagespreis, wie ich euch dies gesagt, sich in den Schwankungen um diesen natürlichen Preis bewegt, die ich euch auseinandergesetzt. „Wenn", sagt er, „die Zahl der Arbeiter vermehrt wird durch eine vom Steigen der Löhne ermutigte Vermehrung der Bevölkerung, so sinken die Löhne von neuem auf ihren natürlichen Preis, und manchmal ist die Wirkung der Reaktion so groß, daß sie noch tiefer fallen."

Ich muß mit meinen Zitaten noch fortfahren; das ist freilich nicht amüsant, ich bin aber auch nicht hierher gekommen, um Sie zu amüsieren, sondern um Ihnen von

Dingen zu sprechen, die Sie nahe angehen und Ihren ganzen Ernst erfordern. Herr Wirth hat die unerhörte Kühnheit gehabt, sich auf Ad. Smith und J. Stuart Mill gegen dieses Gesetz zu berufen. Hören wir also, was Smith sagt (Grundsätze I., 1. Buch, 8. Kap., p. 172, éd. Garn.):

„Wenn die Nachfrage nach Arbeitern beständig wächst, so muß der Arbeitslohn notwendig einen solchen Antrieb zur Verheiratung und zur Vervielfältigung der Arbeiterzahl geben, daß sie imstande sind, dieser immer wachsenden Nachfrage durch ein gleichfalls stets wachsendes Angebot zu entsprechen. Nimmt man an, daß in einer Zeit der Arbeitslohn nicht so groß ist, als notwendig, um diese Wirkung hervorzubringen, so wird der Mangel an Arbeitern ihn bald steigen machen; und nimmt man an, daß in einer anderen Zeit der Arbeitslohn größer ist, als für diese Wirkung erforderlich ist, so wird die übermäßige Vermehrung von Arbeitern ihn bald auf diese notwendige Höhe zurücksinken machen."

Oder hören Sie John Stuart Mill, auf den sich Herr Wirth zu berufen die Kühnheit hatte: „Ricardo" — sagt J. St. Mill (II. Buch, 11. Kap., § 2) — „nimmt an, daß es überall einen Minimumsatz für den Arbeitslohn gebe, entweder den niedrigsten, bei dem es physisch möglich ist, die Bevölkerung zu erhalten, oder den niedrigsten, bei dem ein Volk sich entschließt, dies zu tun. Er nimmt an, daß der allgemeine Satz des Arbeitslohnes sich stets nach diesem Minimum hinneigt, daß er niemals niedriger sein kann über die Länge der Zeit hinaus, die erforderlich ist, damit die geringere Bevölkerungszunahme sich fühlbar mache, und daß er nie sich lange hoch halten kann. Diese Annahme enthält Wahrheit genug, um sie für die Zwecke der abstrakten Wissenschaft zulässig erscheinen zu lassen,

und der Schluß, den Ricardo daraus zieht, nämlich, daß der Arbeitslohn auf die Länge mit dem beständigen Preise der Lebensmittel steigt und fällt, ist, wie alle seine Schlußfolgerungen, vom hypothetischen Standpunkt aus wahr, d. h. wenn man die Voraussetzungen, von denen er ausgeht, zugibt. Bei der Anwendung auf die wirklichen Verhältnisse muß man indes erwägen, daß das Minimum, von dem Ricardo spricht, insbesondere wenn es nicht ein physisches, sondern so zu sagen ein moralisches Minimum ist, selbst wieder bedeutende Verschiedenheit zuläßt" (— dies ist es gerade, worauf ich Sie so nachdrücklich aufmerksam machte; p. 16 und 18 etc. meiner Broschüre. Der Arbeitslohn sei das unter einem Volke gewohnheitsmäßig übliche Minimum. Dies ändere sich nicht, daß Sie stets auf dem äußersten Rande etc. Aber dieser äußerste Rand selbst könne in verschiedenen Zeiten und Völkern ein verschiedener sein). „Wenn der Arbeitslohn vorher so hoch war" — fährt Mill fort —, „daß er eine Ermäßigung ertragen konnte, welche aber durch ein hohes Maß der Lebensansprüche der Arbeiter gehindert wurde, so kann eine Preiserhöhung der Lebensmittel oder eine andere ungünstige Veränderung in ihren Umständen auf zweierlei Weise wirksam sein. Es kann eine Ausgleichung erfolgen durch ein Steigen des Arbeitslohnes, herbeigeführt durch eine allmählige Einwirkung auf eine vorsichtige Beschränkung der Bevölkerungszunahmen — oder der Maßstab für die Lebensweise der arbeitenden Klasse kann auf die Dauer niedriger werden, falls ihre frühere Gewohnheit in bezug auf die Volksvermehrung sich als stärker ausweisen sollte, als ihre frühere Gewohnheit hinsichtlich der Lebensannehmlichkeit. Im letzteren Falle wird ihre Benachteiligung von Dauer sein, und ihre verschlimmerte Lage

wird ein neues Minimum werden, mit der Tendenz, ebenso wie das frühere Minimum getan, fortzubestehen. Es ist leider anzunehmen, daß von den beiden Arten, wie die Sachen sich gestalten, die letztere bei weitem die häufigere ist, oder jedenfalls doch hinlänglich oft vorkommt, um allen Sätzen, die jedem Unglück, welches die arbeitenden Klassen trifft, eine selbstheilende Kraft zuschreiben, die praktische Bedeutung zu nehmen. Es liegen gewichtige Nachweise vor, daß die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in England mehr als einmal im Laufe der Geschichte große und dauernde Verschlimmerung erfahren hat aus Ursachen, die nur einen vorübergehenden Einfluß hätten äußern können, wenn die Bevölkerung ihre Macht der Selbstregulierung in Gemäßheit des früheren Maßstabes der Lebensannehmlichkeiten ausgeübt hätte. Unglücklicherweise hat die Armut, worin die arbeitende Klasse während einer langen Reihe von Jahren versunken war, diesen früheren Maßstab verloren gehen lassen, und die nächste Generation, die aufwächst, ohne die frühere Lebensannehmlichkeit besessen zu haben, vermehrte sich nun ihrerseits, ohne dahin zu streben, sich dieselbe wieder zu verschaffen."

Sie sehen also, J. St. Mill sagt genau dasselbe was ich, ja er geht noch weiter als Ricardo. Er nimmt an — entgegengesetzt zu Bastiat und seinen Nachbetern Schulze und Faucher (Zischen). — Meine Herren, wäre Herr Schulze hier, er würde Ihnen selbst sagen, daß er ein unbedingter Anhänger von Bastiat ist. — Ich sagte, daß Mill noch weiter geht; er nimmt an, daß in den häufigsten Fällen das Minimum der Existenzbedürfnisse, die der Arbeitslohn darstellt, daß der in einem Volke gewohnheitsmäßig übliche, notwendige Lebensunterhalt häufiger fällt als steigt, daß er im Lauf der Zeiten nach unten

gedrückt wird, weil selbst die vorübergehenden Verschlechterungen, da die Arbeiter das Kindererzeugen nicht aufgeben, die Tendenz haben, zu dauernden Verringerungen der üblichen Lebensnotdurft zu führen.

Er fährt nun fort: „Der entgegengesetzte Fall tritt ein, wenn durch Verbesserungen in der Landwirtschaft, Aufhebung von Korngesetzen und ähnliche Ursachen der Lebensbedarf des Arbeiters wohlfeiler und dieser in den Stand gesetzt wird, mit dem nämlichen Arbeitslohn mehr Lebensannehmlichkeiten sich zu verschaffen, als vorher. Der Arbeitslohn wird nicht unmittelbar darauf fallen; es ist sogar möglich, daß er steigen wird. Schließlich jedoch wird der Arbeitslohn so weit fallen, daß die Arbeiter nicht besser daran sein werden, als vorher, wofern sich nicht während dieser Zwischenzeit des Gedeihens der Maßstab der von dieser Klasse als unentbehrlich angesehenen Lebensannehmlichkeit für die Dauer erhöht hat. Leider kann auf einen solchen wohltätigen Einfluß durchaus nicht gerechnet werden. Es ist eine viel schwierigere Sache, die Lebensansprüche, welche die Arbeiter für unentbehrlicher ansehen, als zu heiraten und Familie zu haben, zu erhöhen, als solche niedriger zu stellen. Wenn die arbeitende Klasse sich begnügt, die größere Lebensannehmlichkeit zu genießen, so lange sie dauert, aber nicht lernt, sie für ein Bedürfnis anzusehen, so wird sie sich durch Bevölkerungsvermehrung zu ihrer früheren Lebensweise wieder hinabbringen. Wenn ihre Kinder früher aus Armut ungenügend ernährt und verwahrlost wurden, so wird nun eine größere Zahl derselben aufgezogen werden, deren Konkurrenz, wenn sie erwachsen sind, den Arbeitslohn herabdrücken muß, vermutlich im vollen Verhältnis zu der größeren Wohlfeilheit der Lebensmittel. Wenn diese Wirkung nicht auf solche

Weise hervorgebracht wird, so geschieht dies durch frühzeitigeres und zahlreicheres Heiraten oder durch eine größere Zahl Geburten nach der Heirat. Alle Erfahrung stimmt darin überein, daß in Jahren mit wohlfeilen Kornpreisen bei reichlicher Beschäftigung in der Zahl der Heiraten eine bedeutende Zunahme unabänderlich stattfindet. Ich kann daher der Wichtigkeit, welche man der Aufhebung der Korngesetze, lediglich als eine Arbeiterfrage betrachtet, beigelegt hat, nicht beistimmen, noch auch irgend einem jener Projekte, wie solche in allen Zeiten vorkommen, um die Lage der Arbeiter ganz wenig besser zu stellen. Dinge, welche diese Lage nur ganz wenig berühren, machen keinen bleibenden Eindruck auf Gewohnheiten und Ansprüche der Arbeiter, und sie sinken bald in ihren früheren Zustand zurück. Um bleibenden Nutzen zu stiften, muß die vorübergehende Ursache, die auf sie einwirkt, ausreichen, um eine bedeutende Veränderung in ihrer Lage zu Wege zu bringen — eine solche Veränderung, die viele Jahre hindurch empfunden wird, ungeachtet des Antriebes, den sie während einer Generation dem Bevölkerungsanwachs gibt. Wenn die Besserung diesen merkwürdigen Charakter hat und eine Generation aufwächst, welche immer an einen höheren Maßstab der Lebensannehmlichkeit gewohnt gewesen, so bildet sich die Gewohnheit dieser neuen Generation in bezug auf Bevölkerungszunahme auf Grund eines höheren Minimum, und die Verbesserung der Lage der Arbeiter ist von Dauer." Der bemerkenswerteste Fall dieser Art, sagt J. Stuart Mill nun weiter, sei die französische Revolution gewesen. Denn durch diese habe sich ganz plötzlich eine Verbesserung eingestellt, welche die obwohl mit beispielloser Raschheit vor sich gehende Bevölkerungszunahme noch überwogen habe. —

Sie sehen also, daß J. St. Mill ganz dasselbe sagt, was ich hierüber in meiner Broschüre p. 18 und früher sage.

Urteilen Sie hiernach, welche Stirn dazu gehört, sich auf Mill gegen mich zu berufen.

Ebenso wenig hat Bastiat etwas gesagt, was geeignet wäre, jenes Gesetz des Arbeitslohnes zu widerlegen. Herr Wirth beruft sich auf den Ausspruch desselben, daß mit Entwicklung der Industrie und der Gesamtproduktion auch der proportionelle Anteil der Arbeit daran wachse. Diese Behauptung teilt kein anderer Ökonom; sie ist unwahr; aber nicht einmal sie enthält etwas, was dem Gesetze des Arbeitslohnes notwendig widerspräche. Selbst einmal angenommen, daß im Laufe der Jahrhunderte der Anteil der Arbeit steige, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß auch der Lohn derselben steigt. Dieser kann stehen bleiben oder sogar fallen, und das hängt lediglich davon ab, ob sich nicht die Zahl der Arbeiter in einem noch stärkeren Grade als der Anteil der Arbeit an der Gesamtproduktion vermehrt[1]).

[1]) Es ist merkwürdig, daß Lassalle nicht bemerkt, wie er mit dieser Anwendung der Malthusschen Bevölkerungstheorie auch seinem eignen Mittel das Todesurteil spricht. Der volle „Arbeitsertrag“ stellt nur die höchste Stufe des proportionellen Anteils der Arbeiter am Produkt ihrer Arbeit dar. Wenn also die von Bastiat — nach Carey — behauptete Steigerung des proportionellen Anteils der Arbeiter am Ertrage ihrer Arbeit schon durch die bloße Tatsache gesteigerter Volksvermehrung ihrer Wirkung auf die Lohnhöhe, d. h. auf das wirkliche Einkommen der Arbeiter, verlustig zu gehen droht, so träfe dasselbe auch auf die Produktivgenossenschaften zu. Dann wäre das letzte Wort für die Hebung der Lage der Arbeiter — das Malthussche Rezept; wie denn auch John Stuart Mill in dem von Lassalle zitierten Werk konsequenterweise lebhaft für weise Beschränkungen“ in bezug auf Fortpflanzung eintritt. D. H.

Andere Gründe gegen Bastiat würden zu einem längeren Eingehen nötigen und ich will daher jetzt auf sie verzichten; der Gegenbeweis ist aber in einer ganz leichten und äußerlichen Weise zu führen, nämlich durch die anerkannten Männer der Wissenschaft, die nach Bastiat geschrieben haben. Zu diesen gehört Mill, den ich schon angeführt habe, der noch lebt, während Bastiat lange gestorben ist. Lassen Sie mich aber noch die Meinung der bedeutendsten neuesten Ökonomen vorführen, und zwar aus deren Kompendien, die eben nur das absolut Anerkannte enthalten. Hören Sie Professor Rau in Heidelberg, den Verfasser des gelesensten Kompendiums, das, ich weiß nicht, in wie viel Auflagen erschienen ist; er sagt in § 190 seiner „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre":

„Die Kosten, welche dem Arbeiter im Lohne erstattet werden müssen, bestehen bei einfachen kunstlosen Verrichtungen nur aus dem Unterhaltungsbedarfe, bei künstlichen aber kommt noch der zur Erlangung der erforderlichen Geschicklichkeit vorgenommene Güteraufwand hinzu.

„Der Unterhaltungsbedarf muß nicht bloß auf die Dauer der Arbeit, sondern auch auf die Jahre der Kindheit und Jugend bezogen werden, in welchen der künftige Arbeiter noch nichts erwerben kann, und überhaupt muß der Lohn der Arbeiter zu dem Unterhalt ihrer Familien hinreichen. Wäre das Lohneinkommen dafür zu gering, so würde die arbeitende Klasse minder zahlreich werden, und es würde an Arbeitern zu fehlen anfangen, bis das verringerte Angebot von Arbeit den Lohn wieder in die Höhe brächte. Dies gilt wenigstens von der gemeinen Lohnarbeit, welche nur die spärlichste Vergütung erhält, und von der mittleren Zahl von Mitgliedern einer Familie.

In den künstlicheren Arbeitszweigen kann es geschehen, daß nach der dabei herkömmlichen Lebensweise der Lohn bloß für einen einzelnen Arbeiter ohne Familie zureicht und dennoch durch Zudrang aus den vielen Klassen die Zahl der Arbeiter unvermindert bleibt."

An hiesiger Universität doziert Professor R o s c h e r; er ist Bourgeoisökonom, aber ein schwer gelehrter Mann. Was sagt dieser über die betreffenden Gesetze? Es heißt in seinem System der Volkswirtschaft (1858, § 161, p. 308):

„Das Wort Produktionskosten, welche das fortwährende Ausgebot der Arbeit bedingen, umfaßt die h e r k ö m m l i c h e n L e b e n s b e d ü r f n i s s e nicht bloß der wirklichen Arbeiter, sondern auch ihrer Familien, d. h. also des heranwachsenden Arbeitergeschlechts. Wie groß die Anzahl des letzteren sein müsse, hängt wesentlich von der Arbeitsnachfrage ab. Ist diese z. B. so stark, daß nur die Erziehung von durchschnittlich sechs Kindern pro Familie sie befriedigen kann, so muß der Lohn außer dem Unterhalt des Arbeiters selbst auch noch die Erziehungskosten von sechs Kindern zu decken vermögen. Wo es möglich wird, daß Weib und Kind für Lohn arbeiten, da braucht der Vater nicht mehr den ganzen Unterhalt der Familie selbst zu erwerben; es kann also der individuelle Arbeitslohn geringer ausfallen. Sollte er jedoch unter die oben erwähnte Kostenhöhe sinken, so würde gar bald durch vermehrte Sterblichkeit und Auswanderung, verminderte Ehen- und Geburtszahl eine Verringerung des Angebotes erfolgen, die bei unveränderter Nachfrage den Lohn wieder steigern müßte. — Auch umgekehrt wird sich ein Stand des Arbeitslohnes hoch über jenem Kostenbetrage um so schwerer lange behaupten können, je allgemeiner die Befriedigung des Ge-

schlechtstriebes für den größten sinnlichen Genuß und die Liebe der Eltern zu den Kindern für die natürlichste menschliche Pflicht gelten. „„„Wo eine starke Nachfrage nach Menschen ist, da wird sich regelmäßig auch ein starkes Angebot einstellen“““. (Ad. Smith.)“

Sie sehen, meine Herren, welche Einstimmigkeit bei all diesen Autoritäten herrscht, Sie sehen, welch unerhörte Stirn dazu nötig war, ein so anerkanntes Gesetz als unwahr zu bezeichnen, und sich dabei auch noch gerade auf Adam Smith und Mill zu berufen, welche es selbst nachgewiesen haben. Auf solche Weise diskutiert man keine große Sache! Eine Sache, zu deren Verteidigung solche Lügen aufgewendet werden müssen, schadet sich selbst und legt Zeugnis ab von ihrer inneren Schwäche. (Bravo und Zischen.)

Es war meine Absicht, meine Herren, heut aus den sämtlichen Einwendungen, die man gegen mich vorgebracht hat, einen Heringssalat zu machen; dann hätte ich Ihnen freilich eine Speise vorgesetzt, die Sie drei Stunden lang festgehalten hätte; ich meinerseits hätte jedoch kein Mitleid mit Ihnen gehabt, aber mein Gesundheitszustand macht mir es unmöglich, heut auf alles einzutreten, und ich muß eine Teilung eintreten lassen. Fast alle Einwürfe bestehen entweder in absichtlichen Entstellungen oder in wirklichen, aufrichtigen Mißverständnissen, von denen ich jedoch nicht begreife, wie sie bei der großen Deutlichkeit meiner Schrift entstehen konnten. So ruft Herr Schulze-Delitzsch in seinem Vortrage aus: „Wie will Lassalle denn alle in seine Assoziationen hineinbekommen, da er doch keinen Zwang anwenden will?“ Meine Herren, das will ich gar nicht! Ich mag niemand gegen seinen Willen hinein haben; wer nicht will, bleibt eben fort: volenti non fit injuria! Dem, der will, geschieht kein Unrecht: Wem's

mehr Spaß macht, für Rechnung eines Fabrikanten zu arbeiten als für seine eigene, der kann's ja haben. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Die Frage des Herrn Schulze beruht also auf irriger Auffassung.

Es soll niemand gezwungen werden; es soll Ihnen nur die Möglichkeit gegeben werden, Ihre Kräfte für eigene Rechnung zu verwerten. Diese Möglichkeit wird Ihnen eben durch von Ihnen gestiftete Assoziationen gegeben, die aber des Staatskredits schlechterdings bedürfen.

Man hat ferner, und das sieht keinem Mißverständnisse ähnlich, sondern einer absichtlichen Entstellung, — man hat gesagt, und besonders hat es Herr Faucher hier getan, das, was ich hier entwickelt habe, sei mit den französischen Nationalwerkstätten in den ersten Jahren der französischen Republik identisch. Ich bin überzeugt, daß man da auf Ihre Unbekanntschaft mit der Sache spekuliert hat; diese Werkstätten waren nämlich derart eingerichtet, daß unproduktive Beschäftigung in ihnen getrieben wurde. Sie waren nur dazu bestimmt, das durch die Revolution arbeitslos gewordene Proletariat überhaupt irgendwie zu beschäftigen und zu ernähren, und gerade weil man glaubte, man dürfe der Privatindustrie keine Konkurrenz machen, so ließ man unproduktive Arbeiten verrichten, z. B. Erdarbeiten; sie waren überdies nicht von den Sozialisten, sondern gerade gegen diese errichtet[1]). Wie kommt man also dazu, diese Werkstätten mit meinem Plane zusammenzustellen? Man glaubte es eben wagen zu dürfen, weil die Sache nicht allgemein bekannt ist; sie ist jedoch aktenmäßig festgestellt[2]). Und weiter frage

---

[1]) Siehe z. B. die Eingeständnisse des Sozialistenfeindes Lamartine im 2. Bande seiner Geschichte der Februar-Revolution.

[2]) Siehe z. B. die Geschichte der Revolution von 1848 von Garnier-Pagès, 8. Band. Die Arbeiten waren z. B. Erdarbeiten

ich — ist denn hier die Rede von einer vom Staate ausgehenden Organisation der Arbeit, von einem Staatsatelier? Wer hier mißversteht, will nicht verstehen. Ich habe ja vielfach hervorgehoben, daß ich die individuelle, die freiwillige Assoziation will; ich will sogar, geradeso wie Schulze[1]), so wie sie in England bestehen, in Rochedale, Lancashire, Paris usw.; nur sollen dieselben, um überhaupt entstehen zu können, das erforderliche Kapital durch eine Kreditoperation des Staates erhalten. Der Staat soll ihnen durch eine Kreditoperation entgegenkommen; er soll sie aber nicht „organisieren", nicht selber Arbeit auf Staatskosten und für seine Rechnung, als Unternehmer, treiben, er soll vielmehr die Arbeiter durch seinen Kredit in den Stand setzen, sich selbst zu organisieren und für ihre Rechnung zu arbeiten. Ich habe auch nicht davon gesprochen, eine große Organisation zu machen, die man dann allerdings leicht als Staatsanstalt hätte verstehen können. Ich spreche vielmehr überall von besonderen Kreisen, die unter sich durch „Kredit- und Assekuranzverbände" verknüpft sind. Und wenn ich dies aussprach, so setzt das doch notwendig voraus, daß es besondere selbständige Gesellschaften gegen einander sind, nicht aber eine einzige,

---

auf der sogenannten Rampe von Jena, Umgrabung des Rasens der Elysäischen Felder, Ausziehung der Kiesel in den Gemeinden von Clichy und Gennevillers und ähnliche, sämtlich in dem Schreiben des Direktors der Nationalateliers an den Minister spezifiziert. Die Arbeiter arbeiteten nur 2 bis 3 Tage der Woche, bekamen aber jeden Tag Lohn. Es sollte eben nur ein öffentliches Almosen sein.

[1]) Hier fehlt augenscheinlich das Wort „die Assoziationen". Einige ähnliche Fortlassungen in den von Lassalle gebrauchten Zitaten haben wir auf Grund der Originale ohne weiteres im Text korrigiert. D. H.

den ganzen Staat umfassende Assoziation. Sonst könnten sie, wenn es eine Gesellschaft wäre, ja nicht durch Kredit- und Assekuranzverbände unter einander verbunden sein! Ich kann also mit gutem Rechte fragen, ob dieses ein aufrichtiges Mißverständnis war oder ein erheucheltes.

Auf andere Dinge werde ich in dem nächsten Vortrage zurückkommen, den ich Ihnen vielleicht heute über sechs Wochen zu halten gedenke. Was ich heute vor allem auseinandersetzen will, ist die Haupteinwendung, welche allen Angriffen gegen die soziale Seite meiner Broschüre zugrunde liegt. Schulze und die ganze liberale Schule haben nämlich in allen Tonarten die Melodie angestimmt und das Geschrei losgelassen: „Der Staat darf sich nicht in die Verkehrsverhältnisse mischen." Meine Herren, dieses Geschrei ist ein sehr altes, es existiert seit mehr als fünfzig Jahren schon; diese Parole ist gegenwärtig so weit verbreitet, wie kaum eine andere, und dennoch gibt es keine unintelligentere, falschere, stupidere Parole als diese! Ausgegangen ist sie besonders von den Manchestermännern, und wollte ich Ihnen nur sagen, wofür dieses Prinzip schon herhalten mußte, so würde die bloße Aufzählung dieser Fälle Sie schon bestimmen, mit dieser Parole zu brechen. Als man die Zehnstundenbill in England einführen wollte, durch welche man für die Arbeiter unter 18 Jahren eine gewisse Anzahl von Arbeitsstunden als Maximum festsetzen wollte; als man eine Altersgrenze zu ziehen beabsichtigte, unter welcher die Kinder nicht in Fabriken arbeiten sollten; als man den Schulzwang einzuführen begann, nach welchem alle in Fabriken beschäftigten Kinder die Sonntagsschule besuchen mußten: — da schrien alle englischen Fabrikanten: Staatsintervention! Der Staat darf sich nicht einmischen! Der englische Arbeiter ist aber bei diesen Fragen

stets mit denen gegangen, die sogar gegen ihn Zwang richten wollten, wie er z. B. in dem oben erwähnten Falle gezwungen wird, seine Kinder, wenn sie Aufnahme in den Fabriken finden sollen, in die Schule zu schicken. Der Arbeiter hat eingesehen, daß diese Art von Freiheit sein Ruin ist!

Solche Maßregeln zu erreichen, war auch in England immer nur gegen das Geschrei der Liberalen, war nur durch Hilfe der Tories, z. B. Lord Ashley und andere, möglich. Selbst die Zwölfstundenbill von 1843 ist unter einem Toryministerium durchgegangen (Grahams Bill). Ich kann mich hier mit diesen flüchtigen Andeutungen begnügen, weil Sie nächstens von anderer Seite einen ausführlichen Vortrag über diesen Gegenstand hören werden[1]).

Herr Schulze sagt, und alle Anhänger der Manchesterschule sagen mit ihm: „Die Gesetze, welche den Arbeitslohn regeln, sind Naturgesetze, gegen welche der Staat nicht ankämpfen darf." In welchem Sinne kann man aber hier von Naturgesetzen sprechen? Ein Naturgesetz waltet mit Notwendigkeit, man kann es nicht aufheben; man kann aber auch seine Bedingungen nicht ändern. Das Gesetz des Arbeitslohnes waltet unter den heutigen Verhältnissen freilich mit eben solcher Notwendigkeit wie ein Naturgesetz; wir können aber seine Bedingungen aufheben, und dann ist auch das Gesetz geändert, folglich ist es kein „Naturgesetz". Es beruht eben auf folgenden Bedingungen: wenn der Staat als Prinzip betrachtet, daß er in keiner Weise in die geschäftlichen Verhältnisse und die Verhältnisse des Ver-

---

[1]) Bezieht sich auf den im Nachtrag abgedruckten Brief Buchers. D. H.

kehrs eingreifen darf; *wenn* die Produktion nur auf Rechnung von Privatunternehmern betrieben wird, und wenn die freie Konkurrenz obwaltet, so ist es allerdings so notwendig wie ein Naturgesetz und schlechthin nicht zu beseitigen. Heben Sie aber eine dieser Bedingungen auf, so *fällt* auch dieses angebliche Naturgesetz. Heben Sie z. B. die Voraussetzung auf, daß die Produktion notwendig für Privatunternehmer vor sich geht, und assoziieren Sie die Arbeiter, so fällt jenes Gesetz weg. *Daher* eben stammt der *Haß* aller Manchestermänner gegen den *Staat*, weil dieser der einzige Punkt ist, *von dem aus man diese Verhältnisse ändern kann*. Daher hassen sie nicht diesen oder jenen Staat, nicht diese oder jene Staats*form*, sondern den *Staat überhaupt*, und wenn sie könnten, so würden sie, wie sie es hin und wieder ausgesprochen haben, gern den *Staat aufheben und ihn untergehen lassen in die Gesellschaft* (Zischen und Bravo), damit gar kein Punkt übrig sei, von welchem aus gegen ihre kapitalbewaffnete Ausbeutungssucht irgend ein Schutz nur erdenklich sei. Darum verschreien sie den Staat als das Prinzip alles Bösen; ein Geschrei, dem gewisse heutige Verhältnisse einen gewissen Schein verleihen! Bewahren Sie sich *vor* diesem Irrtum, der für unsere ganze Entwicklung verhängnisvoll würde, wenn nicht durch bessere Unterrichtung der öffentlichen Meinung dem entgegengetreten wird. Ich habe schon in meinem Arbeiterprogramm gesagt (S. 40): „Der Zweck des Staates ist nicht der, dem einzelnen die persönliche Freiheit und sein Eigentum zu schützen, wie die Idee der Bourgeoisie ist, sondern vielmehr der, durch seine Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten, eine Summe von Macht und Freiheit

zu erlangen, die sie einzeln nie erlangen könnten"[1]). Dies ist das große zivilisatorische Prinzip des Staates, und trotz aller jetzigen Verkennung seines Berufes wird dies für alle Ewigkeit die Bestimmung des Staates bleiben.

Ich hatte zum Beweis dafür, daß man sich selbst in England, wo jener Irrtum ganz besonders akkreditiert ist, diesem wahrhaften Naturgesetz nicht entziehen kann, daß vom Staate die größten zivilisatorischen Schritte ausgehen müssen, mich auf die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien bezogen, für welche der Staat nicht weniger als 20 Millionen Pfund Sterling (130 Millionen Taler) verwendet hat. Herr Schulze-Delitzsch mißversteht das und erwidert mir: Ja, das war in der Ordnung; die Sklaven waren ein Eigentum, daher mußte man die Besitzer derselben entschädigen[2]). Herr Schulze tut, als hätte ich jene Maßregel als eine unrichtige bezeichnet, was doch durchaus nicht der Fall ist. Ich meinerseits führte sie vielmehr nur an, um zu zeigen, wie haltlos das Prinzip der Nichtintervention des Staates sei, und wie selbst in England der Staat bei wirklich großen Fortschritten intervenieren müsse. Allerdings, wohl waren die Sklaven Eigentum; wenn Sie, meine Herren, das nicht sind, so ist doch immerhin etwas von Ihnen Eigentum anderer, so gut wie bei der Sklaverei; das ist nämlich:

---

[1]) Bd. III, S. 73 unserer Ausgabe.

[2]) Vergleiche Schulze-Delitzsch, Kapitel zu einem Deutschen Arbeiterkatechismus. Leipzig 1863. S. 166. Unseres Erachtens beruht die Annahme Lassalles, Schulze-Delitzsch unterstelle ihm an jenem Orte, er habe die Zahlung von Entschädigungen für die emanzipierten Sklaven als unrichtige Maßregel bezeichnet, auf einen Irrtum, vielleicht veranlaßt durch falsche Berichte über die Vorträge, die den Inhalt der zitierten Schrift bilden. D. H.

die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten, das Produkt und das steigende Produkt Ihrer eigenen Produktivität für die eigenen Taschen erwerben zu können. Sie müssen heute arbeiten für diejenigen, die Ihnen die Unterlage, den Arbeitsvorschuß, das Substrat der Arbeit geben; aus diesem Verhältnis folgt eben jenes Gesetz, das ich Ihnen über den Arbeitslohn entwickelt habe. Bei der Teilung, welche der Unternehmer macht, und die er auch gar nicht ändern kann, übergibt er Ihnen eben das Notwendige; für sich aber behält er den ganzen Überschuß. Nehmen Sie an, dieser Überschuß steige noch so hoch über Ihre Lebensbedürfnisse hinaus, — gleichviel, er wandert immer in die Tasche dessen, der den Vorschuß gibt. Und so ist Ihre Fähigkeit, durch Ihre Arbeitskraft mehr hervorzubringen, als zu Ihrer Existenzfristung gehört, allerdings Eigentum anderer. Dies Eigentum ist aber aufgehoben und abgelöst, sobald der Staat es Ihnen möglich macht, sich zu assoziieren und für eigene Rechnung zu arbeiten.

Meine Herren! Die Ansichten, welche ich vertrete, greifen in der Wissenschaft mehr und mehr um sich; alle Tage geschehen Zeichen, die man wohl als eine signatura temporis betrachten darf. Vor vier Tagen erhielt ich das „Jahrbuch für nationale Ökonomie und Statistik“ von Prof. Hildebrandt in Jena. Dieser Mann entwickelt genau dieselbe Theorie, und zwar von folgender Seite. Man hat gesagt: der Kontrakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei frei; das sei aber nicht wahr; die Arbeiter seien durch Not und Hunger genötigt, diesen Kontrakt abzuschließen. Meine Herren! das ist nicht neu; der Unterschied ist nur der, daß es früher nur die französischen Revolutionäre gesagt haben und jetzt die deutschen Professoren. Das ist aber ein Fortschritt der Wissen-

schaft und der Gerechtigkeit in der Gesellschaft, dem die Manchestermänner umsonst zu widerstreben versuchen.

Ich hatte darauf hingewiesen, daß die arbeitenden Klassen überhaupt nach statistischen Nachweisen zwischen 89 und 95 Prozent der Bevölkerung umfassen. Herr Schulze antwortet mir: Wenn das wirklich so ist, so mögen sie sich direkt helfen, ohne Einmischung des Staates. Aber gerade da liegt des Pudels Kern, das punctum saliens. Herr Schulze will, Sie sollen sich als einzelne helfen; der kapitallose einzelne aber ist hilflos, und Schulzes Worte laufen auf dasselbe hinaus, als wenn man einem mit 10 Zentner Beladenen, im Strome Versinkenden zurufe: er solle schwimmen. Der Staat, d. h. Ihre Gesamtassoziation, die ist es, die Sie mächtig machen kann; Herr Schulze will nicht die soziale Selbsthilfe, wie er behauptet, er will nur die individuelle, die aber ist für Kapitallose bei freier Konkurrenz ganz unmöglich. Als soziale Selbsthilfe wäre dagegen diejenige zu betrachten, die Sie sich duch das soziale Wesen, den Staat, durch die verbündeten Kräfte der Gesamtheit schaffen. Und das ist die Hilfe, die ich Ihnen predige! Die Manchestertheorie liegt in den letzten Zügen. Wie das bei uns die erfreulichsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Wissenschaft erweisen, so zeigen es in England die komischsten Erscheinungen in der praktischen Politik.

Von der Manchesterschule ist, wie ich Ihnen vorher sagte, das Geschrei ausgegangen: der Staat sei in allen gesellschaftlichen Fragen das Prinzip des Bösen, der Staat darf sich nicht in gesellschaftliche Fragen mischen. Nun ist in Lancashire infolge des amerikanischen Krieges und des Baumwollenmangels die Not äußerst groß geworden. Die Arbeiter beabsichtigen, nach den Kolonien auszuwan-

dern; ein großer Teil der Baumwollenarbeiter soll wenigstens diesen Entschluß bereits gefaßt haben. Was geschieht? Jetzt verlangen dieselben Manchestermänner auf alle Weise Staatsintervention für *ihren* *Vorteil*. M. Potter, das Parlamentsmitglied für Carlisle, verlangte in ihrem Namen, der Staat solle Geld vorschießen, um die Arbeiter zu beschäftigen, *bis* *wieder* Baumwolle vorhanden wäre. Warum tun sie das? Sie sagen sich: Sind die Arbeiter fort, so haben wir, wenn der Krieg vorüber ist und die Baumwollenzufuhren wieder beginnen, zu wenig Arbeiter und müssen *hohe* *Löhne* zahlen. Es liegt also in unserem Interesse, die Arbeiter *hier* *zu* *halten*. So soll der Staat jetzt zu *ihren* *Gunsten* einschreiten und die Arbeiter auf seine Kosten *zum* *Vorteile* *der* *Fabrikanten* *beschäftigen*! Das ist das letzte Wort dieser stupiden und interessierten Theorie. Selbst die „Times", das große Bourgeoisblatt, ist so gerecht, in zwei Nummern, vom 25. und 31. März, die Manchestermänner wegen ihrer Lehre, die sie dreißig Jahre lang gepredigt haben, zu verhöhnen und den Arbeitern das Auswandern zu raten[1]. Es ist doch aber auch traurig, daß die Arbeiter auswandern sollen, damit die Manchestermänner bestraft werden. Bei uns wollen wir es aber nicht dahin kommen lassen, daß der Staat entweder *zum* *Vorteil* *der* *Fabrikanten* einschreiten muß, oder *die* *Arbeiter* *sich* *das* *Vaterland* *wie* *Schmutz* von *den* *Schuhsohlen* abstreifen müssen.

Aus alledem könnten Sie das Mißverständnis entwickeln, daß Sie Grund hätten, die Fabrikanten oder die

---

[1]) Ein Auszug aus dem „Times"-Artikel, wie überhaupt eine Beleuchtung dieser charakteristischen Polemik findet sich im 1. Band des „Kapitals", Kapitel 21 „Einfache Reproduktion". (2. Auflage S. 597—601.) D. H.

Unternehmer zu hassen. Das wäre der größte Irrtum, denn kein Mensch ist verantwortlich für die Einrichtungen, welche existieren. Diese sind vielmehr, wie ich Ihnen in meinem Arbeiterprogramm entwickelt habe, das Resultat eines langen historischen Prozesses, der nicht durch die Schuld der Bourgeoisie zustande gekommen ist. Die Bourgeoisie selbst ist nur das willenlose Produkt dieser Zustände. Haß und Widerwillen gegen jene Klassen könnten also nur aus grobem Mißverständnis hervorgehen und Ihre eigene Lage nur erschweren. Die Fessel von Ihrem Fuße muß Ihnen abgenommen werden, aber nur im Frieden, durch die Initiative der Intelligenz und mit der sympathischen Hilfe der besitzenden Klassen, deren Spitzen, die Männer der Wissenschaft, bereits vorangehen und den Anfang machen. Wenn aber eine ungerechte und schädliche Erbitterung, welche den Prozeß der Lösung der Fessel nur erschweren würde, Sie keineswegs ergreifen darf, so wäre es andererseits ebenso schädlich, wenn Sie sich durch die Anhänger von Bastiat blind machen und die Fessel fortleugnen lassen wollten, wenn Sie sich durch Illusionen und Täuschungen entmannen lassen wollten. — „Bei der Bildung dieser Zeit ist es nötig, daß Ihr Besitzenden und Intelligenten alle Kräfte darauf verwendet, diese Fessel von uns zu nehmen." So müssen Sie ihnen zurufen! Lassen Sie sich aber die Fessel wegleugnen, lassen Sie sich in die Täuschung hineinreden, als wenn die Steigerung von Kapital und Produktion Sie befreie, so wird niemand an die Lösung denken, und Sie würden dann Ihr Unglück auch noch verdienen! Halten Sie also die Wahrheit fest, konstatieren Sie sie unablässig, ohne Erbitterung, aber die nackte Wahrheit. Hören Sie das Wort Mills, des großen englischen Öko-

nomen, der doch in jeder Beziehung zur Spitze der besitzenden Klasse gehört. Er sagt an einer Stelle: „Es ist sehr fraglich, ob bis jetzt alle mechanischen Erfindungen die Tagesmühe irgend eines menschlichen Wesens erleichtert haben. Sie haben allerdings die Wirkung gehabt, daß eine größere Bevölkerung das nämliche Leben von Mühseligkeiten und Einkerkerung führt und eine beträchtlichere Zahl von Fabrikanten und anderen Personen größere Reichtümer erwirbt; auch haben sie die Lebensannehmlichkeiten der mittleren Klassen vermehrt. Allein sie haben bisher noch nicht angefangen, jene großen Veränderungen im Geschicke der Menschheit zu bewirken, welche zu vollbringen in ihrem Wesen liegt und der Zukunft vorbehalten ist." Und an einer anderen Stelle: „Wenn die Aufgabe vorliegt, die Lage eines Volkes dauernd zu heben, so haben kleine Mittel nicht lediglich kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine Wirkung zur Folge. Wofern nicht eine ganze Generation so an Lebensannehmlichkeiten gewöhnt werden kann, wie sie es jetzt an Dürftigkeit ist, so wird nichts erreicht, und schwache Halbmaßregeln verschwenden nur die Hilfsquellen, die weit besser aufbewahrt bleiben, bis der Fortschritt der öffentlichen Meinung und der Erziehung Politiker herangebildet haben wird, die nicht der Ansicht sind, daß, eben weil ein Plan Großes verspricht, es die Sache der Staatsmänner sei, sich nicht damit zu befassen."

Ich habe der politischen Seite der Sache noch kurz zu gedenken. Die Fortschrittspartei hat die heftigsten Angriffe gegen mich und gegen Ihre Beschlüsse erhoben. Mit welchem Recht? Wie stehen wir zur Fortschrittspartei? Haben wir nicht das höchste Maß der Geduld bewiesen? Rekapitulieren wir! Im Jahre 1848 war eine

Revolution, und bei dieser erlangte das Volk das allgemeine Wahlrecht. Darauf kam eine Periode der Reaktion. (Ich spreche nämlich von Preußen, denn um die preußische Fortschrittspartei handelt es sich.) Der König von Preußen oktroyierte am 5. Dezember 1848 eine Verfassung; auch diese enthielt noch das allgemeine Wahlrecht, und nach Artikel 60 und 112 konnte er ohne Genehmigung der Deputierten kein neues Gesetz erlassen; dennoch wurde bald darauf ein neues Wahlgesetz mit dem Dreiklassensystem oktroyiert. Das ginge nun noch, wenn dieses neue Wahlgesetz, den Artikeln 60 und 112 gemäß, von einer n a c h dem alten Wahlgesetz gewählten Kammer genehmigt worden wäre. Das geschah aber nicht, sondern eine neue, nach dem neuen Wahlgesetz ernannte Kammer genehmigte es und stellte die Verfassung fest! Für die Demokratie aber, und ich gehöre zur radikalen Demokratie und glaube, daß auch Sie dazu gehören, (Bravo!) für die Demokratie war die neue Verfassung ein Rechtsbruch! Dennoch brach im Jahre 1858, weil die neuen preußischen Minister, Schwerin usw., etwas liberal waren, der sogenannte Verfassungsjubel los, welcher für jeden wirklichen Demokraten wahrhaft b e l e i d i g e n d sein mußte, da diese Verfassung für uns nur ein Rechtsbruch war. Man vergaß unsere Verluste, während wir doch den Kampf gemeinsam mit der Bourgeoisie geführt hatten, und dies war ein Bundesgenossenverrat. Die Bourgeoisie wollte sich aus dem großen Kampfe mit ihrer speziellen Beute, mit einer bürgerlichen Verfassung, für sich allein zurückziehen, und wir, das Volk, sollten bleiben, wo wir wollten. (Eine Stimme: Ist nicht wahr! Zischen und Beifall.) Wir schwiegen. Später wurde die Fortschrittspartei gebildet; warum verleugnet diese den Namen der Demokratie? Doch wohl weil man nicht

mehr Demokrat sein wollte. Und kann man unter solchen Verhältnissen sich wundern, von der Demokratie angegriffen zu werden? Herr Streckfuß in Berlin setzte bei Aufstellung des Programms für die zu bildende Fortschrittspartei in der ersten Sitzung, in welcher er gegenwärtig war, das allgemeine Wahlrecht mit auf die Liste der Forderungen, und es ging in der betreffenden Sitzung durch. In einer anderen Sitzung einige Tage darauf, als er nicht gegenwärtig war, wurde es wieder gestrichen, und somit haben Sie den direkten Beweis, daß die Herren das direkte Wahlrecht nicht wollten, wie ja überdies Herr Faucher und Wirth hier in Leipzig nach den Zeitungen erklärt haben: Da das Dreiklassenwahlgesetz eine solche Kammer geliefert wie die jetzige preußische, so bedürfe es des allgemeinen Wahlrechts gar nicht mehr. Wir schwiegen noch immer, trotz der Verleugnung des allgemeinen Wahlrechts, um des Friedens willen. Wir sagten uns: Wenn die Fortschrittspartei irgend eine energische Tätigkeit entwickelt, gut, so wollen wir stumm sein, sie nur unterstützen; wenn sie die Herrschaft erlangt, so wird sie doch gezwungen sein, dem Volke Konzessionen zu machen und mit ihm abzurechnen. An der gegenwärtigen, in Preußen vorhandenen Situation zeigte es sich aber bald, daß die Fortschrittspartei durchaus nicht die nötige Energie hat, um eine energische Regierung in Verlegenheit zu setzen. Sie kann und wird sich selbst nicht einmal ans Ruder bringen, und so lange wir nur ihr folgen, bleiben wir im Sumpfe stecken. (Oho! Bravo! Ruf nach Schluß und Widerspruch dagegen.) Ich habe die Überzeugung erlangt, daß, wenn wir hinter der Fortschrittspartei stehen bleiben, eine Stagnation unvermeidlich ist. Was habe ich nun getan? In welchem Sinne habe ich die Fortschrittspartei angegriffen?

Doch gewiß nicht in dem Sinne, daß wir mit der Reaktion gehen wollten. Nein, wir wollen die Fortschrittspartei unterstützen, soweit sie der Reaktion gegenübertritt; wir wollen sie aber gleichzeitig auch vorwärts drängen. Die Fortschrittspartei hat selbst erklärt: Die Verfassung existiert nicht mehr. Aber warum sitzt dann die Kammer noch in Berlin, so daß es scheinen muß, als ob ein konstitutioneller Zustand bestünde, die Regierung nur etwa in einer einzelnen untergeordneten Frage anderer Meinung sei? Es muß dieser Widerspruch eine völlige Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Volksintelligenz nach sich ziehen. Fragen Sie nun die Tüchtigsten der Fortschrittler, warum sie das tun, warum sie nicht erklären, daß sie, da und so lange keine Verfassung mehr existiert, auch nicht als Kammer fungieren und parlamentarische Geschäfte mit dem Ministerium erledigen können, so sagen sie Ihnen: Ja, wir möchten das wohl, aber das Volk ist nicht so weit, es würde unseren Schritt nicht billigen! So reden die Superklugen, die immer glauben, soviel weiter zu sein als das Volk! Nun, meine Herren, Sie gehören ja zu dem Volke! Zeigen Sie der Fortschrittspartei gerade dadurch, daß Sie sie mißbilligen, den Irrtum, in dem sie über Sie befangen ist. Dann zwingen Sie sie, voranzugehen.

Indem ich heute hier erschienen bin, bin ich gleichsam nicht mit leeren Händen gekommen. Sie kennen die Beschlüsse, welche in Hamburg, Solingen, Düsseldorf, Köln gefaßt worden sind, die Beschlüsse der Rheinlande, in denen ich zehn Jahre lang mit den Arbeitern lebte. Aber auch die Männer der Wissenschaft haben meinem Appell entsprochen; von dem größten deutschen Nationalökonomen, Rodbertus, ist ein Brief gekommen, in welchem er für Ihre Sache eintritt, und sein Fall ist nicht ver-

einzelt. Ein Mann, der zu den ersten Häuptern der Wissenschaft an dieser Universität gehört, der Professor Wuttke, läßt Ihnen durch mich sagen und hat Ihrem Komitee einen Brief geschrieben, in welchem er erklärt, daß er für Ihre Sache eintritt und sie zu der seinigen macht.

So sehen Sie, daß jene Alliance sich bildet, die ich in meiner Verteidigungsrede als die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter bezeichnet und vorausverkündet habe; Sie sehen, daß dieser Schlachtruf sich zu erfüllen beginnt. Eine günstige Vorbedeutung knüpfe ich an den Umstand, daß gerade hier im Sachsenland und von Leipzig aus zuerst die Beschlüsse gefaßt worden sind; hier in Sachsen war es, daß Luther die berühmten Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg schlug; hier in Sachsen war es, daß nach der Leipziger Disputation die päpstliche Bannbulle von den Wittenberger Studenten verbrannt wurde. Hoffen wir, daß auch der belebende Hauch der großen Reformation, welche dieses Jahrhundert erfordert, von hier ausgehen und seine Wirkungen über die Fluren unseres Vaterlandes ausbreiten werde. (Lange anhaltender Applaus.)

BRIEFE VON DR. WUTTKE UND LOTHAR BUCHER.

Herr Professor Wuttke hat folgendes Schreiben an das Zentralkomitee zur Gründung eines Deutschen Arbeitervereins gerichtet:

„Der Einladung zur heutigen Versammlung nicht folgen zu können, bedaure ich aufrichtig, allein als Vorsitzender des Schillervereins kann ich gerade der heute gleichzeitig stattfindenden Beratung des Schillervereinsvorstandes mich nicht entziehen. Wie Herr Lassalle, bin ich überzeugt, daß der Weg der Fortschrittspartei der des Heiles nicht ist, daß eine Verbesserung der Verhältnisse nur herbeigeführt wird, wenn an Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag tritt. In Leipzig hat man vor ungefähr 14—15 Jahren auf Rat der Partei, der ich angehörte, mehrere Genossenschaften zum gemeinsamen Geschäftsbetriebe gegründet; die Erfahrung hat damals ausgewiesen, daß alles sich gut anließ, allein — sie wurden aufgelöst! In unserer Mitte besitzt man also Erfahrungen, auf die sich fußen läßt, indem man sich für genossenschaftlichen Betrieb erklärt. Besonnenheit und Ausdauer sind nach meinem Dafürhalten die Bedingungen des Erfolges.

Mit dem Wunsche des besten Fortganges

Reudnitz, 16. April 1863.

Dr. Heinrich Wuttke."

Nachträglich hat das Komitee noch diesen Brief von Lothar Bucher aus Berlin erhalten:

„Sie haben mich aufgefordert, bei der nächsten ordentlichen Zusammenkunft Ihres Vereins einen Vortrag zu halten. An ein Geschäft gebunden, das meine Zeit jeden Tag in Anspruch nimmt, würde ich, wenn auch mit Bedauern, abgelehnt haben, wenn nicht der von Leipzig aus angeregte Streit zwischen meinem Freunde Lassalle und meinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Delitzsch auf eine Frage geführt hätte, die mich während meines langen Aufenthaltes in England viel beschäftigt hat, die Frage:

Wie sich die Manchesterpartei zu dem Wesen jedes Staates und zu den Aufgaben der gegenwärtigen Staaten verhält.

Da die Erscheinungen, die ich zu beobachten Gelegenheit gehabt, in Deutschland vielen gar nicht bekannt sind, von vielen in einem falschen Lichte gesehen werden, und da die Lehren, die aus jenen Erscheinungen zu ziehen sind, nicht nur für die Arbeiterverhältnisse, sondern für die Entwicklung Deutschlands in jeder Richtung von der größten Wichtigkeit sind, so würde ich die dargebotene Gelegenheit, Zeugnis abzulegen, nicht ausschlagen können, ohne das Gefühl, einer Pflichtversäumung schuldig zu sein. Ich bin aber bereit, über die bezeichnete Frage zu sprechen.

Die Vorgänge in der gestern hier abgehaltenen Arbeiterversammlung, wo man diejenigen, die Lassalles Argumente entwickeln wollten, mit dem Geschrei: Haut ihn! nicht zu Worte kommen ließ, und die Art und Weise, wie die so zustande gebrachte Abstimmung von einem Teile der hiesigen Presse verwertet wird, dieses

von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisieren und die Abwesenden zu täuschen, macht es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Ich verliere daher keine Zeit, meine Überzeugung auszusprechen, daß die Lehre der Manchesterschule:

der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles andere gehen zu lassen,

vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht.

Mit demokratischem Gruße!

Berlin, 20. April 1863.

Lothar Bucher.

(Es mag von Interesse sein, hier auch den Brief folgen zu lassen, in welchem Bucher dem Leipziger Komitee mitteilt, daß er den im Vorstehenden mitgeteilten Vortrag nicht halten werde. Dieser Brief lautet:

„Seitdem ich Ihnen einen Vortrag darüber zugesagt, daß die Lehre der Manchesterpartei, weder vor der Wissenschaft, noch vor der Geschichte, noch vor der Praxis besteht, ist Bedauern, Tadel und Anerkennung über mich laut geworden. Gegenüber diesen Äußerungen, mit denen man wohl zweckmäßiger gewartet hätte, bis man gehört, was ich zu sagen habe, bin ich genötigt, meine Ansicht in einer Form zu entwickeln und mit einer Masse von Tatsachen zu belegen, die beide für einen Vortrag nicht geeignet sind, vielmehr eine schriftliche Darstellung erfordern. Ich werde Ihnen Exemplare der kleinen Schrift, die ich unter der Feder habe, zustellen, hoffentlich vor dem bestimmten Tage, und muß Sie bitten, sich der anstatt des Vortrages genügen zu lassen.

Berlin, 30. April 1863.

L. Bucher.")

ANHANG.

I.

LASSALLES POLEMIK MIT DEM NATIONALÖKONOMEN KARL HEINRICH RAU.

1. Rau's Erklärung gegen Lassalle[1]).

Gegen Lassalle aus wissenschaftlichem Standpunkte.

Nach Nr. 197 der „Süddeutschen Zeitung" hat Dr. Ferdinand Lassalle in seinem am 16. April zu Leipzig gehaltenen Vortrage sich auf drei englische, einen französischen und zwei deutsche nationalökonomische Schriftsteller, nämlich Roscher und mich berufen, um darzutun, daß seine Sätze nicht, wie Max Wirth behauptet hatte, von den Volkswirtschaftslehrern längst verurteilt seien. Dies legt bei der großen Wichtigkeit der Sache denen, die er, wie es scheint, als Gewährsmänner aufführt, die Pflicht auf, sich hierüber auszusprechen, weil unter denen, welche Lassalle hörten, wohl wenige die Zeit und die Mühe anwenden werden, in den erwähnten Büchern nachzusehen. In der neuesten Flugschrift vom 1. März: „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee", nennt übrigens der Verfasser die beiden deutschen Schriftsteller nicht.

---

[1]) Zuerst erschienen in der „Süddeutschen Zeitung und u. a. abgedruckt in der „Vossischen Zeitung" vom 9. Mai 1863.
D. H.

Ich übergehe den in dieser Schrift enthaltenen herben Tadel der zur Fortschrittspartei gehörenden Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, der nur aus seinem demokratischen Standpunkt zu erklären ist, und bei dem er der in Deutschland, Großbritannien und Frankreich herrschenden Ansicht gegenüber nur sehr wenige Gleichgesinnte finden wird.

Die Grundlage seiner Behauptungen ist das angebliche volkswirtschaftliche Gesetz, daß der Arbeitslohn sich nach dem durchschnittlichen notwendigen Unterhaltsbedarf der Arbeiter richten müsse. Diese sollen in der Regel nicht mehr erhalten, als zur Fristung des Lebens erforderlich ist. Was vom Arbeitsertrage nach Abzug dieses Lohnes übrig bleibt, soll dem Gewerbsunternehmer zufallen, und selbst eine Vermehrung des Arbeitserzeugnisses durch gesteigerten Kunstfleiß soll bloß dem Gewerbsherrn zugute kommen.

Dies Gesetz wird von Lassalle selbst ein ehernes, grausames genannt, aber es ist so, wie er es ausdrückt, glücklicherweise nicht vorhanden, wie er bei minder flüchtiger Benutzung volkswirtschaftlicher Werke erkannt haben würde. Der Unterhaltungsbedarf bildet nur die durchschnittliche Untergrenze des Lohnes in allen Fällen, wo der Arbeiter lediglich auf denselben angewiesen ist. Die Obergrenze bestimmt sich aus dem Vorteil, den die Arbeit dem Lohnherrn gewährt, nach Abzug der übrigen Kosten, und zwischen diesen beiden Grenzen ist es das Mitwerben, wodurch das Verhältnis zwischen Begehr und Angebot und die Größe des Lohnes festgestellt wird. Der Begehr von Arbeit steht hauptsächlich unter dem Einflusse des Kapitals. Wenn der Verfasser recht hätte, so müßte die angebotene Arbeitsmenge im Verhältnis zur begehrten immer so groß sein, daß die Arbeiter zu den ungünstigsten

Bedingungen hingedrängt würden. Dies ist aber nur bei einer zu starken Volksvermehrung oder bei der gemeinsten Handarbeit zu besorgen. Wo das Kapital sich stärker vermehrt als die Volksmenge, wo die Gewerbe mit regem Eifer betrieben werden, da geht der Lohn über die Untergrenze hinaus, wie wir es häufig und gerade jetzt um uns sehen. Begreiflich haben die verschiedenen Zweige der Arbeit nicht gleiche Lohnsätze. Die kunstlosen und nicht besonders anstrengenden Verrichtungen, zugleich die Zuflucht derjenigen Personen, die in einem anderen Geschäfte nicht fortgekommen sind, müssen sich mit dem geringsten Lohne begnügen; andere werden je nach dem Grade der erforderlichen Fähigkeiten und dem Aufblühen, Stillstand oder Abnehmen eines Gewerbes mehr oder weniger über dem untersten Satze bezahlt. Die Arbeiter werden es nicht glauben, daß ihnen kein Vorteil zufließe, wenn ihr Gewerbe einen hohen Ertrag abwirft, denn sie wissen, daß derselbe zur Erweiterung der Unternehmungen ermuntert, folglich zu einem vergrößerten Begehr von Arbeit und zur Lohnsteigerung führt.

Der scharfsinnige Forscher Freiherr v. Thünen hat versucht, für den Lohn ein mathematisches Gesetz aufzustellen, welches sich so verdeutlichen läßt. Wenn z. B. der wöchentliche Unterhaltungsbedarf 2 Taler, der Arbeitsertrag nach dem Abzug der anderen Kosten 4½ Taler wäre, so soll der Lohn die Quadratwurzel aus zwei mal 4½ (die mittlere Proportionalzahl) oder 3 Taler sein, der Anteil des Unternehmers wäre also 1½ Taler. Dies kann zwar nicht unter allen Konkurrenzverhältnissen zutreffen, aber es zeigt doch, daß Thünen den Einfluß des Ertrages der Gewerbsarbeit auf den Lohn anerkennt. Wenn ein Gewerbe stark im Zunehmen ist, so erreicht der Lohn nicht selten eine solche Höhe, daß die Gewerbsherren

den Arbeitern nicht mehr zulegen können, weil ihnen sonst zu wenig übrig bliebe.

Lassalle nimmt an, es nütze den Arbeitern nichts, wenn die Lebensmittel in einem Lande wohlfeiler werden, weil dann mit dem Geldbetrage der Unterhaltungskosten auch der Lohn sinken müßte. Dies ist aber keineswegs eine notwendige Folge, denn es tritt erst dann ein, wenn der wohlfeilere Unterhalt durch Vermehrung der Ehen, der Geburten und der Einwanderungen die Menge der sich darbietenden Arbeitskräfte stärker vergrößert hat, als der Begehr derselben zunahm. Als Richard Cobden die Herabsetzung des Einfuhrzolles von Getreide in Großbritannien mit dem ihm eigenen Feuer anregte, suchten manche die Arbeiter glauben zu machen, diese Maßregel werde ihnen keinen Vorteil bringen, sondern nur den Lohn erniedrigen. Die Arbeiter kamen aber bald zur besseren Einsicht, und der Erfolg bewies, daß sie sich wirklich besser standen. In Ländern, deren Gewerbe sich in raschem Aufschwunge befinden, pflegt der Lohn dauernd so hoch zu sein, daß der Arbeiter sehr reichlich leben und viel übersparen kann. Ohnehin steht dem einzelnen Arbeiter der Weg offen, seine Lohneinnahme zu erhöhen, wenn er durch vorzügliche Leistungen sich hervortut. Jenes angeblich harte Gesetz ist also ein Schreckbild, welches verschwindet, wenn man es gehörig beleuchtet.

Lassalle will den Arbeitern dadurch helfen, daß sie zugleich Unternehmer werden und mithin neben dem Lohnverdienst sich in den Gewerbsgewinn teilen, er will zugleich, daß die kleineren Unternehmungen, wie die des Handwerksmeisters, untergehen und nur große fabrikartige Geschäfte bestehen. Allerdings haben die letzteren viele Vorzüge, allein in einem Teile der Gewerbe kann sich doch auch der Kleinbetrieb behaupten, wenn er sich die Fort-

schritte der Kunst aneignet, und es ist für die Wohlfahrt des Bürgerstandes sehr zu wünschen, daß dies geschehe. Die von Schulze-Delitzsch empfohlenen Vereine zur wohlfeileren Anschaffung von Verwandlungs- und Hilfsstoffen, von Nahrungsmitteln und von Maschinen auf gemeinschaftliche Rechnung, können viel dazu beitragen, die Handwerksmeister im Wettkampfe mit den Fabriken zu stärken. Gelingt es ihnen, sich zu erhalten, so wird in allgemein menschlicher Beziehung jeder Unbefangene sich darüber freuen, daß z. B. 100 Meisterfamilien mit 200 Gesellen und Lehrlingen sorgenfrei bei bescheidenen Ansprüchen zufrieden leben, statt daß 300 Lohngehilfen von einem einzigen Fabrikherrn abhängig sind. Daß Fabriken von der Genossenschaft der darin beschäftigten Arbeiter verwaltet werden, ist möglich. Zahlreiche Beispiele in Frankreich und Großbritannien liefern den Beweis. Doch ist es schwer, die einheitliche Leitung eines kundigen und tatkräftigen Fabrikherrn, der mit Kapital ausgerüstet ist und alle Wagnisse ertragen kann, durch die Versammlungen der Arbeiter und den gewählten geschäftsführenden Ausschuß zu ersetzen.

Bald wird mangelnde Übersicht und Umsicht der Vorsteher, bald Uneinigkeit, Wechsel in den Meinungen, Einmischung des Eigennutzes u. dgl. dem guten Fortgange hinderlich sein. Der Erfolg war in solchen Fällen am besten, wo ein tüchtiger Mann durch das Vertrauen der Genossen mit der nötigen Vollmacht an die Spitze gestellt wurde, oder wo die Arbeiter mit einem Fabrikherrn, der das Kapital lieferte, in Verbindung traten. Es scheint ein gewisses Maß von Gemeinschaft, Unverdrossenheit und Hingebung zu dem Gedeihen solcher Unternehmungen erforderlich zu sein. Der englische Nationalökonom J. Stuart Mill, bekanntlich ein Freund derselben, bemerkte,

er halte die englischen Arbeiter für weniger fähig zu diesen Vereinsunternehmungen, als die französischen und deutschen, die sich eher dafür begeistern könnten. (Privatbrief an den Verfasser dieser Zeilen.) Da nun später der genau unterrichtete Pariser Akademiker Reybaud den Zweifel aussprach, ob die französischen Arbeiter die dazu gehörenden Eigenschaften in hinreichendem Maße besäßen, so darf man in diesen Äußerungen die Anerkennung der Schwierigkeiten sehen, die überhaupt der Natur der Sache zufolge diesen Fabrikgenossenschaften im Wege stehen. Kommen sie dennoch in Blüte, so werden wir uns darüber freuen, aber wir dürfen nicht zu viel von ihnen erwarten, und eine künstliche Beförderung durch Staatshilfe ist in keinem Falle ratsam. Die auf diesem Wege in Frankreich hervorgerufenen Gesellschaften waren von kurzer Dauer. Auch würde die Staatsgewalt, um die gewährte Unterstützung nicht einzubüßen, nicht umhin können, sich in die Verwaltung einzumischen, wodurch die Selbständigkeit verloren ginge.

Wir müssen demnach die Vorschläge Lassalles zu einer Zinsbürgschaft der Regierung zugunsten solcher Vereine und zur Erstrebung des allgemeinen Wahlrechts für die Volksvertretung, als des Mittels, um jene Unterstützung durchzusetzen, überhaupt des beabsichtigten Hereinziehens der Lohnarbeiter in die Verfassungskämpfe entschieden verwerfen. Die Hebel, die Lassalle ansetzen will, um diese Wirkung hervorzubringen, erscheinen bei einer gründlichen wissenschaftlichen Prüfung als unhaltbar. Man leistet den Arbeitern einen viel besseren Dienst, wenn man ihnen zeigt, was von ihrer Seite geschehen kann, um ihre Lage, die in den meisten Gewerben schon bedeutend verbessert ist, noch günstiger zu machen, wenn man ihnen Bildung und wirtschaftliche Einsicht, Fleiß, Geschick-

lichkeit, Redlichkeit, gute Sitten und Sparsamkeit als die Grundlagen ihres Wohles schildert, wenn man zwar ihre vaterländische Gesinnung stärkt, sie aber vor der Verlockung auf das politische Gebiet warnt, auf dem sie keine Rosen pflücken, vielmehr Unheil anrichten und ernten würden.

Inzwischen hat der gesunde Verstand der Arbeiter und verständiger Rat achtbarer Männer schon an vielen Orten die Mißbilligung der Lassalleschen Vorschläge bewirkt.

Heidelberg.

K. H. Rau.

2. Lassalles Antwort.

Antwort an Herrn Professor Rau[1]).

An die Redaktion der Vossischen Zeitung.

Da Sie in Ihrem gestrigen Blatte eine Erklärung des Professor Rau in Heidelberg bringen, worin er die Miene annimmt, sich gegen das von mir in meiner Broschüre aufgestellte, den durchschnittlichen Arbeitslohn regelnde Gesetz auszusprechen, werden Sie hoffentlich auch die Loyalität haben, mir eine Erwiderung zu gestatten.

Wenn Herr Professor Rau sich wirklich hätte gegen mich erklären wollen, so hätte er sich zuvor gegen sich selbst erklären müssen.

Er sagt in seinen Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre, 5. Ausgabe, § 190, p. 236 wörtlich:

„Die Kosten, welche dem Arbeiter im Lohn erstattet werden müssen, bestehen bei einfachen kunstlosen Ver-

---

[1]) Erschienen in der „Vossischen Zeitung" vom 12. Mai 1863. D. H.

richtungen nur aus dem Unterhaltsbedarf, bei künstlicheren aber kommt noch der zur Erlangung der erforderlichen Geschicklichkeit vorgenommene Güteraufwand hinzu."

„Der Unterhaltsbedarf muß nicht bloß auf die Dauer der Arbeit, sondern auch auf die Jahre der Kindheit und Jugend bezogen werden, in welchen der künftige Arbeiter noch nichts erwerben kann, und überhaupt muß der Lohn der Arbeiter zu dem Unterhalt ihrer Familien hinreichen. Wäre das Lohnauskommen dafür zu gering, so würde die arbeitende Klasse minder zahlreich werden und es würde an Arbeitern zu fehlen anfangen, bis das verringerte Angebot von Arbeit den Lohn wieder in die Höhe brächte. Dies gilt wenigstens von der gemeinen Lohnarbeit, welche nur die spärlichste Vergütung erhält und von der mittleren Zahl einer Familie. In den künstlicheren Arbeitszweigen kann es geschehen, daß nach der dabei herkömmlichen Lebensweise der Lohn bloß für einen einzelnen Arbeiter ohne Familie ausreicht, und dennoch durch Zudrang aus den unteren Klassen die Zahl der Arbeiter unvermindert bleibt."

Herr Professor Rau sagt also in seinem Werke genau das, was er jetzt zu bekämpfen Miene macht.

Bekämpft er es denn wirklich? Gott behüte! Es sind nur stilistische Wendungen mit „wenn" und „aber", die den leeren Schein eines Widerspruchs hervorbringen sollen.

Ich hatte den Arbeitern in meiner Broschüre (p. 15ff.) auseinandergesetzt, daß der Arbeitslohn keineswegs auf dem in einem Volke üblichen gewohnheitsmäßigen Lebensunterhalt als auf einem festen Punkte steht, sondern in beständiger Gravitation um diesen Mittelpunkt begriffen

ist; daß er sehr gut vorübergehend durch Wachsen von Nachfrage steigen kann und steigt, dann aber immer wieder durch Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterzahl auf jenen Mittelpunkt des volksüblich notwendigen Lebensunterhaltes oder noch tiefer zurückgezogen wird, dauernd also nicht über denselben hinaus kann, außer in einem ganz besonderen Fall (p. 18 meiner Broschüre).

Ich hatte ferner gezeigt, daß dies aus demselben Grunde — durch dieselbe Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterzahl — auf die Dauer auch dann eintreten muß, wenn bei demselben Arbeitslohn die Lebensmittel billiger geworden sind.

Widerspricht dem nun Herr Professor Rau? Fast sollte man vermuten, daß er meine Broschüre nur von Hörensagen kennt, statt sie gelesen zu haben! Er sagt in seiner Erklärung: „Wenn Lassalle recht hätte, so müßte die angebotene Arbeitsmenge im Verhältnis zur begehrten immer so groß sein, daß die Arbeiter zu den ungünstigen Bedingungen hingedrängt würden. Dies ist aber nur bei einer zu starken Volksvermehrung oder bei der gemeinsten Handarbeit zu besorgen." Gut! Tritt aber diese starke Volksvermehrung bei gestiegenem Kapital und dadurch gestiegenem Lohn ein oder nicht? Daß sie eintritt und dadurch den Lohn auf den früheren Standpunkt zurückfallen macht, hatte ich eben behauptet. Warum äußert sich der Herr Professor hierüber nicht?

Ich werde aber gleich seine eigene Beantwortung dieser Frage aus seinem Werke hersetzen, vorher nur noch die eben so ausweichende Antwort, die er in seiner Erklärung auf den zweiten von mir behaupteten Punkt gibt, daß der Lohn auf die Dauer mit den Lebensmitteln zu sinken pflege: „Dies ist aber keineswegs — sagt

Professor Rau in seiner Erklärung — eine notwendige Folge, denn es tritt erst dann ein, wenn der wohlfeilere Unterhalt durch Vermehrung der Ehen, der Geburten und der Einwanderung die Menge der sich darbietenden Arbeitskräfte stärker vergrößert hat, als der Begehr derselben zunahm."

Das ist genau und wörtlich dasselbe, was ich auch gesagt habe, und der Herr Professor läßt hier nur unentschieden, ob diese Vermehrung der Arbeiterzahl nicht in der Regel sehr bald eintreten muß, und erregt so den Anschein, als sei dies nicht der Fall.

Aber nur der Zeitungsschreiber Rau nimmt diese Miene an, der Professor Rau weiß das viel besser. Denn er beantwortet beide Punkte wörtlich in seinem Werke also, § 196, p. 251:

„Ein reichlicher Lohn macht es jedem Arbeiter möglich, entweder besser zu leben als bisher, oder sich zu verehelichen und eine neue Familie zu gründen, durch welche sodann die Volksmenge vergrößert wird. Die Annehmlichkeiten des häuslichen Lebens sind so anziehend, daß die Mehrzahl der Arbeiter durch einen hohen Lohn bewogen wird, sich in früherem Alter als sonst zu verheiraten. Dieser Umstand und die Einwanderungen von anderen Ländern pflegen in einem solchen Falle in nicht langer Zeit eine beträchtliche Vermehrung der Volksmenge zu bewirken, welche dann das Angebot von Arbeitern erweitert; wenn nun das Kapital nicht mit gleicher Geschwindigkeit anwächst, so wird unfehlbar der Lohn von seinem hohen Stande herabgehen müssen. In der Regel sind auch wirklich die Gelegenheiten zur Ansammlung neuer Kapitalien nicht so günstig und die Beweggründe zum Sparen nicht so mächtig, daß das gesamte Kapital eines so schnellen Anwachses fähig

wäre, als die Volksmenge. Diese wird also durch das Zurückbleiben des Kapitals in ihrer weiteren Vermehrung gehindert, und deshalb ist gewöhnlich das Angebot von gemeiner Handarbeit im Verhältnis zum Begehr von solcher Größe, daß der Lohn nur den nötigen Unterhalt oder wenig mehr gewährt."

Professor Rau sagt also wörtlich dasselbe, was ich. Aber freilich — in den Büchern, in den gelehrten Werken. Ins Volk aber — soll das nicht kommen! Im Volke nimmt er die Miene an, mir mit allerlei stilistischen Verklausulierungen entgegenzutreten, das Gegenteil zu sagen, mich Lügen zu strafen und gar meine Behauptung auf „flüchtige Benutzung" schieben zu wollen. Das mag klug sein — ist es aber auch ehrlich und ehrenwert? Und muß dadurch nicht im Volke die Mißachtung gegen den Gelehrtenstand genährt werden? Und muß man nicht wirklich erröten, wenn man diese Stellen aus seinen Werken, denen ich noch gar manche hinzufügen könnte, mit seiner Erklärung vergleicht? [1])

Nicht ohne Grund habe ich den Arbeitern (p. 16 meines Antwortschreibens) zugerufen, daß jeder Sach-

[1]) Die Gerechtigkeit gegen einen Verstorbenen erheischt es, anzuerkennen, daß die „Verklausulierungen", gegen die Lassalle sich hier verwahrt, sich auch in dem „gelehrten Werke" Rau's vorfinden und nicht bloß in seinem Zeitungsartikel. Vergleiche u. a. namentlich die §§ 191 und 202 in der sechsten, 1855 erschienenen Auflage der Rauschen „Volkswirtschaftslehre". Trotzdem hatte Lassalle sich mit Recht auf Rau als Autorität für das „eherne Lohngesetz" berufen können, denn mit all seinen Wenns und Abers macht Rau immer wieder den Lohn von der Bevölkerungsvermehrung abhängig, und dies ist auch die Grundlage des Lassalleschen Lohngesetzes. D. H.

verständige, der vor ihnen jenes von mir entwickelte Arbeitslohngesetz nicht anerkenne, sie täuschen wolle! Und dafür, daß ich den Arbeitern dabei nicht nur ein völlig wahres Gesetz, sondern dies Gesetz zugleich mit allen seinen etwaigen Einschränkungen und Modalitäten auseinandergesetzt habe, dafür wird es genügen, dem nicht nationalökonomischen Publikum gegenüber mich auf die Worte zu berufen, die Rodbertus in seinem „Offenen Brief" an die Arbeiter richtet:

„Lassalle hat Ihnen dies Gesetz, sowie die geringen Modalitäten, unter denen es gilt, so genügend auseinandergesetzt, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Es ist, wie man gesagt hat, ein natürliches Gesetz, das alle großen Nationalökonomen aller zivilisierten Völker unumwunden anerkannt haben." Und: „Befolgen Sie also den Rat, den Lassalle Ihnen gegeben. Fragen Sie den, der sich Ihren Freund nennt, ob er dieses sogenannte „natürliche" Lohngesetz anerkennt."

Aber freilich! Der Herr Professor trägt selbst Sorge, uns zu enthüllen, warum vor dem Volke unwahr sein soll, was er in den Hörsälen lehrt! Er gibt selbst des Pudels Kern an in seinem Satze, daß das „beabsichtigte Hereinziehen der Lohnarbeiter in die Verfassungskämpfe entschieden zu verwerfen" sei.

Nach dem Herrn Professor dürfen nur die Professoren die Verfassungskämpfe führen, beileibe nicht die Lohnarbeiter!

Berlin, 10. Mai 1863.

F. Lassalle.

II.

LASSALLE UND PROFESSOR V. A. HUBER.

Anfang Mai 1863 veröffentlichte Lassalle in Berliner Zeitungen folgenden Aufsatz:

Professor Hubers Votum in der Arbeitersache.

In der hiesigen „Deutschen Gemeindezeitung" vom 2. Mai (Nr. 18) finde ich soeben nachstehenden Brief des Professors Huber an den Redakteur jenes Blattes abgedruckt. Dieser Mann steht meinen politischen Ansichten so fern, er wird so wenig der „Demagogie und des Kommunismus etc." verdächtigt werden können, daß sein ruhiges Urteil wohl Anspruch darauf hat, gehört zu werden und einige Besinnung (!) in den blinden Sturm der Leidenschaft zu bringen.

Ich glaube daher, daß die liberalen Blätter, wenn sie im geringsten den Anspruch festhalten wollen, daß es ihnen um Wahrheit und um das Wohl der arbeitenden Klassen zu tun sei (!), mir unmöglich abschlagen können, diesen Brief mit einigen kurzen Anmerkungen und einem sehr kurzen Nachwort zu veröffentlichen. Jener Brief Hubers lautet:

„Was Schulze-Delitzsch und seine Grundsätze und Operationen betrifft, so kann ich, soweit sie das Handwerk betreffen, nur wiederholen, daß ich diesen Vereinen, soweit sie denn gehen, eine sehr große und wohltätige Bedeutung durchaus zuerkennen und vindizieren muß, allerdings aber nur

als Rudimente und Keime und vorbehaltlich weiterer reicherer Entwickelung. Ob dieses in Schulzes Ideen und Kräften liegt, lasse ich dahingestellt. Was das Gebiet der Lohnarbeit, der „Arbeiter" kurzweg, betrifft, so habe ich bisher Schulzes Verhalten als ein bloß negatives, vielleicht durch politische Beziehungen zu dem großen Fabrikkapital (Reichenheim usw.) influenziertes sehr entschieden und auch gegen ihn selbst getadelt und die daraus erwachsende Stellung als eine falsche bezeichnet, deren Verlegenheiten ich in einigem doktrinären Kohl seiner damals letzten Reden in den Arbeiterversammlungen erkannte.

Der Unterschied zwischen mir und Lassalle ist der, daß ich den Leuten zumute, sich so gut sie können, mit Hilfe (d. h. mit Rat und Leitung) wahrer Freunde des Volks in der Art selbst zu helfen, wie die englischen und zum Teil Pariser Ouvriers es tun, d. h. in kleinen und kleinsten Anfängen mit Beharrlichkeit, Geduld, Entsagung, strenger Selbstdisziplinierung usw. Daß dieser in seinen Anfängen sehr dunkle, unscheinbare, mühselige Weg zu großen Resultaten führen kann, zeigen die Engländer. Führt dieser Weg nicht zum Ziel, so sehe ich jedenfalls keinen andern, der auch nur die geringsten Chancen hätte. Dabei muß ich allerdings ernstlich auch hier dagegen protestieren, daß man immer wieder tut, als wenn auch die gegenwärtig relativ glänzenden Resultate der genossenschaftlichen Bewegung das letzte Wort in der Sache wären und sein sollten; zweitens ist Lassalles Voraussetzung, daß ich Staatssubsidien prinzipiell ausschließe, tatsächlich unwahr[1]). Vielmehr habe ich wiederholt diesen Dingen prinzipiell dasselbe Recht an Kapitalvorschuß, Zinsengarantie und dergleichen vindiziert, wie

[1]) Ist mir äußerst angenehm zu hören! Ich habe übrigens nirgends bestimmt gesagt, daß Professor Huber die Staatshilfe ausschließe. Aber ich hatte mich noch weniger bis jetzt auf Grund seiner bisherigen nicht ganz bestimmten Äußerungen hierüber, soweit sie mir bekannt waren, zu der Erklärung für berechtigt erachtet, daß er für Deutschland meine Ansichten über den Grundsatz von der Staatshilfe teile. Ich bin freudig berührt, dies jetzt zu vernehmen.

den Unternehmungen des Großkapitals (Eisenbahnen usw.), wobei ich mich namentlich auf die Pariser associations subventionnées berief. Aber eine andere Sache ist das allgemeine Prinzip und eine andere die Opportunität oder Notwendigkeit der Anwendung, welche durch Umstände, Bedingungen usw. bestimmt wird. Jedenfalls aber bin ich der Meinung, daß die Leute nicht warten sollen, daß und bis ihnen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, sondern frisch ans Werk gehen mit eigenen, wenn auch anfangs noch so geringen Kräften[1]). Hat man dann erst selbst etwas getan und geschaffen, die Fähigkeit der Selbsthilfe gezeigt und entwickelt, eine Stellung selbständig eingenommen, so hat die Forderung solcher Hilfe von außen und oben einen ganz andern Sinn und Nachdruck[2]), und die Verführung, sie um den Preis einer drückenden Kontrolle[3]) zu erlangen, wird in demselben Maße geringer. Am schlimmsten aber, wenn dieses Erwarten der gebratenen Subventionstauben nicht bloß

---

[1]) Ganz gewiß, und ich will bei dieser Gelegenheit dem Mißverständnis entgegentreten, als hätte ich von den Schulzeschen Assoziationen abgeraten! Kein Wort steht davon in meinem „Antwortschreiben". Ich habe daselbst nur nachgewiesen, daß und warum sie dem Arbeiterstande unmöglich helfen können, sondern nur einzelnen. Das schließt keineswegs in sich ein, daß sich diese einzelnen nicht einstweilen möglichst durch sie vorwärts bringen sollen.

[2]) Meine eigenste Ansicht, und genau in diesem Sinne sage ich, auf den historischen Beweis hinzeigend, der durch die englischen, französischen und deutschen Arbeiter-Assoziationen gegeben ist, S. 35 meiner Broschüre: „Die auf die rein atomistisch-isolierten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiter-Assoziationsbewegung hat nur den Wert gehabt — und dieser Wert ist ein immenser — glänzende praktische Beweise über die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Kulturinteresse der Menschheit zu leihen."

[3]) Diese Befürchtung beseitigt sich durch die, wie Professor Huber selbst bald sagt, „vollkommene Demokratisierung der Staatsgewalt", die mein Plan voraussetzt.

ein stagnierendes, passives ist, sondern politisch ein agitierendes und agitiertes ist, wobei die Fähigkeit der sozialen Selbsthilfe (das sittliche, intelligente und ökonomische Kapital) in Versammlungs- und Kneipenrenommage, Schwadronieren usw. vollends zugrunde geht, nicht zu gedenken des Einflusses, den solche Dinge, sobald sie ins Große gehen, auf die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse, die Erwerbsquellen aller Art haben. Und damit habe ich ausgesprochen, was ich in sozialer und volkswirtschaftlicher Hinsicht gegen Lassalles Operation habe. Lassalle führt die Leute von der sozialen und volkswirtschaftlichen Arbeit zur Selbsthilfe auf den Weg der politischen Agitation, dessen Ziel die Staatssubvention in großartigem Maßstabe ist, dessen Verwirklichung die vollkommene Demokratisierung der Staatsgewalt voraussetzt oder deren ebenso vollkommene Bonapartisierung, woran vielleicht Lassalle selbst nicht gedacht hat![1]) Übrigens kann ich gern zugeben, daß Lassalle keinen Kommunismus, keine Staatsarbeit, ateliers nationaux usw. beabsichtigt; aber sein Weg zur Staatssubvention schließt dennoch alle Gefahren in bezug darauf in sich."[2])

Avis für die Herren Schulze-Delitzsch, Faucher, Wirth etc., für die „Volkszeitung" und die gesamte liberale Presse überhaupt!

Ich überlasse jedem denkenden Leser, sich aus obigem Votum selbst zu entwickeln, ob und inwiefern Professor Huber mit mir einverstanden ist. Er ist mit mir einver-

---

[1]) Dieser Vorwurf, daß meine Broschüre „die vollkommene Demokratisierung des Staats voraussetzt", ist vollkommen wahr. Nur daß ich ihn eben für keinen Vorwurf halte. Aber was soll man neben diesem wahren Vorwurf zu dem unwahren Vorwurf der liberalen Partei sagen, daß ich für die „Reaktion" arbeite? (Merkwürdig, wie Lassalle auch hier der Diskussion über die mit seinem Plan verbundene Gefahr der Bonapartisierung des Staatslebens ausweicht. D. H.)

[2]) Diese Gefahr erscheint mir für Deutschland nicht groß.

standen in bezug auf die Produktivassoziationen und einverstanden in bezug auf die Staatshilfe für dieselben.

Er weicht von mir nur ab in bezug auf den Weg, den ich zu diesem Ziele eingeschlagen habe, den Weg der Agitation der öffentlichen Meinung. Diese Differenz ist durch die Verschiedenheit unserer politischen Ansichten, da mein Weg, wie er mit Recht sagt, eine „vollkommene Demokratisierung der Staatsgewalt voraussetzt", allerdings geboten und notwendig.

Überdies — ich habe die Überzeugung, daß Maßregeln wie die gedachten, in bezug auf welche Professor Huber mir zustimmt, unter jeder Staatsform und zu jeder Zeit nur möglich sind, wenn zuvor die öffentliche Meinung dafür hinreichend bearbeitet und gewonnen ist. Ich werde nächstens Gelegenheit haben, an einem anderen Orte nachzuweisen, wie unmöglich, und zwar sogar für Staatsregierungen, die dazu gewillt sind, jede sogar viel leichtere und geringere Erleichterung der arbeitenden Klassen ist und immer war, so lange nicht ein hinreichender Druck der öffentlichen Meinung für dieselbe erzeugt ist[1]).

Diese Agitation der öffentlichen Meinung — das war und ist mein Zweck. Und wie könnten gegen diesen Zweck gerade die liberalen Blätter wüten, die nichts Höheres als den Kultus der öffentlichen Meinung kennen? Oder wollen sie mir vielleicht vorwerfen, daß ich im vollen Frieden diese Agitation der öffentlichen Überzeugung versucht, daß ich jenen Grundsätzen Gelegenheit gegeben, im tiefsten Frieden diskutiert zu werden und sich durchzukämp-

---

[1]) Es ist die Stelle in der Rede „Die indirekte Steuer" gemeint, wo Lassalle von dem Schicksal des 1849 von der damaligen preußischen Regierung im Landtag eingebrachten Einkommen- und Klassensteuer-Gesetzentwurfs spricht. D. H.

fen, und nicht gewartet habe, bis Ereignisse anderer Art es für meine Gegner weit schwieriger und untunlicher gemacht haben würden, jenen Ansichten entgegenzutreten?

Berlin, 4. Mai 1863.

F. Lassalle.

(Lassalle sollte sich in der Annahme, Huber wenigstens bedingt als Gewährsmann für sein Assoziationsprojekt in Anspruch nehmen zu können, arg getäuscht haben. Huber war viel zu guter Sachkenner, um nicht genau zu wissen, worauf Lassalle hinauswollte, und viel zu ehrlich in seinem Konservatismus, um mit der damaligen Regierungspresse aus bloßer Sozialdemagogie mit Lassalle zu kokettieren. Unterm 9. Mai erließ er in Berliner Blättern eine Erklärung, in der er zunächst bemerkt, daß der von der Gemeindezeitung veröffentlichte Brief ein Privatbrief von ihm an den Redakteur jenes Blattes war, den er demselben zwar zu dessen „beliebigem Gebrauch" übersandt, aber dabei nicht an einen wörtlichen Abdruck gedacht habe; außerdem sei der Brief in verstümmelter Form abgedruckt worden, so daß es nicht zu verwundern sei, daß man ihn vielfach mißverstanden habe. Alsdann heißt es wörtlich: „Wie Herr Lassalle aber auch unter diesen Umständen herauslesen konnte, es bestehe eine gänzliche oder auch nur wesentliche Übereinstimmung zwischen seiner und meiner Ansicht von der „Staatshilfe", bleibt mir immerhin unverständlich. Jedenfalls aber muß ich mich dagegen verwahren, daß man einen solchen Privatbrief als eine authentische „Erklärung", wohl gar als ein letztes Wort in der Sache ansehe, und verweise dagegen auf einen nächstens von mir zu veröffentlichenden „offenen Brief", der gewissensehrlichen Mißverständnissen keinen Raum lassen wird."

Dieser „offene Brief" erschien unter dem Titel: „Die Arbeiter und ihre Ratgeber". Lassalle wird darin sehr scharf, man kann fast sagen, grausam mitgenommen. Huber stand in der Genossenschaftsfrage im wesentlichen auf demselben Boden wie Schulze-Delitzsch, nur daß er statt dem wirtschaftlichen Motiv die christliche Liebe mehr betonte und die Staatshilfe nicht absolut ausschloß. Dieselbe sollte aber nur in gewissen Fällen und unter allerhand Kautelen erfolgen und keineswegs ein „Anspruch" auf sie anerkannt werden. D. H.)

ARBEITER-LESEBUCH

REDE LASSALLES

ZU FRANKFURT AM MAIN AM 17. UND 19. MAI 1863

NACH DEM STENOGRAPHISCHEN BERICHT

BEMERKUNG ZUR ERSTEN AUFLAGE:

DER ERTRAG IST FÜR DIE KASSE DES

„ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREINS“

ZU LEIPZIG BESTIMMT

DER ERSTE ABDRUCK ERSCHIEN

IN KOMMISSION BEI REINHOLD BAIST

FRANKFURT AM MAIN 1863



VORBEMERKUNG.

Wie schon auf dem Titel bemerkt, besteht das „Arbeiterlesebuch" aus zwei an verschiedenen Tagen gehaltenen Reden Lassalles. Und nicht nur das — diese Reden sind auch in verschiedenen Lokalitäten und vor teilweise anderem Publikum gehalten worden. Aber in ihrem Entwurf bildeten die beiden Reden ein zusammenhängendes Ganze, und es lag nicht in der Absicht Lassalles, in ihrem Vortrage eine Unterbrechung eintreten zu lassen. Er wurde dazu gezwungen — man kann sagen zu seinem Glück.

Am 19. April 1863 war auf einem in Rödelheim abgehaltenen Arbeitertage der Arbeiter des Maingaues, nach einem einleitenden Referat des demokratischen Darmstädter Physiologen Louis Büchner, das „Offene Antwortschreiben" diskutiert worden. Obwohl die Hauptwortführer des Zentralkomitees der Arbeitervereine des Maingaues in den Vereinen dafür agitiert hatten, sich ohne weiteres für Schulze-Delitzsch und gegen Lassalle zu erklären, nahmen die auf dem Arbeitertag versammelten Mitglieder mit großer Mehrheit einen Antrag an, von einer endgültigen Beschlußfassung vorläufig noch abzusehen, vielmehr die beiden Männer, um deren politische und soziale Grundsätze es sich handelte, schriftlich ein-

zuladen, auf dem am 17. Mai in Frankfurt am Main abzuhaltenden Arbeitertage ihre Standpunkte selbst zu entwickeln und zu begründen. In seiner „Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalles" mißt sich Bernhard Becker das Verdienst zu, durch sein „stilles Wirken" im Frankfurter Arbeiterbildungsverein diesen Beschluß zustande gebracht zu haben, es ist jedoch zu bemerken, daß auch Louis Büchner in seinem Referat von einer eigentlichen Beschlußfassung in der aufgeworfenen Streitfrage abgeraten hatte, weil die Sache noch nicht genug diskutiert worden sei. Überhaupt hatte Büchner nach einer durchaus sachlichen Darlegung der Grundgedanken des Lassalleschen Antwortschreibens zwar allerhand zur Kritik der Vorschläge Lassalles vorgebracht, aber doch zum Schluß seine Hörer ermahnt, sich „denen nicht an(zu)-schließen, welche Steine auf Herrn Lassalle werfen, sondern ihm vielmehr (zu) danken für die Aufklärung und Anregung, welche er uns gegeben hat". Der Haupteinwand Büchners war derselbe wie der so vieler anderer Demokraten, daß die Zeitverhältnisse nicht dazu angetan seien, die von Lassalle empfohlene separate Agitation aufzunehmen[1]). Sonst erklärte Büchner, er halte die Lassalleschen Vorschläge bezüglich der Staatsassoziationen an sich keineswegs für so gefährlich und entsetzlich, wie sie von mancher Seite dargestellt werden, und erblicke „weder Sozialismus noch Kommunismus darin", wobei er noch in einer Note hinzusetzte, man möge sich „durch die jetzt wieder überall auftauchenden Schlagworte „Sozialismus" und „Kommnuismus" nicht auf eine so lächer-

[1]) Das Referat Büchners wurde auf Beschluß der Rödelheimer Versammlung dem Druck übergeben. Es ist bei Reinhold Baist in Frankfurt am Main unter dem Titel „Herr Lassalle und die Arbeiter" als Broschüre erschienen.

liche Weise erschrecken und ins Bockshorn jagen" lassen. Dieselben hätten an sich ja gar keinen gefährlichen Sinn.

Lassalle nahm die Einladung, nach Frankfurt am Main zu kommen und dort selbst seine Ideen zu entwickeln, mit Freuden an, während Schulze-Delitzsch unter Hinweis auf seine parlamentarischen Arbeiten ablehnte. Es mochte dem auf der Höhe seiner Popularität stehenden Fortschrittsführer nicht der Mühe oder seiner Würde wert erscheinen, mit Lassalle Mann gegen Mann über die Richtigkeit der von ihm verfochtenen Lehren zu diskutieren, aber nichts pflegt sich im politischen Leben bitterer zu rächen als Unterschätzung eines Gegners. Lassalle nutzte den Vorteil, den Schulzes Fortbleiben ihm bot, gründlich aus. Der Boden war ihm in Frankfurt am Main ohnehin ziemlich günstig. Während Becker u. a. unter den demokratisch gesinnten Arbeitern für ihn agitierten, kam ihm bei dem bürgerlichen Publikum seine Bekämpfung der kleindeutschen Politik der preußischen Fortschrittspartei nicht wenig zugute. Die großdeutsch-konservative „Augsburger Allgemeine Zeitung" hatte bereits aus Haß gegen die norddeutschen Liberalen für ihn Partei ergriffen, und ebenso nahm ein in Frankfurt am Main erscheinendes großdeutsches Blatt, der „Volksfreund", Artikel zu seinen Gunsten auf. Wie sehr Lassalle darauf bedacht war, diesen Vorteil auszunutzen, geht aus einem seiner Briefe an Rodbertus hervor, wo es u. a. mit Bezug auf das ihm, wie es scheint, von Rodbertus gemeldete Faktum, daß Schulze-Delitzsch in Koburg die — 1848er — Reichsverfassung heruntergerissen habe, heißt: „Können Sie mir seine Rede oder die Zeitungsberichte darüber schicken? Wäre mir *sehr* lieb. Ich würde in der Rede in Frankfurt, wenn es die Zeit *irgend* erlaubt — denn

worüber muß ich da nicht alles sprechen — mir eine furchtbare Waffe daraus zimmern können." (Brief an Rodbertus vom 2. Mai 1863.)

Und in der Tat war es der politische Teil seiner Rede, der in Frankfurt am Main für Lassalle entschied. Am ersten Abend, wo er, obwohl er vier Stunden sprach, kaum mit dem ökonomischen Teil der Rede zu Ende kam, war der Erfolg Lassalles zum mindesten zweifelhaft, wenn nicht die Mehrheit immer noch auf seiten seiner Gegner war. Freilich waren es in der Hauptsache Mitglieder von Arbeiterbildungsvereinen, die daheim sich bereits gegen ihn erklärt, vor denen er zu sprechen hatte. Jedoch war der Vorwurf, den Lassalle eingangs seiner Rede dieserhalb gegen das Zentralkomitee erhob, kaum ganz gerechtfertigt. Von Anfang an war die Frankfurter Versammlung als ein Delegiertentag der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues geplant, und Lassalle wußte das, wie aus seinem Brief vom 28. April 1863 an Rodbertus hervorgeht, auch sehr gut. Seine Beschwerde über das Arrangement der Versammlung ist insofern mehr als ein strategisches Manöver aufzufassen, um, wie es in dem erwähnten Briefe an Rodbertus heißt, je nachdem den Triumph des Sieges zu erhöhen, oder eventuell der Niederlage den Charakter zu nehmen. Es ist ihm daraus kein besonderer Vorwurf zu machen, denn wenn das formelle Arrangement der Versammlung auch kaum anders sein konnte, so ließen es die verbisseneren seiner Gegner nicht daran fehlen, außerdem von vornherein für Unterbrechungen aller Art zu sorgen. Es wurde eben hinüber und herüber manövriert, nur daß Lassalle im Ausnutzen der sich ihm bietenden Vorteile zehnmal geschickter war, als seine Gegner zusammengenommen. In bezug auf Lassalles Gabe, seine Hörer durch unerwartete Wendungen zu verblüffen, bietet

gerade die Frankfurter Rede klassische Beispiele. Dabei gab er seiner Rede eine Ausdehnung, die den Gegnern gar keine Zeit zur Erwiderung ließ. Und als schließlich die Schlußrufe so allgemein wurden, daß er wohl oder übel abbrechen mußte, ließ Lassalle durch einen seiner Anhänger verkünden, er werde die Rede in einer allgemeinen Arbeiterversammlung zu Ende führen. Damit bekamen er und seine Leute das Heft in die Hand. Statt einem in der Mehrheit aus Gegnern bestehenden Publikum erhielten sie ein vorwiegend aus Halbgewonnenen bestehendes.

Über diese zweite Versammlung heißt es in der Schrift des ehemaligen Sozialisten Oberwinder „Sozialismus und Sozialpolitik" (S. 11 u. 12): „Die Volksversammlung, welche nun folgte, war hauptsächlich das Werk der demokratischen Frankfurter Turngemeinde, deren Mitglieder, weniger vom Klassenbewußtsein als von jugendlichem Idealismus geleitet, den Gegnern Lassalles energisch Ruhe geboten und diesem selbst ihre begeisterte Zustimmung votierten. Ich erinnere mich noch genau, welche Stellen der Frankfurter Rede Lassalles den größten Eindruck machten. Das Publikum wurde erst warm, als er, an die Tagespolitik anknüpfend, die Gründe der Ohnmacht der Liberalen erläuterte und der Arbeiterpartei den Beruf vindizierte, die Trägerin der nationalen und freiheitlichen Bewegung zu sein." Ein so wenig sicherer Gewährsmann nun Hermann Oberwinder überall da ist, wo es sich um Beschönigung seiner Wandlungen handelt, kann man der vorstehenden Darstellung um so eher Glauben schenken, als sie auch von anderer Seite hinlänglich bestätigt wird. „Will meine alte revolutionäre Mähne schütteln", erklärte Lassalle selbst, als er die Einladung nach Frankfurt annahm, an Rodbertus. Und in einer Polemik gegen den verstorbenen Veteranen des Sozialismus,

den alten Wintersberg, schrieb im „Volksstaat“ vom 30. Juli 1870 ein ehemaliges Mitglied der Lassalleschen Gemeinde in Frankfurt am Main, Fr. Weyrich: „Was aber Lassalle unter Wahlrecht verstand, können Ihnen diejenigen erzählen, die ihn gekannt haben. ‚So oft ich allgemeines Wahlrecht sage, muß es von euch „Revolution“ und wieder „Revolution“ verstanden sein‘, sagte Lassalle einmal in Frankfurt in einer gemütlichen Zusammenkunft; ich rufe Fritz Ellner dafür als Zeugen auf. Lassalle konnte doch nicht direkt zur Revolution auffordern; aber alle Arbeiter, die ihn gehört, haben es auch so verstanden.“ Es war der Revolutionär, der demokratische Sozialist Lassalle, der in Frankfurt am Main schließlich siegte.

Das ist um so mehr festzuhalten, als der erfolgreiche Ausgang der Frankfurter Versammlungen und einer am 20. Mai 1863 abgehaltenen größeren Arbeiterversammlung in Mainz, Lassalle bestimmten, das Präsidium des wenige Tage darauf — am 23. Mai 1863 — gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu übernehmen, und als die nächste große öffentliche Rede Lassalles bereits den Wendepunkt in seiner Agitation bezeichnen sollte.

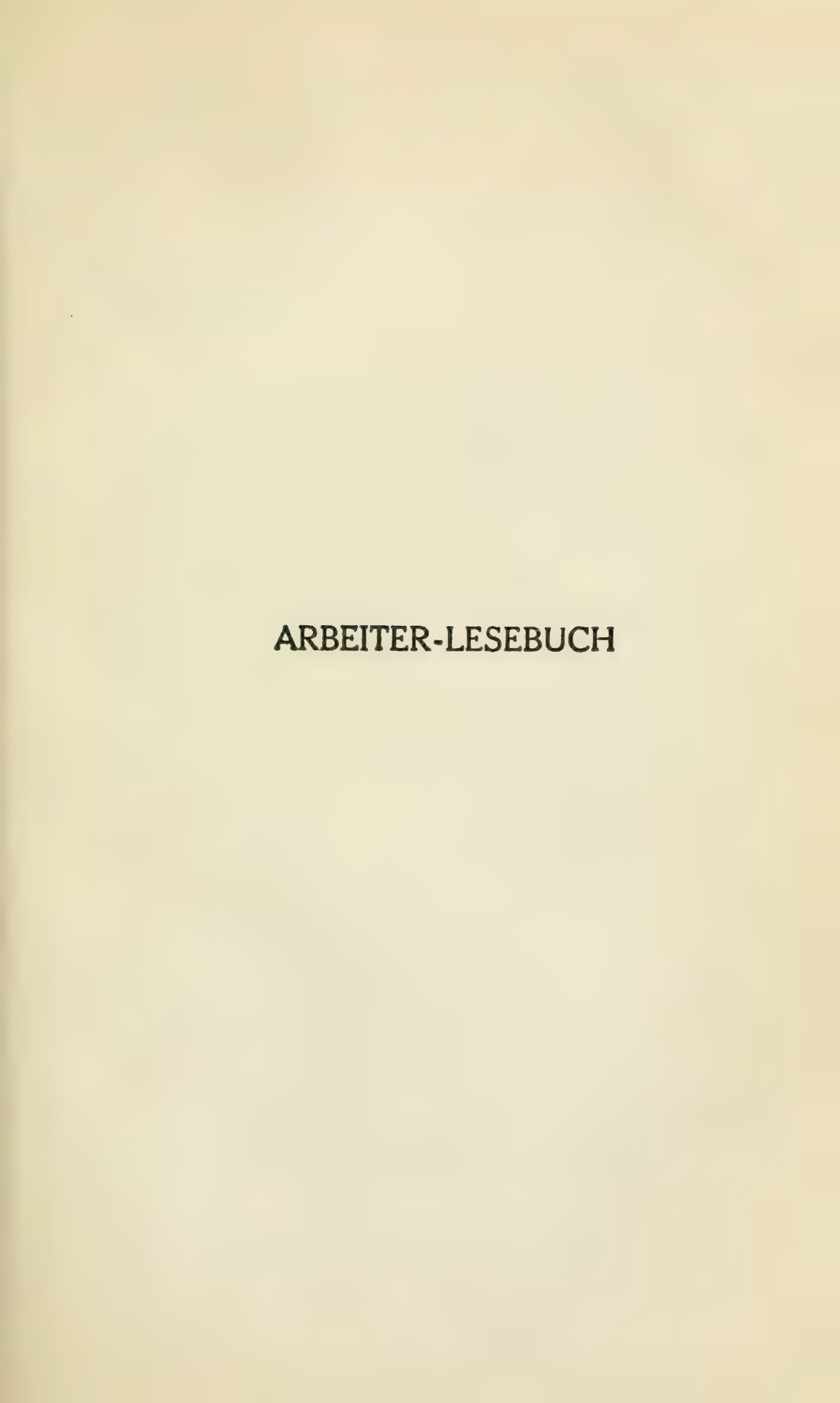
In ökonomischer Hinsicht enthält das „Arbeiterlesebuch“ eine weitere Erläuterung und teilweise Berichtigung der im „Offenen Antwortschreiben“ gemachten Angaben. Die in jenem gegebenen statistischen Zahlen über die Einkommensverhältnisse im preußischen Staat hatten lebhafte Anfechtung erfahren, und da eine nochmalige Durchsicht der einschlägigen Literatur Lassalle überzeugt hatte, daß sie tatsächlich um Prozente von dem wirklich Festgestellten abwichen, so stellte er sie in der Frankfurter Rede selbst richtig. Indes auch seine neueren An-

gaben wurden angefochten, und die Polemik hierüber ist dem „Arbeiterlesebuch" als Anhang II — Anhang I bilden einige auf die Frankfurter Versammlungen bezügliche Dokumente — von Lassalle selbst beigegeben. Über diese Polemik ist nur so viel zu sagen, daß der Gegner Lassalles, ein liberaler Journalist namens Wackernagel, ihm allerdings einige nicht unwesentliche Irrtümer nachgewiesen hat, wohingegen Lassalle Herrn Wackernagel mit Recht tendenziöse Schönfärberei vorwerfen konnte. Die verschiedenen Superlative, mit denen er seinen Gegner dabei überschüttet, und die theatralische Schlußapostrophe wird man seiner gereizten Stimmung zugute halten müssen; als Muster polemischer Kraft können sie selbst den Freunden einer derben Ausdrucksweise nicht gelten.

Sonst ist vom „Arbeiterlesebuch" noch zu bemerken, daß Lassalle in dieser Rede zuerst das so berühmt gewordene 100 Millionenbeispiel entwickelt, d. h. vorzurechnen versucht hat, daß ein Staatskredit von 100 Millionen Taler mehr als hinreichen würde, vermittelst der Assoziationen in wenigen Jahren die gesamte Arbeiterschaft des Landes zu ihrem eigenen Unternehmer zu machen und damit in Wohlstand zu versetzen. Zur Kritik des Planes ist dasselbe zu sagen, was in bezug auf die von Lassalle erwartete Wirkung der Assoziationen mit Staatskredit überhaupt bemerkt wurde, nämlich daß er an dem Widerspruch leidet, die bürgerliche Gesellschaft mit der wirtschaftlichen Konkurrenz vorauszusetzen, die Wirkungen und Begleiterscheinungen der Konkurrenz aber zu ignorieren. Daneben laufen dann noch rechnerische Irrtümer, auf die indes hier kein besonderes Gewicht gelegt werden soll gegenüber der Tatsache, daß der ganze Finanzoperationsplan Lassalles eine verhängnisvolle Ähn-

lichkeit mit Proudhons Tauschbankprojekt aufweist, der ja auch die Warenproduktion ohne die Gesetze derselben zur Grundlage hat. Alles Weitere darüber an den betreffenden Stellen selbst, sowie in der biographischen Abhandlung.

Ed. Bernstein.



ARBEITER-LESEBUCH



Meine Herren![1])

Ihr Komitee hat mich eingeladen, vor Ihnen zu erscheinen und ich habe, wie Sie sehen, dieser Aufforderung entsprochen. Denn ich hoffte, daß man mit dieser Einladung nicht bloß eine leere Formalität erfüllen wolle; ich glaubte, daß man nicht schon im voraus entschlossen sein werde, gegen mich zu entscheiden, und ich glaubte jedenfalls, daß man nicht soweit gehen würde, diese Entscheidung gegen mich *im voraus zu organisieren!* Es tut mir leid, meine Herren, sagen zu müssen, daß diese meine Hoffnung sich nicht erfüllt hat: ich sehe mich in ihr getäuscht. Ich frage Sie, ist es *ehrliches Spiel*, wenn man von diesem Saal ausgeschlossen hat die große Masse der Arbeiter und nur Mitgliedern der *Arbeiterbildungsvereine* Eintritt und das Recht der Abstimmung gegeben? Welches ist denn das Interesse, das sich sowohl für mich als für das Land an den heutigen Tag knüpft? Zu erfahren, wie die große Masse des Arbeiterstandes über diese Frage denkt. Und siehe da! diese Masse ist ausgeschlossen und eine neue Aristokratie, die man plötzlich im Arbeiterstande zur Geltung bringt, die ausgesuchte Kategorie der Arbeiterbildungsvereinler allein ist zugelassen! Sie wissen, Frankfurt hat

[1]) Der Redner wird bei seinem Auftreten mit lebhaftem Applaus, aber auch mit Zischen empfangen.

viele Tausende von Arbeitern; der Arbeiterbildungsverein von Frankfurt hat nur zirka 300 Mitglieder. Dasselbe Zahlenverhältnis findet auch in allen anderen Städten statt. Man hat also bloß einer kleinen Anzahl das Recht gegeben, man hat eine aristokratische ausschließende Bestimmung getroffen! Ferner: es ist doch bekannt, meine Herren, daß man, nicht überall freilich, nicht in Frankfurt, auch nicht in Mainz, aber in den meisten Orten des Maingaues die Arbeiterbildungsvereine bereits gegen mich hat abstimmen lassen; freilich ohne daß sie meine Broschüre gelesen hatten! Was bedeutet es also, wenn man heute das Recht der Abstimmung auf die beschränkt, die in ihrer großen Majorität bereits votiert haben? Ist das, frage ich nochmals, ehrliches Spiel, oder ist es ein Spiel mit im voraus gemischten Karten?

Sie sehen, meine Herren, ich wäre sehr berechtigt gewesen, unter diesen Umständen die Diskussion abzulehnen und den Saal zu verlassen; aber ich bin entschlossen, die Schlacht anzunehmen, wo und wie man sie mir bietet! (Bravo!) Meine Herren! Mein Zutrauen zu der Macht der Wahrheit ist so groß, daß es mich nicht wundern würde, und wären Sie hierher gekommen, einstimmig entschlossen, gegen mich zu entscheiden, daß es mich nicht wundern würde, sage ich, wenn Sie ebenso einstimmig für mich votierend den Saal verließen.

Ich habe wenig Bemerkungen meinem Vortrag voraus zu senden. Ich werde, worauf Sie der Herr Präsident bereits aufmerksam gemacht hat, lange sprechen. Meine Gegner haben jahrelang ihre Theorien vor Ihnen entwickelt; ich habe nur eine einzige Rede dazu, und ich werde somit immer noch im unendlichen Nachteil sein in bezug auf die Zeit. Aber wie lange ich auch spreche, bedenken Sie eines. Hier steht nicht ein Mann, der recht

behalten will, sondern ein Mann, der Ihre Sache vor Ihnen selbst verteidigt.

Eben deshalb bedenken Sie auch, daß mein Vortrag nicht den Zweck hat noch haben kann, Sie zu amüsieren. Ich bin nicht gekommen, um Sie durch oratorische Kunststücke hinzureißen.

Mit Recht hebt Herr Dr. Büchner in seinem Bericht[1]) hervor, daß wir mit dieser Bewegung aus der Schönrednerei und dem Phrasennebel endlich einmal herausgetreten sind. Ich werde zu Ihrem Verstande sprechen; ich werde wissenschaftliche Tatsachen vor Ihnen aufrollen müssen und bitte daher, auch da, und gerade da, Ihre gespannteste Aufmerksamkeit meiner Rede zu schenken, wo diese trocken sein und in der Aufrollung von Zitaten, Zahlen und Tatsachen bestehen wird. Endlich, meine Herren, ich bin nicht gekommen, um Ihnen nach dem Munde zu reden, sondern um als ein freier Mann Ihnen die ganze Wahrheit ungeschminkt und, wo es nötig ist, auch schonungslos zu sagen; und wenn das, was ich Ihnen zu sagen hätte, Ihnen selbst mißfallen sollte, so bitte ich von Ihnen und kann es von Ihnen fordern, daß Sie mich gleichwohl mit lautlosem Stillschweigen zu Ende hören.

Der wichtigste Punkt meines Antwortschreibens, das, aus welchem sich alles andere mit Notwendigkeit entwickelt, ist das von mir daselbst aufgestellte Gesetz über den durchschnittlichen Arbeitslohn. Ich sage hierüber p. 15 sq.: „Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: Daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt

[1]) Der in der Vorbemerkung erwähnte Vortrag. D. H.

reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

„Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Taglohn in Pendelschwingungen jeder Zeit herum gravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunter fallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

„Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen. Denn dann entstünde Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden verringert und somit den Arbeitslohn wieder zu seinem früheren höheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben, bald etwas unter ihm zu stehen." —

Dieses Gesetz ist so einstimmig anerkannt von allen Männern der Wissenschaft, seine Gründe sind so einfach und schlagend, daß ich nicht für möglich gehalten hätte, einen Widerspruch hierbei zu erfahren. Gleichwohl, meine Herren, wenn es sich darum handelt, den Arbeiter an der Erkenntnis seiner Lage zu verhindern, so geschehen die allerwunderbarsten Dinge, und so ist denn Herr Max Wirth unter Ihnen aufgetreten, der Ihnen jenes Gesetz

geleugnet und es für einen lange überwundenen Standpunkt, für ein faules Ricardosches Gesetz erklärt hat, wie er sich ausdrückt. Das gebe ich Herrn Wirth bereitwillig zu: Hat er dieses Gesetz widerlegt, so hat er alles widerlegt, was ich gesagt habe. Und umgekehrt, hat er es nicht widerlegt, so bleibt mit diesem Gesetz jedes meiner Worte bis zum letzten bestehen; denn meine ganze Broschüre ist, wie Ihnen Herr Wirth selbst gesagt hat, nur eine konsequente, mit logischer Notwendigkeit fortschreitende Entwicklung aus diesem Gesetz.

Welches Gesetz stellt nun Herr Max Wirth dem von mir aufgestellten Gesetz gegenüber? Er sagt: Nicht von dem in einem Volke üblichen gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensunterhalt hänge der Arbeitslohn ab, sondern von der Industrieblüte und dem Nationalkapital, von Nachfrage und Angebot. Schon hierin liegt die ganze Täuschung, der Herr Max Wirth sich schuldig macht. Dieses Gesetz, das er Ihnen entgegenstellt, ist gar kein anderes, es ist genau dasselbe, das ich entwickelt habe, nur mit dem Unterschied, daß er die Hälfte seines eigenen Gesetzes fortläßt, um Sie zu täuschen[1]). Es ist natürlich wahr, der

[1]) Industrieblüte und Nationalkapital stellen nämlich nur die Nachfrage nach Arbeit dar. Das andere Glied des Verhältnisses, das Angebot von Arbeit, wird durch die Bevölkerungsmenge dargestellt. Gerade die Herrschaft von Angebot und Nachfrage hat das Gesetz des Arbeitslohns zur Folge, das ich entwickelt und aus ihm, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage, entwickelt habe. Aber die Unkenntnis in ökonomischen Dingen ist bei uns so verbreitet, daß sich die entgegengesetztesten Parteien darin vereinigen, und Arm in Arm greifen mich der Frankfurter Korrespondent der „Kreuz-Zeitung" und Herr Feodor Streit in der „Koburger Arbeiterzeitung" an, daß ich das Gesetz von Angebot und Nach-

Lohn kann steigen, und er steigt dann im allgemeinen langsam und allmählich. Aber in demselben Verhältnis, in welchem er zu steigen beginnt, steigt und vermehrt sich auch die Zahl der Arbeiter, der Arbeiterehen und der Arbeiterkinder, so daß dieser Faktor, das gestiegene Angebot von Arbeiterhänden, den anderen Faktor, die durch das vermehrte nationale Kapital gestiegene Nachfrage nach Arbeiterhänden, binnen sehr kurzer Zeit wieder ausgleicht und der Lohn stets auf jenes frühere Maß wieder zurücksinkt. Diese Vermehrung steht so fest, daß in allen Jahren mit etwas billigeren Getreidepreisen schon, auch ohne daß der Arbeitslohn selbst gestiegen, bereits eine beträchtliche Zunahme der Arbeiterehen von den Statistikern bemerkt wird, wie Sie das später noch von John

---

frage in Abrede stelle — während ich gerade aus ihm entwickle! Gerade die Gegner sind es, welche, wie z. B. Herr Max Wirth, jenes Gesetz verkennen, indem sie es zwar den Worten nach im Munde führen, aber bei der reellen Entwicklung, statt aus Nachfrage und Angebot, bloß aus „Nachfrage" den Arbeitslohn herleiten. Herr Streit treibt die Unwissenheit und Gedankenlosigkeit soweit, daß er mir in Nr. 20 seiner Arbeiterzeitung folgendes Zitat aus John Stuart Mill gegenüberstellt: „Der Arbeitslohn ist abhängig von der Nachfrage und dem Angebot in betreff der Arbeit, oder wie es oft ausgedrückt wird, von dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Kapital", d. h. also genau dasselbe, was ich sage und woraus ich als Fazit dieses Verhältnisses jenen Stand des Arbeitslohns ableite. Am heitersten aber nimmt sich die Gedankenlosigkeit oder Gewissenlosigkeit dieser Herren, welche mich beschuldigen, das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu leugnen, aus, wenn man erwägt, daß ich in meinem „Antwortschreiben" Seite 15 ausdrücklich sage: „Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses:" usw.

Stuart Mill hören werden. Hören Sie aber jetzt, wie unbestritten, wie einstimmig anerkannt dieses Gesetz in der Wissenschaft ist, das Herr Max Wirth als ein faules Ricardosches Gesetz bezeichnet. Hören Sie zunächst den Chef der französischen Bourgeoisökonomie — denn begreifen Sie wohl, ich werde hier nicht einen einzigen Sozialisten zitieren. Ich spreche nur von der Bourgeoisökonomie — J. B. Say, sagt von dem Lohn der ordinären Arbeit folgendes:[1]) „Das Angebot dieser Arbeit wächst mit der Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage kann den Arbeitslohn ein wenig, aber sehr wenig über die Höhe bringen, welche notwendig ist, damit die Arbeiterfamilien existieren und sich fortpflanzen können, d. h. über die Höhe, welche notwendig ist, damit jede Arbeiterfamilie genug Kinder aufziehen kann, um Vater und Mutter zu ersetzen. Wenn der Arbeitslohn nur ein wenig über diesen Stand hinausgeht, so vermehren sich die Arbeiterkinder, und das größere Arbeitsangebot gleicht sehr bald die gestiegene Nachfrage aus."

„Wenn im Gegenteil die Nachfrage nach Arbeitern zurückbleibt hinter der Anzahl von Leuten, die sich zur Arbeit anbieten, so fallen ihre Einnahmen unter den Punkt, welcher notwendig ist, damit diese Klasse sich in gleicher Zahl erhalten kann. Die Familien, welche am meisten von Kindern und Krankheiten gedrückt sind, gehen zugrunde; infolge dessen fällt nun das Arbeitsangebot, und indem jetzt weniger Arbeit angeboten wird, steigt ihr Preis. Man ersieht hieraus, daß es schwer ist, daß der Preis der einfachen Handarbeit lange über oder unter dem Standpunkt bleibt, welcher notwendig ist, um die Arbeiterklasse in der Anzahl zu erhalten, deren man benötigt ist, woraus

---

[1]) Cours complet d'écon. pol. V. part. ch. X. p. 333 ed. Brux.

sich uns die Schlußfolgerung ergibt, daß die Einnahme des einfachen Handarbeiters nicht das Maß dessen übersteigt, was notwendig ist, um die Existenz seiner Familie aufrecht zu erhalten."

So Say. Sie sehen also, genau dieser Tanz bald etwas über, bald etwas unter dem äußersten Rande der in einem Volke gewohnheitsmäßig üblichen Lebensnotdurft, genau dieser Tanz, den ich Ihnen in meinem Antwortschreiben auseinandergesetzt habe!

Aber Herr Max Wirth hat sogar die nicht beneidenswerte Kühnheit gehabt, sich auf Adam Smith und John Stuart Mill zu berufen, als auf solche Gewährsmänner, welche dieses Gesetz nicht anerkannt und es sogar widerlegt hätten. Hören Sie, meine Herren, welche Stirn hierzu gehört. Adam Smith sagt in seinem Werke, erster Teil, erstes Buch, achtes Kapitel: „Wenn die Nachfrage nach Arbeitern beständig wächst, so muß der Arbeitslohn notwendig einen solchen Antrieb zur Verheiratung und zur Vervielfältigung der Arbeiterzahl geben, daß sie imstande sind, dieser immer wachsenden Nachfrage durch ein gleichfalls stets wachsendes Angebot zu entsprechen. Nimmt man an, daß in einer Zeit der Arbeitslohn nicht so groß ist als notwendig, um diese Wirkung hervorzubringen, so wird der Mangel an Arbeitern ihn bald steigen machen, und nimmt man an, daß in einer anderen Zeit der Arbeitslohn größer sei, als für die Wirkung erforderlich ist, so wird die übermäßige Vermehrung von Arbeitern ihn bald auf diese notwendige Höhe zurücksinken machen."

So Adam Smith.

Oder hören Sie John Stuart Mill, den größten gegenwärtig in England lebenden Nationalökonomen, auf den sich zu berufen Herr Wirth die Kühnheit hat. John Stuart

Mill geht noch viel weiter darin als Ricardo. Er sagt 2. Buch, 11. Kapitel, § 2: „Ricardo nimmt an, daß es überall einen Minimumsatz für den Arbeitslohn gebe, entweder den niedrigsten, bei dem es physisch möglich ist, die Bevölkerung zu erhalten, oder den niedrigsten, bei dem ein Volk sich entschließt, dies zu tun. Er nimmt an, daß der allgemeine Satz des Arbeitslohnes sich stets nach diesem Minimum hinneigt, daß er niemals niedriger sein kann über die Länge der Zeit hinaus, die erforderlich ist, damit die geringere Bevölkerungszunahme sich fühlbar mache, und daß er nie sich lange hoch halten kann. Diese Annahme enthält Wahrheit genug, um sie für die Zwecke der abstrakten Wissenschaft zulässig erscheinen zu lassen, und der Schluß, den Ricardo daraus zieht, nämlich, daß der Arbeitslohn auf die Länge mit dem beständigen Preise der Lebensmittel steigt und fällt, ist, wie alle seine Schlußfolgerungen vom hypothetischen Standpunkt aus wahr, d. h. wenn man die Voraussetzungen, von welchen er ausgeht, zugibt. Bei der Anwendung auf die wirklichen Verhältnisse muß man indes erwägen, daß das Minimum, von dem Ricardo spricht, insbesondere, wenn es nicht ein physisches, sondern sozusagen ein moralisches Minimum ist, selbst wieder bedeutende Verschiedenheit zuläßt." — Dies ist es gerade, meine Herren, worauf ich Sie in meiner Broschüre S. 16 und 18 so nachdrücklich aufmerksam gemacht habe. Der Arbeitslohn, sagte ich, sei das unter einem Volke gewohnheitsmäßig übliche Minimum, nicht gleichstehend unter allen Völkern, weil nicht jedes Volk sich mit denselben Lebensmitteln begnügt, um zu leben, sich zu verheiraten und eine Familie zu bilden; darum ist er ein anderer in Rußland, ein anderer in Deutschland, ein anderer in England, je nach den relativen sozialen Lebensnotwendigkeiten, die in jedem be-

stimmten Volke üblich sind. Diese also ändern sich im Laufe verschiedener Zeiten oder in der Verschiedenheit des Raumes, d. h. bei den verschiedenen Völkern; dies aber, sagte ich Ihnen, ändert sich nie, daß Sie stets auf dem äußersten Rande des in jeder Zeit und in jedem Volke gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensminimum herumtanzen! Mill entwickelt dasselbe: „Wenn der Arbeitslohn", fährt Mill fort, „vorher so hoch war, daß er eine Ermäßigung ertragen kann, welche aber durch ein hohes Maß der Lebensansprüche der Arbeiter gehindert wurde, so kann eine Preiserhöhung der Lebensmittel oder eine andere ungünstige Veränderung in ihren Umständen auf zweierlei Weise wirksam sein. Es kann eine Ausgleichung erfolgen durch ein Steigen des Arbeitslohnes, herbeigeführt durch eine allmähliche Einwirkung auf eine vorsichtige Beschränkung der Bevölkerungszunahmen — oder der Maßstab für die Lebensweise der arbeitenden Klasse kann für die Dauer niedriger werden, falls ihre frühere Gewohnheit in bezug auf die Volksvermehrung sich als stärker ausweisen sollte, als ihre frühere Gewohnheit hinsichtlich der Lebensannehmlichkeit. Im letzteren Falle wird ihre Benachteiligung von Dauer sein und ihre verschlimmerte Lage wird ein neues Minimum werden, mit der Tendenz, ebenso wie das frühere Minimum getan, fortzubestehen. Es ist leider anzunehmen, sagt Mill, — hören Sie wohl — daß von den beiden Arten, wie die Sachen sich gestalten, die letztere — nämlich, daß das Lebensminimum der Arbeiter nach unten gedrückt wird — bei weitem die häufigere ist, oder jedenfalls doch hinlänglich oft vorkommt, um allen Sätzen, die jedem Unglück, welches die arbeitende Klasse trifft, eine selbstheilende Kraft zuschreiben, jede praktische Bedeutung zu neh-

m e n. Es liegen gewichtige Nachweise vor, daß die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter von England mehr als einmal im Laufe der Geschichte g r o ß e u n d d a u e r n d e V e r s c h l i m m e r u n g erfahren hat, aus Ursachen, die durch Verminderung der Nachfrage nach Arbeit wirkten, und die nur einen vorübergehenden Einfluß hätten äußern können, wenn die Bevölkerung ihre Macht der Selbstregulierung (d. h. der Regulierung ihrer Zahl durch Verheiratung) in Gemäßheit des früheren Maßstabes der Lebensannehmlichkeit ausgeübt hätte. Unglücklicherweise hat die Armut, worin die arbeitende Klasse während einer langen Reihe von Jahren versunken war, diesen früheren Maßstab verloren gehen lassen, und die nächste Generation, die aufwächst, ohne die frühere Lebensannehmlichkeit besessen zu haben, vermehrt sich nun ihrerseits, ohne dahin zu streben, sich dieselbe wieder zu verschaffen."

Sie sehen also, meine Herren, John Stuart Mill sagt genau dasselbe, ja er geht noch weiter als Ricardo, und selbst weiter, als ich für nötig gefunden habe in meinem an Sie gerichteten Antwortschreiben zu gehen. Mill nimmt an, was ich dort noch zweifelhaft gelassen habe, daß i n d e n h ä u f i g s t e n F ä l l e n das Minimum der Existenzbedürfnisse, die der Arbeitslohn darstellt, n a c h u n t e n sich neigt, daß der in einem Volke gewohnheitsmäßig übliche notwendige Lebensunterhalt h ä u f i g e r f ä l l t a l s s t e i g t, daß er im Laufe der Zeiten n a c h u n t e n g e d r ü c k t w i r d, weil selbst die vorübergehenden Verschlechterungen, da die Arbeiter das Kindererzeugen nicht aufgeben, die Tendenz haben, zu dauernden Verringerungen der üblichen Lebensnotdurft zu führen.

Er fährt fort: „Der entgegengesetzte Fall tritt ein, wenn durch Verbesserungen in der Landwirtschaft, Aufhebung von Korngesetzen und ähnliche Ursachen der Le-

bensbedarf des Arbeiters wohlfeiler und dieser in den Stand gesetzt wird, mit dem nämlichen Arbeitslohn mehr Lebensannehmlichkeiten sich zu verschaffen, als vorher. Der Arbeitslohn wird nicht unmittelbar darauf fallen; es ist sogar möglich, daß er zunächst steigen wird. Schließlich jedoch wird der Arbeitslohn so weit fallen, daß die Arbeiter nicht besser daran sein werden, als vorher, wofern sich nicht während dieser Zwischenzeit des Gedeihens der Maßstab der von dieser Klasse als unentbehrlich angesehenen Lebensannehmlichkeit für die Dauer erhöht hat. Leider kann auf einen solchen wohltätigen Einfluß durchaus nicht gerechnet werden (sagt Mill). Es ist eine viel schwierigere Sache, die Lebensansprüche, welche die Arbeiter für unentbehrlicher ansehen als Heiraten und Familien zu haben, zu erhöhen, als solche niedriger zu stellen. Wenn die arbeitende Klasse sich begnügt, die größere Annehmlichkeit zu genießen, so lange sie dauert, aber nicht lernt, sie für ein Bedürfnis anzusehen, so wird sie sich durch Bevölkerungsvermehrung zu ihrer früheren Lebensweise wieder herabbringen. Wenn ihre Kinder früher aus Armut ungenügend ernährt und verwahrlost wurden, so wird nun eine größere Zahl derselben aufgezogen werden, deren Konkurrenz, wenn sie erwachsen sind, den Arbeitslohn wieder herabdrücken muß. Wenn diese Wirkung nicht auf solche Weise hervorgebracht wird, so geschieht dies durch frühzeitigeres und reichhaltigeres Heiraten oder durch eine größere Zahl Geburten nach der Heirat. Alle Erfahrung stimmt damit überein, daß in Jahren mit wohlfeilen Kornpreisen bei reichlicher Beschäftigung in der Zahl der Heiraten eine bedeutende Zunahme unabänderlich stattfindet. Ich kann daher der Wichtigkeit, welche man der Aufhebung der Korngesetze, lediglich als eine Arbeiterfrage betrachtet,

beigelegt hat, nicht beistimmen, noch auch irgend einem jener Projekte, wie solche in allen Zeiten vorkommen, um die Lage der Arbeiter ganz wenig besser zu stellen. Dinge, welche diese Lage nur ganz wenig berühren, machen keinen bleibenden Eindruck auf Gewohnheiten und Ansprüche der Arbeiter und sie sinken bald in ihren früheren Zustand zurück. Um bleibenden Nutzen zu stiften, muß die vorübergehende Ursache, die auf sie einwirkt, ausreichen, um eine bedeutende Veränderung in ihrer Lage zuwege zu bringen — eine solche Veränderung, die viele Jahre hindurch empfunden wird, ungeachtet des Antriebes, den sie während einer Generation dem Bevölkerungszuwachs gibt. Wenn die Verbesserung diesen merkwürdigen Charakter hat und wenn infolge dessen eine Generation aufwächst, welche immer an einen höheren Maßstab der Lebensannehmlichkeit gewohnt gewesen, so bildet sich die Gewohnheit dieser neuen Generation in bezug auf Bevölkerungszunahme auf Grund eines höheren Minimums, und diese Verbesserung der Lage der Arbeiter ist von Dauer." — Der bemerkenswerteste Fall dieser Art, sagt John Stuart Mill nun weiter, sei die französische Revolution gewesen. Denn durch diese habe sich ganz plötzlich eine Verbesserung eingestellt, welche die, obwohl mit beispielloser Raschheit vor sich gehende Bevölkerungszunahme noch überwogen habe. — Sie sehen also, daß John Stuart Mill ganz dasselbe sagt, was ich hierüber in meiner Broschüre S. 18 und früher gesagt habe[1]).

(Pause.)

---

[1]) Dem aufmerksamen Leser wird es aber nicht entgangen sein, wie sich gerade bei Mill fast mehr noch als bei den andern von Lassalle zitierten Ökonomen die Frage des Lohngesetzes auf die simple Frage der Volksvermehrung reduziert. D. H.

Ich fahre also in der Entwicklung des angefangenen Punktes fort, weil dies gerade der Punkt von der ausnehmendsten Wichtigkeit, der prinzipielle Punkt des ganzen Streites ist.

Ebenso wenig, sage ich, hat Bastiat etwas gesagt, was geeignet wäre, jenes Gesetz des Arbeitslohnes zu widerlegen. Herr Max Wirth beruft sich auf den Ausspruch desselben, daß mit der Entwicklung der Industrie und der Gesamtproduktion auch der proportionelle Anteil der Arbeit daran wachse.

Wenn diese Behauptung, die kein anderer Ökonom teilt, und die Bastiat nicht bewiesen hat, selbst wahr wäre, so würde sie nichtsdestoweniger nichts enthalten, was notwendig dem Gesetz des Arbeitslohnes widerspricht; selbst einmal angenommen, daß im Laufe der Jahrhunderte auch der proportionelle Anteil der Arbeit steige, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß auch der Lohn derselben steige; dieser kann stehen bleiben oder sogar fallen, und das hinge lediglich davon ab, ob sich nicht die Zahl der Arbeiter in einem noch stärkeren Grade als der Anteil der Arbeit an der Gesamtproduktion vermehrt.

Andere Gründe gegen Bastiat würden zu einem zu langen Eingehen nötigen und ich will daher hier auf sie verzichten.

Der Gegenbeweis ist aber ganz äußerlich und kurz dadurch zu führen, daß ich die anerkannten Männer der Wissenschaft zitiere, die nach Bastiat geschrieben haben. Zu diesen gehört vor allen Dingen John Stuart Mill, der jetzt noch lebt und dessen Stimme Sie bereits vernommen haben.

Hören Sie Herrn Professor Rau in Heidelberg, den Verfasser des gelesensten Kompendiums, das, ich weiß nicht in wie viel Auflagen erschienen ist.

Er sagt im Paragraph 190 seiner volkswirtschaftlichen Grundsätze:

„Die Kosten, welche dem Arbeiter im Lohn erstattet werden müssen, bestehen bei einfachen kunstlosen Verrichtungen nur aus dem Unterhaltungsbedarf, bei künstlicheren kommt aber noch der zur Erlangung der erforderlichen Geschicklichkeit vorgenommene Güteraufwand hinzu. Dieser Unterhaltungsbedarf muß nicht bloß auf die Dauer der Arbeit, sondern auch auf die Jahre der Kindheit und Jugend bezogen werden, in welcher der künftige Arbeiter noch nichts erwerben kann, und überhaupt muß der Lohn der Arbeit zum Unterhalt der Familien hinreichen.

„Wäre das Lohneinkommen dafür zu gering, so würde die arbeitende Klasse minder zahlreich werden und es würde an Arbeitern zu fehlen anfangen, bis das geringere Angebot von Arbeit den Lohn wieder in die Höhe brächte."

Und in § 196:

„Ein reichlicher Lohn macht es jedem Arbeiter möglich, entweder besser zu leben oder sich zu verehelichen und eine neue Familie zu gründen, durch welche sodann die Volksmenge vergrößert wird.

„Die Annehmlichkeiten des häuslichen Lebens sind so anziehend, daß die Mehrzahl der Arbeiter durch hohen Lohn bewogen wird, in früherem Alter als sonst sich zu verheiraten.

„Dieser Umstand und die Einwanderung von anderen Ländern pflegen in solchen Fällen in nicht langer Zeit eine beträchtliche Vermehrung der Volksmenge zu bewirken, welche dann das Angebot von Arbeitern erweitert.

„Wenn nun das Kapital nicht mit gleicher Geschwindigkeit anwächst, so wird unfehlbar der Lohn von seinem hohen Stand herabgehen müssen.

„In der Regel sind auch wirklich die Gelegenheiten zur Ansammlung neuer Kapitalien nicht so günstig und die Beweggründe zum Sparen nicht so mächtig, daß das Gesamtkapital eines so schnellen Anwuchses fähig wäre als die Volksmenge.

„Diese wird also durch das Zurückbleiben des Kapitals in ihrer weiteren Vermehrung gehindert und deshalb ist gewöhnlich das Angebot von gemeiner Handarbeit im Verhältnis zum Begehr von solcher Größe, daß der Lohn nur den nötigen Unterhalt oder wenig mehr gewährt."

Meine Herren! Herr Professor Rau sagt, wie Sie sehen, genau dasselbe was ich, aber wie ich bereits vorhin bemerkt habe, wenn es sich darum handelt, den Arbeiter an der Erkenntnis seiner Lage zu verhindern, so geschehen die allererstaunlichsten Dinge, und so hat denn dieser selbe Professor Rau hier in der „Süddeutschen Zeitung" gegen mich eine Erklärung erlassen, worin er mir natürlich nicht wirklich widerspricht, denn wie Sie sehen, könnte er das nicht, ohne sich auf das empfindlichste selbst zu widersprechen, worin er aber doch für ungeübte Augen mit „wenn" und „aber" den Anschein annimmt, als widerspräche er mir!

Ich habe dieses Verfahren bereits öffentlich gerichtet, hinweisend auf die Unehrlichkeit, im Hörsaal und in gelehrten Werken etwas anderes zu sagen als vor dem Volke.

Ich habe dies widerlegt einfach durch die Zitation aus

Werken des Herrn Rau selbst. In der „Vossischen Zeitung" zu Berlin ist das veröffentlicht worden, ich habe diese Entgegnung auch an die „Süddeutsche Zeitung" hergeschickt, die zuerst den Aufsatz von Herrn Rau gegen mich gebracht hat — und sie hat die Perfidie und Unehrlichkeit gehabt, meiner Erwiderung die Aufnahme zu verweigern!

(Bravo und Ordnungsrufe.)

Wenn ich mich hierüber beschwert habe, so geschieht es nur in Ihrem Interesse.

(Rufe: Schluß und Ausredenlassen. Ruhe.)

Mir kann das ganz egal sein, ob die „Süddeutsche Zeitung" das abgedruckt oder nicht; aber indem sie es nicht tut, hindert sie die Arbeiter daran, diese Entgegnung zu lesen.

Es ist in der ganzen Presse anerkannt, daß, wer einen Angriff bringt, die Pflicht hat, die Antwort darauf abzudrucken. (Bravo.)

Präsident: Ich muß den Herrn Redner ersuchen, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen, wir sind nicht hier, um uns zu beschimpfen, sondern um uns über tiefgehende Fragen auszusprechen und zu verständigen. Je mehr Sie sich mäßigen, desto größer wird der Eindruck auf die Versammlung sein. (Bravo.)

Lassalle: Ich habe niemand beschimpft, ich habe nicht einmal von Personen, sondern von einem Institut gesprochen und dessen Unehrlichkeit gerügt. Es ist und bleibt eine hohe Unehrlichkeit, einen Angriff zu bringen und die Annahme der Antwort darauf zu verweigern und — wohin wäre es mit der Wahrheit gekommen, wenn sie sogar nicht einmal vor Arbeitern gesagt werden sollte?!

(Stürmisches Bravo und großer Lärm.)

Hören Sie einen anderen berühmten Gelehrten, Professor Zachariae in seinen 40 Büchern vom Staat. Band 5, p. 156:

„In diesem Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern, sagt er, sind die Arbeiter fast immer der schwächere und daher unterliegende Teil. Denn zufolge der Gesetze, nach welchen die Menschengattung sich vermehrt, übersteigt fast immer das Angebot der Arbeit den Begehr, umso mehr, da der Arme den Entschluß, sich zu verheiraten, am leichtsinnigsten faßt. Nam cantat vacuus coram latrone viator (d. h. der Wanderer mit leeren Taschen singt, wenn er dem Räuber begegnet; er hat nichts zu verlieren, darum kann er leicht singen. In demselben Sinne, meint Zachariae, verheiratet sich der Arbeiter so leicht, weil er nichts zu verlieren hat).

„So geschieht es fast immer, daß der Arbeitslohn zum Maße des ursprünglichen Arbeitslohnes so herabsinkt, daß dem Arbeiter nur die Lebensnotdurft zuteil wird. Der Arbeitslohn würde noch tiefer herabsinken (und in der Tat verdient der Arbeiter zuweilen sogar das Unentbehrliche nicht), wenn er nicht durch die physische Beschaffenheit des Menschen auf jener Stufe erhalten würde."

Ebenso einer der gelehrtesten Nationalökonomen, Prof. Roscher in Leipzig, sagt (System der Volkswirtschaft, 1858, p. 308):

„Das Wort Produktionskosten, welche das fortwährende Ausgebot der Arbeit bedingen, umfaßt die herkömmlichen Lebensbedürfnisse nicht bloß der wirklichen Arbeiter, sondern auch ihrer Familien, d. h. also des heranwachsenden Arbeiterge-

schlechts. Wie groß die Anzahl des letzteren sein müsse, hängt wesentlich von der Arbeitsnachfrage ab.

„Ist diese z. B. so stark, daß nur die Erziehung von durchschnittlich sechs Kindern pro Familie sie befriedigen kann, so muß der Lohn, außer dem Unterhalt des Arbeiters, auch noch die Erziehungskosten von sechs Kindern zu decken vermögen. Wo es üblich wird, daß Weib und Kind für Lohn arbeiten, da braucht der Vater nicht mehr den ganzen Unterhalt der Familie selbst zu erwerben, es kann also der individuelle Arbeitslohn geringer ausfallen.

„Sobald er unter die oben erwähnte Kostenhöhe sinkt, so würde sehr bald durch vermehrte Sterblichkeit und Auswanderung, durch verminderte Ehe und Geburtszahl eine Verringerung des Angebots erfolgen, die bei unveränderter Nachfrage den Lohn wieder steigern müßte. Auch umgekehrt wird sich der Stand des Arbeitslohnes hoch über jenen Kostenbetrag um so schwerer lange behaupten können, je allgemeiner die Befriedigung des Geschlechtstriebes für den größten sinnlichen Genuß und die Liebe der Eltern zu den Kindern für natürlichste menschliche Pflicht gilt. Wo eine starke Nachfrage nach Menschen ist, da wird sich regelmäßig auch ein starkes Angebot von Menschen einstellen."

Sie sehen, meine Herren, welche Einstimmigkeit bei allen Autoritäten, bei allen Männern der Wissenschaft über dieses Gesetz herrscht, und welche unglaubliche Stirne dazu gehört, ein so anerkanntes Gesetz als unwahr zu bezeichnen und sich dabei noch auf Smith und Mill zu berufen, die dasselbe selbst nachgewiesen haben. Als ich dieselben Enthüllungen in Leipzig machte, erklärte sogar ein Blatt, welches zu meinen leidenschaftlichsten Gegnern gehört, die „Mitteldeutsche Volkszeitung", daß

in dieser Hinsicht der Beweis gegen die Zitate des Herrn Wirth von mir vollständig erbracht worden sei.

Überdies, meine Herren, Rodbertus hat es Ihnen gesagt, in jenem Brief, den er an Sie gerichtet: „Alle großen Ökonomen aller zivilisierten Völker haben einstimmig dieses Gesetz anerkannt."

Überhaupt, meine Herren, muß ich Ihnen hier ein- für allemal etwas sagen: Wenn ich Ansichten ausspreche, wenn ich Schlüsse ziehe, so kann ich irren so gut wie jeder andere, denn ich bin kein Papst; aber dann trage ich Ihnen diese Dinge auch als *meine* Ansichten und als *meine* Schlüsse mit ihren Gründen vor und überlasse es Ihrer Vernunft, sich zu sagen, ob Sie von der Notwendigkeit dieser Schlüsse überzeugt sind oder nicht.

So oft ich aber komme, und so oft ich in aller Zukunft noch kommen werde, und Ihnen sage: dies und dies ist eine *von der Wissenschaft allgemein anerkannte Tatsache*, — so oft ich das tue, können Sie mir *dies*, daß diese Tatsache allgemein in der Wissenschaft als anerkannt gilt, immer unbedingt und auf das Wort glauben; darin *kann* ich Sie nicht täuschen, dagegen sichert Sie nicht nur mein Charakter, dagegen haben Sie auch noch eine andere Garantie, die ich nicht um persönlicher Ruhmredigkeit willen, sondern im Interesse der Sache und weil Sie Arbeiter sind, die davon nichts wissen können, Ihnen hier erklären muß.

Ich habe mir in der gesamten wissenschaftlichen Welt durch mühsame und große gelehrte Arbeiten einen allgemein anerkannten und geachteten Namen und zwar in sehr verschiedenen Wissenschaften erworben; diesen Namen würde ich mit *einem Schlage* verlieren, wenn ich hertreten wollte und Ihnen sagen: Es ist etwas in der Wissenschaft allgemein anerkannt, was dies *nicht* ist.

Dem setzt sich aber niemand aus, der sich einen solchen Namen in der Wissenschaft einmal erworben.

Fragen Sie Herrn Dr. Büchner hier, der in der Naturwissenschaft in einer ähnlichen Lage ist, ob er sich dem aussetzen würde und könnte.

Subalterne, untergeordnete Subjekte aber, obskure Skribenten, die sind freilich in einer ganz anderen Lage, diese können Ihnen sagen, was sie wollen, denn sie haben nichts zu verlieren!

Nun werde ich Ihnen aber endlich noch einen anderen Beweis für jenes Gesetz erbringen, einen Beweis, der Sie vielleicht belustigen, vielleicht aber auch entrüsten wird.

Ich habe hier in der Hand ein Buch von Herrn Max Wirth: „Grundzüge der Nationalökonomie". Darin sagt er p. 36:

> „Der Wert der Jahresarbeit eines Arbeiters muß also mindestens einer Summe gleichkommen, welche dessen Existenz sichert.
>
> „Um diesen Maßstab wird der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn, wie um seinen Mittelpunkt ventilieren unter dem Einfluß von Nachfrage und Angebot."

Sie sehen also, abgesehen davon, daß er ein falsches Wort gebraucht, — denn „ventilieren" kann in diesem Sinne nicht gebraucht werden, — sagt er wörtlich genau dasselbe, was ich gesagt und was er unter Ihnen bekämpft!

Sie sehen, meine Herren! ein Lohnarbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwertes, aber ein Lohnschreiber, — — das ist eine ganz andere Sache!

(Ordnungsruf. Großer Lärm. Aussprechenlassen. Schluß, Schluß. Nein, Weiterreden.)

P r ä s i d e n t: Ich muß den Redner entschieden bitten, nicht Personen zu beleidigen. Diesmal hat er von einer Person gesprochen.

L a s s a l l e: Es ist für mich eine ganz neue Erscheinung und zeigt, wohin wir gekommen sind, die Szene, die ich jetzt erlebt habe. Meine Herren, ich werde mich in der Freimütigkeit meines Urteils nicht irre machen lassen. (Anhaltendes Bravo.)

Überdies bitte ich Sie, eines zu bemerken.

Ich habe hier kein Urteil über eine Person abgegeben, sondern nur eine allgemeine Sentenz gesagt.

Ich habe n i c h t gesagt, Herr Max Wirth i s t ein Lohnschreiber; kein Mensch kann das gehört haben.

Ich berufe mich auf die Herren Stenographen. Ich habe nur gesagt, ein Lohnarbeiter ist etwas ganz Ehrenwertes und ein Lohnschreiber ist etwas ganz anderes.

Das ist eine allgemeine Sentenz.

Der Präsident hat nicht das Recht, den Sinn meiner Worte zu zensieren.

(Bravo aus dem Saal und von den Logen.
Schluß, Schluß. Weitersprechen.)

P r ä s i d e n t: Wissen Sie nicht, meine Herren, daß wir hier eine Versammlung haben, auf die halb Deutschland blickt? Lassen Sie es nicht dahin kommen, daß die Bemerkung gemacht werden muß, die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil die Arbeiter nicht genug parlamentarischen Takt besaßen.

Ich habe Herrn Lassalle unterbrochen, weil er das Wort „Lohnschreiber“ in Verbindung mit Herrn Max Wirth gebracht hat. Kein Mensch wird daran zweifeln, obschon vielleicht der Wortlaut nicht der war.

Deshalb habe ich das Recht, den Herrn Redner aufmerksam zu machen, künftig Ähnliches zu unterlassen.

L a s s a l l e : Ich muß dem Präsidenten wiederholt bemerken, daß ihm nur die Zensur über die parlamentarische A u s d r u c k s w e i s e , niemals aber über den S i n n der Rede zusteht. Darauf beruht eben die ganze Freiheit der Rede, daß man etwas andeutet, ohne es mit direkten Worten zu sagen, daß man jeden beliebigen Sinn mit parlamentarisch erlaubten Ausdrücken sagt; darauf beruht die Freiheit der Rede, wie die Gewandtheit des Redners. Wie wollen Sie sonst, wenn Sie über irgend etwas oder irgend jemanden eine schlechte Meinung haben, wie wollen Sie diese mitteilen?

(Großer Beifall aus dem Saal und den Logen.)

Ich habe Ihnen also bewiesen, daß Herr Wirth in seinem Werke genau dasselbe sagt, was ich sage. Vielleicht kommen nun in diesem Werke — denn ich habe es nicht gelesen — auch andere Stellen vor, in denen wieder das Gegenteil gesagt ist. Was würde da für ein Schluß übrig bleiben? Wie definiert Lord Byron, der berühmte englische Dichter, den Wahnsinn? Er sei die Vereinbarung des Unvereinbarlichen![1]) — Ich habe Ihnen soeben gesagt, ich habe dies Buch nicht gelesen und Sie könnten sich somit wundern, wieso ich in der Lage war, Ihnen die betreffende Stelle darin nachweisen zu können. Ich bin Ihnen daher Aufklärung darüber schuldig. In der Tat, als dies Buch erschien, kam es mir zur Hand. Aber als ich einige Seiten durchblättert, entdeckte ich sehr bald den gedankenlosen Zusammenstoppler und warf das Buch unwillig fort, da ich keine Zeit habe, so wertlose Zu-

---

[1]) Das ist also der Mann, auf dessen „Autorität“ hin nicht nur die Volkszeitung, sondern auch die Nationalzeitung zu Berlin in einem feierlichen Leitartikel jenes Gesetz des Arbeiterstandes für einen „überwundenen Standpunkt“ erklärten! Mögen sie die Schande ihrer Unwissenheit jetzt tragen!

sammenstoppelungen zu lesen. Jetzt aber, nachdem Herr Wirth überall gegen mich aufgetreten, schickte mir ein Freund, der mehr Zeit und Geduld hat, dies Buch und bezeichnete mir jene Stelle[1]). — Ich will hier eine Bemerkung machen, da sich der Herr Präsident an meiner Ausdrucksweise gestoßen hat. Wenn ich mich ungeschminkt ausspreche, so werde ich deshalb nicht persönlich, denn ich bleibe strenge bei der Sache; ich werde bloß g r o b und das ist ein ungeheurer Unterschied, meine Herren. Grob m u ß , kann und d a r f ich sein, und das werde ich Ihnen beweisen. Grob m u ß jeder Vertreter einer großen Sache gegen alle solche sein, die sich fälschend zwischen ihn und seinen großen Zweck werfen, und ich bin entschlossen, mit geistigen Keulenschlägen jeden zu Boden zu schlagen, der sich zwischen Sie und mich fälschend drängt. In Ihrem Interesse also m u ß ich grob sein; und ebenso k a n n und d a r f ich es sein, denn wenn Herr Max Wirth, der mir später ja antworten kann, auch ebenso grob sein wollte gegen mich, so wäre dennoch ein ungeheurer Unterschied zwischen dem, was e r sagt und dem, was i c h sage. Wenn er mich z. B. gleichfalls einen gedankenlosen Zusammenstoppler nennen wollte, wie ich ihn, so würde das nur das ungeheure Gelächter aller Männer der Wissenschaft erregen, die mich kennen. Aber wenn ich i h n so nenne, so weiß jeder Mann von Fach, wie ungeheuer wahr das ist, und jedes meiner Worte trifft ihn wie mit Keulenschlägen! — (Großer Beifall.)

---

[1]) Dieser Freund war Rodbertus, wie aus den Briefen Lassalles an diesen hervorgeht. Rodbertus war es auch, der Lassalle die Anwendung des Byronschen Zitates auf Max Wirth nahelegte. Vergleiche den Brief Lassalles an Rodbertus vom 28. April 1863. D. H.

Was ist nun die Folge jenes Gesetzes, von dem ich Ihnen nachgewiesen habe, daß es einstimmig anerkannt ist von allen Männern der Wissenschaft? Was ist die Folge desselben? frage ich. Sie glauben vielleicht, meine Herren, daß Sie Menschen sind? Ökonomisch gesprochen, und also in der Wirklichkeit, irren Sie sich ganz ungeheuer! Ökonomisch gesprochen sind Sie nichts als eine Ware! Sie werden vermehrt durch höheren Lohn, wie die Strümpfe, wenn sie fehlen; und Sie werden wieder abgeschafft, Ihre Zahl wird durch geringeren Arbeitslohn, — durch das, was der englische Ökonom Malthus die vorbeugenden und zerstörenden Hindernisse nennt, — vermindert wie Ungeziefer, mit welchem die Gesellschaft Krieg führt! Wenn das Mitglied der Pariser Akademie, M. Diannyere, schon am Ende des vorigen Jahrhunderts unter Betrachtung einer 40jährigen Zeitperiode in Paris und Lyon nachgewiesen hat, daß jedes Jahr, welches etwas nur unerheblich teurere Getreidepreise hat, die Sterblichkeit unter den Arbeitern vermehrt — was ist das zuletzt anders als der reine Hungertod? Kommt es zu dem Verein, für den ich kämpfe, so werde ich Ihnen in den großen Blättern desselben diesen Prozeß, den ich Ihnen soeben entwickelt habe, noch näher schildern.

Diesem unmenschlichen Zustande handelt es sich, ein Ende zu machen, dafür die öffentliche Überzeugung, dafür ein legales Mittel zu gewinnen. Aber nun, ehe ich hierin fortfahre, muß ich noch eine andere tatsächliche Grundlage meiner Broschüre gegen die höchst unberechtigten Einwürfe und Zweifel wahren, die höchst inkompetente Menschen dagegen erhoben haben.

Ich habe in meinem Antwortschreiben eine auf Grund der amtlichen Steuerlisten des Jahres 1850 vom Geheimrat Dieterici veröffentlichte Berechnung mitgeteilt über

die ungefähre Verteilung des Einkommens in der Bevölkerung, eine Liste, nach welcher 89 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen bis 200 Taler genießen, sich also in der allerdrückendsten Lage befinden, andere 7 Prozent der Bevölkerung immer noch in gedrückter und dürftiger Lage sind und nur 4 Prozent der Bevölkerung in wohlhabender Lage sich befinden. Was für ein Meer von Zweifeln und was für ein Sturm von Wut hat sich nicht gegen diese meine Mitteilung erhoben! Die einen schrien, das sei ein besonders ungünstiges Jahr; die anderen, die Zahlen seien falsch, grundfalsch und unmöglich. Die dritten, sie müßten mißverstanden sein. In allen Tonarten hat man sich erhoben, schäumend vor Wut dagegen, daß ich Ihnen das minime Verhältnis, in welchem die Zahl der Besitzenden zu der unbemittelten Klasse steht, verraten habe. Ja wohl, man will den unbemittelten Klassen ihre Z a h l verschweigen, um ihnen ihre M a c h t zu verschweigen. (Beifall.) In dieses interessierte Wutgeschrei haben sich auch von Wohldenkenden und Aufrichtigen Zweifel und Zeichen äußerster Überraschung gemischt. Dies ist nicht wunderbar. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie mir, als ich, was freilich vor langen Jahren der Fall war, das erste Mal zur Statistik kam, vor Verwunderung das Buch aus der Hand fiel, als ich zuerst auf ähnliche Nachweise stieß, eine wie unmerkliche Handvoll Menschen die Besitzenden in der Nation ausmachen. Ich war immer gewohnt, so viele Menschen in guten Verhältnissen vor mir zu sehen, daß ich im ersten Augenblick gleichfalls zu träumen glaubte. Aber aus meiner Unerfahrenheit darin fiel es mir nicht ein, einen Einwurf gegen wissenschaftlich feststehende Dinge herzuleiten, sondern ich ließ mich eben belehren. Die Statistik beweist eben, und das ist gerade das Verdienst der Agitation, die ich mache, daß sie Dinge,

die seit vielen Jahrzehnten Eigentum der gelehrten Kaste sind, aus der Kaste heraus auf den öffentlichen Markt wirft! Seit Jahrzehnten weiß man das in der Professorenwelt und es inkommodiert keinen Menschen; aber durch eine kräftige Faust auf den Markt geschleudert — und die ganze Presse und das gesamte Land gerät darüber in eine Art von Aufruhr! Freilich ist damit nun notwendig verknüpft, daß nun auch der ganze unwissende Mob, der nicht den geringsten Beruf dazu hat, mitzusprechen, schulmeistert, schimpft, fälscht, mich an der Nase zieht und noch dabei die Miene großer Überlegenheit annimmt. Das muß man sich eben gefallen lassen. All dieser Unverstand hat kurzen Atem und vergeht; das Große und Wahre bleibt bestehen und bohrt sich durch.

Zunächst aber, — hatte man denn überhaupt den geringsten Grund zum Unglauben gegen die Zahlen, die ich Ihnen mitgeteilt? Trugen sie nicht alle Gewähr und Bürgschaft, die man nur denken kann? Ich hatte mich gehütet — und hatte Sie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht — Ihnen mit eigenen Berechnungen zu nahen. Zahlen freilich kann jeder auf das Papier stellen, das kann jede beliebige Zeitung tun und das bedeutet dann eben gar nichts! Ich aber hatte Ihnen wörtlich kopiert das Resultat einer Berechnung Dietericis, und dieser vor kurzem verstorbene Mann war Mitglied der Königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, also der ersten gelehrten Körperschaft des Landes, und zwar gerade als Statistiker, um seiner statistischen Verdienste willen. Er war ferner, und zwar wieder um seiner Verdienste als Statistiker willen, von dem Staate angestellter Chef des Amtlichen Statistischen Bureaus zu Berlin. Er arbeitete endlich, was bei der Statistik eine Hauptsache, mit allen offiziellen Hilfsmitteln des Staates, und in den amtlichen

Veröffentlichungen des Statistischen Bureaus ist jener Aufsatz erschienen. Ein solcher Mann versteht sein Fach. Was bedeutet also gegen die wissenschaftlichen Konstatierungen dieses Mannes, der damals der Chef dieser Wissenschaft in ganz Preußen war, das wütende Geschrei der Unwissenden: es ist nicht wahr? Und sollte man sich nicht schämen, daß man die Stirne hat, zu widersprechen, wo man die Bescheidenheit haben sollte, zu lernen? Ein gewisser Herr Wackernagel — ich würde Ihnen nicht davon sprechen, wenn ich nicht gehört hätte, daß diese Broschüre auch hierher gedrungen, und wenn die Berliner „Volkszeitung" und andere liberale Blätter diese Broschüre nicht mit größtem Jubel bekränzt hätten, — ein gewisser Herr Wackernagel, der gleichfalls nicht den geringsten Beruf hat, in statistischen Dingen mitzusprechen, hat die großartige Entdeckung gemacht [1]), daß von fünf Klassen und einer Zwischenstufe, in welche das der Dietericischen Berechnung zugrunde liegende Klassensteuergesetz vom 30. Mai 1820 die Bevölkerung zerlegt, in der untersten Klasse die Steuer gesetzlich von zwei Personen derselben Familie erhoben werden kann, und resp. in gewissen Fällen nach der gesetzlichen Bestimmung von höchstens drei. Das hat natürlich der Geheimrat Dieterici ebenso gut gewußt, wie Wackernagel, und wie dieser Umstand den Geheimrat Dieterici nicht abhielt, auf diese Steuerzahl die statistische Durchschnittsberechnung zu bauen, wie sich — wörtlich: — „die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt", so hat dieser Umstand auch mich nicht abgehalten, von dieser Dietericischen Berechnung, die ich genau und ohne jede Alteration kopiert, und

[1]) In einem Pamphlet „Offener Brief eines Urwählers III. Klasse, der nicht Arbeiter, an F. Lassalle. Elberfeld, Bädeker 1863". D. H.

in demselben Sinne, in welchem er sie selbst gibt, Gebrauch zu machen. Daß sich Geheimrat Dieterici durch diesen Umstand, daß in der untersten jener fünf Klassen die Familie bei der Steuer durch zwei, resp. in gewissen Fällen selbst durch drei Personen vertreten sein kann, nicht abhalten ließ, auf jene Steuerliste seine Durchschnittsberechnung der Einkommenverteilung zu gründen, wäre unter anderem schon dadurch allein gerechtfertigt, daß die Kinderzahl in den Familien der untersten Klasse bei weitem die größte ist und sich hierdurch also jener Umstand wieder vollauf kompensiert. Mit welcher Unwahrheit und Kühnheit man aber von seiten der liberalen Presse und auch von seiten des Herrn Wackernagel zu verdunkeln und zu leugnen sucht, daß Dieterici jenes Einkommen als *durchschnittliches Familieneinkommen* hinstellt, ergibt sich am einfachsten daraus, daß Dieterici, nachdem er noch auf derselben Seite das Gesamteinkommen der Bevölkerung geschätzt und hieraus die Einnahme jener fünf Klassen berechnet hat (eben jene Einnahmen und Zahlen, die ich Ihnen in meinem „Antwortschreiben" mitgeteilt habe), *nun erst dazu übergeht, das Einkommen der einzelnen* zu berechnen. Er fährt nämlich wörtlich fort wie folgt: „Und es beträgt *daher das Einkommen des einzelnen* durchschnittlich in der ersten Klasse 860, in der zweiten 291, in der dritten 125, in der vierten 62 und in der fünften 14 Taler", während die früher nachgewiesenen und in meinem Antwortschreiben abgedruckten fünf Klassensätze betrugen, wie Sie sich erinnern, in der ersten Klasse über 1000, in der zweiten 400 bis 1000, in der dritten 200—400, in der vierten 100—200 und in der fünften unter 100 Taler, so daß sich hier also auf den ersten Blick und ausdrücklich diese letzteren Sätze

als durchschnittliches Familieneinkommen darstellen, zum Unterschied von den Ihnen jetzt vorgelesenen Einkommen des einzelnen. Die liberale Presse hat, wenn sie Wackernagel bekränzt, sich nicht einmal die Mühe gegeben, auch nur die von mir zitierte Seite Dietericis aufzuschlagen, sonst würde sie natürlich gesehen haben, welch gründliche Entdeckung sie umjubelt!

Ebenso hat Herr Wackernagel und die liberale Presse eingewendet: es sei hier nur von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung die Rede! Meine Herren! Zunächst habe ich zu bemerken, es ist von Prozentsätzen der Bevölkerung die Rede. Was will also jener Einwurf besagen? Die klassensteuerpflichtige Bevölkerung betrug damals zirka 14 500 000, die mahl- und schlachtsteuerpflichtige 2 000 000 Einwohner. Wenn man nun durch die Klassensteuerrollen gefunden hätte, wie sich die Einnahme unter den 14 000 000 der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung verteilt, wieviel Prozent derselben 100, 200 und 300 Taler haben usf.: wenn man das gefunden hat, so wird jeder Statistiker mit dem höchsten Recht von der großen Zahl von 14½ Millionen auf die kleine Zahl von 2 Millionen fortschließen, und es kann dabei eine für die Gesamtbevölkerung statistisch nennenswerte Abweichung gar nicht stattfinden. Der Prozentsatz bleibt also immerhin derselbe, selbst wenn Dieterici nur von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung spräche. Aber auch das ist nicht wahr! Sie finden auf derselben Seite, daß er bei seiner Berechnung ausdrücklich die Zahl von 16 331 186 Einwohner, d. h. die damalige Gesamteinwohnerzahl des Staates unterstellt, die Zahl der klassensteuerpflichtigen plus der schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Bevölkerung! — Sehen Sie, meine Herren, mit solchem Mob und solchen

Entstellungen hat man zu streiten! Ich habe manche schwere Arbeit bereits hinter mir in meinem Leben, aber wenn ich ein Herkules wäre, so wäre dies hier sicher meine Augiasarbeit[1]).

---

[1]) Dagegen hat sich in die Anmerkung zu S. 30 meines „Antwortschreibens" (S. 79/80 dieses Bandes) ein, obwohl in seinem Resultat bis zur Unmerklichkeit geringfügiger Rechnungsfehler eingeschlichen. Ich sage nämlich in dieser nachträglich bei der Korrektur in Eile hinzugefügten Anmerkung: „Immer repräsentiert hiernach der klassensteuerpflichtige Kopf noch im Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen" und gelange zu diesem Resultat dadurch, daß ich die dermalige Zahl von Klassensteuerpflichtigen (4950454) zu der Zahl von 16331187 Seelen in Verhältnis brachte. Sie mußte aber statt dessen in Verhältnis gebracht werden zu der Zahl von zirka 14½ Millionen, welche damals die Zahl der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung war (im Jahre 1853 betrug dieselbe genau 14823356 Seelen, s. Dieterici, Bd. VII, p. 206). Dann ergibt sich, daß der klassensteuerpflichtige Kopf noch im Durchschnitt eine Familie von $2^{92}/_{100}$ Personen repräsentiert, und es sind also die Worte „im Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen" der bis zur Unmerklichkeit geringfügigen Änderung zu unterwerfen in die Worte: „im Durchschnitt eine Familie von über $2^{9}/_{10}$ Personen". Und ebenso berichtigen sich dann die aus der Anmerkung nachträglich in den Text eingeschalteten Worte „und fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens 3 Personen" in die Worte: „fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens über $2^{9}/_{10}$ Personen!"

Das ist der ganze Irrtum, der in jene Berechnung untergelaufen! Diesen hätte Herr Wackernagel berichtigen können und sollen, statt aller Entstellungen und all des verkehrten Kohls, den er hierüber macht. Dieser unmerkliche Irrtum entstand einfach dadurch, daß ich, da die heutige Zahl der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung bei der inzwischen auf zirka 18 Millionen gestiegenen Gesamtbevölkerung ungefähr 16 Millionen beträgt — Zahlen, welche gerade von andern

Weil es nun aber einmal Herrn Wackernagel und der liberalen Presse gefällt, jene Dietericische Berechnung nicht gelten lassen zu wollen und weil sich zahlenmäßig nach dem vorliegenden Material nicht ermitteln läßt, wie groß einerseits in den fünf Steuerklassen die auf dieselbe Familie kommende Zahl von Steuerpflichtigen ist, und zugleich andererseits wie groß die Zahl der Familienglieder in der unteren Klasse im Verhältnis zu der geringen Zahl in den obern ist, so wollen wir einmal von Dietericis Berechnung ganz abgesehen und auf andere und noch viel schärfere Weise dieselben Resultate feststellen; dabei will ich Ihnen indes zunächst zeigen, wie Männer von Fach- und Sachkenntnis über solchen Nachweis, wie ihn Dieterici gegeben, urteilen.

Schon 1848 hatte Geheimrat Dieterici im 2. Band der Mitteilungen des Statistischen Bureaus eine viel weniger genaue, eine weit summarischer angelegte Berechnung über die Einnahmeverhältnisse auf Grund der Steuerlisten von 1846 gegeben, wobei übrigens diesmal Einzelnsteuernde und Familien getrennt waren. Das Resultat war folgendes: daß von den Familien $2^3/_4$ Prozent über 1100 Taler Einkommen haben, 9 Prozent zwischen 500—937 Taler und 88 Prozent auf der untersten Stufe ständen von 125—375 Taler. Was die Einzelnsteuernden betrifft, so waren gar 96 Prozent derselben der alleruntersten Klasse zugehörig gefunden worden mit einem Einkommen von 30—60 Taler; höchstens 120 Taler. Dieterici machte

---

Arbeiten her meinem Gedächtnis vorschwebten — bei der Eile der nachträglichen Anmerkung nicht mehr genau zusehend, in der von Dieterici Bd. IV, p. 223 bloß gelegentlich erwähnten Gesamtzahl von 16 331 187 Menschen, die Gesamtzahl der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung statt der Gesamtzahl der Bevölkerung vor mir zu haben glaubte.

dabei selbst, wie ich übrigens auch in meiner Broschüre getan habe, darauf aufmerksam, daß diese Berechnung auf eine positive zahlenmäßig bestimmte Genauigkeit natürlich als Durchschnittsberechnung keinen Anspruch habe. Herr Adam Soetbeer in Hamburg, auch ein Freihändler und Bourgeoisökonom, also ein Anhänger der wissenschaftlichen Überzeugung, die ich bekämpfe, aber doch ein Mann von Fach und Sachkenntnis, sagt, indem er diese frühere Liste Dietericis in seiner Ausgabe von John Stuart Mills Werken, Bd. II, p. 147, abdruckt, wörtlich auf jene Bemerkung Dietericis wie folgt: „Was aber jedenfalls aus den beiden vorstehenden Übersichten, wie wenig sie auch auf völlige Genauigkeit Anspruch machen können, augenscheinlich hervorgeht, ist die *außerordentlich kleine Anzahl* der Personen aus den höheren Ständen und mit bedeutendem Einkommen, *und selbst des Mittelstandes*, im Verhältnis zu der sehr großen Menge derjenigen, welche entweder nur einen ganz unbedeutenden Besitz haben, oder ohne allen Besitz sind und, wie man sagt, von der Hand in den Mund leben.“ So Soetbeer; so äußert sich über diese Dietericische Liste, und zwar über eine viel summarischer berechnete, ein Mann von Sachkenntnis. Genau zu diesem Behufe, zu diesem Nachweis, hatte ich Ihnen diese Dietericischen Berechnungen mitgeteilt, nicht zum Behuf einer arithmetisch festen Zahl, welche die Statistik weder geben kann, noch ein Interesse hat zu geben.

Gehen wir nun aber dazu über, die Einnahmenverhältnisse der Bevölkerung jetzt in viel schärferer und genauerer Weise festzustellen, als dies auf Grund der Steuerlisten pro 1850 noch möglich war. Ich hatte in meinem Antwortschreiben jene Dietericische Berechnung nur ausgewählt, weil ihr Resultat in wenigen kurzen Zeilen

mitgeteilt werden konnte; durchaus nicht deshalb, weil sie mir für meinen Zweck günstiger geschienen hätte, als andere Berechnungen. Jetzt aber werde ich Ihnen eine andere Berechnung geben, so unerbittlich scharf, daß nichts mehr bei ihr verdunkelt und verwirrt werden kann, eine Berechnung viel genauer und positiver als jene statistische Durchschnittsberechnung; und nur noch ungenau in dem Sinn, daß sie die Zahl der Bemittelten noch größer erscheinen lassen wird, als sie in Wirklichkeit sein kann. Wir wollen nämlich statt des durchschnittlichen Verhältnisses der Gesamtbevölkerung etwas anderes berechnen, was in der Statistik immer viel leichter ist.

Wir wollen nämlich einmal die Zahl der Bemittelten in der Nation berechnen und sehen, was und wie viel dann für die Unbemittelten übrig bleibt. Wir haben zu einer solchen viel schärferen Berechnung in dem neuen preußischen Klassen- und Einkommensteuergesetz vom 1. Mai 1851 eine vortreffliche, viel genauere Grundlage bekommen, als das alte Klassensteuergesetz von 1820. Nach diesem Klassen- und Einkommensteuergesetz, meine Herren, wird jeder, der über 1000 Taler Einkommen hat, in ganz Preußen zur klassifizierten Einkommensteuer eingeschätzt. Im Jahre 1854 hat der Staat die Resultate der Steuerliste pro 1853 im Statistischen Bureau, Bd. VII, p. 179 bis 195, veröffentlicht. Wie viel Personen, glauben Sie nun, waren damals in ganz Preußen, d. h. auf 17 Millionen Menschen, welche über 1000 Taler Einkommen hatten? Nicht mehr als die lächerlich kleine Zahl von 44 407 Personen. Dies ist nicht mehr eine Durchschnittszahl, meine Herren, dies ist eine absolute Zahl, durch Addition gefunden, nicht durch Berechnung. Man kann freilich sagen, daß vor der Steuer jedermann

ein Interesse habe, sein Einkommen zu verbergen. Aber andererseits hat der Staat, da es sich dabei um seine Einnahme handelt, ein großes Interesse und viele Mittel in Händen, um diese Einnahmen auch richtig zu schätzen.

Man hört besonders bei uns in Preußen sehr viel klagen über Überschätzung bei der Steuer, und in der Tat sind nicht alle Leute in der Lage, nachweisen zu können, daß sie überschätzt sind, und nicht alle wollen es, um nicht ihrem Kredit zu schaden, so daß die wirkliche Annahme die sein muß, daß sich die Über- und Unterschätzten im ganzen kompensieren. Nehmen Sie aber selbst an, es bleibe noch ein surplus, eine Überzahl von Überschätzten übrig, nun, wie groß könnte die sein? Doch höchstens wieder ein Prozentsatz der ganzen Zahl! Nehmen Sie 2 oder 3 Prozent oder selbst 5 Prozent. Wenn Sie selbst 5 Prozent annehmen, so gäbe das bei einer Zahl von 44 407 Personen nochmals 2000 Personen, also eine Zahl, die für unsere Berechnung gar nicht in Betracht kommt. Geheimrat Dieterici sagt, indem er dies Resultat mitteilt, nach dem Abdruck der spezifizierten Liste, die ich gleichfalls zur Stelle habe und die jeder hier einsehen kann, wörtlich: „Es sind hiernach überhaupt 44 407 Personen zur klassifizierten Einkommensteuer veranschlagt. Nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentiert, so sind dies überhaupt 222 035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staates nur $1^{3}/_{10}$ Prozent, welche als Wohlhabende bezeichnet werden können." Dies sind die eigenen Worte Dietericis, die Sie hier nachlesen können. Also, wie sehr auch die liberale Presse zu fälschen suchen möge, es bleibt schon dabei! Sie hören Dieterici: Es sind noch nicht $1^{1}/_{3}$ Prozent der Bevölkerung, die als wohlhabend bezeichnet werden können, und

dabei gelangt Dieterici sogar zu dieser Zahl von 1⅓ Prozent nur, indem er annimmt, daß jeder jener 44 407, die über 1000 Taler Einkommen haben, eine Familie von fünf Personen repräsentiere. Das ist aber offenbar eine viel zu reichliche Annahme. Einmal sind viele Einzelnsteuernde dabei, dann ist auch im Durchschnitt die Zahl der Familienmitglieder in der oberen, in der besitzenden Klasse, viel geringer, als fünf. Aber gehen wir weiter. Dieterici hat zwar ganz recht, daß jeder, der auf die Familie von fünf Köpfen nicht einmal 1000 Taler Einkommen hat, durchaus nicht als wohlhabend bezeichnet werden kann; aber begnügen wir uns dabei nicht, gehen wir tiefer ein, berechnen wir die große unbemittelte Klasse. Alle, die unter 1000 Taler Einkommen haben, werden nach demselben Gesetze zur neuen Klassensteuer herangezogen, und zwar sollen nach der Zirkularverfügung des Finanzministers vom 8. Mai 1851 alle, die unter 500 Taler haben, zu den beiden untersten Klassen der Klassensteuer geschätzt werden, und alle, die nur 500 Taler oder darüber haben, in gewisser Abstufung zur 3. Klasse. Die Gesamtzahl der zur 3. Klasse Eingeschätzten betrug nach denselben, von dem Staate veröffentlichten Listen nicht mehr als 91 530 Personen. Hier muß ich bemerken, daß diese Zahl keine Prozentzahl ist. Hier kommt also in Betracht, daß diese Zahl nur auf die klassensteuerpflichtigen Ortschaften sich bezieht, nicht auf die Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen, die freilich nur ein geringer Bruchteil der Bevölkerung sind. Die Bevölkerung der klassensteuerpflichtigen Ortschaften betrug in jenem Jahre 14 800 000 Seelen und die der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen nur zirka den achten Teil davon, nämlich 1 800 000 Seelen [1]. Berechnen wir also, daß es unter der

[1] S. Dieterici stat. Bür., Bd. VII, p. 206 sq.

mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung im Verhältnis ebenso viele Leute von 500 Taler Einkommen gibt, wie in der klassensteuerpflichtigen, eine Berechnung, die Dieterici wiederholt macht und die allgemein in der Statistik üblich ist, — so erhalten wir noch 11 260 Personen in dem ganzen Staate mit 500 Taler Einkommen, zusammen 102 790 Personen. Nehmen wir nun an, daß jede derselben wieder eine Familie von 5 Personen repräsentiert, obgleich dies doch nicht der Fall ist, da viel Einzelnsteuernde und viele von schwächeren Familien dabei sind, so gibt das 513 950 Seelen, also nicht mehr als zirka 3 Prozent der Bevölkerung. Wer nun nicht einmal 500 Taler Einkommen auf die Familie von 5 Köpfen hat, nun, der ist doch gewiß in gedrückter, dürftiger, unbemittelter Lage! Was ist also das Resultat dieses ganz genauen und positiven, nicht auf Durchschnittszahlen beruhenden Nachweises?

$1^3/_{10}$	Prozent	der Bevölkerung mit einem Einkommen von über 1000 Taler und
3	,,	mit einem Einkommen von über 500 Taler und darüber,

Summa: $4^3/_{10}$ Prozent der Bevölkerung.

Der große Rest, also $95^7/_{10}$ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 500 Taler auf die Familie von 5 Personen! also jedenfalls in gedrückter, dürftiger Lage, jedenfalls zu den ganz unbemittelten Klassen gehörend! Was hatte ich Ihnen in meinem Antwortschreiben gesagt? 89—96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter Lage. Es bleibt dabei, wie Sie sehen, und stellt sich fast noch schlimmer heraus, und wenn Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wut über ihre vergeblichen Fälschungsversuche auch

bersten![1]) Ja wohl, meine Herren! Man will Ihnen Ihre Zahl verbergen, um Ihnen Ihre Macht zu verbergen, denn nichts fehlt Ihnen zur Macht, als das Bewußtsein! Darum eben besteht überall eine Verschwörung gegen Sie, Ihnen diese Tatsachen und Zahlen zu fälschen; aber ich werde alle Fälschungen zerstören, und möge man platzen vor Wut! Ich will wegen der vorgerückten Zeit anderes statistisches Material über diese Frage, welches dies noch viel genauer erwiesen hätte, fortlassen, aber kann dieses Resultat denn überhaupt Verwunderung erregen? Jeder, der im geringsten Statistik getrieben, weiß, daß dem so ist und in allen großen Staaten ganz so ist, wie bei uns, und es gehört die größte Unerfahrenheit in der statistischen Literatur dazu, dies zu bezweifeln oder darüber verwundert zu sein. Es konstatiert z. B. der Präsident Lette in Berlin, den meine Gegner ja um so mehr gelten lassen müssen, als er eine ihrer Autoritäten ist, in seinem Werke über die Verteilung des Grundeigentums, daß nach der neuen Konstatierung in Frankreich 346000 ländliche Wohnungen gezählt werden, welche gar kein Fenster, sondern nur eine Tür haben, und 1817328 ländliche Wohnungen, welche nur ein Fenster und eine Tür haben, also 2163328 Wohnungen, deren Einwohner, die man hiernach auf über 10 Millionen Menschen schätzen muß, im höchsten menschlichen Elend sich befinden. Nach dem französischen Statistiker Baron v. Morogues haben 7500000

[1]) Über die neuesten Fälschungen des Herrn Wackernagel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. Juni sieh im Anhang den Aufsatz: „Herr Wackernagel oder der moderne Herostratus." (Dort findet der Leser auch die Irrtümer berichtet, die sich in die vorstehende Berechnung Lassalles eingeschlichen. D. H.)

Menschen in Frankreich jährlich nur 91 Frcs., d. h. 24 Taler 4 Silbergroschen zu verzehren. Wenn Sie das Werk nachsehen, welches der preußische Staat im Jahre 1849 veröffentlicht hat, betitelt die ländliche Arbeiterfrage von Prof. v. Lengerke, hervorgegangen aus den Berichten der landwirtschaftlichen Vereine in ganz Preußen, so werden Sie sehen, daß sich unsere ländliche Bevölkerung genau in derselben Lage befindet. Ich unterlasse, Ihnen Mitteilungen daraus zu machen, die ich vorbereitet hatte, weil die Zeit bereits zu sehr vorgeschritten ist[1]).

Freilich, selbst einer der aufgeklärtesten Geister, die sich heute unter uns befinden, — warum sollte ich ihn nicht nennen, es ist Dr. Büchner, — hat mir geschrieben: Ich will Dietericis Zahlen nicht bezweifeln, aber das muß ich sagen, wenn das so ist, so begreife ich nicht, warum die Hälfte der preußischen Bevölkerung nicht schon lange Hungers gestorben ist!

Ich werde ihm eine Antwort hierauf geben, blendend vor Einfachheit; eine Antwort, die ihn umso mehr zufriedenstellen wird, als er sich selbst schon an einer Stelle seines Berichtes auf eine Erwägung ähnlicher Art hingestoßen hat[2]). H u n g e r s t e r b e n, meine Herren, kann

---

[1]) Einige dieser Auszüge finden sich in der Rede „Die indirekte Steuer usw." Bd. II unserer Ausgabe S. 426 u. ff. Übrigens muß anerkannt werden, daß unter den damaligen Gegnern Lassalles viele waren, die weniger die statistischen Zahlen Lassalles selbst, als die Schlüsse bekämpften, die Lassalle in bezug auf die Macht der Arbeiterklasse aus ihnen zog. Und nicht ganz mit Unrecht. Denn, wie schon früher erwähnt, bewiesen diese Zahlen, in Verbindung mit der Statistik der Berufsklassen der Bevölkerung, vor allem die Zurückgebliebenheit der Verhältnisse im damaligen Preußen.

[2]) S. 27 der Broschüre „Herr Lassalle und die Arbeiter", wo Büchner sagt, daß die arbeitende Klasse „nicht bloß um

in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger, — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortdauernd eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt wieder ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit. Das Nähere hiervon kann Ihnen Herr Dr. Büchner, der ein berühmter Physiologe ist, viel besser im einzelnen auseinandersetzen, als ich. Nur daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist dennoch ein permanenter. Daß dies aber der Fall und inwiefern dies der Fall, das werde ich Ihnen jetzt durch schlüssige Tatsachen belegen.

In England ist die mittlere durchschnittliche Lebensdauer nach Mac Culloch[1]) 34⅓ Jahr. Aber in den Fabrikstädten, wo die Arbeiterbevölkerung überwiegt, da steht die Sache ganz anders: In Leeds ist der Durchschnitt der mittleren Lebensdauer 21 Jahre; in Manchester 20, in Liverpool gar nur 17 Jahre. Sie finden diese Tatsachen in den Berichten, welche die Untersuchungskommissionen des englischen Parlaments selbst veröffentlicht haben. Damit aber niemand sagen kann, daß ich ihn auf

---

ihr menschenwürdiges Dasein, sondern auch ... um ihre Lebensdauer betrogen wird, indem die statistischen Berechnungen der Neuzeit gezeigt haben, daß das Leben dieser Klasse im Durchschnitt kaum die Hälfte bis zwei Dritteile des Lebens der höheren Ständen erreicht." D. H.

[1]) Statist. Account. I, p. 416.

ein zu schwer zugängliches Material hinweise, so werde ich bemerken, daß Sie diese Daten in Kürze mitgeteilt finden können bei Rau, Volkswirtschaftslehre, Band I, § 524. Aber noch ganz andere Resultate erblicken Sie, wenn Sie in denselben Städten die Sterblichkeit der verschiedenen Klassen betrachten. Untersuchen wir also die Sterblichkeit in derselben Lokalität.

In Preston stirbt unter den Reichen und höheren Beamten jährlich 1 auf $47,_{39}$, unter den kleineren Gewerbsleuten aller Art 1 auf $31,_{63}$ und unter den Lohnarbeitern jährlich 1 auf $18,_{28}$. In Brüssel unter den höheren Ständen jährlich 1 auf $50,_{6}$, unter den kleinen Gewerbsleuten jährlich 1 auf 27 und unter den Tagelöhnern 1 auf 14 jährlich. Sie können dies bei Ducpetiaux, dem berühmten Generalinspektor der belgischen Gefängnisse, finden[1]). Oder blicken Sie auf Paris. In dem zweiten Arrondissement stirbt jährlich 1 auf 71, in dem 12. Arrondissement, dem ärmsten Viertel der Stadt, jährlich 1 auf 44[2]). Gehen Sie nach Manchester: Da teilte der Arzt Holland die Straßen in 3 Klassen und jede Klasse nach der Güte der Wohnung in drei Unterklassen, und die Sterblichkeit variiert von 1 auf 51 in der besten, zu 1 auf 25 Menschen in der schlechtesten Wohnungsklasse[3]). Sie sehen, es verhält sich so, wie ein berühmter Franzose gesagt hat: „Aisance est vitalité", „Wohlstand ist Lebenskraft". Sie können aus der Sterblichkeit in Ihrer Klasse schließen, um wie viel geringer Ihre durchschnittliche Lebensdauer ist als die der Reichen; aber ich will Sie

---

[1]) Ducpétiaux, de la mortalité à Bruxelles, 1844.

[2]) S. Villermé im „Journal des Economistes", Novbr. 1853.

[3]) Report of inquiry into the state of large towns and populous districts, s. Roscher 1, p. 477.

nicht auf einen Schluß verweisen. Ich will Ihnen das in Zahlen mitteilen. Im englischen Parlamentsbericht von 1842 hat Dr. Chadwick die Bevölkerung in 3 Klassen zerlegt, eine gut situierte, eine mittlere und eine dritte, die von dem Arbeiter gebildet wird. Er hat nachgewiesen, daß bei diesen 3 Klassen die mittlere Lebensdauer folgende ist: In Manchester für die 1. Klasse 38 Jahre, für die 2. Klasse 20 und für die 3. Klasse 17 Jahre; in Leeds 1. Klasse 44 Jahre, 3. Klasse 19 Jahre; in Liverpool 1. Klasse 35, 3. Klasse 15 Jahre; in dem Distrikt Bethnalgreen in London 1. Klasse 45, 3. Klasse 16 Jahre. Sie können dies bei Ducpetiaux finden[1]). Glauben Sie aber nicht, es sei dies bloß im Ausland so. Gehen wir nach Berlin, da lebt jetzt Geheimrat Engel, zurzeit der erste Statistiker Deutschlands; der publiziert in den Zeitschriften des Statistischen Bureaus, Jahrgang 1862, — also ganz nagelneu, — eine Tabelle über die in Berlin im Jahre 1855 bis 1860 Gestorbenen und berechnet dann das Durchschnittsalter, das in den verschiedenen Berufsklassen erreicht wurde: Demnach erreichen die Rentiers und Partikuliers durchschnittlich ein Alter von 66½ Jahren, die Maschinenbauer nur eines von 37½ Jahren, die Buchbinder sogar nur von 35 und die Tabaksspinner, Zigarrenmacher endlich nur eines von 31 Jahren. Und dennoch hat man in Berlin fertig gebracht, 500 Arbeiter — man hat sich freilich sehr gehütet, mich aufzufordern, unter sie zu treten, — gegen mich entscheiden zu lassen, es d ü r f e ihnen n i c h t geholfen werden! Und noch ist ein fünfjähriger Zeitraum viel zu kurz, um das Verhältnis in seiner ganzen normalen Schärfe hervortreten zu

---

[1]) Ducpétiaux de la condition physique et mor. Tom. I, p. 176.

lassen. Auch ist noch Berlin keine eigentliche Fabrikstadt, und wir gehen noch ganz anderen Zuständen entgegen. Von der großen Fabrikstadt Mülhausen im Elsaß hat der berühmte französische Statistiker Villermé nachgewiesen, daß die wahrscheinliche Lebensdauer der Kinder der Fabrikanten das Alter von 30 Jahren beträgt. Mit anderen Worten, daß die Hälfte der Fabrikantenkinder, die in einer zwölfjährigen Periode geboren wurden, dieses Alter erreicht hat, während die wahrscheinliche Lebensdauer der Kinder der Spinner, der Weber, der Schlosser in Mülhausen noch nicht zwei Jahre beträgt. Mit anderen Worten: Daß die Hälfte der Kinder der Spinner, Weber, Schlosser in Mülhausen vor dem vollbrachten zweiten Lebensjahre stirbt![1]) (Rufe: Schluß. Schluß. — Weiterreden. Weiterreden.)

Präsident Dr. Büchner: Ich muß Sie sehr bitten, meine Herren, den Redner nicht zu unterbrechen. Bedenken Sie, daß wir Herrn Lassalle allen Raum zu seiner Verteidigung bewilligen müssen, dessen er bedarf.

Lassalle: Ich muß gegen das Wort protestieren, welches dem Herrn Präsidenten entschlüpft ist und das er wohl selbst nicht wird aufrecht halten wollen. Ich stehe hier nicht in der Lage eines Angeklagten, der sich zu verteidigen hat. Ich stehe lediglich in der Lage eines Mannes, der Sie unterrichten und belehren will, und nicht der sich verteidigt! (Großer Beifall.) Überdies bedenken Sie, daß ich nicht zu meinem Vergnügen spreche. Ich bin bereit, sofort aufzuhören, wenn die Majorität der Versammlung es will. (Wiederholter Beifall.)

---

[1]) Villermé, Tableau de l'état phys. et mor. T. II, p. 374 bis 386. Ducpétiaux, de la cond. T. I, p. 175.

Ducpetiaux sagt[1]): „Die Hälfte der Spinnerkinder stirbt, ehe sie das erste Jahr zurückgelegt haben, während bei Unternehmern und Kaufleuten die Hälfte der Kinder das Alter von 30 Jahren erreicht." Wenn Ihnen Ihre Kinder sterben, meine Herren, so glauben Sie, das sei ein Z u f a l l. Es ist kein Zufall, wie Sie sehen, es ist ein eisernes statistisches Gesetz, wurzelnd in Ihrer schlechten Lage! Lassen Sie mich diesen Abschnitt mit den Worten des neuesten Bevölkerungsstatistikers, Professor Wappaeus in Göttingen, schließen, er sagt in seinem 1858 erschienenen Werk: „Allgemeine Bevölkerungsstatistik[2]): „Aus diesen musterhaften Untersuchungen — er spricht nämlich von Villermé, dessen Resultate ich Ihnen soeben mitgeteilt — geht u. a. hervor, daß unter den Fabrikarbeitern, die in Spinnereien und Webereien beschäftigt sind, in allen Lebensperioden die größte Sterblichkeit sei. Während nach den Daten der zwölfjährigen Periode von 1823—34 die Hälfte der Kinder der Fabrikanten das 29. Jahr erreicht hat, hat die Hälfte der Kinder der Spinner und Weber, m a n w a g t e s k a u m z u g l a u b e n, vor dem beendigten 2. Lebensjahr zu existieren aufgehört! Diese f u r c h t b a r e Sterblichkeit ist dem Elende der Eltern zuzuschreiben und besonders demjenigen der Mütter, welche ihre Säuglinge jeden Tag nur während der geringen Zahl der Stunden, die sie bei ihnen zubringen, die Brüste geben können und sie während der übrigen Zeit ohne alle Pflege lassen. Als anderes Resultat der Untersuchung ergibt sich auch hier wieder, daß der verhältnismäßige Tribut, welcher dem Tode bezahlt wird, immer in direktem Verhältnisse steht zu der schlechten

---

1) A. a. O.

2) Bd. I, p. 318.

Lebenslage, in der man sich unter sonst gleichen Umständen befindet.“

Sie sehen, meine Herren, die Männer der Wissenschaft z i t t e r n , indem sie dies furchtbare Resultat niederschreiben — und wenn Ihnen nun an Weib und Kind und an ihrem eigenen Dasein nichts liegt, alles zugunsten der eigennützigen Manchestertheorie, daß der Staat nicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen dürfe — nun dann entscheiden Sie meinetwegen gegen mich!

(Pause.)

Obgleich ich selbst das Bedürfnis empfinde, meine Herren, endlich mit der Statistik zu Ende zu kommen, so muß ich doch noch einen kurzen statistischen Blick auf die Frage werfen, ob es wahr, was die Herren Bastiat, Schulze, Faucher, kurz die Manchestermänner, Ihnen vorsingen, dieses Eiapopeia, daß mit dem Fortschritt der Industrie und des Nationalreichtums auch Ihre Lage sich entsprechend verbessere. Nur wenige Daten: Bis zum Jahre 1783, also bis zum Aufkommen der Fabriken, war die mittlere Lebensdauer in Preston, wie in den englischen Parlamentsberichten nachgewiesen ist, $31^2/_3$ Jahre, seitdem ist sie an diesem Orte auf $19^1/_2$ Jahre gefallen. Sie können dies bei Rau, Teil I, § 389b nachsehen. So s e h r hat sich Ihr Los verbessert durch das Steigen des Nationalreichtums und der Max Wirthschen Industrieblüte! Oder betrachten Sie, um die relative Ungenauigkeit der Sterblichkeitslisten aus verschiedenen Zeiträumen zu vermeiden, die Ausweise der englischen Armensteuerlisten. In welchem Lande hat sich der Nationalreichtum, das Nationalkapital stärker entwickelt, als in England? Betrachten Sie nun folgende Zahlen. Nach den offiziellen englischen Armensteuerlisten wurden 1840 $8^2/_{10}$ Prozent der Bevölkerung, drei Jahre später, 1843, schon $9^1/_2$ Pro-

zent der Bevölkerung, und fünf Jahre später, 1848, schon $10^4/_5$ Prozent der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt [1]). Also, meine Herren, bemerken Sie wohl: Nicht die Zahl der aus öffentlichen Mitteln Unterstützten bloß ist gewachsen, das wäre ganz natürlich wegen des Wachsens der Bevölkerung selbst, sondern die Verhältniszahl ist gewachsen. Auf dieselbe Zahl von Personen kommen 1843 und 1848 mehr, und zwar 25 Prozent mehr Arme, aus den Armenmitteln Unterstützte, als im Jahre 1840. Sie sehen also, es verhält sich so, wie ich Ihnen in meinem Antwortschreiben gesagt habe. Ihre Lage in einer Gesellschaft, in welcher jeder auf seine individuellen Hilfsmittel gewiesen bleibt, geht nicht nach oben mit dem Steigen des Nationalreichtums. Sie sehen, es ist so, wie Rodbertus Ihnen noch schärfer sagt: „Die Richtung Ihrer Lage in einem sich selbst überlassenen Verkehr geht nach unten."

Und wie sollte dies nicht der Fall sein? Je mehr die große Industrie sich entwickelt, desto mehr setzt sich die große Fabrikation, d. h. die Fabrikation mit Maschinen und großem Kapital, an die Stelle des kleinen selbständigen Handwerks, und desto mehr werden also die Leute aus selbständigen Handwerkern in Lohnarbeiter verwandelt. Ferner: Selbst innerhalb des Handwerks findet durch die industrielle Entwicklung dieselbe Erscheinung statt, daß auch das Handwerk selbst in einer fabrikartigen Weise betrieben wird, d. h. mit großem Kapital und mit einer sehr großen Anzahl von Gesellen, so daß also immer weniger Leute zur Selbständigkeit und zur Arbeit auf eigene Rechnung ge-

---

1) S. die Listen im II. Bd. der Soetbeerschen Ausgabe von J. St. Mill.

langen. Dieses will ich Ihnen wiederum sofort zahlenmäßig statistisch nachweisen. Im statistischen Bureau von Dieterici, Bd. VII, p. 328 finden Sie auf Grund der amtlichen Gewerbstabellen Preußens einen Nachweis über die Veränderung in der Zahl der Meister und der Gesellen in Preußen in den drei Jahren 1849 bis 1852. Die Bevölkerung überhaupt hat in jenen drei Jahren zugenommen um $3{,}_{30}$ Prozent, die Zahl der Meister bloß um $3{,}_{28}$ Prozent, also nicht ganz Schritt gehalten, sondern sich etwas verringert im Verhältnis zur Entwicklung der Bevölkerung; die Zahl der Gesellen aber hat zugenommen um 9½ Prozent. Mit anderen Worten: Die Zahl der Gesellen hat sich dreimal so stark vermehrt, als die Bevölkerung und dreimal so stark als die Zahl der Meister, d. h. übersetzt aus der Zahlensprache in die Wortsprache: Auch das Handwerk verliert mehr und mehr den goldenen Boden, den es im Sprichwort und früher einmal auch in der Wirklichkeit hatte. Auch im Handwerk greift der fabrikmäßige Großbetrieb immer mehr um sich, bei welchem immer mehr Gesellen auf einen Meister kommen und immer weniger Leute zur Arbeit auf eigene Rechnung durchdringen; und somit verschlechtert notwendig die Entwicklung der Industrie auch die Lage der Handwerker. — Ferner aber: Mit der Entwicklung der Industrie steigt die Bevölkerung, und je mehr die Bevölkerung steigt, desto mehr steigt der Preis des Getreides und mit ihm hält der Arbeitslohn nur sehr unvollkommen Schritt, worüber ich Sie auf die Geschichte der Preise von Tooke verweisen will. Ich hatte Mitteilungen aus diesem Werke vorbereitet, will sie aber zugunsten größerer Kürze unterdrücken.

Ihr deutsche Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor

französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher erst noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. So lange ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt! Das kommt aber von eurer verdammten Bedürfnislosigkeit! Wie, werdet ihr sagen, ist die Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger, da ist die Bedürfnislosigkeit allerdings eine Tugend! Die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem Nationalökonomen, da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonomen: Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazzarone so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausstreckt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Handvoll Makkaroni erworben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Talglichte frißt und froh ist, wenn er sich in schlechtem Fusel berauscht. Möglichst viel Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit! Und so lange ihr das nicht begreift und befolgt, predige ich ganz vergeblich! (Großer Beifall auch von den Logen.)

Jetzt also zur Frage: Kann Ihnen denn nicht geholfen werden? Und können Ihnen die Schulze-Delitzschschen Assoziationen helfen, oder wenn nicht, würde der von mir vorgeschlagene Weg: Ihre Assoziation ermöglicht

durch eine Kreditoperation des Staates, Ihnen helfen, und was ließe sich gegen dieses Mittel sagen? Was hat Herr Schulze-Delitzsch in dem Vortrage, welchen er in Berlin gegen mich gehalten hat, gegen meine Broschüre einzuwenden gewußt? Ich habe in meinem Antwortschreiben gezeigt, daß sowohl Rohstoff- und Vorschuß-, wie Konsumvereine dem Arbeiterstande unmöglich helfen können, daß sie nur einzelnen eine und zwar sehr beschränkte Hilfe, und zwar auch diese gerade nur so lange gewähren können, bis diese Vereine eine erhebliche Zahl Ihres Standes ergriffen haben; daß aber, sowie dies eintritt, auch diese geringfügige Hilfe sofort verschwinden muß. Ich habe dies mit Notwendigkeit aus dem ehernen Arbeitslohngesetz entwickelt. Diesem Gesetze zu widersprechen, dazu hatte Herr Schulze-Delitzsch die nötige Dosis von Unwahrheit nicht, das hat er nicht getan. Dies war ein Regal des Herrn Max Wirth. Widerspricht er aber dem Gesetze nicht, so konnte er noch weniger der daraus entwickelten Folgerung widersprechen. Was tat Herr Schulze? Er hat auf diesen Nachweis, der für ihn den wichtigsten Punkt seiner Antwort bilden mußte, nicht mit einer Silbe geantwortet. Er gibt somit indirekt alles zu, was ich über die Unmöglichkeit, durch seine Bestrebung eine Verbesserung der Lage eures Standes zu erwirken, gesagt habe; ja an einer Stelle, die ziemlich unklar geschrieben ist, scheint er sogar selbst zu gestehen, daß auf die Dauer jene Vereine nicht helfen können und würden und nur in der Produktivassoziation eine wirkliche Hilfe zu finden sei. — Aber zweitens: Ich hatte Herrn Schulze-Delitzsch in meinem Antwortschreiben zwar mit großem Anstand behandelt, mit viel größerem, als seine Anhänger mir zu erwidern gewußt haben, aber sachlich mußte ich wahr sein, und sachlich

hatte ich daher den harten Vorwurf erhoben, daß er durch seine Lehre, daß sich mit dem steigenden Nationalkapital auch Ihre Lage bessere, Sie täusche und hintergehe. Ich hatte dies ausführlich nachgewiesen; kein Wort der Erwiderung hat Herr Schulze auf diesen meinen Nachweis gefunden.

Haben wir jetzt gesehen, was Herr Schulze nicht beantwortet hat, so wollen wir nun sehen, was er beantwortet hat. Herr Schulze sagt selbst, daß er die Produktivassoziation wolle, so gut wie ich, er gerät sogar dadurch mit seinen eigenen Anhängern in bedenklichen Widerspruch. Ich erinnere mich mindestens, dieser Tage einen Artikel des Frankfurter Journals gelesen zu haben, worin ausdrücklich das Gegenteil behauptet und auch gesagt wurde, Schulze habe auch gar nicht den Fabrikarbeitern helfen wollen, sondern bloß den kleinen Handwerksmeistern. Nun, sei dem, wie ihm wolle. Schulze beschwert sich darüber, daß ich behauptet hätte, er wolle die Produktivassoziation nicht. Nun, das habe ich nirgends gesagt; ich habe nicht gesagt, er wolle sie nicht, ich habe nur gesagt, er kann sie nicht machen, und daß er sie nicht machen kann, das sollte er ja gerade aus den Resultaten seiner eigenen Tätigkeit erfahren haben. Ich habe hier seinen Vortrag, wie er abgedruckt war in der Berliner Nationalzeitung. Er gibt darin einen kurzen Bericht über die Resultate seiner Tätigkeit. Nach diesem Berichte hat er eine erstaunliche Menge von Assoziationen hervorgerufen: 450 Vorschußbanken, 150 Rohstoffvereine, 30—40 Konsumvereine, aber keine Produktivassoziationen, nicht einen Verein für fabrikmäßige Großproduktion, es sei denn einen kleinen Schalweberverein, der mit einem Webestuhl und, glaube ich, höchstens 50 Arbeitern, wie ich gehört habe, bestehen

soll und den Herr Schulze selbst nicht einmal erwähnt[1]). Das sind die Resultate von 15 Jahren. Sollte dieser Mann nicht an diesen Resultaten seiner eigenen Tätigkeit lernen können, daß es nicht geht, mit den leeren Taschen der Arbeiter Produktivassoziationen oder gar Assoziationen für fabrikmäßige Großproduktion einzurichten? Aber dieser Mann ist so verliebt in seine kleinbürgerlichen Ideen, daß sogar diese seine eigene 15jährige Erfahrung ihn nicht belehrt! Wie sollen, meine Herren, bei der Leerheit Ihrer Taschen, mit Ihren eigenen Hilfsmitteln Produktivassoziationen hervorgerufen werden können in einem erheblichen Umfange? Und ich habe Ihnen in meinem Antwortschreiben nachgewiesen, daß sogar, wo dies der Fall ist, wie in England, wo 50—60 derartige Assoziationen oder mehr bestehen, dennoch niemals dazu gelangt werden kann, Ihrem Stand durch dieselben aufzuhelfen, sondern daß der Nutzen dieser Assoziationen sich immer nur auf eine äußerst beschränkte Zahl von einzelnen erstrecken kann. Ich erinnere Sie an den Nachweis in meiner Broschüre, daß die Assoziation aus individuellen Mitteln den Arbeiterstand als solchen niemals auch nur in einem irgend bemerkenswerten Zahlenverhältnis umfassen kann. Welch einen Einwurf hat also Herr Schulze-Delitzsch gegen das von mir vorgeschlagene Mittel der Produktivassoziation, die er ja auch zu wollen behauptet, erhoben? Was hat er gegen die Kreditoperation des Staates einzuwenden gehabt?

---

[1]) Doch. In der, auf Grund der stenographischen Berichte über die Reden Schulzes hergestellten Broschüre finden sich zwei, allerdings winzige Schalweber-Assoziationen erwähnt. Lassalle hatte zur Zeit der Frankfurter Rede aber nur erst die Zeitungsberichte über die betreffende Rede Schulzes in der Hand. D. H.

Er hat gegen mich ins Feld geführt das Prinzip: Der Staat dürfe nicht intervenieren in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Das ist der einzige nicht auf Mißverständnis beruhende Grund, den er gegen mich geltend gemacht hat, und das, ich sage es Ihnen selbst, das ist der prinzipielle Punkt, um den es sich bei dieser ganzen Agitation handelt, und für den ich mich zu derselben erhoben habe! Hier, mit dieser Frage, steht und fällt die Schlacht, die ich schlage. Schulze hat gegen mich ins Feld geführt das ganze Vorurteil der heutigen öffentlichen Meinung, der Staat dürfe um keinen Preis und unter keinen Umständen in die Verkehrsverhältnisse intervenieren. Nicht für die Wissenschaft besteht dieses Vorurteil — die ist heutzutage schon lange darüber hinaus, aber für die öffentliche Meinung der Gebildeten ist dies heute noch ein Dogma, ein Glaubenssatz! Was beweist das aber, meine Herren? Alle Wahrheiten von heute, die wir alle einstimmig anerkennen würden, — es hat eine Zeit gegeben, wo man sie für falsch hielt und wo die entgegengesetzten Meinungen das Dogma der gebildeten Welt waren. Alle diese falschen Dogmen sind nur dadurch gestürzt worden, daß sich mutvolle Männer dagegen erhoben, deren Ansichten dann langsam und freilich nach großem Kampfe und Widerstreben um sich griffen. Haben Sie mein „Arbeiterprogramm" gelesen? Wenn nicht, so möchte ich Sie dazu auffordern. Ich weise darin nach, daß jede Zeit ein herrschendes Prinzip hat, daß das herrschende Prinzip der heutigen Zeit das Kapital ist, und daß zu jeder Zeit die öffentliche Meinung unter der Herrschaft des herrschenden Prinzips, heute also unter der Herrschaft und unter dem Prägestock des Kapitals steht. Die öffentliche Meinung, das öffentliche Vorurteil

der von dem Kapital beherrschten Zeit — das ist eben notwendig gerade dieses: Der Staat dürfe sich in keine gesellschaftlichen Fragen mischen, die freie Konkurrenz allein sei es, die alles zu entscheiden habe; jeder dürfe nur auf seine isolierten Kräfte als einzelner angewiesen sein. — Handelte es sich, meine Herren, um die Konkurrenz zwischen Kapitalisten und Kapitalisten, nun so wäre das sehr plausibel; aber handelt es sich um die Konkurrenz zwischen den Mittel- und Kapitallosen mit den Kapitalisten, so ist diese Konkurrenz ein Wettkampf zwischen einem Bewaffneten und einem Unbewaffneten! Überdies: Rodbertus hat Sie darauf hingewiesen: Wie sind die jetzigen Besitzverhältnisse entstanden? Haben dieselben unter der Herrschaft der freien Konkurrenz begonnen? Sind die Grundlagen der heutigen Vermögensverhältnisse durch die freie industrielle Arbeit gelegt? Sie sind vielmehr das Produkt einer Vergangenheit von zwei Jahrtausenden. Diese haben die Grundlage gelegt für die heutigen Verhältnisse des Besitzes. In diesen zweitausend Jahren war erst Sklaverei, dann Leibeigenschaft, dann Hörigkeit und daneben Zunftzwang. Das sind alles Staatsinstitutionen gewesen, ganz positive Staatseinrichtungen. Unter diesen Einrichtungen und durch diese gezwungen haben Sie, resp. Ihre Vorfahren, als Sklaven, als Leibeigene, als zünftige Lehrlinge und Gesellen für die jetzigen besitzenden Klassen das Vermögen produziert, das sie nun haben. Kam endlich die französische Revolution und proklamierte die Rechtsfreiheit und die freie Konkurrenz: aber natürlich behielten die Besitzenden das Vermögen, die Waffen, die Sie ihnen geschmiedet, und erlauben Ihnen nun, unbewaffnet, mit Ihren Nägeln und Zähnen in den Wettkampf, in die freie Konkurrenz mit eben den

Kapitalien und Maschinen einzutreten, die Sie durch so viele Jahrhunderte hindurch für jene erarbeitet haben. Und nun sollten die Besitzenden kommen dürfen und sagen: Der Staat darf Ihnen, den Arbeitern, durch keine Einrichtung irgend welcher Art die Konkurrenz mit dem Kapital erleichtern, das Sie für jene durch tausendjährige Dienste, zu denen Sie durch positive Staatseinrichtungen genötigt waren, erworben haben? Wo bliebe da die Gerechtigkeit? Wo nur der Menschenverstand? Wollen die Besitzenden Ihnen gegenüber von „freier Konkurrenz" sprechen und daß jeder nur auf seine isolierte Kraft angewiesen sein soll, nun dann müßten sie, damit die Konkurrenz eben frei sei, die Umstände zuvor gleich machen. Dann müßten also entweder die Besitzenden sich zuvor ihres Vermögens entäußern — was unsinnig wäre — und gleichfalls nur mit ihren Muskeln und Nägeln gegen Sie konkurrieren! Dann hätte ich nichts dagegen! Dann wollten wir sehen, wer es weiter bringt! Diesen unsinnigen Weg werden die Besitzenden natürlich nicht einschlagen. Oder aber, es muß mindestens, damit die Konkurrenz frei sei, Ihnen gleichfalls Kapital geliefert werden, damit Sie mit den Kapitalisten wirklich konkurrieren können — und das ist ja gerade mein Vorschlag, das ist ja gerade das, worauf mein Vorschlag praktisch hinausläuft, daß der Staat durch eine Kreditoperation Ihnen die Kapitalien liefere, damit Sie dann in freie, gleiche Konkurrenz mit den Kapitalien treten können. Diese freie Konkurrenz wollen die Unternehmer aber nicht, sie wollen nur die ungleiche, unfreie Konkurrenz mit Ihnen, die Konkurrenz der Bewaffneten mit den Unbewaffneten, und daher der Lärm, der sich gegen meinen Vorschlag erhoben hat. Diese freie Konkurrenz, wie man sie heute versteht, diese tatsäch-

liche Abhängigkeit, in welche Sie aus der früheren Rechtsabhängigkeit hineingebracht worden sind, die hat Sie in vieler Beziehung noch viel weiter heruntergebracht als die frühere Rechtsabhängigkeit selbst. Die große Industrie und die freie Konkurrenz — für die Welt im allgemeinen, für uns Besitzende, ist sie eine Quelle von Reichtum und Segen gewesen; aber Ihre Lage hat sie in vieler Beziehung noch schlechter gestellt als früher; sie hat, um bloß auf einen Punkt hinzuweisen, die Arbeit der Kinder in den großen Fabrikationszweigen eingeführt. Die Arbeit der Kinder in den Fabriken datiert von der Erfindung der Arkwrightschen Baumwollenspinnmaschine am Ende des vorigen Jahrhunderts. Das ist der Segen der Konkurrenz für Sie, daß Ihnen jetzt Ihre eigenen Kinder Konkurrenz machen können in einem Alter von 8, 7 und 6 Jahren, in welchem sie in die Schule gehören und nicht an den Webstuhl. Während früher der Vater die Kinder ernährte, so stechen jetzt häufig die Kinder, die natürlich mit geringerem Lohn vorlieb nehmen können, den Vater aus, ein naturwidriges Verhältnis, welches in England bereits die unsittlichsten Folgen nach sich gezogen hat. Und so hat die Konkurrenz Ihnen sogar bereits die Familie vernichtet! Wenige Zahlen mögen hinreichen, Ihnen ungefähr den Umfang dieser Verschlechterung zu zeigen. Nach dem Berichte des englischen Parlaments pro 1835 betrug schon damals auf 190 710 in Wolle-, Baumwolle-, Leinen- und Seidefabriken beschäftigte erwachsene Arbeiter die Zahl der Kinder von 8—13 Jahren nicht weniger als 56 455 und die Zahl der Kinder von 13—18 Jahren 108 208, zusammen 164 633 auf 190 710 erwachsene Arbeiter, also 86 Prozent der Erwachsenen, und die Kinder zwischen 8—13 Jahren betrugen allein 29 Prozent der Er-

wachsenen[1]). Der Lohn der Kinder wechselt nach Villermé (II, p. 111) von 25—75 Cent. je nach ihrem Alter, d. h. von 2—6 Silbergroschen. Daß das dazu beigetragen haben muß, Ihren Lohn zu verringern, können Sie sich denken und bei Villermé nachlesen. Oder hören Sie über diese Frage den Vater der preußischen Statistik, den Wirklichen Geheimrat Hoffmann[2]). „So schlich sich“, sagte er in seinen nachgelassenen Schriften unter allgemeinem Beifall der Wohlwollenden und Verständigen, „ein Mittel zur Minderung des Lohnsatzes für die Handarbeit ein, dessen Folgen Greuel der Entsittlichung wurden, welche allerdings in solchem Umfang nur der neuesten Zeit angehört und namentlich mit den Spinn- und Webmaschinen zu solcher Ausdehnung gelangte, daß jetzt der größte Teil einiger vorzüglich berühmten Fabrikorte darunter erliegt. Nur sehr kräftige Regierungen vermögen hier Einhalt zu tun und nur langsam fortschreitend ist eine Rückkehr zum Besseren möglich. So wie England voranging auf dieser verderblichen Bahn, so beginnt es jetzt voranzugehen durch Beschränkung der Befugnis, Kinder und Frauen zur Fabrikarbeit zu gebrauchen. Was bis jetzt hierin geschehen, ist allerdings noch bei weitem unzureichend, dem Übel zu steuern; indessen offenbart es doch eine Richtung der gesetzgebenden und vollziehenden Macht, deren endliches Ziel die Befreiung der Gewerbsamkeit von dem schmählichen Vorwurf sein muß, daß sie die Vermehrung des Wohlstandes der Nation nur mit der Entsittlichung eines beträchtlichen Teiles derselben zu erkaufen vermöge.“ Und da-

[1]) First report on mills and factories pro 1835. — Siehe Ducpétiaux, de la condition etc. I, p. 15.

[2]) Nachgel. Schriften. S. 224.

bei ist es gar so weit, wie in England, bei uns noch nicht gekommen. Manches werden Sie indes selbst erlebt und mit Ihren eigenen Augen angesehen haben, es ist schon alles bei uns vorhanden, aber noch relativ geringer, die weitere Entwicklung kommt eben noch.

So ist es gekommen, daß, wie Ch. Dupin in seinen forces productives konstatiert, 68 Prozent der militärpflichtigen Bevölkerung im Elaß militärunfähig sind und in einigen anderen Fabrikdepartements über 90 Prozent.

Wollen Sie, meine Herren, ehe Sie die Besserung Ihrer Lage in Angriff nehmen, warten, bis Sie ein Geschlecht von Krüppeln geworden?

In seiner Anwendung auf das Verhältnis der Kapitalisten zu den Arbeitern also ist das Prinzip, der Staat dürfe in keiner Weise eingreifen, die freie Konkurrenz müsse alles machen, das leerste und grausamste Vorurteil von der Welt!

Ich spreche hier — denn jedes meiner Worte wird durch die weiteste Öffentlichkeit getragen werden — ich spreche hier unter der Kontrolle der gesamten Wissenschaft und also auf das Risiko des ganzen Rufes, den ich mir durch lange und mühsame Arbeiten in der gelehrten Welt erworben habe. Nun, und ich nehme keinen Anstand Ihnen zu sagen, daß dieses Vorurteil nicht nur ein Vorurteil ist wie jedes andere auch, sondern eines der unintelligentesten, stupidesten und kulturfeindlichsten Vorurteile, die ich kenne!

Wie wenig ernsthaft es noch dazu von der Klasse gemeint ist, von der es ausgegangen, von den Manchestermännern, das zeigen gerade die höchstinteressanten gegenwärtigen Ereignisse in England.

Sie sind unterrichtet von der Krise, die jetzt in Lancashire, in den Baumwolldistrikten in England stattfindet,

dadurch stattfindet, daß infolge des amerikanischen Krieges die Baumwollenzufuhr aufgehört hat. Infolge dessen keine Arbeit, die Fabriken stehen still, die Arbeiter wollen auswandern.

Wie das die Fabrikherren hörten, sagten sie sich: Wenn die Arbeiter jetzt in Masse auswandern und der Krieg später wieder zu Ende geht, und die Baumwollzufuhr von neuem beginnt, dann ist die Zahl der Arbeiter erheblich vermindert. Dann müssen wir sehr hohe Löhne geben. Folglich ist es in unserem Interesse, die Arbeiter hier zu behalten, daß ihre Zahl nicht abnehme, damit, wenn die Zufuhr wiederkommt, die Löhne so gering seien wie zuvor. Und nun verlangten sie, der Präsident der Handelskammer zu Manchester, Mr. Potter, Parlamentsmitglied für Carlisle, verlangte, daß der Staat Geld bewillige, damit die Arbeiter auf Staatsunkosten in der Zwischenzeit fabrizieren, wohlgemerkt, nur in der Zwischenzeit; für ihren Vorteil verlangten sie, daß der Staat interveniere, um die Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten und dadurch später wieder niedrigere Löhne zu haben. Selbst die „Times", dieses Bourgeoisblatt, dem selten einmal das Gewissen schlägt, sprach sich bei diesem Verlangen mit Entrüstung und Hohn über diesen Widerspruch aus. Nun also, meine Herren, ich sage: Dieses Vorurteil von Seite der wenigen unter den Besitzenden, welche die Sache verstehen, ist gewissenlos; von Seite der großen Masse der Besitzenden und Gebildeten, die es nicht besser verstehen, ist [es] gedankenlos. In beiden Fällen entschuldigt oder begreift es sich noch dadurch, daß dieses Vorurteil im Interesse der Besitzenden liegt. Wie aber soll ich dieses Vorurteil nennen, wenn ich es bei Ihnen treffe? Hier fehlt mir jeder Name. Bei Ihnen ist dies Vorurteil selbstmörde-

risch! Lassen Sie mich frei sprechen, meine Herren! Ich habe durch meine Liebe für die Sache der arbeitenden Klasse, ich habe durch die Beschimpfungen, die ich in Ihrem Interesse von seiten der gesamten liberalen Presse erdulden mußte, mindestens das Recht erkauft, freimütig zu Ihnen zu sprechen! Ich bin ein Mann, der Ihnen helfen, aber kein Mann, der Ihnen schmeicheln will! Bei Ihnen würde dieses Vorurteil der höchste Grad unwürdiger Schwäche sein, den ich zu denken vermag; es würde der Beweis sein, daß Sie sich durch unsere seit dem Jahre 1849 namenlos schlechte Presse und durch das Eiapopeia, das lügenhafte Gerede von Ihrer mit dem wachsenden Nationalreichtum sich verbessernder Lage schon vollständig haben entmannen lassen! Hören Sie, was der größte englische Nationalökonom, John Stuart Mill, sagt: „Es ist sehr fraglich," sagt er, „ob bis jetzt alle mechanischen Erfindungen die Tagesmühen irgend eines menschlichen Wesens erleichtert haben; sie haben allerdings die Wirkung gehabt, daß eine größere Bevölkerung das nämliche Leben von Mühseligkeiten führt und eine beträchtliche Zahl von Fabrikanten und anderer Personen größere Reichtümer erwirbt, auch haben sie die Lebensannehmlichkeiten der mittleren Klasse vermehrt; allein sie haben bisher noch nicht angefangen, jene großen Veränderungen im Geschicke der Menschheit zu bewirken, welches zu vollbringen in ihrem Wesen liegt und der Zukunft vorbehalten bleibt." Hören Sie, was der anerkannt größte deutsche Statistiker, der Geheimrat Engel in Berlin in einem Vortrage in der Singakademie zu Berlin über Ihre Lage sagt:[1]) „Der dritte Stand hat sich eman-

[1]) Vortrag, gehalten am 2. Februar 1862, abgedruckt in der Zeitschrift des königl. preuß. statist. Bureaus, Jahrg. 1862. Nr. 2.

zipiert, eine neue Aristokratie des Geldes und des Geistes entsteht; der Gelehrte, der Beamte, der Kapitalist wird als Bourgeois die herrschende Macht. Indes, nachdem die geistige, von dem großen Kapital unterstützte Arbeit ihr Recht erstritten, ringt auch die physische, im ganzen und großen kapitallose Arbeit um Anerkennung und Gleichberechtigung. Die arbeitenden Klassen sind unter der Allgewalt des vom Ganzen getragenen Individualismus bereits zu einem eigenen, zum vierten *Stande*, zu einer *gesellschaftlichen Macht* herangewachsen, die naturgemäß ebenfalls nach der Alleinherrschaft im Staate strebt, wie dies der erste, der zweite, der dritte Stand, so lange sie es konnten, getan." Zu bemerken ist, wenn Geheimrat Engel sagt: „nach *Alleinherrschaft* im Staate streben", so ist dies ungenaue Wort zu verbessern durch seinen offenbaren Sinn. Bei ihm, wie bei mir, heißt die Herrschaft der arbeitenden Klasse immer nur die Herrschaft *aller* Individuen ohne Ausnahme, wobei dann ganz von selbst, da die arbeitenden Klassen die große Majorität der menschlichen Gesellschaft bilden, die Entscheidung in ihrer Hand liegen wird.

Geheimrat Engel fährt fort: „Wie viel nun auch mit dem Siege der Freiheit, des Absatzes für die Produktion, für die Erzeugung der Reichtümer, errungen sei, so ist doch der Kampf des vierten Standes damit *nicht* abgeschlossen. Für *ihn* handelt es sich nicht so sehr um die Erzeugung, um das absolute Maß des angesammelten Reichtums, als um die *Verteilung* desselben, d. h. um das *Verhältnis* dieses Reichtums zu der Zahl derer, *die daran partizipieren, teilnehmen können und sollen. Bei einer politisch und wirtschaftlich falschen Leitung der Produktion* ist die Gefahr krösusartiger Bereicherung einiger weniger

gegenüber der Verarmung in Masse nicht ganz ausgeschlossen und natürlich wird davon der vierte Stand bei seiner fortschreitenden Atomisierung am stärksten betroffen. Dieser Atomisierung Einhalt zu tun, die Elemente, die in unaufhaltsamer Auflösung begriffen, zwecklos gewordene Verbände, wieder zu sammeln und aufs neue in zeitgemäße Formen zu binden, — das ist eine der größten Aufgaben der Zeit. Einer dieselbe begreifenden staatswirtschaftlichen Einsicht ist es, wenn für jetzt auch nur exemplifikatorisch (d. h. beispielsweise), gelungen, neben dem Problem der rationellsten und größten Produktion auch das der alle Interessenten befriedigendsten Verteilung zu lösen. In der allgemeinen Lösung besteht der Sieg, die Emanzipation des vierten Standes." Das also sagt die Wissenschaft, das sagen sogar bereits die Geheimräte, wenn sie sich an der Brust der Wissenschaft groß gesogen haben! Und noch mehr: Die Männer der Wissenschaft erheben sich, ich, Rodbertus, Wuttke, wir treten persönlich oder durch Zuschriften an euch heran und sagen: Euch muß geholfen werden! Und ihr solltet votieren: Nein? Ihr solltet wie gezähmte Haustiere euch gegen euch selber wenden? Es wäre ein so widernatürliches Faktum, ein Faktum von so nationaler Schmach, daß ich rot werde für euch und in eure Seele hinein, wenn ich nur daran denke! Mit welch schallendem Gelächter würden eure französischen und englischen Brüder die Nachricht von einer solchen Entscheidung aufnehmen! Ja, bei jeder Nachricht von Arbeitervereinen, die gegen mich entschieden, bin ich rot geworden vor Scham in eurem Interesse und in eure Seele hinein! Aber ich sagte mir, daß dies nur der Einfluß irregeleiteter Vorstände sei, nur die Folge davon,

daß man euch die Wahrheit nicht auseinandergesetzt hatte, daß man euch fast überall votieren ließ, ohne nur meine Schrift zu kennen! Darum bin ich unter euch getreten. Wenn ihr nach allem, was ich euch schon gesagt habe und heute noch sagen werde, gegen mich entscheiden könntet — die Worte würden mir fehlen, um meine Entrüstung auszusprechen! Wenn ihr, wie das hin und wieder bei Arbeitern vorgekommen ist, in Entrüstung über eure Lage Maschinen zertrümmertet, Raub, Brand, Zerstörung verübtet — es wäre sicherlich sehr roh, sehr stupide, sehr verbrecherisch, und ihr könnt euch wohl denken, daß ein Mann wie ich über solches Gebaren nur das allerschärfste Verdammungsurteil fällen könnte! Aber immerhin würde es doch noch ein natürliches Verbrechen sein! Es gibt Laster, welche in gedrückter Lage der Roheit nahe liegen; es gibt Exzesse, die, so strafbar sie sind, doch noch natürliche Ausschweifungen der Kraft sind. Aber wenn ihr gegen mich votiert, gegen die Männer, welche erklären, es müsse euch geholfen werden, — das wäre ein unnatürliches Verbrechen! Es wäre eine so widernatürliche Schwäche, ein so unwürdiger Mangel an Mannheit, daß ich keinen Ausdruck dafür finde! Indem ich spreche, fällt mir das Wort eines großen deutschen Patrioten auf das Herz, eines Mannes, der, ein Ruhm Frankfurts, in dieser Stadt geboren wurde, in der ich spreche, ein Wort, das dieser verzweifelnd vor Schmerz über seine Nation in den dreißiger Jahren ausrief. Ich rede von Ludwig Börne: „Andere Völker", rief Börne aus, „mögen Sklaven sein, man mag sie an die Kette legen, mit Gewalt darnieder halten können, aber die Deutschen sind Bediente, man braucht sie nicht an die Kette zu legen, man kann sie frei im Hause herumlaufen lassen!" Seit 23 Jahren habe ich dies Wort ge-

lesen, das Börne im größten Ingrimm seines Patriotismus ausrief. Seit 23 Jahren kämpfe ich innerlich gegen dies Wort an, das mir, seitdem ich es gelesen, nicht wieder von der Seele gewichen. Nun wohl, wenn ihr, wenn die deutschen Arbeiter überhaupt in ihrer großen Majorität gegen sich selbst entscheiden könnten, ja, dann gebe ich meinen Widerstand gegen dies Wort Börnes auf und unterschreibe es mit brennender Scham auf der Stirn! (Großer andauernder Beifall aus dem Saal und den Logen. Eine Stimme: „Er beleidigt die Nation!" Neuer anhaltender Beifall.) Das ist es, was ich euch über das Prinzip zu sagen habe, und nur um das Prinzip handelt es sich heute, um das Prinzip, das allgemeine und direkte Wahlrecht als unsere Fahne zu proklamieren, zu dem ausgesprochenen Zwecke: durch die Gesetzgebung, durch die Intervention des Staates die Verbesserung eurer sozialen Lage herbeizuführen. Welches die geeigneten Mittel hierzu wären — diese Diskussion ist eigentlich hier noch ganz verfrüht. Diese Diskussion gehört erst in den gesetzgebenden Körper. Es sind manche und sehr verschiedene Mittel hierbei denkbar und im Laufe der Zeit notwendig. Inzwischen, müßt ihr mir erst das Prinzip zugeben, so müssen meine Gegner auch alles zugeben, denn alles andere, was bisher gegen meinen Vorschlag vorgebracht worden ist, verfliegt wie Spreu vor dem Winde, und zum Überfluß will ich euch das noch beweisen[1]). „Kontrolle des Staates" hat man aus-

[1]) Für Theoretiker die — fast überflüssige — Bemerkung, daß der Vorschlag der Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit noch keineswegs die „Lösung der sozialen Frage" darstellen soll. Ich habe nirgends in meinem Antwortschreiben von der „Lösung der sozialen Frage" gesprochen,

gerufen, eure persönliche Freiheit sei bedroht, durch die Kontrolle, die ihr euch für jenen Kreditvorschuß aufzuerlegen hättet. Ist ein solcher Mißverstand oder solche Entstellung schon dagewesen? Glaubt ihr, ich würde euch der Reaktion in die Hände geben? Welcher Art soll und kann denn nach mir diese Kontrolle sein? Nun, zuerst offenbar ja lediglich eine privatrechtliche, die ganz und gar nichts mit der persönlichen Freiheit, ganz und gar nichts mit dem öffentlichen Recht zu tun hat. Der Staat würde mit einem Worte bloß Gläubigerrechte haben. Er brauchte z. B. freilich nicht zu dulden, daß die Maschinen, die ihr euch mit seinem Kredit anschafft, anderweit von euch verbracht und veräußert werden, statt mit ihnen zu produzieren. Er würde eure Buchführung einsehen können, um zu sehen, ob ihr auch wirklich die Geschäftsführung nach den von euch selbst genehmigten Statuten betreibt. Es würde diese Art von Kontrolle euch sogar sehr zu statten kommen können und euch sichern gegen etwaigen Leichtsinn oder Unredlichkeit eurer Geschäftsführer, die ihr, in der Buchführung nicht erfahren, nicht schnell genug wahrnehmen würdet; der

---

ja, ich habe deshalb den Ausdruck „soziale Frage" überhaupt vermieden. Ich habe ausdrücklich nur von einer praktischen Maßregel zu einer „Verbesserung der Lage der arbeitenden, notleidenden Klassen" gesprochen. Die definitive „Lösung der sozialen Frage" wird die Arbeit von Generationen sein und das Resultat einer Reihe von Einrichtungen und Maßregeln, von denen sich organisch jede folgende aus der früheren entwickeln muß. Die durch den Staatskredit hervorgerufenen Produktiv-Assoziationen sind eben auch deshalb das angezeigte, bahnbrechende Mittel, weil sie in der Zukunft Verhältnisse schaffen müssen, die von selbst eine weitere Entwicklung hervorrufen. Hin und wieder ist in dem Folgenden ein flüchtiger Blick hierauf geworfen.

Staat würde also mit einem Worte nur ähnliche Rechte haben, wie sie heute jeden Tag in der ganzen Welt, in der Bourgeoisie selbst, in gewissen Verträgen festgesetzt werden, ähnliche Rechte, wie diejenigen eines sogenannten stillen Gesellschafters oder Kommanditärs. Solche Kommanditärverhältnisse bilden die Bourgeois alle Tage. Hat man deshalb jemals gehört, daß sie dadurch ihre Selbständigkeit verloren? Zweitens aber, habe ich euch denn auf den heutigen Staat verwiesen? Ihr wißt sehr gut, ohne daß ich es sage, was ihr von dem heutigen Staate allein zu erwarten habt! Nicht auf den jetzigen Staat habe ich euch hingewiesen, sondern auf den Staat, der unter die Herrschaft des allgemeinen und direkten Wahlrechtes gestellt wird. Darum ist es so lächerlich, hier von Reaktion zu sprechen, denn es ist doch klar, daß unter dem allgemeinen und direkten Wahlrecht der Staat jedenfalls ein ganz anderer sein würde, als der heutige[1]). Wenn ich heute von hier hinweggehe, überstimmt bei der Abstimmung, ich würde eine sehr geringe, sehr schlechte Meinung von euch mitnehmen. Aber doch immer noch nicht eine so schlechte, daß ich, wenn die Vertreter eurer Klassen den gesetzgebenden Körper bilden, dann die Wirtschaft noch länger für möglich halten sollte, die jetzt seit fünfzehn Jahren in Berlin und ganz Deutschland spielt. Der Widerspruch der Exekutive gegen die gesetzgebende Gewalt, die Widersetzlichkeit und reaktionäre Richtung

---

[1]) In der biographischen Abhandlung wird gezeigt, warum bei der damaligen Zusammensetzung der Bevölkerung das allgemeine Wahlrecht die von Lassalle vorhergesagte Wirkung nicht haben konnte. Indes findet der Leser in dem in der Vorbemerkung zitierten Weyrichschen Brief eine Erklärung dafür, was Lassalle sich unter „Staat des allgemeinen Wahlrechts" dachte. D. H.

der Administrativbeamten etc. etc., das wäre, wenn durch das allgemeine und direkte Wahlrecht, wenn durch e u r e Vertreter das Parlament gebildet würde, niemals lange möglich! Was eure Assoziation betrifft, so würde also einfach ein Gesetz die Kredite votieren, die von dem Staate ernsthaften Assoziationen, die sich bilden wollen, zu gewähren sind, solchen Assoziationen, welche gewisse Bedingungen erfüllen, die von den gesetzgebenden Körpern festgesetzt werden würden. Alle solche Assoziationen, die sich bilden und diesen Bedingungen entsprechen, hätten dann ein gesetzliches Recht auf jene votierten Staatskredite. Ihr brauchtet somit von keines Menschen und keines Beamten gutem Willen abzuhängen und hättet euch nur in eurem Geschäftsbetrieb an die von euch selbst genehmigten Statuten zu halten. Überdies, alle Tage kommt es vor, daß der Staat d e n B o u r g e o i s Kredit gibt. Es besteht sogar in vielen Ländern ein Staatsinstitut extra zu diesem Zweck; die Bank — sie ist z. B. in Preußen ein Staatsinstitut. Wenn ein Bourgeois bei der Bank Wechsel diskontiert, so bekommt er Kredit aus Staatsmitteln. Hat man deswegen schon jemals gehört, daß ihn das vom Staate a b h ä n g i g mache?

Aber Herr Schulze hat ausgerufen: Woher sollen wir die T a u s e n d e v o n M i l l i o n e n nehmen, die dazu erforderlich wären?

Sie sehen, man will Ihre Phantasie erschrecken! Es s i n d keine Tausende Millionen dazu erforderlich. Nehmen Sie einmal einen Moment an, wir hätten nur h u n d e r t Millionen Taler zu unserem Zweck. Wir hätten dann sogar für die erste Zeit noch v i e l z u v i e l! Weit mehr, als wir im Anfang wirklich für Assoziationen verwenden könnten! Der Kapitalzins steht zu 5 Prozent im allgemeinen. Dieser Kapitalzins ist nicht zu verwechseln

mit dem Unternehmergewinn. Der Kapitalzins wird von dem Unternehmer selbst dem Kapitalisten bezahlt. Diese 5 Prozent geben jährlich 5 Millionen Taler, die man gleichfalls von neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiterassoziationen, austun könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen 5 Millionen das Kapital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 200 Millionen haben, so daß wir von nun ab 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiterassoziationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Kapital von einer Million Taler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten können; dies ist eine ganz beispielsweise von mir gemachte Annahme, die wahrscheinlich eher eine viel zu geringe ist, als eine zu hohe. Die Zahl ist übrigens gleichgültig, sie dient hier nur als Beispiel. Auf Grund der 100 Millionen Taler also könnten sich 400 000 Arbeiter assoziieren; das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Millionen; mit 10 Millionen jährlichen Zinsen könnten neuen 40 000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblühen und somit neuen 200 000 Menschen, oder während der e r s t e n 14 Jahre, so lange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20 000 Arbeitern jährlich mit ihren Familien, und so wäre ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit euch alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Klassen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch nichts! So viel seht ihr doch ein, daß ein industrieller Gewerbszweig dem anderen in die Hände arbeitet; was für den einen sein Industrieprodukt ist, ist für den anderen der Rohstoff, auf und an welchem er

seine Arbeit anfängt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter arbeiten dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert anderen Gewerken in die Hand usf. Wenn also z. B. erst 70 oder 80 Gewerke im großen assoziiert wären, so brauchte das 71ste gar kein neues Geld, sondern es brauchte nur den Kredit der 70 früheren und hätte an diesem Kredit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn nun 71 solcher Assoziationen bestehen, so kann eine 72ste sich ohne neues Geld bilden, und wenn erst 150 bestehen, können neue 20 ohne neues Geld bilden und in jenem Kredit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20000 oder 40000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Assoziierung erst vorgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich assoziieren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hindurch dringen könnten, weit größere Massen und in weit schnellerer Zeit als durch mein früheres Rechenexempel gegeben ist. Darum habe ich Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß alle diese Arbeiterassoziationen in einem Kreditverband untereinander zu stehen haben [1]).

---

[1]) So müßig ein Eingehen auf die Einzelheiten des obigen Beispiels ist, da der Plan vor allem an unmöglichen Voraussetzungen leidet, so sei doch soviel bemerkt, daß, selbst vorausgesetzt daß sich die Assoziationsbildung in der entwickelten Weise vollziehen würde, die erste industrielle Krisis einen Krach des Assoziations-Verbandes zur Folge haben müßte, der

Sie sehen also, es handelt sich nicht um so schreckliche Zahlen, um viele „Tausende von Millionen"; mit 100 Millionen für ganz Deutschland hätten wir nicht nur mehr als genug, sondern selbst zuviel für den Anfang. Woher aber die 100 Millionen nehmen? Stellt man sich die Sache wirklich so roh vor, der Staat müsse da aus seiner Tasche, aus den Steuern, 100 Millionen hinzahlen? Das wäre ein sehr großer Irrtum, meine Herren, und würde nur den Beweis bilden, daß diejenigen, welche so sprechen, nicht das geringste von der Finanzwissenschaft, von der Funktion des Geldes und Kredites, verstehen. Ich habe Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß das erforderliche Geld, resp. der erforderliche Kredit, vom Staate auf die leichteste Weise von der Welt zu beschaffen wäre, ohne daß es irgend einem Menschen etwas kostet. Aber sehen wir davon ganz ab. Stellen Sie sich die Sache einmal einen Augenblick ganz roh und ganz falsch vor; stellen Sie sich vor, der Staat müsse die 100 Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Maitressenliebhaberei; in diesem

---

die berühmtesten Krachs der bürgerlichen Kreditgesellschaften noch in Schatten stellen würde. Und dieser Krach würde um so notwendiger eintreten, als der Staatskredit geradezu eine Prämie auf planloses Drauflosproduzieren bilden würde, ein Berechnen des Bedarfs sich aber durch die fortwirkenden Konkurrenzgesetze der Warenproduktion von selbst verbietet. Wie eine industrielle Assoziation, die selbst nur mit kreditiertem Kapital wirtschaftet, das sie obendrein mit fünf Prozent zu verzinsen hat, andren Assoziationen durch Kreditierung der von ihr hergestellten Produkte Lebenskraft einhauchen und dabei bestehen soll, bleibt ebenfalls dahingestellt. D. H.

Jahrhundert noch für jede Eroberungssucht der Fürsten oder für irgendein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen; also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt so viel da gewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen? (Rufe: Schluß! Weitersprechen!) Der Redner: Wenn Sie noch einmal rufen „Schluß", so werden Sie den Schluß haben, meine Herren. Ich werde dann aufhören. (Neue Rufe: Schluß!) Der Redner erklärt, abzubrechen. Große Aufregung in der Versammlung. Das Zentralkomitee dringt in den Redner, fortzufahren. Viele Mitglieder der Versammlung eilen auf die Tribüne und bestürmen den Redner, nicht wieder das Wort zu ergreifen. Nach einer kurzen Rücksprache mit Herrn Lassalle erklärt Herr Heymann von der Tribüne: „Ich verkünde hiermit im Namen des Herrn Lassalle, daß er Fortsetzung und Schluß seiner Rede am Dienstag in einer allgemeinen Arbeiterversammlung in dem Saale zur Harmonie geben wird. Alle sind eingeladen, daselbst zu erscheinen." Der Präsident, Herr Lachmann: „Ich erkläre die Versammlung für geschlossen!"

REDE VON LASSALLE
am 19. Mai 1863.

Meine Herren!

Die liberale Presse hat mir merkwürdige Vorwürfe gemacht über meinen Vortrag vom letzten Sonntag. Ich hätte vier Stunden gesprochen, das sei unerhört. Wie lange ein Redner spricht, meine Herren, das hängt nicht ab vom Redner, sondern von der Sache, und diese Sache ist so groß, daß es nicht möglich ist, sie auch nur einigermaßen erschöpfend in kürzerer Zeit zu erledigen. Luther hat gegen Eck 14 oder 17 Tage, ich weiß nicht genau augenblicklich wie viel, disputiert, und ich glaube, daß Ihre Sache, die Sache, um die es sich heute handelt, in keiner Weise geringer ist als jene große Sache des sechzehnten Jahrhunderts. Dann hat man sich weiter darüber beschwert, daß ich Ihnen trockenes, statistisches, langweiliges Material vorgetragen hätte. Angenommen selbst, meine Herren, daß Sie dasselbe nicht interessiert hätte, so würde ich doch durchaus nicht anders haben verfahren können, und ich werde in aller Zukunft nicht anders verfahren. Es handelt sich hier um volkswirtschaftliche Fragen und nicht um Schönschwätzen. Sie sind noch nicht gewöhnt an dieses Material, darum muß es Ihnen in den Leib gestopft werden, es muß Ihnen Kenntnis und Geschmack daran beigebracht werden. Der Vorwurf ist um so komischer, als Dr. Büchner mir nach Berlin geschrieben hatte: Bringen Sie vor allem statisti-

sches Material mit. Ich habe dies getan, ich habe, wie Sie gesehen haben, dies Verlangen in reichem Grade erfüllt, und nun machen mir die liberalen Blätter daraus einen Vorwurf! Aber welches ist denn der pikanteste Punkt dieser Sache? Die liberale Presse wirft mir vor, ich hätte in einem vier Stunden langen langweiligen Vortrag die Arbeiter ennuyiert. Meine Herren! Wenn das wäre, warum sind Sie denn heute hier? Warum ist denn dieser Saal gepfropft voll? Hat Sie jemand gezwungen, hierher zu kommen? Sie sind freiwillig gekommen; Sie sprechen hierdurch auf das Deutlichste aus, daß Ihnen dieses Material nicht zu trocken war; daß Sie auf der Höhe der Bildung stehen, die erforderlich ist, um den Ernst eines solchen Vortrages zu begreifen. Es spricht sich mit einem Wort darin auf das Vollständigste aus, um wieviel bereits infolge des Ernstes seiner Gesinnung die Bildung des Arbeiterstandes die halbe Bildung unserer liberalen Zeitungsschreiber überwiegt! (Großer Beifall.)

Ich werde jetzt da fortfahren, wo ich am Sonntag aufgehört habe. Ich habe da gezeigt, daß, wenn wir nur hundert Millionen hätten, wir nicht nur genug, sondern im Anfang sogar zu viel haben würden.

Man kann nun fragen, woher diese hundert Millionen nehmen? Meine Herren! Ich werde und kann Ihnen allerdings hier nicht eine lange finanzwissenschaftliche Theorie entwickeln, aber einen flüchtigen Blick muß ich Sie doch darauf werfen lassen, wie leicht, ja wie spielend leicht es wäre, diese hundert Millionen zu beschaffen, ohne daß der arme Bauer, wie die liberale Presse gesagt hat, einen Pfennig aus seiner Tasche dazu herzugeben brauchte. Ich werfe die Frage auf: Worauf beruhen die Banken, welche Banknoten ausgeben? Worauf,

sage ich, beruht das Profitable eines solchen Unternehmens? Auf nichts anderem, als auf folgendem:

Wenn eine Bank z. B. hundert Millionen in ihre Keller legt, so kann sie nun 400 Millionen in Banknoten ausgeben und dies beruht lediglich auf der Erfahrungstatsache, daß nie mehr als ein Viertel der Banknoteninhaber sich gleichzeitig präsentieren, um ihre Zettel gegen bares Geld einzuwechseln. Auf diesem einfachen Grundsatz, auf dieser Erfahrungstatsache beruhen sämtliche Banken, die Banknoten ausgeben, in ganz Europa. Diese Tatsache ist ein soziales Faktum, eine in der Natur aller[1]) liegende Tatsache. Keiner hat diese Tatsache gemacht, nicht Peter, noch Christoph, noch Wilhelm. Es ist ein soziales Elementargesetz, gerade so, wie es natürliche Elementargesetze gibt. Wer dieses Gesetz ausbeutet, der hat also im unterstellten Beispiel 300 Millionen zu seiner Benutzung, ohne daß sie ihm angehören, ohne aber auch, daß sie irgend ein anderer entbehrt. Denn den Banknoteninhabern, den wirklichen Gläubigern dieses Institutes, vertreten die Banknoten denselben Dienst, den ihnen der Silbertaler geleistet hätte. Überdies, es ist nicht einmal zu konstatieren: Wer ist der Gläubiger dieser Bank? Ich, Sie, wir alle, jeder, der auf einen Moment lang einen Taler in der Tasche hat, der in der nächsten Viertelstunde schon bei einem anderen ist.

Ich sage also, wer diese soziale Tatsache ausbeutet, der hat zu seiner Benutzung im unterstellten Beispiel 300 Millionen, ohne daß er sie irgend einem anderen entzieht.

---

[1]) Besser wäre: in der Natur des bürgerlichen Wirtschaftslebens. Beiläufig zeigt auch diese Auseinandersetzung, daß Lassalle die Möglichkeiten der Kreditbeschaffung und der Kreditwirtschaft bedeutend überschätzte. D. H.

Ist es nun nicht eine Sünde und Schande, daß man, wie gleichwohl heutzutage in den meisten Staaten der Fall ist, einzelnen Kapitalisten oder einzelnen Gesellschaften von Kapitalisten die Konzession erteilt, dieses in der Natur aller wurzelnde Faktum für ihren besonderen Vorteil auszubeuten? Was in der Natur aller wurzelt und nur durch diese, durch keine individuelle Tat, hervorgebracht ist, — das dürfte doch auch wieder nur allen, d. h. dem Staate, zugute kommen! der Staat dürfte also nicht, wie es jetzt in so vielen Ländern der Fall ist, Privatgesellschaften konzessionieren, die Banknoten ausgeben. Es dürften auch nicht, wie in Preußen, gemischte Banken bestehen, sondern wenn etwas, so ist dieses, gerade so wie die Münze, ein notwendiges Staatsregal. Wir müßten also eine deutsche Staatsbank haben, eine Bank von Deutschland, — und dann, sehen Sie, meine Herren, dann hätte ja der Staat das Geld, das er für diese Assoziationen braucht, doppelt und dreifach, und ohne daß es dem „armen Bauer", wie die Berliner „Volkszeitung" gemeint hat, einen Pfennig kostete!

Aber Herr Schulze-Delitzsch scheint zu glauben, daß das Geld oder der Kredit des Staates Fluch bringe! Er hat in dem Vortrage, den er in Berlin gegen mich gehalten hat, Bezug genommen auf die subventionierten Assoziationen, die in Paris im Jahre 1848 durch den Staat eingerichtet wurden, und hat gesagt, diese Assoziationen seien alle zugrunde gegangen[1]), und das

[1]) Eine irrige Annahme Lassalles, die durch ungenaue Zeitungsberichte veranlaßt wurde. Tatsächlich hatte Schulze nur gesagt, daß von 56 staatlich subventionierten Assoziationen kaum noch zehn bestünden. Vergleiche „Kapitel zu einem deutschen Arbeiter-Katechismus" S. 166. D. H.

sei nicht anders möglich, wenn man auf Staatssubvention baue, statt auf eigene individuelle Selbsthilfe.

Beiläufig: Sie müssen nicht, meine Herren, diese Pariser subventionierten Assoziationen mit den Pariser Nationalwerkstätten verwechseln. Man hat mir von seiten anderer Gegner vorgeworfen, ich wolle die Nationalwerkstätten aufwärmen. Das beruht auf tiefer Unwissenheit, denn die Nationalwerkstätten haben niemals produktive Arbeit getrieben. Sie bestanden lediglich darin, daß man eine große Anzahl brotlos gewordener Arbeiter durch öffentliches Almosen alimentierte und, damit diese große Masse nicht ganz müßig ging, unproduktive Erdarbeiten von ihr verrichten ließ. Ich habe das in der Presse widerlegt, in einem Artikel, der in verschiedenen Zeitungen erschienen ist. Aber so sehr spekuliert man auf die öffentliche Unwissenheit, daß man nichtsdestoweniger, nachdem in drei oder vier Zeitungen jener Artikel erschienen war, in Stuttgart einer Zeitungsnachricht zufolge den Arbeiterverein beschließen ließ, daß ich nur wieder die französischen Nationalwerkstätten aufwärmen wolle.

Herr Schulze hat das nicht gesagt; er sprach von den subventionierten Assoziationen, die sich in Paris erst nach dem Untergang der Nationalwerkstätten gebildet haben. Ist es denn aber wahr, was er behauptet, daß die mit Hilfe dieses Staatskredits gebildeten Gesellschaften alle untergegangen sind? Nein, meine Herren! Es ist durchaus nicht wahr; es haben im Gegenteil mehrere davon sogar die glänzendsten Geschäfte gemacht und ich werde Ihnen sofort die Beweise vorlegen.

Zunächst, wäre es ein Wunder, wenn jene in Paris votierten Kredite keine günstigen Folgen nach sich gezogen hätten? Es wäre kein Wunder und würde gar

nichts gegen meine Vorschläge beweisen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Wie viel glauben Sie wohl wurde überhaupt votiert? Es wurden votiert — (ich trage Ihnen diese Tatsachen aus dem betreffenden Werke des Professor Huber vor, das Schulze-Delitzsch kennt und kennen muß, und beziehe mich deswegen nur auf dieses deutsche Werk, das ihm jedenfalls bekannt ist) — es betrugen also die vom Staat votierten Summen 2800000 Franks. Das war der Kredit, der damals votiert wurde. „Von dieser Gesamtsumme," sagt Huber[1]), „fielen 26 Subventionen zu 1800000 Franks auf einige zwanzig große Fabrikherren in den Provinzen, auf Bourgeois, bei denen die Bildung einer Assoziation mit ihren Arbeitern handgreiflich nur ein Vorwand war, um das durch die schlimmen Zeiten gefährdete Geschäft zu retten. Nachher war von irgendeinem genossenschaftlichen Anteil oder einer Beteiligung der Arbeiter nicht mehr die Rede. Von wirklichen associations ouvrières (Arbeiter-Assoziationen) wurden nur 30 mit 890000 Franks, und zwar ausschließlich in Paris subventioniert." So Huber, 890000 Franks sind nicht einmal ganz 240000 Taler. Sie würden also sich nicht wundern können, wenn mit einer solchen Summe, mit einem Experiment so sehr im kleinen, auch kein großes Resultat herbeigeführt worden wäre. Aber nicht nur das. Hören Sie, was Huber weiter über den Geist sagt, in welchem diese Summe verwendet wurde. Es herrschte nämlich damals, wie Ihnen aus der Geschichte bekannt ist, bereits die äußerste Reaktion in Paris; Huber sagt: „Die Zinsen, welche nominell 5 Prozent betrugen

---

[1]) Die gewerblichen und wirtschaftlichen Genossenschaften. p. 78.

(die Zinsen nämlich, welche die Arbeiter dem Staate für diese Subvention zu entrichten hatten), stiegen durch allerlei Nebenlasten auf etwa 10 Prozent. Die Kontrolle wurde ganz im Sinne der peinlichsten bureaukratischen Verwaltung festgestellt und bald mit unverkennbarer Feindseligkeit oder gänzlicher Rücksichtslosigkeit und Gleichgültigkeit gegen das Prinzip und gegen den Versuch gehandhabt. Nach dem Staatsstreiche zumal konnte an der unbedingten Mißliebigkeit der Assoziationen kein Zweifel sein."

Sie sehen, meine Herren! wenn dieser votierte Kredit mit dieser Feindseligkeit gegen das Prinzip selbst verwendet und verwaltet wurde, so würde auch gar kein Schluß daraus gezogen werden können, wenn der Versuch nicht die geringste glückliche Folge gehabt hätte! Aber trotz alledem, trotz der minimen Geringfügigkeit dieser Summe, trotz der durch die Nebenlasten bis auf 10 Prozent gesteigerten Zinsen und besonders trotz dieses Geistes der Feindseligkeit, in welchem dieser Kredit von den Administrativbehörden verwaltet wurde, haben dieselben eine Anzahl von Assoziationen in das Leben gerufen, von denen mehrere sogar die glücklichsten Geschäfte gemacht haben. Ich will mich wiederum bloß auf die Beispiele beziehen, die Huber in seiner Schrift mitteilt.

Zuvor will ich Ihnen aber noch einen Satz der Huberschen Schrift anführen, der zu bemerkenswert ist, um hier nicht eingeschaltet zu werden. Professor Huber geißelt nämlich auf die verdienteste Weise die Gleichgültigkeit und die Abneigung, welche die gebildeten Stände und vor allem die Presse gegen diese Sache damals an den Tag gelegt hätten. Er sagt: „Bei der Masse der Gebildeten, Reichen, Angesehenen und in der Presse

tiefes Ignorieren, die vollkommenste Gleichgültigkeit der Selbstsucht in ihren mannigfachsten Formen; bei einigen wenigen doktrinäre oder bureaukratische reaktionäre Schadenfreude über das vermeintliche Mißlingen mißliebiger Doktrinen oder Bestrebungen; dieselbe Stimmung, nur in womöglich gesteigertem Maß, finden wir vier Jahre später. Man hatte bona fide alles vergessen oder niemals etwas gewußt! Daß die Presse allzubereit war, dieser Haltung des Publikums oder der Staatsgewalt zu entsprechen, das bedarf wohl keiner besondern Versicherung. Darin, wie in so manchen andern Sünden, worin sie ihren Mangel eines höheren Berufs erweist, wird sie sich vergeblich mit ihrer Unfreiheit entschuldigen." So Professor Huber, — und wie sehr, meine Herren, ja in wie erhöhtem Grade wendet sich dieses Urteil auch auf das gegenwärtige Verhalten der liberalen Presse in Deutschland an! Nichtsdestoweniger haben, wie ich Ihnen bereits gesagt, manche jener Assoziationen sogar die glänzendsten Resultate gehabt. Die Beispiele, die Huber hierfür anführt [1]), sind erstens die Assoziation Remquet, eine Buchdrucker-Assoziation.

---

[1]) Andere bei Lemercier, Etudes sur les associations ouvrières, p. 125. Überdies ist noch zu bemerken, daß, wie Lemercier bezeugt, viele Assoziationen, welche bereits die besten Geschäfte machten, nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 sich sofort freiwillig auflösten. Die der Verwendung der Staatssubvention vorgesetzte Behörde — le conseil d'encouragement — versammelte sich gar nicht mehr seit dem Staatsstreich, wie Lemercier gleichfalls konstatiert, — und andrerseits streckten die in günstigster Entwicklung befindlichen Assoziationen vor der Konterrevolution von selbst das Gewehr. So wenig ist die ökonomische Befreiung des Arbeiterstandes mit der Reaktion verträglich!

Diese wurde im September 1849 gebildet, statutenmäßig für 10 Jahre, so daß sie sich nach Verlauf der 10 Jahre auflösen sollte. Sie wurde gebildet mit einer Staatssubvention von 80000 Franks, also etwas über 20000 Taler; und als sie sich ihren Statuten zufolge im Jahre 1859 auflöste, da wurde, nachdem diese Subvention an den Staat, wie alle andern Passiva, abgezahlt worden waren, der angesammelte Gewinn unter die Arbeiter verteilt, und zwar kamen im Durchschnitt 10—11000 Franks auf jeden dieser Arbeiter, also nicht viel unter 5000 Gulden. Der Anteil wechselte nämlich von 7000 Franks, für die Witwen der inzwischen verstorbenen Arbeiter, bis auf 18000 Franks. Ich brauche Ihnen bloß die Profite vorzulesen, welche von dieser Assoziation jährlich zurückgelegt wurden, um Ihnen ein deutliches Bild von den Vorteilen der Assoziation zu geben. Im ersten Jahre war gar kein Profit, denn, wie Sie begreifen, aller Anfang ist schwer. Im zweiten Jahre war der zurückgelegte Profit 4494 Franks, also sehr gering. Im dritten Jahre 6224 Franks, im vierten Jahre 8500, im fünften Jahre 10684, im sechsten Jahre 14357, im siebenten 10971, im achten 11427 und im neunten 14821[1]). Ähnliche Geschäfte hat die gleichfalls subventionierte Assoziation der Goldarbeiter gemacht, die association d'ouvriers bijoutiers en doré. Ähnliche Geschäfte hat die gleichfalls vom Staate subventionierte Tischler-Assoziation gemacht, die nach ihrem Gründer monsieur Antoine genannt wurde. Sie sehen also, um mich mit diesen Details zu begnügen, es ist un-

[1]) Man braucht nur die Summe der hier aufgeführten Geschäftsgewinne mit den an die einzelnen Genossenschafter, bzw. deren Erben ausgezahlten Gewinnanteilen zu vergleichen, um sich zu überzeugen, daß es auch mit dieser Assoziation Remquet seine sehr eigne Bewandtnis gehabt haben muß. D. H.

wahr, was Herr Schulze sagt, daß die vom Staat subventionierten Assoziationen in Frankreich sämtlich untergegangen seien[1]). Das Geld oder der Kredit des Staates bringt keinen Fluch, wie Herr Schulze glaubt, und läßt sich gerade ebenso gut industriell verwenden, wie jedes andre Geld oder jeder andre Kredit.

Aber, hat man eingeworfen, die Landarbeiter, — wie steht es denn mit denen? Die sind doch noch eine größere Zahl, als die industriellen Arbeiter. Die liberale Presse hat sogar in Berlin die Vermutung aufgestellt, ich würde wahrscheinlich vorschlagen, daß Parzellierungen stattfinden müßten für die ländlichen Arbeiter[2]). Das betreffende Blatt war so unwissend, noch nicht einmal zu wissen, daß alle Sozialisten, die existiert haben, die Parzellierung, nachdem sie historisch für die Vergangenheit ihr Gutes gehabt hat, und mit einziger Ausnahme solcher Gegenden, wo gartenmäßiger Betrieb stattfindet, für eine Quelle der nationalen Verarmung und der Ver-

---

[1]) Die Worte des Herrn Schulze hierüber in der „National-Zeitung" vom 2. April (und Nr. 155) lauten: „Ja wohl, diese ersten Arbeiter, die zu Assoziationen zusammentraten, sind ans Ziel gelangt, weil sie sich auf sich selbst stellten und ihre Kraft gebrauchten. Also weil und nicht trotzdem sie ohne Hilfe des Staates sich zusammentaten; hätte sie der Staat patentiert, dann würde voraussichtlich nichts aus ihnen geworden sein. Dies beweisen die Assoziationen in Frankreich. Dort wurden gleich nach der Februar-Revolution 3 Millionen Franks für diese Zwecke dekretiert. Davon wurden 56 Vereine unterstützt und diese sind sämtlich eingegangen, während alle diejenigen, welche noch jetzt blühen, keine Subvention erhalten und nur ihrer eignen Kraft vertraut hatten." (!!!) (Wie schon oben bemerkt, ist das Zitat der „Nationalzeitung" unrichtig. D. H.)

[2]) Die „Volkszeitung" ist es, welche diese seltene Sachkenntnis entwickelt hat.

minderung des Getreideertrages betrachten und vor allem gerade bei der Agrikultur nur im Großbetrieb die Quelle des nationalen Reichtums und die Vermehrung des Rohertrages der Äcker erblicken. Was also werde ich auf jenen Einwurf antworten, daß doch auch die ländlichen Arbeiter zu den notleidenden Klassen gehören und derselben Hilfe bedürftig seien wie die industriellen? Nun, nichts anderes, als daß dieser Einwurf meine eigenste Meinung, daß dieser Einwurf gar kein Einwurf ist! Wer spricht denn davon, daß bloß den industriellen Arbeitern geholfen werden sollte? Ich doch nicht! Ich habe Ihnen doch im Gegenteil in meiner Broschüre von den 89—95 Prozent Notleidenden gesprochen, welchen der Staat gehört, so daß hierin also doch alle Klassen, Berufsstände und Arten von Arbeitern eingeschlossen sind! Ich habe somit deutlich genug für jeden, der irgend verstehen kann, die Meinung ausgesprochen, daß allen unbemittelten Klassen geholfen werden solle und müsse, wie denn ja auch für jeden, der das geringste von der nationalökonomischen Materie versteht, das Interesse aller Kapitallosen ein solidarisches ist. Warum aber, meine Herren, — um anderer und noch wirksamerer Maßregeln zu geschweigen, die gerade in bezug auf den Ackerbau zur Anwendung kommen könnten und deren Entwicklung hier überflüssig und zu weit führend wäre, — warum sollte denn, frage ich, den Landarbeitern durch die Assoziationen nicht ebenso gut geholfen werden können, wie den industriellen Arbeitern? Bewiesen ist dies durch gar nichts! Hören Sie den größten englischen Ökonomen, John Stuart Mill, über diese Frage. Er sagt wörtlich: „Es läßt sich vernünftigerweise nicht bezweifeln, daß eine Dorfgemeinde, die aus wenigen tausend Bewohnern besteht, als gemeinsames

Eigentum die nämliche Bodenfläche bebaut, welche die jetzt vorhandene Bevölkerung ernährt, und die mittelst vereinter Arbeit und der besten Verfahrungsweise die erforderlichen Fabrikate anfertigt, imstande wäre, so viel Produkte hervorzubringen, um sich in angenehmen Verhältnissen zu erhalten. Eine solche Gemeinde würde auch die Mittel finden, um von jedem arbeitsfähigen Mitglied des Gemeinwesens die Feldarbeit zu erhalten oder erforderlichenfalls zu erzwingen." Also John Stuart Mill erklärt geradezu, es ließe sich das vernünftigerweise nicht einmal in Zweifel ziehen. Wollen Sie eine noch größere Autorität in dieser Frage? So werde ich Ihnen den Freiherrn von Thünen zitieren, eine noch größere Autorität deshalb, weil er einerseits einer der ausgezeichnetsten Männer der ökonomischen Wissenschaft, andrerseits einer der ausgezeichnetsten praktischen Landwirte Deutschlands war. Er hat im zweiten Bande seines berühmten Buches: „Der isolierte Staat", den er im Jahre 1850 veröffentlicht hat, sich gleichfalls für die Assoziation der ländlichen Arbeiter ausgesprochen. Ja, ein großer und edeldenkender Mann, wie er war, hat er auf seinem Gut Tellow in Mecklenburg bereits im kleinen eine Assoziation seiner Leute angelegt, damit sie Anteil nehmen sollten an der steigenden Produktivität, an dem steigenden Ertrag seiner Äcker. Er hat den Plan und das Reglement, welches er dieser Assoziation zugrunde legte, in jenem Werke, das ich zitiert habe, veröffentlicht. Freilich! Kaum war das erschienen, so kam die Tübinger Zeitschrift und rief aus: Thünen ist Sozialist!

So oft ein großer Mann der Wissenschaft es sich hat daran gelegen sein lassen, Mittel und Wege zu finden, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, so hat man ihn immer mit diesem Schlagwort zu Boden zu schmettern

gesucht: Sozialist! Nun, meine Herren, wenn man dies unter Sozialismus versteht, daß wir suchen, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und ihrer Not abzuhelfen. — nun dann in 33000 Teufels Namen, dann sind wir Sozialisten! (Allgemeines Bravo!) Glaubt man, ich würde mich vor einem Worte fürchten? Ich nicht! Und sollten Sie so furchtsam sein? Ich hoffe Nein! — Warum habe ich denn nun also in meinem Antwortschreiben nicht besonders von den ländlichen Arbeitern gesprochen? Nun, aus dem überaus einfachen Grunde, weil sie ja schon ohnhin in die 89 bis 95 Prozent der dürftigen Klasse, von denen ich spreche und denen geholfen werden soll, eingeschlossen waren und der Anfang, der praktische Anfang allerdings zunächst mit den industriellen Arbeitern gemacht werden muß. Warum? Der ländliche Arbeiter, meine Herren, ist in vieler Hinsicht, wenn z. B. auf Geldlohn gesehen wird, in einer noch schlechtern Lage als Sie, in mancher Hinsicht wiederum in einer bessern. Dies entscheidet also die Frage nicht. Was die Frage entscheidet, mit welcher Arbeitsart praktisch der Anfang gemacht werden muß, ist folgender Umstand. Der ländliche Arbeiter, und wenn er auch nur ein Kuhgut hat, wenn er sogar seinen Getreideacker nur mit Hacke und Spaten bearbeitet, bildet sich immer noch ein, ein Eigentümer zu sein; er ist noch nicht disponiert zur Assoziation, und diese Disposition dazu, die Bereitwilligkeit, die kann nicht erzwungen werden. Aber hervorgerufen kann sie werden durch Erfolge, hervorgerufen kann sie werden, sage ich, und zwar nur durch das eine: dadurch nämlich, daß der ländliche Arbeiter den großen Erfolg bei den industriellen Arbeitern sieht.

Wenn er diese in einer ganz andern Lage sehen wird und auf seine Frage, woher dies alles kommt, die Ant-

wort erhalten wird: durch die Assoziation, — dann wird sich auch bei ihm dieselbe Bereitwilligkeit und Geneigtheit zur Assoziation einfinden, die heute bereits in dem industriellen Arbeiterstande eine so vorwiegende ist. Zugleich werden durch die große Assoziation der industriellen Arbeiter, wie ich Ihnen vielleicht ein andermal näher ausführen werde, ganz neue Produktionsverhältnisse entstehen, welche auch die Bewirtschaftung des Bodens im großen ebenso notwendig, als leicht ausführbar machen und dadurch eine Quelle der Bereicherung für die ganze Gesellschaft, eine Quelle einer erstaunlichen Vermehrung der gesamten nationalen Produktion, herbeiführen würden.

Die industriellen Arbeiter sollen also nur die Avantgarde der Menschheit bilden, und bemerken Sie vor allem folgendes: Indem der Lohn der gemeinen Handarbeit geändert wird (es ist dies der wichtigste von allen Grundsätzen, den ich Ihnen einschärfen kann, für die Beurteilung der Frage) — indem der Lohn, sage ich, der gemeinen Handarbeit geändert wird, ändern sich auch durch organische Rückwirkung die Preise aller andern Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft, welchen Namen sie auch tragen mögen.

Alle menschliche Arbeit teilt sich nämlich im allgemeinen ein in die gewöhnliche physische Arbeit und in die sogenannte qualifizierte Arbeit, die selbst wieder ihrerseits in eine große Anzahl von Abstufungen und Verschiedenheiten zerfällt. Der Lohn der gemeinen Arbeit oder der gewöhnlichen physischen Handarbeit ist aber normierend, d. h. er bildet die bestimmende Grundlage für die Vergütung aller andern qualifizierten Arbeiten in der menschlichen Gesell-

schaft[1]). Ich werde Ihnen dies an einem sinnlichen Vergleich klar machen, welchen Sie festhalten wollen; er trifft genau zu. Wonach bemißt sich eine Erhöhung? Durch ihren Abstand vom Niveau. Steigern Sie, heben Sie das gesamte Niveau, so ist mit ihm auch jener Höhepunkt selbst gehoben. Ich werde Ihnen das nun an einem konkreten Beispiel klar machen.

Als ich in Leipzig am 16. April vor den Arbeitern gesprochen hatte und von der Tribüne herunterstieg, kam ein wohlwollender Bourgeois auf mich los und sagte: ich habe Ihnen ganz aufmerksam zugehört; aber Sie haben mich nicht überzeugt! Warum? fragte ich. „Aus einem ganz einfachen Grunde, antwortete der Mann. Ihr Mittel hilft nicht allen. Der kleine Beamte, der etwa dreihundert Taler erhält, ist, wie Sie nicht werden leugnen können, in einer relativ ebenso schlechten Lage als der Lohnarbeiter. Wollen Sie nun auch die kleinen Beamten assoziieren? Das geht doch nicht." Und der Mann sah mich an mit wohlwollenden Augen und zugleich freudestrahlend über seinen Scharfblick. Ich sagte: Sie haben recht; assoziieren können wir die kleinen Beamten freilich nicht, aber überlegen Sie folgendes: daß in einer Gesellschaft, in welcher, wie das heutzutage der Fall ist, der Lohn der einfachen Handarbeit 100 bis 120 oder 150 Taler jährlich steht, daß in einer solchen Gesellschaft der Staat Beamte findet für 200 und 300 Taler, das kann nicht Wunder nehmen. Nehmen Sie aber an, es wäre gelungen, das Einkommen des gewöhnlichen Lohnarbeiters z. B. auf 600 Taler zu steigern — glauben Sie denn wirklich,

[1]) Wobei indes zu bemerken ist, daß der Begriff der qualifizierten Arbeit in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft sich oft verschiebt, so daß grobe physische Arbeit als qualifizierte und sehr geistig anstrengende als unqualifizierte gilt. D. H.

daß der Staat da noch würde kleine Beamte finden können, die für 200 oder 300 Taler qualifiziertere Arbeit verrichteten? Ei, diese Leute würden ja viel profitabler tun, unter die gewöhnlichen Lohnarbeiter zu gehen! (Anhaltender Beifall.) Halten Sie dieses Beispiel fest und wenden Sie es an und übertragen Sie es auf alle andern Fälle. Es ist überall gleich richtig. Die qualifizierte Arbeit wird immer in demselben Verhältnis mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit fortschreiten müssen. Wenn dies nicht der Fall wäre, wenn die Vergütung der geistigen und qualifizierten Arbeit überhaupt sich nicht in demselben Verhältnis steigerte mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit, so würde das die Mühe, die Kosten und die Vorbereitung, welche jede qualifizierte und geistige Arbeit voraussetzt, nicht mehr lohnen; es würde somit anfangen, an Leuten, die diese Art von Arbeit liefern, in der Gesellschaft zu fehlen und die Gesellschaft würde sich somit entschließen müssen, den verhältnismäßig höhern Preis für diese qualifizierte Arbeit zu bezahlen[1]). Alles nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, nach welchem ich ebenso gut wie meine Gegner entwickle, wie Sie sehen!

Ich verlange also vom Staate nur den kleinen Finger! Von selbst würde sich daraus mit der Kraft des fortzeugenden Lebens alles weitere organisch entwickeln. Wer 50 Jahre nach dieser Maßregel wieder auf die Welt käme, würde sie nicht wieder erkennen!

Und nun sehen Sie, meine Herren, wie sich selbst zerstörend die Vorwürfe sind, die meine Gegner mir machen! Hätte ich verlangt, daß mit einem Male, mit

---

[1]) Vergleiche die vorstehende Note. D. H.

einem Schlage, allen Menschen geholfen werden solle, so hätte man mir zugerufen: der Unsinnige, der Rasende! er will durch Staatsdekrete allen helfen auf einmal! Und da hätte man recht gehabt. Jetzt, wo ich eine allmähliche, eine für alle bestimmte, aber allmähliche Hilfe verlange, ruft man: die Landbevölkerung — er will der Landbevölkerung nicht helfen, und nur den industriellen Arbeitern! Sie sehen, meine Herren, das ist nicht wahr; die Landbevölkerung wie die industriellen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wie die Fabrik- oder Handwerksarbeiter, und ebenso diejenigen, welche qualifiziertere Arbeit aller Art verrichten, also auch die kleine Bourgeoisie der großen gegenüber, alle sollen durch die Assoziation und ihre Wirkungen in eine andre Lage versetzt werden. Aber wenn ein Heer sich in Marsch setzt, so geschieht dies nicht auf einem Fleck und mit einem Mal, sondern die Vorhut marschiert voran, und aus zehntausend Gründen, die ich hier nicht weiter entwickeln kann, sind die industriellen Arbeiter die Vorhut der Menschheit!

Herr Schulze wirft mir vor, ich hätte einen unglücklichen Zwiespalt zwischen die besitzenden und arbeitenden Klassen geworfen; ich hätte versucht, sie miteinander in Konflikt zu bringen. Wenn irgend etwas, so ist das nicht wahr! Seht Ihr nicht vielmehr, daß die gegenwärtige Agitation gerade die entgegengesetzte Bedeutung hat? Es ist ein Ruf der Einwirkung auf die öffentliche Überzeugung und das öffentliche Gewissen, mit dem ich mich erhoben habe. Es wäre das großartigste Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Initiative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge, wenn sie aufträte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe, nicht als eine Gärung des

Hasses und der wilden sansculottischen Wut! Und gerade das ist ja aber auch der Fall! Die Männer, welche die Initiative in dieser Bewegung ergriffen haben, ich, Rodbertus, Wuttke, Bucher, Dr. Th. Müller[1]) hier, den Sie kennen, wir alle gehören durch Wissenschaft wie durch Besitz den besten Schichten der besitzenden Klassen an.

Sieht man denn nicht, daß dies eine großartige Tatsache der Klassenversöhnung ist und daß man gerade nur durch die Wut ohnegleichen, mit welcher man sich unseren Bestrebungen entgegenwirft, einen Konflikt und einen Haß unter den Klassen zu erzeugen droht? Wenn es gelänge, diese Bewegung tot zu machen, wenn es gelänge, meine Herren, künftige Männer der Wissenschaft von einer ähnlichen Initiative abzuschrecken — —, nun gerade dann würde nichts anderes die Folge davon sein, als daß wir in einigen Dezennien an einer wilden proletarischen Revolution stünden und sich die Schrecken der Junischlacht auch für uns wiederholten! Das darf nicht sein und das soll nicht sein.

Aber eben deshalb handelt es sich darum, zeitig die Ventile zu öffnen, um einer Explosion vorzubeugen. (Lang anhaltendes Bravo!)

Gerade darum habe ich es auch für nötig gehalten, im vollen Frieden die Fahne dieser Agitation zu erheben. — Der europäische Himmel hängt voll schwerer Wolken, viele haben mich gefragt, warum ich nicht gewartet habe, bis Ereignisse anderer Art mir meine Bestrebungen erleichtern. Aber nein! Ich weiß sehr gut, daß man bei einer durch äußere Ereignisse hervorgerufenen Fieberhitze weit leichter große Erfolge erringen, gewisse Positionen im Sturm davontragen kann.

---

[1]) Vorstand des Arbeiterbildungsverein zu Frankfurt a. M.

Aber solche, bloß durch diese Treibhauswärme hervorgerufenen Erfolge sind dann Putsche, Überraschungen ohne Dauer und ohne Halt; nicht eine in sich feste soziale Partei, sondern wilde Appetite, eine Masse, ebenso schnell zerronnen wie gewonnen, stünde dann hinter diesem Banner. Und ferner, eine soziale Bewegung, die in den Tagen der Gewalt auftaucht, die gerade könnte den besitzenden Klassen Haß und Furcht einflößen, und Haß und Furcht hervorrufen.

Darum habe ich im tiefen Frieden dieser Überzeugung Gelegenheit geben wollen, sich durchzukämpfen und sich durchzubohren. Ich habe es schon Ihren Brüdern in Leipzig gesagt: Sie dürfen die Besitzenden nicht hassen, weder die Bourgeoisie im allgemeinen, noch etwa die Unternehmer und Meister im besonderen. Unsere Bourgeoisie hat die bestehenden Zustände nicht gemacht; sie ist nicht der Produzent dieser Zustände, sondern nur ihr unwillkürliches Produkt. Die besitzende Klasse muß vielmehr selbst und freiwillig ihre Intelligenz und Einsicht dazu hergeben, um mit gutem Willen die Fesseln von Ihren Füßen zu feilen.

Aber dazu ist vor allem eines nötig, dieses: daß Sie konstatieren, daß Sie diese Fesseln tragen und fühlen; dazu ist nötig, daß Sie Ihr Verlangen konstatieren, daß man sie Ihnen abnehme. Wenn Sie sich diese Fesseln fortlügen lassen, wenn Sie sich dahin bringen lassen, sie selbst abzuleugnen, meine Herren, — wenn Sie mit einem Worte sich selbst verlassen, dann wird Sie, und zwar mit Recht, Gott und die Welt verlassen!

Aber eines der Argumente, die Schulze in Berlin gegen mich vorgebracht hat, scheint dort wie anderwärts einen besonders großen Eindruck gemacht zu haben, und gerade

dieses Argument ist es, worüber ich mich auf das lebhafteste, und zwar in Ihrem Interesse beschweren muß.

Herr Schulze schließt seinen Vortrag in Berlin bei den Arbeitern der Tonhalle mit folgenden Worten, die ich hier wörtlich aus der Nationalzeitung vorlesen werde: „Und nun, meine Herren, mit mir sind auch die angegriffen, die mit mir gearbeitet haben, und die den Arbeitern durch ihre Bemühungen das Kapital, über das sie gebieten, flüssig machten. Wenn Sie zwischen Herrn Lassalle und uns wählen sollen, dann brauchen wir nur zu sagen: dort Redensarten und hier Kapital; wir werden sehen, wer es am längsten aushält."

Drei Dinge sind es, die ich hier zu bemerken habe. Zunächst ist es nicht wahr, daß ich Herrn Schulze persönlich angegriffen; ich habe vielmehr seinen Absichten damals in meiner Broschüre eine vielleicht selbst übermäßig warme Anerkennung widerfahren lassen. Das aber wäre doch unerhört, wenn Herr Schulze den Nachweis, den objektiven Nachweis, daß seine Bestrebungen die Lage des Arbeiterstandes nicht bessern können, für einen Angriff auf seine Person ausgeben wollte; inzwischen das ist das wenigste. Aber was liegt ferner in jenen Worten, die ich Ihnen vorgelesen habe? *Ich habe nicht* verlangt von den Arbeitern, daß sie die Schulzeschen Assoziationen aufgeben sollen; dies ist mir nicht eingefallen. *Ich* habe den Arbeitern *keine* solche *Alternative gestellt!* Ich habe den Arbeitern bloß ausgeführt, daß diese Assoziationen niemals dem Arbeiter*stand* helfen könnten, sondern daß sie nur einzelnen und auch nur in einer beschränkten und sehr bald vorübergehenden Weise helfen können. Ist damit gesagt, daß sie nun solchen Assoziationen sich entziehen oder solche Assoziationen nicht bilden sollen, weil diese nur vorübergehend, nur

einzelnen, nicht aber dem ganzen Arbeiterstande helfen? Gewiß nicht, meine Herren! Warum sollten Sie nicht sehen, sich auch einstweilen als einzelne zu helfen, so gut es geht? Es wäre gerade so, als wenn jemand einem einzelnen, der irgendwo besseren Lohn bekommen könnte, sagen wollte, er solle das nicht tun, weil dadurch nicht der ganzen Klasse geholfen wird! Das wäre also lächerlich. Ich also stellte Ihnen in meiner Broschüre eine solche Alternative zwischen mir und den Schulzeschen Assoziationen nicht. Warum stellt sie euch Schulze? Warum, wenn er euch und eure Sache und die Sache eures Standes wirklich liebt, warum bedroht er euch mit der Entziehung jener Kapitalien? Ich habe mich an Ihre Vernunft gewendet — und Schulze-Delitzsch antwortet mir mit einer praktischen Drohung!

Aber ferner, meine Herren, was liegt zweitens in dieser Drohung? Ihr seid also nicht unabhängig in eueren Assoziationen und es ist nicht Selbsthilfe, wie Schulze euch vorsagt?! Ihr seid, wie seine Drohung zeigt, von dem guten Willen einzelner Kapitalisten abhängig? Das ist die Freiheit und Unabhängigkeit bei Schulze? so widerspricht er sich selbst! Nun, ehe ich von dem Belieben und der Laune einiger weniger Kapitalisten abhängig wäre, dann wollte ich doch, wenn dies anders bei mir der Fall wäre, lieber noch vom Staate abhängig sein, d. h. von dem gesamten geistigen Schicksal der Menschheit und seinem Wandel, als von der Laune einiger weniger Kapitalisten. (Allgemeines Bravo!)

Überdies, meine Herren, habe ich das nur als Gegensatz erwähnt; denn wie ich Ihnen das letztemal ausgeführt habe, in dem System dieser Kredite, die der Staat für Sie zu votieren hat, ist keine Abhängigkeit irgendwelcher Art, um so weniger, als ich Sie darauf hingewiesen habe,

daß Sie nur durch und mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht diese Forderung erlangen können, das allgemeine Wahlrecht aber sich schwer mit einem reaktionär und bureaukratisch verwalteten Staat verträgt.

Zwar, man hat gesagt: das allgemeine Wahlrecht ist doch keine Wünschelrute. Gewiß nicht! Das weiß ich sehr wohl; aber ich werde Ihnen sagen, was es ist. Es ist jene Lanze, die selbst die Wunden heilt, die sie geschlagen hat. Es ist vollständig möglich, daß Sie beim allgemeinen Wahlrecht ein- und zwei- und dreimal schlecht wählen. Gründet man aber eine politische Institution für die zwei oder drei Jahre? Das allgemeine Wahlrecht belehrt durch seinen Gebrauch; und überdies, daß Ihnen dann diese Belehrung kommen wird, das ist nicht zu bezweifeln; denn bei Ihnen ist das Interesse die Mutter der Einsicht, und das Interesse ist eine fruchtbare Mutter!

Hieran knüpfe ich noch eine kurze Erörterung der politischen Frage. Man hat mir zum Vorwurf gemacht, unzeitgemäß die politische Situation, die Entwicklung der politischen Freiheit, zu stören.

Aber wenn irgend etwas, meine Herren, so ist es gerade ebensosehr die politische Situation, mein politisches Programm, kurz die politische Seite dieser Erhebung überhaupt, was Sie nötigt ihr zuzujauchzen.

Wie? Wäre denn keine demokratische Fiber mehr in euch?

Wäre es wirklich dieser unglaublich schlechten Presse, die seit 15 Jahren Deutschland vergiftet, gelungen, Sie zu entdemokratisieren und in liberale Bourgeois zu verwandeln? in Leute, die an den Fortschritt glauben auf Grund der sogenannten Verfassung in Preußen und des

sogenannten preußischen Verfassungslebens? Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen?! Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu andern zu sprechen als zu Demokraten! (Bravo!)

Wenn aber noch eine demokratische Fiber in Ihnen ist, — was wollen Sie mit der Fortschrittspartei? und wie können Sie um der Fortschrittspartei willen gegen mich stimmen, der ich das Banner der Demokratie entrollt habe? (Stürmisches Bravo!)

Was hat die Fortschrittspartei mit der Demokratie zu tun?

Untersuchen wir!

Sie hat selbst den Namen der Demokratie verleugnet; sie ist nicht demokratisch, sie will es nicht sein; und der beste Beweis wäre schon der, daß sie sich selbst nicht mehr so nennt. Würde sie diesen alten und ehrlichen Namen verleugnet haben ohne Grund? würde sie ihn ohne Grund vertauscht haben gegen den unbestimmten und schielenden Namen der Fortschrittspartei, wenn sie demokratisch sein wollte?

Dieses Verleugnen des Namens „Demokratie" ist noch in anderer Hinsicht wichtiger als Sie glauben könnten.

Die Demokratie war das einende Band zwischen der Bourgeoisie und dem Arbeiterstand. Indem man diesen Namen abschüttelte und verleugnete, zerschnitt man von jener Seite her dieses einende Band, pflanzte man das Banner nicht mehr einer demokratischen, sondern einer liberalen Bourgeoisbewegung auf, der Sie folgen sollten und in der Tat folgten bis auf den heutigen Tag.

Diese Bedeutung hat es, wenn das gleichsam offizielle Blatt der Fortschrittspartei zu Berlin, die „Berliner Volks-

zeitung", schon 1859 erklärt hat, es gäbe keine Demokratie mehr[1]).

Ferner aber abgesehen vom Namen, die Schicksale Deutschlands werden natürlich in den großen deutschen Staaten entschieden und ausgekämpft, nicht in den kleinen, und so muß sich die deutsche Fortschrittspartei schon gefallen lassen, nach ihrem in der Aktion begriffenen Flügel, nach der Fortschrittspartei in Preußen, beurteilt zu werden.

Die deutsche Fortschrittspartei ist in bezug auf mich in einen äußerst lächerlichen Widerspruch verfallen.

Fühlt sie sich identisch, fühlt sie sich als eine und dieselbe Partei mit der preußischen Fortschrittspartei oder nicht?

Fühlt sie sich nicht identisch mit ihr, was will sie von mir? dann habe ich sie nicht angegriffen, dann habe ich sie nicht einmal erwähnt in meiner Broschüre.

Fühlt sie sich aber identisch mit der preußischen Fortschrittspartei, — warum ruft sie mir durch den Mund des Dr. Büchner zu[2]): ich unterschiede nicht genug zwischen der deutschen und preußischen Fortschrittspartei? — Aber freilich, sie ist mit ihr identisch!

---

[1]) Siehe z. B. die Artikel der „Berliner Volkszeitung" vom 28., 29., 30. Oktober 1859 u. v. andere.

[2]) In seinem gedruckten Bericht über meine Broschüre. (S. 25 a. a. O. Die betreffende Stelle lautet: „Diese deutsche Nationalpartei, möge sie auch sonst noch Namen haben wie sie wolle, — hält doch als solche fest an Grundrechten und Reichswahlgesetz, und muß daran festhalten. Herr Lassalle aber wirft beide (preußische Fortschritts- und deutsche Nationalpartei) in einen Topf und kommt dadurch zur Forderung einer gesonderten Agitation der Arbeiter in einer Sache, in welcher im Grunde alle einig sind und einig zusammengehen können." D. H.

Hat die deutsche Fortschrittspartei ihren preußischen Flügel jemals gemißbilligt? Zeigt sie nicht gerade durch die Erbitterung, mit welcher sie in diesem Konflikt zwischen der preußischen Fortschrittspartei und mir Partei gegen mich ergriffen hat, von neuem ihre Identität mit der preußischen Fortschrittspartei?

Die preußische Partei aber hat das allgemeine Wahlrecht *nicht* auf ihrem Programme; sie hat es nicht nur nicht auf ihrem Programme, sondern nachdem es Herr Streckfuß in Berlin darauf gesetzt hat, hat sie es einige Tage später gestrichen.

Ich habe dieses mir mitgeteilte Faktum bereits in meiner Leipziger Rede erklärt, die lange gedruckt und verbreitet ist. Kein Blatt, kein Mensch hat widersprechen können.

Überdies, meine Herren, die Herren Faucher und Max Wirth haben sogar in Leipzig ausdrücklich erklärt: da das Drei-Klassen-Wahlgesetz eine *solche* Kammer geliefert habe wie die jetzige preußische, so sehe man ja, *man brauche* das allgemeine Wahlrecht gar nicht!!

Die „Berliner Volkszeitung" erklärte schon in ihrer Nummer vom 21. November 1858: „Die Kardinalfrage der Demokratie, das allgemeine und geheime Wahlrecht, haben wir *vertagt und auf Jahre hinaus vertagt!*"

Aber wenn man auch das alles verzeihen wollte, wohin hat es denn diese bürgerlich-liberale Bewegung gebracht, und wohin *kann* sie es bringen? Hat sie auch nur ihren eignen bürgerlich-liberalen Zweck erreicht?

Jetzt liegen doch die Tatsachen auf dem Tisch und sollten für jedermann klar sein! Wohin, frage ich, hat es die bürgerlich-liberale Bewegung in den 15 Jahren, die seit 1848 verflossen sind, während welcher die Demokratie von dem Schauplatz abgetreten war, wohin hat sie es gebracht?

Nun, von Kompromiß zu Kompromiß, von Nachgiebigkeit zu Nachgiebigkeit, von Vermittlung zu Vermittlung dahin, daß wir heute in Preußen nicht einmal das haben, was in den kleinen konstitutionellen deutschen Ländern schon seit den zwanziger Jahren besteht, daß wir nicht einmal das Budgetbewilligungsrecht, nicht einmal die Grundlage irgendwelchen Verfassungsstaates besitzen (Bravo!), daß wir im reinen Absolutismus leben! So hat die liberale Bourgeoisie Stück für Stück alle Errungenschaften wieder verloren, welche uns die Demokratie im Jahre 1848 mit ihrem Blute erkämpft hat, so weit verloren, daß sie jetzt auch noch das letzte Recht, an welchem der Bourgeoisie selbst am meisten gelegen war, das Budgetbewilligungsrecht verloren hat, und selbst so noch hat die Fortschrittspartei, welche die große Mehrheit in der preußischen Kammer besitzt, sich nicht entschließen können, einen offnen und entschiedenen Bruch mit der Regierung zu erklären, sondern sie nergelt und vermittelt weiter. Statt, wie ihre unbedingte Pflicht gewesen wäre, das Tafeltuch zwischen der Regierung und ihr zu zerschneiden, bleibt sie ruhig an demselben Tisch mit einer Regierung sitzen, die sie selbst für kriminalrechtlich verantwortlich erklärt hat! (Bravo.)

Während sie in ihren Reden selbst erklärt, daß die Regierung die Verfassung umgestürzt hat, bleibt sie ruhig, Amendement auf Amendement stellend, sitzen und hilft der Regierung somit, den äußeren Schein festzuhalten, als bestände noch ein konstitutioneller Zustand überhaupt.

Sie ist aus Schwäche geradezu der Komplice, der Mitschuldige der Regierung.

Das Maß unserer Geduld ist also erschöpft und muß es sein.

Warum habe ich mich nicht schon lange erhoben, meine

Herren? denn ich und die entschiedene Demokratie überhaupt, wir haben nie gezweifelt, daß die von der liberalen Bourgeoisie an Stelle der Demokratie gesetzte Bewegung diesen kläglichen Ausgang zuletzt nehmen müsse.

Wir haben das Jahre lang vorher gewußt, aber wir fühlten die Pflicht zu warten, bis die Tatsachen auf dem Tisch liegen, Tatsachen, welche die allgemeine Überzeugung bestimmen könnten.

Heute ist dies eingetreten. Wer heute nicht sieht, muß blind sein oder will nicht sehen.

Heute also ist es ein ganz gedankenloses Gerede, wenn man mir vorwirft, die Einigkeit aufheben zu wollen, denn wenn die Einigkeit der Güter Höchstes wäre, nun, warum sind wir denn nicht alle, wir und die Fortschrittspartei einig mit der absolutistischen und Militärpartei und umhalsen uns gegenseitig? (Heiterkeit.)

Also darauf kommt es an, worin man einig ist: eine Einigkeit in der Schwäche, in der Würdelosigkeit und in der Mattheit, die ist kein Vorteil.

Viel besser ist es, alle frischen Elemente herauszufordern und um ein großes und starkes Banner zu vereinigen.

Noch vor zwei Monaten hat man mich damit angegriffen, daß selbst die ganze liberale Presse in England unsere Fortschrittspartei anerkenne. Es ist wahr, das war noch vor zwei Monaten der Fall.

Lesen Sie aber die Artikel, die seitdem in den „Times", in den „Daily News" stehen etc., Artikel, die sich nicht mehr gegen die Regierung, sondern gegen unsere Kammer wenden und geradezu erklären, eine Kammer, die sich dies bieten ließe, die sei — wörtlich — der Gipfel aller Erniedrigung für das Volk. (Bravo.)

Also, was war denn mein Unrecht, meine Herren? Daß ich eben ein Politiker war, d. h., daß ich um einige Monate voraus wußte, was einige Monate später alle unparteiisch denkenden Menschen sagen würden!

Wenn man mich also gefragt hat (es ist Dr. Büchner, der mir die Frage gestellt): „warum warten Sie nicht, bis die Bourgeoisie ihren Kampf mit dem Militärstaat ausgekämpft hat", nun, so kann ich Ihnen jetzt die wahre Antwort geben: „Ich habe auf jenen Zeitpunkt nicht gewartet, weil dieser Zeitpunkt niemals kommen wird!

Die liberale Bourgeoisie kann diesen Kampf nie siegreich auskämpfen; das einzige Mittel zur politischen Freiheit ist gerade gleichfalls wieder diese Bewegung, die ich erhoben habe, und das will ich Ihnen nun beweisen mit Gründen, die immer stärker und mächtiger anschwellen sollen und für die ich mir Ihre ganze Aufmerksamkeit erbitte.

Unsere liberale Bourgeoisie, sage ich, kann den Militärstaat nicht brechen, kann die politische Freiheit nicht erkämpfen.

Der erste und noch allerschwächste Grund hierfür ist, daß sie als Klasse untergegangen ist in einer halben Bildung.

Die höchste Bildung erzeugt Kraft, die halbe raubt sie.

Dies ist aber nur der schwächste Grund. — Ich weise Sie zunächst auf Tatsachen hin.

Hat die Bourgeoisie bei uns jemals sich zu der Energie der französischen Bourgeoisie von 1789 und 1830 emporgeschwungen? Hat sie jemals irgendwo eine energische Aktion hervorgerufen? Niemals!

Als Ludwig XVI. in Frankreich die konstituierende Versammlung auflösen wollte, da antwortete die Bour-

geoisie einstimmig durch den Mund Mirabeaus: Wir werden nur der Gewalt der Bajonette weichen.

Nun wohl, im Jahr 1849 tagte auch hier in dieser Stadt eine konstituierende Versammlung — und als der König von Preußen die Deputierten zurückrief, da lief die große Majorität eiligst nach Haus und nur eine kleine Minorität widerstand und ging nach Stuttgart. — Von den Königen sagt man: ultima ratio regum, der letzte Grund der Könige, ist die Kanone.

Unsere Bourgeoisie wird *niemals*, geschehe was wolle, an die Energie eines solchen Grundes appellieren! Daran hindert sie nicht nur *die Furcht vor den Regierungen*, sondern auch *die Furcht vor dem Volke!*

Heute gängelt sie Sie, aber sie weiß sehr genau, daß sie in der Hitze gewisser Ereignisse diesen Einfluß verlieren würde und sie fürchtet *Sie* immer noch mehr als den Absolutismus! Und darum wirft sie sich, und wenn es Fußtritte von oben *regnet*, immer von neuem wieder an den Stufen des Thrones winselnd hin und erklärt die Hoffnung nicht aufzugeben. (Stürmisches Bravo.)

Erlauben Sie, damit man nicht sage, daß ich meine Gegner mit *meinen* Worten schildere, daß ich sie Ihnen mit *ihren eignen* charakterisiere, daß ich also zum Beweise eine Stelle aus einer Rede vorlese, die Schulze-Delitzsch am 30. November v. J., also bereits unter dem gegenwärtigen Ministerium, bereits unter dem gegenwärtigen Umsturz der Verfassung in Frankfurt gehalten hat (ich weiß nicht, ob das Frankfurt a. M. oder Frankfurt a. d. O. war): Es ist eines der Blätter seiner Farbe, die „Vossische Zeitung“, nicht ein demokratisches Blatt, aus welchem ich sie vortrage. Er weist darauf hin, daß es die preußische Regierung sei, die doch einmal historisch

zur Vollbringung des Einigungswerkes durch ihre Machtstellung in Deutschland berufen sei und fährt wörtlich fort:

„Die Zeit des Absolutismus, der nach eignem Sinn und mit selbstischem Gutdünken die Geschicke der Völker lenken wollte, sei vorüber, und die so vielfach von Gott gesegnete preußische Dynastie werde auch einen Träger finden, der das geläuterte monarchische Prinzip in wahrhaft richtiger Weise zu verstehen und für das eigne Land, wie für das gesamte Deutschland zur Geltung zu bringen wissen wird. Mut und Ausdauer im Volk würden einen solchen Träger in der preußischen Dynastie schaffen, wenn er auch wirklich noch nicht vorhanden sei." (Großes Gelächter.) „Dasselbe (das Volk) lege gerade seine wirkliche politische Reife dadurch an den Tag, daß es den Weg der Revolution im Gegensatz zu den andern Völkern verabscheue und den der friedlichen und sittlichen Agitation betrete."

Und dies, meine Herren, wurde gesagt, nachdem bereits das Budgetbewilligungsrecht verweigert und dem Votum der Kammer zum Trotz die Militärorganisation eigenmächtig durchgeführt war! Dies wurde gesagt in einer Zeit, wo prinzipiell die Dinge ganz so lagen wie heute!

Wer also, meine Herren, will Sie der Reaktion überliefern, wer will Sie mit Gewalt der preußischen Reaktion in die Hände spielen?

Und unter solchem Banner wollten Sie marschieren? Und unter solchem Banner glauben Sie eine so ernsthafte und reale Macht, wie der Absolutismus und der Militärstaat ist, beugen zu können?

Aus Furcht vor Ihnen zwingt man sich zur Hoffnung nach oben; und mit dieser Furcht nach unten und mit dieser Hoffnung nach oben glauben Sie, könnte man etwas ausrichten?

Wie sagt Goethe?:

„Was ist der Philister? Ein hohler Darm
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!"
(Gelächter.)

Eine solche Philisterbewegung kann niemals Resultate haben, und wenn wir Jahrhunderte, und wenn wir durch ganze geologische Erdperioden hindurch warten wollten!

Jetzt werde ich aber erst den letzten und wahrhaften Grund geben, weshalb die liberale Bourgeoisie die politische Freiheit bei uns nicht herbeiführen kann.

Ich habe Sie bisher nur auf Tatsachen verwiesen. Sie sollen jetzt auch ihren tiefsten notwendigen Grund erfahren.

Wenn wir seit 1848 Schanze für Schanze, Position für Position, alles verloren haben, was wir damals erkämpften, so begreifen Sie, daß eine solche 15jährige Geschichte nicht zufällig sein kann; daß sie einen innern Grund haben muß, der sie mit Notwendigkeit hervorruft.

Diesen Grund werde ich Ihnen jetzt entwickeln.

Sie werden sehen, daß sich aus diesem Grunde die gesamte deutsche Geschichte seit 1848, und ebenso die französische seit 1789 erklärt; Sie werden daraus ersehen, daß der Grund für die Energielosigkeit unserer liberalen Bourgeoisie im Vergleich mit der französischen durchaus nicht bloß im Nationalcharakter liegt, sondern weit tiefer, und daß der einzige Weg zur Erlangung der politischen Freiheit der ist, sich um das Banner zu scharen, das ich heute verteidige.

Dieser Grund lautet folgendermaßen: die bloß politische Freiheit kann heute nicht siegreich erkämpft werden, weil kein materielles Interesse, weil kein

Klasseninteresse und somit keine Klasse hinter ihr steht.

Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer?

Ich, und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.

Unter Ideologen verstehe ich in diesem Augenblicke alle solche, die ihr Lebtage in Büchern gelebt haben und gewohnt sind, in Ideen und Gedanken zu existieren und alles für sie aufzuopfern. Außer diesen Ideologen vielleicht noch, wenn es hoch kommt, 10 oder 15 Tausend Menschen, zerstreut über ganz Deutschland, die, ohne Ideologen zu sein, durch ihr Naturell mit einer so heißen Liebe für die Freiheit begabt sind. Was kann diese Handvoll Menschen? Aber welche Klasse steht hinter der politischen Freiheit? Keine!

Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, ist es gewiß besser; kann man ihn nicht haben, ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser noch ins Feuer.

Die Hauptsache für die Bourgeoisie bleiben die materiellen Interessen, Handel und Wandel, Industrie und Produktion; aber alle diese erfordern Ruhe, und ernste Kämpfe für die Freiheit würden diese Ruhe momentan nur gefährden. Und so begibt sich die liberale Bourgeoisie noch viel lieber der politischen Freiheit, als daß sie durch einen ernsten Kampf die Ruhe und dadurch ihre materiellen Interessen gefährdet.

Wer also, welche Klasse steht denn hinter der politischen Freiheit? Der Arbeiter vielleicht? Ja, für einige Wochen, für einige Monate freilich, infolge seines warmen und edelmütigen Gefühles! Und so kann und wird er auch immer von neuem, wie im März 1848, momentane

Schlachten für sie schlagen und momentane Siege für sie erringen. Aber auf die Dauer kann auch er nicht hinter der bloß politischen Freiheit ausharren! Dies ist unmöglich.

Die Sorgen für seinen Taglohn, für seine und seiner Familie Existenz nehmen ihn zu sehr in Anspruch; er kann von der bloß politischen Freiheit nicht satt werden, und so muß er zuletzt ermatten und auf die Dauer die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen.

Werfen Sie von hier aus einen Blick auf Frankreich, und es werden sich Ihnen die scheinbar größten Widersprüche in Frankreichs Geschichte, sowohl die Revolution von 1789 wie der Napoleonische Staatsstreich von 1851, übereinstimmend erklären.

Die Revolution von 1789 war durchaus nicht eine bloß politische Revolution: es ist ein hoher Irrtum, dies zu glauben.

Es war eine soziale Revolution, eine Revolution mit materiellen Interessen; es handelte sich für die Bourgeoisie darum, die feudale Produktion in Industrie und Ackerbau zu brechen und die freie Ausbeutung des Kapitals, die heute überall besteht, an ihre Stelle zu setzen.

Für *diese* Zwecke hatte sie Energie und Feuer.

Es war eine soziale Revolution, und um solche soziale, materielle Interessen handelte es sich 1789 und auch noch 1830. Als aber unter dem gegenwärtigen Napoleon, von dem freilich nicht zu befürchten war, daß er die feudalen Produktionszustände wieder herstellen werde, daß er die materiellen Interessen der Bourgeoisie verletzen könne, als es sich jetzt darum handelte, sage ich, gegen ihn *die bloß politische* Freiheit zu schützen, — da war die französische Bourgeoisie ebenso schwach und

matt, wie die unsere, und ließ sich und läßt sich nun schon seit zwölf Jahren die politische Freiheit ruhig rauben[1])!

Handelte es sich bei uns heute um die sozialen Freiheiten für die Bourgeoisie, um die es sich 1789 in Frankreich handelte, um die Kapitalfreiheit und alle jene materiellen Interessen, die mit ihr verbunden sind, nun, unsere Bourgeoisie würde vielleicht dieselbe Energie finden, wie damals die französische.

Aber um diese materiellen Fragen handelt es sich nicht mehr. Unsere Regierungen haben sich vorgesehen. Sie haben die soziale Seite der 1789er Revolution von selbst und zum Teil seit lange eingeführt; und die bloß politische Freiheit vermag die Bourgeoisie nicht ins Feuer zu bringen, vermag sie nur zu frommen Wünschen und unschuldigen Redeübungen zu stimmen.

So habe ich nun gezeigt, daß hinter der bloß politischen Freiheit keine Klasse steht und stehen kann.

Ihr entgegen aber stehen die Militärpartei und der Adel, der Absolutismus und die Bureaukratie, und zwar mit der höchsten Energie, mit aller Energie, welche soziale Interessen gewähren, denn für diese Klassen handelt es sich darum, die Reste ihrer Herrschaft zu verteidigen.

Hinter der Reaktion stehen also Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzen; hinter der politischen Freiheit steht keine Klasse, steht niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen!

---

[1]) Vergleiche Marx, der achtzehnte Brumaire. 2. Ausgabe S. 72 und 73. Die ganze zuletzt gegebene Entwicklung ist durchaus in Übereinstimmung mit der in der zitierten Schrift und in der „Neuen Rhein. Ztg." an der deutschen Bourgeoisie geübten Kritik. D. H.

Kann es Sie da wundern, daß die politische Freiheit seit fünfzehn Jahren Schritt für Schritt von der Reaktion besiegt wurde? Kann es Sie da wundern, daß die Bourgeoisie nicht vermag und nie vermögen wird, ihren Kampf mit dem Militärstaat siegreich auszufechten?

Es ist also gerade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen, und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt.

Jeder, der die politische Freiheit liebt, müßte mir vor allem dafür dankbar sein, denn auch die politische Freiheit wird nur unter diesem Zeichen siegen!

Sie fühlen jetzt, meine Herren, wohl deutlich, wie lügnerisch es war, mich zu beschuldigen, der Reaktion zu dienen!

Ich sage nicht bloß, wie unwahr es gewesen! Es würde ganz erstaunlich unter meiner Würde sein, meinen Charakter erst noch zu verteidigen.

Der rheinische Arbeiterstand, mit dem ich zehn Jahre gelebt habe und der mich kennt, er hat sich in Düsseldorf, Solingen, Köln, Elberfeld mit Entrüstung erhoben, um diese nichtswürdige Verleumdung zurückzuweisen.

Ich sage also nicht bloß, daß diese Beschuldigung unwahr war, sondern daß diese Unwahrheit auch denen bekannt war, welche sie gegen mich vorgebracht; daß sie bewußt und schmählich ins Gegenteil hinein gelogen! Nicht Reaktion befürchtet die liberale Bourgeoisie von mir, wie sie behauptet, sondern umgekehrt, sie fürchtet, daß sich aus dieser Agitation im Laufe

einiger Jahre das allerernsthafteste Gegenteil von Reaktion entwickeln könnte!

Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr! Das weiß unsere Bourgeoisie, das fürchtet sie von mir, deshalb hat sie sich mit dieser Wut auf mich gestürzt, und während sie fürchtet, daß ich Ernst mache mit der politischen Freiheit, beschuldigt sie mich, der Reaktion zu dienen!

Jetzt stimmen Sie über den Antrag, den ich bei Ihrem Präsidenten hinterlegt habe, da es neulich zur Abstimmung über einen ähnlichen, damals von mir eingereichten Antrag nicht gekommen ist.

Jetzt stimmen Sie und jeder nach seinem Gewissen.

Und noch eins: die Spaltung zwischen uns und der Fortschrittspartei läßt sich nicht mehr vermeiden.

Es ist eine Spaltung wie die Sonderung der Spreu vom Weizen! Und jedenfalls — diese Spaltung ist einmal eine vollendete Tatsache; Leipzig, Hamburg, Solingen, Düsseldorf, Elberfeld, Köln werden das Banner dieser Bewegung nicht mehr sinken lassen.

Die Spaltung ist da, jetzt ist es nicht mehr Zeit zur Diplomatie und zu Nützlichkeitsrücksichten; auf Ehre und Gewissen muß sich jetzt jeder von Ihnen sondern zur Spreu oder zum Weizen!

Überdies: noch habe ich das Mißverständnis zurückzuweisen, daß ich eine abgesonderte Bewegung machen wollte mit dem bloßen Arbeiterstande, das ist mir nicht eingefallen.

Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt.

Es gibt sehr tüchtige, sehr kräftige Elemente in der Bourgeoisie. Ich selbst und so viel andere unter uns ge-

hören ja zu ihr. Alle diese werden und müssen sich zu uns halten.

Ich habe natürlich doch nichts gegen die Glieder eines Standes, dem ich selbst angehöre! Ich erhebe mich nur gegen die schläfrige und matte Bewegung, welche die Bourgeoisie als Klasse betreibt und als Klasse einzig betreiben kann, gegen die liberal-fortschrittliche Bewegung.

Die Frage ist nur folgende: Sollen wir mit allen tüchtigen Elementen in der Bourgeoisie hinter diesem farblosen, schläfrigen liberalen Banner einhergehen und uns von seiner Schwäche mit anstecken lassen? Oder aber sollen alle tüchtigen Elemente der Bourgeoisie mit uns hinter dem unsrigen einhergehen und von uns mit unserer Energie durchdrungen werden?

Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine bloße Klassenbewegung, zu der ich rufe; kein wahrer Demokrat wird davor zurückschaudern, daß das Los der arbeitenden Klasse durch eine vom allgemeinen Stimmrecht gewählte Versammlung verbessert werden soll. Kein wahrhaft demokratisches Herz wird davor zurückbeben, daß die vereinigte Intelligenz der Gesellschaft durch staatliche Maßregeln den notleidenden Klassen helfen soll.

Es ist dies im Gegenteil zuletzt der wahre Vorteil aller Klassen.

Helfen Sie mir also dieses Banner hochhalten, und binnen Jahresfrist wird sich um dasselbe versammelt haben alles, was einen demokratischen Blutstropfen hat in ganz Deutschland! (Bravo!)

Noch ein letztes Wort, ehe ich schließe. Das können Sie nicht entscheiden, daß ich unrecht habe! Ich bin gerechtfertigt schon heute vor allen wahrhaften Männern der Wissenschaft und werde jedenfalls eines Tags ge-

rechtfertigt sein vor der Geschichte; denn so gewiß ich vor Ihnen stehe, so gewiß ist es, daß eine Zeit kommen wird, welche solche Staatseinrichtungen sehen wird.

Aber in einem werde ich unrecht haben, wenn Sie gegen mich stimmen. Wenn Sie, wenn die große Majorität des deutschen Arbeiterstandes gegen mich stimmen kann, so wird dann bewiesen sein, daß der deutsche Arbeiterstand noch nicht reif ist zur Klarheit und Einsicht und daß es deshalb vorzeitig ist, ihn befreien zu wollen.

Stimmen Sie gegen mich, stimmt die große Majorität des deutschen Arbeiterstandes gegen mich, ja, dann werde ich zu Herrn Schulze sagen: Sie haben recht, diese Leute sind noch nicht so weit, daß ihnen geholfen werden kann!

Sähe ich nur auf mich und meinen natürlichen Lebensegoismus, meine Herren, so würde ich heiß wünschen müssen, daß Sie gegen mich entschieden; denn würden Sie und nicht nur Sie, sondern wirklich der deutsche Arbeiterstand in seiner großen Majorität gegen mich entscheiden, dann würde ich, gerechtfertigt vor der Wissenschaft und sicher, einst gerechtfertigt zu sein vor der Geschichte, mich ruhig wieder in die Wissenschaft zurückziehen, mich mit einem traurigen Lächeln über Ihre Unreife etwa an dem Golf von Neapel ausstrecken, und die linden Lüfte des Südens über mich hinwehen lassen. Ich würde ein Leben voller Qual, Anstrengung, Ärger und Aufreibung ersparen. Für mich also würde es äußerst leicht sein, dies zu tragen.

Sie aber, meine Herren, Sie würden einen der besten Freunde Ihrer Klasse verlieren und nicht nur mich, vielleicht auf Dezennien hinaus würde sich jeder abschrecken lassen, der Ihrer Klasse helfen wollte. Er würde sich

sagen: diese Klasse ist noch nicht so weit, lassen wir uns durch das Beispiel Lassalles warnen! Und darum sage ich Ihnen, meine Herren, bei der ganzen Liebe, die ich zu der Sache der arbeitenden Klassen in mir trage, meine ganze Seele hängt an Ihrer Abstimmung.

Jetzt stimmen Sie!

(Lautes, anhaltendes Bravo.)

Nachdem mehrere Redner für und wider Herrn Lassalle gesprochen und nachdem zirka 40 Mitglieder mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch den Saal verlassen hatten, erfolgte bekanntlich die Abstimmung mit über 400 Stimmen gegen eine zugunsten der von Herrn Lassalle gestellten Anträge.

ANHANG I.

Wir lassen hier noch einige auf den Hergang bei der Frankfurter Versammlung bezügliche Dokumente folgen:

1. Bei dem Unglauben, auf welchen es in andern Städten vielfach gestoßen ist, daß das Zentralkomitee des Maingaues alle Arbeiter, die nicht Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine, vom Stimmrecht ausgeschlossen habe, lassen wir zum Beweis dessen hier die Ankündigung des Zentralkomitees aus der ... Zeitung folgen:

Arbeitertag.

Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Saalbaues.

Tagesordnung:

1. Antrag des Mainzer Arbeiter-Bildungsvereins in betreff des Besuchs öffentlicher Spielhäuser;
2. Antrag in betreff der Aufforderung des Leipziger Komitees zur Bildung eines deutschen Arbeitervereins auf Grund des Lassalleschen Programms.

Der Saal wird um 2½ Uhr geöffnet.

Der untere Saalraum ist für die Mitglieder der Arbeitervereine reserviert, welche ihre Mitgliederkarten vorzuzeigen haben.

Die Galerien sind für Zuhörer geöffnet und haben dieselben 6 Kreuzer per Person als Beitrag zu den Tageskosten zu entrichten.

Eintrittskarten zu den Logen sind von Freitag, den

15. Mai, an auf dem Bureau des Zentralkomitees (Große Eschenheimergasse 31) zu haben.

Selbständige auf die Tagesordnung bezügliche Anträge sind bis spätestens Freitag, den 15. Mai, bei dem Zentralkomitee einzureichen.

Durch eine weitere Bekanntmachung werden die auswärtigen Vereine rechtzeitig Nachricht erhalten, welche Eisenbahndirektionen ermäßigte Fahrpreise bewilligen.

Das Zentralkomitee
der Arbeiter des Maingaues.

2. Der unwahren Behauptung der „Frankfurter Handelszeitung" und anderer liberalen Blätter gegenüber, daß am 17. Mai die „große Masse der Arbeiter" mit einem Hoch auf Herrn Schulze-Delitzsch den Saal verlassen habe, drucken wir hier die in verschiedenen Frankfurter Blättern von Herrn Dr. Th. Müller, dem Präsidenten des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins, veröffentlichte Erklärung „Einige Zahlenlügen" ab.

Arbeitertag
17. Mai, im Saalbau zu Frankfurt am Main.
Einige Zahlenlügen.

Es waren beim Beginn der Verhandlungen nach einer Zählung des Herrn Dr. Huhn 527 Mitglieder von Arbeitervereinen des Maingaues zugegen.

Nach eigener Erklärung einiger Mitglieder des Zentral-Komitees faßt der Raum höchstens 600 Personen.

Von dem Zentralkomitee wurden 1300 anwesende Mitglieder von Arbeitervereinen des Maingaues in das Protokoll verzeichnet!!!

Am Schlusse der Versammlung wurde inmitten einer Schar von höchstens 60 Personen, während die-

selben den Saal verließen, ein dreifaches Hoch auf Schulze-Delitzsch ausgebracht.

An diesem Hoch sich nicht beteiligende Personen waren 200 bis 250 zugegen.

Widerspreche wer kann!

Dr. Th. Müller,
Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins
zu Frankfurt am Main.

3. Der unwahren Behauptung der Frankfurter liberalen Presse gegenüber, daß zwischen dem Zentralkomitee und Herrn Lassalle vereinbart worden sei, daß derselbe am 14. Juni in Darmstadt den Schluß seiner Rede geben solle, veröffentliche ich hier den Brief des am 17. Mai beim Schlusse der Sitzung fungierenden Präsidenten Herrn Lachmann aus Offenbach an mich:

Offenbach, den 22. Mai 1863.

Geehrter Herr!

Gerne bin ich bereit, Ihren Fragen wahrheitsgetreu zu antworten, glaube auch, daß von beiden Parteien gerade ich einer der wenigen war, die aufrichtig an diesem Tage keiner Partei angehörten.

Aber fast alle übrigen für und gegen Sie, sowie Sie selber (verzeihen Sie geehrter Herr diesen Ausdruck) waren leidenschaftlich und ließen sich im Drange der Gefühle fortreißen, daher klingt manches Wort heute hart, was man doch am Sonntag für recht hielt. Nun zur Sache. Vor dem Schluß der Versammlung am 17. l. M. hatten Sie, Herr Lassalle, mir auf meine Frage, ob Sie, wenn sich die heutige Versammlung etwa vertagen ließe oder würde, so freundlich wären und in 4 Wochen die Fortsetzung Ihrer Rede hier in Frankfurt oder in Darm-

stadt halten würden — laut und vernehmlich ja! geantwortet, es schien Ihnen sogar erwünscht zu sein. Solches hörten die Herrn A. König (vom Zentralkomitee) wie der Herr L. Sonnemann mit an, doch eine weitere Verhandlung hierüber kam einstweilen nicht vor.

Der Versammlung wurde, solange ich präsidierte, nur wiederholt angezeigt, daß in 4 Wochen, wenn alle Redner für und gegen sich deutlich und bestimmt ausgesprochen, so daß alles verstanden, eine Abstimmung erfolgen soll.

Kurz zuvor der Arbeitertag geschlossen wurde und mehrere Herren die Tribüne betraten, auch viele derselben Fragen an Sie richteten, also an ein richtiges Übereinkommen nicht zu denken war, erklärte der Herr Heymann von der Tribüne: Dienstag abend wird Herr Lassalle im Vereinslokale zu Frankfurt a. M. seinen Vortrag bis zu Ende abhalten und ladete die Anwesenden, die Lust zur Sache hätten, dazu ein.

Daraufhin schloß ich die Versammlung.

Später fragte ich Sie nochmals (als die Ruhestörer fort waren) ob Sie jetzt vielleicht geneigt wären für uns, die Sie bis zu Ende anhören wollen, Ihren Vortrag abzuhalten. Sie aber werter Herr wiesen solches entschieden zurück.

Das ist der Sachverhalt, wahr und getreu soweit in meinem Gedächtnis.

Hochachtungsvoll

A. Lachmann.

Es ist in diesem Briefe selbst konstatiert, daß die vom Präsidenten während der Sitzung in den Pausen an mich gerichtete Frage, ob ich, „wenn sich die Versammlung etwa vertagen würde“, wiederzukommen bereit sei,

nur eine eventuelle und von keiner Vereinbarung gefolgte vorläufige Anfrage war.

Die Anfrage hatte überdies nicht den Sinn, ob ich zur Fortsetzung meiner Rede wieder kommen wolle, und konnte diesen, solange die Sitzung nicht geschlossen wurde, gar nicht haben. Denn niemand konnte wissen, daß ich später gezwungen sein würde, meine Rede abzubrechen. Ich selbst konnte nicht anders voraussetzen, als daß ich sie zu Ende halten würde, wozu, da die Versammlung am 17. um 8 Uhr schloß und der folgende Teil meiner Rede am 19. nur noch 1½ Stunden in Anspruch nahm, auch sehr wohl die erforderliche Zeit vorhanden gewesen wäre. Die Anfrage hatte vielmehr den Sinn, ob ich, wenn nach Beendigung meiner Rede an diesem Tage keine Zeit mehr für die Gegner zur Antwort wäre, zur Fortsetzung der Debatten am 14. Juni erscheinen wolle. Hierauf einzugehen wäre ich, falls ich zu Ende gehört worden wäre, nicht abgeneigt gewesen, um nun auch die Gegner zu hören und ihnen zu replizieren, und dies war es, was ich Herrn Dr. Büchner und Lachmann auf ihre vorläufigen eventuellen Anfragen geäußert hatte.

Nachdem ich aber durch provozierte Unarten genötigt gewesen war, meine Rede abzubrechen, konnte selbstredend eine solche Bereitwilligkeit bei mir nicht mehr vorhanden sein und war nun so wenig vorhanden, daß, wie der Präsident Herr Lachmann konstatiert, nicht nur kein solches Übereinkommen mit mir getroffen, sondern von mir noch vor Schluß der Versammlung durch Herrn Heymann die Fortsetzung der Rede auf den 19. Mai verkündet und auch „nach Abzug der Ruhestörer“ sogar die sofortige Fortsetzung der Rede entschieden verweigert wurde.

F. Lassalle.

ANHANG II.

LASSALLE UND DIE STATISTIK.

Aufsatz von Wilhelm Wackernagel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. Juni.

(Der Verfasser ersucht diejenigen Redaktionen von Zeitschriften, welche über den Vortrag Lassalles auf dem Maingauer Arbeitertag berichtet haben, um gefälligen Abdruck dieses Aufsatzes.)

„Die Lüge ist eine europäische Macht!" so begann Lassalle seinen Aufsatz über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 (Nr. 101), und er tat recht daran, denn er weiß selbst am besten, wie man diese Macht für seine Zwecke in Bewegung zu setzen vermag. Das Sprichwort sagt: „Was ich denk und tu, trau ich andern zu"; so hat denn auch Lassalle sich bewogen gefunden, meinen an ihn gerichteten „Offenen Brief" als ein Lügengewebe zu bezeichnen, indem er auf dem Maingauer Arbeitertag am 17. Mai (Nr. 117) mir und der liberalen Presse vorgeworfen hat, daß wir den Arbeitern die Wahrheit ableugneten, um sie über ihre Lage zu täuschen, daß wir die Tatsachen entstellten, um sie über ihre Macht zu belügen, daß wir nur die Zahlen fälschten, um ihnen die Macht zu verbergen (der Referent bemerkte: „Lassalle wiederholt das Wort ‚Macht' von Zeit zu Zeit und spricht es jedesmal mit gewichtiger Betonung"), daß er aber die Tatsachen fort und fort wiederholen werde, und wenn

Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wut bersten etc.

Lassalles neueste Staatsphilosophie wird bekanntlich von zwei Säulen getragen, einmal von der Tatsache, daß 96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter Lage leben, und zweitens von dem ehernen, grausamen Gesetz Ricardos über die Regulierung des Arbeiterlohns. Lassalle hat auch jene Zahl durch das Beiwort „grausig" jeder Diskussion zu entrücken gesucht, denn er wußte sehr wohl, daß bei näherer Beleuchtung derselben diese Grausigkeit gar sehr dahinschwinden würde. Wie der Priester eines vernichteten Kultus, vor Wut und Grimm sich verzehrend, an den Trümmern der gestürzten Tempelsäulen lehnt, so schleudert auch Lassalle seine zornigen Blicke und seine wutdurchzitternden Flüche auf die „barbarischen" Anhänger der Manchesterschule, die ihm so erbarmungslos die Säulen seines Heiligtums umgestürzt haben.

Lassalle wird, wenn er diesen Aufsatz liest, merken, daß er, statt die Gegner mit seinen „Keulenschlägen" zu zermalmen, nur sich selber zermalmt hat, und daß er von den Dingen, über welche „er mit kräftiger Faust Schriften auf den Markt schleudert", herzlich wenig versteht. Aus einem Dutzend statistischer Werke Zahlen ausschreiben, kann jeder; die Kunst besteht darin, diese Zahlen lesen zu können.

Lassalle hat nach dem Referat in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu Frankfurt gesagt:

Herr Wackernagel sagt: Ich (Lassalle) habe übersehen, daß Dieterici nur die klassensteuerpflichtige Bevölkerung gemeint, und die, welche Mahl- und Schlachtsteuer zahlen, nicht mitgerechnet habe. Die klassensteuerpflichtige Bevölkerung zählte nach Dietericis Berechnung damals 14 Millionen, die mahl- und schlachtsteuerpflichtige 2 Millionen. Wenn also Dieterici (soll heißen: Lassalle) den Prozentsatz von 14 Millionen genommen,

so wird doch jeder Statistiker, der einiges Verständnis hat, auch denselben Satz auf die übrigen 2 Millionen übertragen. Leuten, die nichts verstehen und nichts lernen wollen, ist dies freilich nicht begreiflich zu machen. Ich habe manche schwere Arbeit hinter mir; wollte ich aber hier die aufräumen, das wäre für mich ein Augiasstall. (Tumult, Gelächter.)

Das ist so einer von den „Keulenschlägen" Lassalles, mit denen er — sich selbst zermalmt.

Was sagt die Statistik und was sagen speziell Dietericis „Mitteilungen des Statistischen Bureau"? Schlagen wir Bd. 7, Jahrg. 1854, S. 180 und 206 auf[1]), da finden wir, daß im Jahre 1853 der preußische Staat eine Bevölkerung von 16869786 Seelen zählte, davon

A. in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebend	14931551,	
darunter einkommensteuerpflichtig, d. h. zur ersten Klasse Lassalles gehörend		21639 oder $0{,}145$ %
B. in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften lebend	1938235,	
darunter einkommensteuerpflichtig		22768 oder $1{,}175$ %

Der Prozentsatz war also im Jahre 1853 für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung ein achtmal höherer als für die klassensteuerpflichtige Bevölkerung. Herrn Lassalle paßt, wie später gezeigt wird, dies nicht in seinen

[1]) Auf den betreffenden Aufsatz, welcher eine statistische Übersicht der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer für 1853 gibt, hat Lassalle sein neuestes Opus: „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" (Zürich, Meyer & Zeller) basiert.

Kram; flugs dekretiert er, daß derselbe Prozentsatz für B wie für A gelten solle, und wer nicht dieser Weisung Order pariert, wird mit dem „Keulenschlage" zermalmt, daß er zu den „Leuten" gehöre, „die nichts verstehen und nichts lernen wollen".

Herkules-Lassalle mag, um an das Bild vom „Augiasstall" anzuknüpfen, die Keule, mit welcher er seine Gegner, mehr noch sich selbst zermalmt, getrost in die Hände seiner Omphale niederlegen, um den Mord zu sühnen, den er an seinem „europäischen Rufe" begangen hat, denn wir wenden uns bereits einer zweiten (Selbst-) Zermalmung zu.

Lassalle hat unterm 1. März d. J. in seinem „Offenen Antwortschreiben" (S. 29), nachdem er Dietericis „Mitteilungen des Statistischen Bureau" (Bd. 3, S. 243) als Quelle angegeben, sich in folgender Weise vernehmen lassen:

Ich setze Ihnen die Resultate dieser (der Dietericischen) Berechnung in wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staats ein Einkommen über 1000 Taler ½ Prozent der Bevölkerung.

Lassalle hat am 17. Mai den Maingauer Arbeitern auch aus Dietericis „Mitteilungen des Statistischen Bureau" (Bd. 7, S. 179) folgendes vorgelesen:

Es sind hiernach (pro 1858) überhaupt 44407 Personen zur klassifizierten Einkommensteuer veranlagt; nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentiert, so sind dies überhaupt 222035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staats mit 16859786 Seelen nur $1,_{31}$ Prozent, welche als wohlhabend bezeichnet werden können.

(Beiläufig bemerkt stellt sich die Sache für 1858 so, daß von 17739913 Seelen Einkommensteuer 63312 zahlten, welche 316650 Seelen oder $1,_{78}$ Prozent der Bevölkerung repräsentieren.)

Die „wörtliche zahlenmäßige Treue der ½ Prozent hat also gerade vom 1. März bis zum 17. Mai ausgereicht. Lassalle hatte einfach übersehen, daß die Dietericischen Prozente sich nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die Zahl der zur Steuer veranlagten Personen (Haushaltungen und Einzelsteuernde) beziehen. Lassalle nimmt, als ob dies weiter gar nichts zu bedeuten hätte, die Revision höchst eigenhändig vor und erhöht für das Jahr 1853 seine erste Klasse von ½ auf 1 3/10 Prozent. Lassalle gönnt diesen Triumph höchst großmütig seinen Gegnern, denn seine zweite Klasse rettet seine Ehre! Er schreibt ihr 3 3/10 Prozent zu, so daß immer noch 95 4/10 oder 96 Prozent für die drei untersten, in gedrückter Lage lebenden Klassen der Bevölkerung übrig bleiben, ganz seinen Ausführungen im „Offenen Antwortschreiben" entsprechend. „Sie sehen," so fährt er fort, „die Wahrheit der Tatsachen; ich werde sie fort und fort wiederholen, und wenn Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wut bersten. Man fälscht nur die Zahlen etc."

Es hätte Lassalle doch jedenfalls stutzig machen müssen, daß, während seine erste Klasse sich um mehr als das Dreifache von 4/10[1]) auf 1 3/10 Prozent erhöht, die zweite Klasse nur von 3¼ auf 3 3/10 Prozent sich hebt; Lassalle schlüpft hurtig darüber hinweg und wirft vielmehr seinen Gegnern vor, daß sie die Zahlen fälschen. Wir werden das plumpe Becherspiel Lassalles aufdecken, damit jeder weiß, wer die Zahlen fälscht.

Lassalle erlaubt sich, die zweite Klasse seines „Offenen Antwortschreibens" (Einkommen 1000—400 Taler ab-

---

[1]) In Dietericis „Mitteilungen des Statistischen Bureau" (Bd. III l. c.) — $0,_{40}$!

wärts) mit einer ganz anders und viel enger abgesteckten Klasse (Einkommen 1000—500 Taler abwärts, dritte Hauptklasse des Gesetzes vom 1. Mai 1851, § 9) zu vertauschen; er läßt dabei die beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse[1]), welche nach Dieterici die Einkommen von 500—400 Taler abwärts umfassen, ohne darüber ein Wort zu verlieren, unter den Tisch fallen!

Ein echtes Jongleurstückchen!

In der siebenten Stufe steuerten aber 73393, in der achten 32721, in beiden zusammen also 106114 Personen, welche, zu den in der III. Hauptklasse steuernden 91530 hinzugerechnet, für die zweite Lassallesche Klasse (Einkommen von 1000—400 Taler) 197644 Steuerzahler oder mit 5 multipliziert 988220 Seelen ergeben, wohl bemerkt für die klassensteuerpflichtigen Ortschaften! Hierzu sind aber nun noch die in gleicher Lage befindlichen Seelen zu rechnen, welche in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften leben.

In der ersten Klasse kamen im Jahre 1853 auf 14931551 in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebende Seelen 5×21639 oder 108195, oder $0,_{725}$ Prozent, die an einem Familieneinkommen von 1000 Talern und darunter partizipieren; dagegen auf nur 1938235 in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften lebende 5×22768 oder 113840, zusammen 222035 Seelen oder $5,_{875}$ Prozent[2]), wie auch die Tafel bei den „Mitteilungen

[1]) Die II. Hauptklasse soll nach Dieterici (Bd. VII l. c.) die Einkommen von 250—500 Taler umfassen und ist in fünf Stufen (die vierte bis achte) abgestuft, von denen jede 50 Taler greift.

[2]) Hier muß im Manuskript oder beim Druck eine Satzverschiebung unterlaufen sein. Das $5,_{875}$ Prozent bezieht sich

des Statistischen Bureau", Bd. VII., S. 206, ergibt; man wird also auch in der zweiten Klasse zu den 988220 (oder $6{,}_6$ Prozent) in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältnis ermittelte Quote von 1039779 ($53{,}_6$ Prozent) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung hinzunehmen müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16869786 Seelen 2027999 Seelen oder 12 Prozent, und nicht 3¼ Prozent wie im „Offenen Antwortschreiben" angegeben ist, ergibt.

Der dritten Klasse des „Offenen Antwortschreibens" (Einkommen von 400—200 Taler abwärts) entsprechen die drei untern Steuerstufen (die vierte, fünfte und sechste) der zweiten Hauptklasse mit 186945, 64424 und 106840, zusammen 358209 Steuerzahlern, welche ein Fünffaches an Seelen, nämlich 1791045 repräsentieren; für diese läßt sich in dem Rest der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung gar keine Quote nachweisen. Und in der Tat, in Städten wie Berlin, Breslau, Köln, Königsberg, Magdeburg, Danzig hört es mit den Familien nach unten hin zwischen einem Einkommen von 400—200 Taler allmählich auf; es beginnen die Einzelexistenzen. Ein Blick auf die Mietsverhältnisse Berlins lehrt dies in drei Zahlen. Stadtrat Hermann Duncker hat im Jahre 1857 einen Beitrag zur Statistik der Berliner Wohnungsverhältnisse herausgegeben; nach demselben betrug die Gesamtzahl der Wohnungen in Berlin im Jahre 1857 87027, darunter 11323 oder rund 13 Prozent in einem Mietswert von 15—30 Talern, und 26887 oder rund 31 Prozent in einem Mietswert von

---

auf die Zahl 113840 und ihr Verhältnis zur vorhergehenden Zahl von 1938235, nicht aber auf die zuletztgenannte Zahl 222035. D. H.

31—50 Talern, der Rest von 56 Prozent hatte einen Mietswert über 50 Taler! Daß in Städten wie die namhaft gemachten eine Familie von fünf Personen von einem Einkommen unter 100 Talern gar nicht existieren kann, liegt auf der Hand; es ist zudem auch gar nicht erfindlich, welchem Erwerbszweig die betreffenden „Familienglieder" angehören sollten, da selbst der gewöhnlichste Tagelöhner zu Berlin weit über 100 Taler im Jahr verdient, und der „Arbeiter" sich mindestens 3 Taler per Woche steht, desgleichen in keinem Gewerk Gesellen, die unter diesem Wochenlohn arbeiten, anzutreffen sein möchten. Familien der Lassalleschen fünften Klasse (mit Einkommen unter 100 Talern) können in den größern der Mahl- und Schlachtsteuer unterliegenden Städten gar nicht existieren; ja selbst in der vierten Klasse (Einkommen von 200—100 Talern) wird die Zahl der Familien eine ziemlich geringe sein, indem man die Jahreseinnahme des Mannes mit 150 Talern im Minimum rechnen kann, und die Frau bei so bewandten Umständen auch in der Ehe noch durch Arbeit Geld zu verdienen gezwungen ist.

Für die größern Städte stellt sich das Verhältnis so, daß zu Familien mit einem Einkommen unter 400 Talern allerhöchstens 40 Prozent der Bevölkerung gehören, und nicht 96 Prozent, wie Herr Lassalle glauben machen will. Dies der Grund, warum in Berlin z. B. seine Agitation so gewaltig Fiasko gemacht; Lassalle hat sich eben Bevölkerungsschichten als vorhanden gedacht, die in dem von ihm vorausgesetzten Umfange überhaupt nicht existieren und von denen am allerwenigsten in den größern Städten die Rede sein kann. „Arbeiter", d. h. Leute, welche den redlichen Willen haben, zu arbeiten, gehören, sobald sie eine „Familie" begründen, nicht zu den 89 Prozent der notleidenden Klassen des Herrn Lassalle.

Die Bevölkerung der großen Städte, z. B. Berlins, besteht zu 6 Prozent aus „Wohlhabenden", zu 53 Prozent aus Familien des sogenannten mittlern Bürgerstandes, wozu namentlich auch die meisten Beamten, Ärzte, Lehrer etc. gehören, und zu 40 Prozent aus dem niedern Bürger- und Arbeiterstande (dem kleinen Handwerker, den Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeitern) und der dienenden Klasse, welcher nach unten zu in die verarmten Schichten der Gesellschaft, die Paupers, sich verliert, wo Almosen oder Verbrechen die Existenz fristen müssen. Wer freilich, wie Lassalle dies in seinem neuesten Opus tut, „wirkliche" Wohlhabenheit erst von 2000 Talern Einkommen an rechnet und den Konsum von Austern und Champagner als Maßstab dafür betrachtet, mit dem ist weiter nicht zu rechten.

Lassalle ist übrigens auch in dieser seiner sogenannten „Magenfrage" keineswegs Original. Es gibt ein Werk von Friedrich Engels: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (Leipzig, Otto Wiegand, 1848), welches dieselbe Feindschaft gegen die „Bourgeoisie" atmet, die Herr Lassalle herauskehrt, und dieselben zum Teil sich direkt widersprechenden Vorwürfe gegen die Manchesterschule schleudert, die Lassalle auf die Deutsche Fortschrittspartei wälzt. Auch die vor einer Versammlung von Arbeitern des Maingaues als mal à propos so urkomische Geschichte von der „Spinnmaschine", von deren Erfindung die den Arbeitern ruinierende Konkurrenz des Kapitals herdatieren soll, ist aus der Einleitung des Engelsschen Werkes ohne jede Sachkenntnis entlehnt; denn Engels spricht von Manchester, Lassalle sprach zu einer Arbeiterversammlung, die vermutlich keinen einzigen Maschinenspinner unter ihren Mitgliedern zählte! Engels schildert nun S. 275—277 die chartistische Bewe-

gung in den englischen Fabrikdistrikten vom Jahre 1838. An der Spitze derselben stand das „Komitee der Allgemeinen Londoner Arbeitergesellschaft" und namentlich der Präsident desselben, William Lovett. Die Volkscharte führte sechs Punkte auf, deren erster und Hauptpunkt war: „Allgemeines Stimmrecht für jeden mündigen Mann, der bei gesundem Verstand und keines Verbrechens überführt ist." Alle sechs Punkte beschränkten sich auf die Konstituierung des Unterhauses; des Oberhauses wird mit keiner Silbe erwähnt. Unter den Arbeitern wurde genau wie heute agitiert. Ein methodistischer Geistlicher, Stephens, redete eine Versammlung auf dem Kersall-Moor bei Manchester folgendermaßen an: „Der Chartismus, meine Freunde, ist keine politische Frage, wobei es sich darum handelt, daß Ihr das Wahlrecht bekommt; sondern der Chartismus, das ist eine Messer- und Gabelfrage (‚Magenfrage' bei Lassalle); die Charte das heißt: gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit." Engels fügt hinzu: „Bei allen Meetings dieser Epoche war der Tory Oastler mit tätig."

Lassalle hat ganz nach der bei Engels angegebenen Schablone der englischen Chartisten gearbeitet und genau mit demselben negativen Erfolg. Die chartistische Bewegung führte in England zu der allgemeinen Verbreitung der auf Selbsthilfe beruhenden Assoziationen[1];

[1] Höchst sonderbare Geschichtsschreibung. Nicht die Chartistenbewegung „führte" zur selbsthilflerischen Genossenschaftsbewegung, sondern die auf die Niederlage der Chartisten folgende Reaktion veranlaßte allerhand bürgerliche Philanthropen, die Arbeiter von der Bewegung zur Emanzipation ihrer Klasse auf den Weg der mehr oder minder individuellen Selbsthilfe abzulenken. Beiläufig konnte sich Lassalle den Vergleich mit Lovett schon gefallen lassen. D. H.

genau so wird es auch in Deutschland der Fall sein. Lassalle, der Lovett Deutschlands, wird genau dasselbe Schicksal teilen. In wenigen Jahren wird sein Name neben dem von Schulze-Delitzsch nur so genannt werden, wie etwa der des Dr. Johann Eck neben dem unsers Luther — um mit einem Bild zu schließen, welches den Leipzigern aus der Geschichte ihrer Stadt geläufig ist.

Elberfeld, 1. Juni 1863.

Wilhelm Wackernagel.

HERR WACKERNAGEL ODER DER MODERNE HEROSTRATUS.

Herr Wackernagel hat sich, ein moderner Herostrat, vorgesetzt, den Ruhm zu erringen, alle Fälschungen, die in dem gegenwärtigen Streit gegen mich vorgebracht worden, weitaus zu übertreffen und so eine Bekanntheit zu erlangen, die wir ihm nicht verweigern können.

Er hat sich zu diesem Zweck eine Domäne gewählt, die sich freilich sehr dazu eignet: die Zahlendomäne, in welcher wenige Menschen bewandert und in bezug auf welche auch solche, die darin vollständig zu urteilen fähig sind, sich nur höchst selten und schwer der Mühe unterziehen, die angezogenen Tabellen nachzuschlagen, die Zahlen nachzurechnen, die Argumente, auf denen sie innerlich beruhen, zu kritisieren und sich so der Entstellungen und groben Täuschungen bewußt zu werden, die man mit einer staunenswerten Dreistigkeit verübt.

Zwar, ich habe bereits in meiner Frankfurter Rede die Entstellungen und positiven Unwahrheiten des Herrn Wackernagel hinreichend dargetan und nunmehr nicht mit statistischen Durchschnittsberechnungen, sondern mit po-

sitiven, den amtlichen Steuerlisten entnommenen Zahlen bewiesen, daß höchstens $1,_{31}$ Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens über 1000 Taler Einkommen und, diese eingerechnet, nur $4^{6}/_{10}$ Prozent der Bevölkerung Preußens ein Einkommen von 500 Talern und darüber — und zwar ausdrücklich auf die Familie von 5 Köpfen gerechnet — genießen.

Der dort und respektive zum Teil noch ausführlicher in meiner neuesten Schrift „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" geführte Nachweis ist von einer Schärfe und Positivität, welche jeder Verdrehung spottet.

Aber Herrn Wackernagel läßt sein böses Gewissen und sein Ruhmesdurst nicht schlafen! Er hat aus den Zeitungen von meiner Frankfurter Rede gehört und beeilt sich, derselben mit einem Aufsatz „Lassalle und die Statistik" in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. Juni zuvorzukommen, der Satz für Satz so voll ist von den widerlichsten Unwahrheiten, Entstellungen und Verdrehungen, daß die Überwindung des Ekels, die zu einer Beantwortung erforderlich, wahrlich eine harte Aufgabe ist.

Gleichwohl wollen wir uns zum Besten der Sache dazu entschließen.

Erster Punkt. Herr Wackernagel wirft mir vor, daß ich die Einkommensprozentsätze der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung (zirka 15 Millionen) im allgemeinen Durchschnitt auch auf die schlacht- und mahlsteuerpflichtige Bevölkerung (nicht 2 Millionen) anwende. Dieser Angriff bezeugt nur die Unwissenheit des Herrn Wackernagel. Es ist dies statistisch ganz üblich. Beweis: Geheimrat Dieterici, Statistisches Bureau Bd. II, p. 117: „Man könnte versucht werden, nach der Klassen-

steuer-Veranlagung pro 1846 überhaupt das Einkommen oder den Besitzstand der Familienväter und der selbständigen Einzelnen im preußischen Staat abzuschätzen, wenn man die in jeder Klassensteuerstufe Steuernden auch auf die Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen anwendete etc."

Reicht Ihnen dieser Beweis hin, Herr Wackernagel? Wenn nicht, so werfen Sie einen Blick in die Staatsschrift des kgl. preußischen Finanzministeriums, welche den Kammern bei der ersten Vorlegung des jetzigen Einkommensteuergesetzes überreicht wurde, durch welches ursprünglich auch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bezirken die Klassensteuer eingeführt werden sollte (Nr. 172 der Drucksachen der 2ten Kammer, 1849). Es heißt daselbst (p. 35): „Den einzigen, wenigstens einigermaßen sichern Anhaltspunkt für die Berechnung des zu erwartenden Einkommensteuer-Ertrages gewähren die bisherigen Klassensteuerlisten, indem diese die Anzahl der steuerpflichtigen Haushaltungen und Personen in den seither klassensteuerpflichtigen Ortschaften und deren nach allgemeinen Merkmalen geschätzten Vermögensverhältnisse nachweisen und daraus nach dem Bevölkerungsverhältnisse für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte sich annähernd ermitteln läßt, wie sich in letzteren das Ertragsverhältnis der neuen Steuer etwa gestalten möchte."

Zweiter Punkt. Ich hatte in meinem „Antwortschreiben" gesagt, daß ich in „wörtlicher und zahlenmäßiger Treue" die von Dieterici Bd. IV, p. 226 auf Grund des alten Klassensteuergesetzes berechneten Resultate mitteile. Nach diesen hatte:

„½ Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von über 1000 Taler."

Wenn ich dort der größeren Kürze halber diese Dietericische Berechnung mitteilte, so ging ich in meiner Frankfurter Rede auf die ausführliche Berechnung nach den im Bd. VII, p. 179 sqq. des statistischen Bureaus auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes von 1851 veröffentlichten Steuerlisten pro 1853 ein. Nach diesen gibt es in ganz Preußen 44 407 Personen, die über 1000 Taler Einkommen haben. Dieterici macht daselbst zu dieser Liste die Bemerkung: „Es sind hiernach überhaupt 44 407 Personen zur klassifizierten Einkommensteuer veranlagt; nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentiert, so sind dies überhaupt 222 035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staats mit 16 869 786 Seelen nur 1,31 Prozent, welche als wohlhabend bezeichnet werden können."

Dies hatte ich in Frankfurt zitiert und Herr Wackernagel ruft nun unter Abdruck desselben aus: „Die ‚wörtliche zahlenmäßige Treue' der ½ Prozent hat also gerade vom 1. März bis zum 17. Mai ausgereicht."

Welcher Unsinn! Beidemal *zitiere* ich, und beidemal kann sich also die „wörtliche, zahlenmäßige Treue' nur auf die *Texte* beziehen, die ich zitiere. Überdies, was ist denn für die hier in Betracht kommende Frage für ein Unterschied, ob ½ Prozent oder 1,31 Prozent Wohlhabende im ganzen Staat existieren? Für *wen* schreiben Sie denn eigentlich, Herr Wackernagel, daß Sie solchen Blödsinn vorbringen? Endlich habe ich ja schon in Frankfurt darauf aufmerksam gemacht, daß diese Zahl von 1,31 Prozent, zu der Dieterici nur gelangt, indem er die Zahl der 44 407 Steuerpflichtigen mit 5 multipliziert, noch viel zu groß ist, da viele Einzelsteuernde darunter und da besonders auch die Familien *in den höheren Ständen* durchaus nicht, wie dies beim ganzen Volksdurchschnitt

üblich ist, auf fünf Personen angenommen werden können.

Herr Wackernagel aber fährt unmittelbar fort: „Lassalle hatte einfach übersehen, daß die Dietericischen Prozente sich nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die Zahl der zur Steuer veranlagten Personen (Haushaltungen und Einzelsteuernde) beziehen." Dieser Satz ist völlig sinnlos. Soll er darauf gehen, daß ich von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung im ganzen auf die mahlsteuerpflichtige fortschließe? Dann ist er durch Punkt 1 widerlegt. Oder soll er darauf nicht gehen, so hat er gar keinen Sinn. Denn Haushaltungen und Einzelnsteuernde bilden doch eben die steuerpflichtige Gesamtbevölkerung[1])!

Herr Wackernagel fährt unmittelbar fort: „Lassalle nimmt, als ob dies weiter gar nichts zu bedeuten hätte, die Revision höchst eigenhändig vor und erhöht für das Jahr 1853 seine erste Klasse von ½ auf $1^3/_{10}$ Prozent." Herr Wackernagel, ich habe gar keine Revision vorgenommen, da ich hierbei beidemal nur Dieterici zitiert habe. Und überdies ist es ganz richtig, daß die Revision von ½ Prozent auf $1^3/_{10}$ Prozent — welche letztere Zahl offenbar, wie schon bemerkt, noch viel zu hoch ist — in der Tat, „weiter gar nichts zu bedeuten hätte".

Sie sagen ferner: „Es hätte Lassalle doch jedenfalls stutzig machen müssen, daß, während seine erste Klasse sich um mehr als das Dreifache von $^4/_{10}$ (müßte in Wahrheit heißen: um mehr als das Zweifache von ½, wie ich

---

[1]) Möglicherweise sollte es bei Wackernagel heißen: die ersten Dietericischen Prozente. Jedenfalls ist der Unterschied zwischen den Prozenten der steuerpflichtigen Individuen und den der durch sie vertretenen Bevölkerung gemeint, was Lassalle übersehen zu haben scheint. D. H.

im ‚Antwortschreiben' nach Dieterici Bd. IV, p. 226 zitiert habe) auf $1^3/_{10}$ Prozent erhöht, die zweite Klasse nur von $3^1/_4$ auf $3^3/_{10}$ Prozent sich hebt. Lassalle schlüpft hurtig darüber hinweg und wirft vielmehr seinen Gegnern vor, daß sie die Zahlen fälschen."

Nein, Herr Wackernagel, dabei ist in der Tat nicht das geringste, was mich oder irgendeinen andern, der nicht fälschen will, hätte stutzig machen können!

Die $^1/_2$ Prozent beruhen auf den Steuerlisten nach dem Steuergesetz von 1820. Die $1^3/_{10}$ Prozent auf den Steuerlisten nach dem neuen Einkommensteuergesetz vom 1. Mai 1851, und an und für sich würde also schon nicht der geringste Grund zur Verwunderung vorliegen, wenn zwei verschiedene Steuergesetze auch eine noch dazu so äußerst geringfügige Verschiedenheit in ihren Resultaten ergeben. Zudem aber ist bekanntlich das neue Einkommensteuergesetz von 1851 ausdrücklich zu dem Zweck erlassen worden, bei den gesteigerten Finanzbedürfnissen des Staates gerade die besitzenden Klassen stärker heranzuziehen. Es ist in den Motiven des Gesetzentwurfes ausdrücklich ausgesprochen, daß dies früher nicht möglich gewesen, weil dadurch, daß früher der höchste Steuersatz 144 Taler gewesen, die einschätzenden Behörden sich in einem gewissen natürlichen Billigkeitsgefühl hätten abhalten lassen, die bloß Wohlhabenderen nach ihren wirklichen Vermögensverhältnissen einzuschätzen. Jetzt sollte durch die weit artikulierteren Stufen des neuen Gesetzes dieser Übelstand beseitigt werden. Jetzt sollte von den Behörden ganz anders eingeschätzt werden und wurde von ihnen ganz anders eingeschätzt. Eine Vermehrung der gerade zur ersten Klasse, d. h. zu einem Einkommen von über 1000 Taler eingeschätzten Personenzahl war also einer der Hauptzwecke des

Gesetzes und seine natürliche Wirkung. Eine neu hinzukommende nur sehr mäßige Personenzahl mußte nun aber bei der erstaunlich geringen Personenzahl der zur ersten Steuerklasse (zur sogenannten klassifizierten Einkommensteuer) Gehörigen schon eine sehr bedeutende Multiplikation des früheren Prozentsatzes der zu dieser Stufe gehörigen Bevölkerung hervorbringen. Gehörten früher nur $1/2$ Prozent der Bevölkerung in diese Einkommensklasse und kamen jetzt nur $8/10$ Prozent hinzu, wie dies beides der Fall, so gab das nun $1\,3/10$ Prozent und somit freilich weit mehr, als eine Verdopplung des früher zu dieser Einkommensklasse gehörigen Prozentsatzes der Bevölkerung.

In bezug auf die andern Klassen des Steuergesetzes (also auf die Klassen von unter 1000 Taler Einkommen) wurde aber eine derartige Vermehrung der zu ihnen gehörigen Zahl von Steuerpflichtigen in solchem Umfang gar nicht erzielt! Es mußte sogar nach einer Seite hin eine Verminderung derselben eintreten, indem jetzt eben viele, die früher zu diesen Klassen gehörten, jetzt zur klassifizierten Einkommensteuer hinaufgerückt werden sollten. Und endlich würde sogar eine Vermehrung um eine ähnliche Personenzahl wie die, welche in der ersten Klasse eine Verdopplung bewirkte, in den andern Klassen bei der weit größeren von ihr umfaßten Personenzahl nur eine unendlich geringfügigere Steigerung ihres früheren Prozentsatzes zur Bevölkerungszahl haben ergeben können.

Sie mögen und müssen ein sehr beschränkter Mensch sein, Herr Wackernagel! Aber so beschränkt sie auch sein mögen, — diese einfachen, elementaren Tatsachen konnten Ihnen nicht entgehen, und es ist daher nur Sucht, zu entstellen und zu verdrehen, wenn Sie darüber

„stutzig" zu werden behaupten, daß sich etwas positiv zeigt, was sich schon apriorisch im allgemeinen gar nicht anders zeigen konnte.

Dritter Punkt. Aber Sie fahren unmittelbar also fort: „Wir werden das plumpe Becherspiel Lassalles aufdecken, damit jeder weiß, wer die Zahlen fälscht. (Haben Sie acht, Herr Wackernagel! Sie beschuldigen mich der Fälschung! Durch diesen Vorwurf zwingen Sie mich zu dem harten Zeitopfer, Ihren Wortschwall zu widerlegen, und — da es zum letztenmal geschieht — ausführlich zu widerlegen. Ohne diesen Vorwurf würde ich es dem Leser überlassen haben, sich von selbst über Ihren Unsinn aufzuklären. Stellt sich also bei dieser Untersuchung heraus, daß die Sache umgekehrt steht, daß Sie es sind, der lügt und fälscht, so werde ich Ihnen eine unerbittlich strenge Lektion geben!) Lassalle erlaubt sich, die zweite Klasse seines „Offenen Antwortschreibens" — Einkommen von 1000—400 Taler abwärts — mit einer ganz anders und viel enger abgesteckten Klasse — Einkommen von 1000—500 Talern abwärts, dritte Hauptklasse des Gesetzes vom 1. Mai 1851, § 9 — zu vertauschen; er läßt dabei die beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen von 500 bis 400 Taler abwärts umfassen, ohne darüber auch nur ein Wort zu verlieren, unter den Tisch fallen! Ein echtes Jongleurstückchen!"

Auf diese unermüdlichen Verdrehungen werde ich Ihnen eine doppelte Antwort geben.

Erstens: In meinem „Antwortschreiben" habe ich nicht berechnet, sondern durch den Umfang einer Broschüre von 2½ Bogen genötigt, die kürzeste, in wenigen Zeilen wiederzugebende Berechnung eines angesehenen

und mit amtlichen Hilfsmitteln operierenden Statistikers mitzuteilen, jene Dietericische Berechnung pro 1850 abgedruckt, welche noch auf dem alten Klassensteuergesetz von 1820 beruhend, diesen ihren Grundlagen gemäß in fünf Klassen geordnet ist, von denen die erste das Einkommen von über 1000 Taler und die zweite ein Einkommen von 400—1000 Taler umfaßt.

In meiner Frankfurter Rede — und ebenso in meiner neuesten, bereits gedruckten Schrift „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen", die Sie kennen, da Sie dieselbe zitieren, gehe ich nun dazu über, freilich mit einem ganz andern Aufwand von Raum, selbst zu berechnen. Und natürlich berechne ich nun auf Grund des neuen Steuergesetzes von 1851 und seiner vom Staat pro 1853 veröffentlichten Resultate. Natürlich muß ich mich daher nun auch an die Klassensätze und Einteilungen des neuen Gesetzes halten. Ist Ihnen das einleuchtend, Herr Wackernagel? Das neue Gesetz zerfällt in die klassifizierte Einkommensteuer und in die Klassensteuer, welche wieder in drei Hauptklassen mit 12 Stufen in aufsteigender Linie zerfällt. Für die klassifizierte Einkommensteuer steht durch das Gesetz selbst fest, wie groß die zu ihr heranzuziehenden Einkommen sein sollen; bei der Klassensteuer ist dies für die dritte Hauptklasse derselben — zerfallend in die Stufen 9, 10, 11 und 12 — durch die Zirkularverfügung des königl. Finanzministeriums vom 8. Mai 1851 festgestellt. Dieselbe verordnet, daß eingeschätzt werden sollen:

zur 12. Stufe diejenigen, die ein Einkommen haben von 1000—900 Talern,

zur 11. Stufe diejenigen, die ein Einkommen haben von 900—800 Talern,

zur 10. Stufe diejenigen, die ein Einkommen haben von 800—650 Talern,

zur 9. Stufe diejenigen, die ein Einkommen haben von 650—500 Talern.

Von da ab sind für die unteren Stufen (1 bis 8 inklusive) keine zahlenmäßig bestimmten Einkommenssätze mehr festgestellt, welche bestimmen, wie viel das zu jeder Stufe heranzuziehende Einkommen betragen soll. Gesetz und amtliche Zirkularverfügung gehen also nur bis zu einem Einkommen von 500 Talern hinunter. Was wundert Sie also, Herr Wackernagel, daß, wo es sich um zahlenmäßige Berechnung handelt, auch ich nicht weiter gehen kann? Und wie können Sie es ein „Jongleurstückchen" nennen, wenn ich nicht mit subjektiven, arbiträren[1]) Schätzungen kommen und also nicht weiter gehen will, als der positive Boden des Gesetzes und der amtlichen Verordnungen reicht?

Aber ferner: Alles das wußten Sie zufällig auch, denn alle diese tatsächlichen Angaben sind in dem in Bd. VII des statistischen Bureaus p. 170 sqq. von Dieterici veröffentlichten Aufsatz zu lesen, den ich in meiner Frankfurter Rede und in meiner neuesten Schrift „Die indirekte Steuer etc." bereits angezogen habe. Früher kannten Sie diesen Aufsatz zwar nicht, denn sonst würden Sie nicht den greulichen Unsinn Ihrer Broschüre haben zusammenschreiben können, würden nicht mit einer alten Standestabelle herbeigekommen sein, um die Einkommensverhältnisse zu arbitrieren etc. Jetzt aber haben Sie von ihm aus jenen meinen beiden Reden erfahren und zitieren ihn infolge dessen selbst. Jetzt kennen Sie ihn also. Und da Sie ihn, und aus ihm die eben angeführten

[1]) Auf persönlicher Annahme beruhenden.

Tatsachen, kennen — wo nehmen Sie die Scham- und Gewissenlosigkeit her, von einem „Jongleurstückchen" zu sprechen, weil ich mich nicht in Mutmaßungen verlieren und den positiven Boden offizieller Feststellungen nicht überschreiten will?

Aber noch mehr! —

Dieterici macht in diesem Artikel (Bd. VII, p. 175) eine ungefähre Annahme, wie hoch sich wohl das Einkommen der untern Stufen belaufen möge, deren Einkommenbeträge vom Finanzministerium nicht festgestellt sind. Auf diese Annahmen Dietericis berufen Sie sich jetzt, indem sie dieselben, wie ich später zeigen werde, gründlich fälschen. Aber gerade Sie haben in Ihrer früheren Broschüre die Annahmen Dietericis über die Einkommenbeträge, die den alten Klassensteuerstufen entsprechen mögen, als ganz willkürliche und nichts beweisende verworfen. Gerade mit aus dem Grunde, um solchen Wadenkneifern, wie Sie, nicht den geringsten Anlaß zum Bellen zu geben, beschloß ich bei meinem neuen, genau eingehenden Berechnungsnachweis mit Vermeidung aller arbiträren Annahmen mich nur an offiziell feststehendes Material zu halten. Und nun nennen Sie das ein „Jongleurstückchen"?

Zweitens aber: Für wie blödsinnige Leser schreiben Sie denn eigentlich, Herr Wackernagel? Was macht es denn für die hier in Rede stehende Frage, für die soziale Frage, für einen Unterschied, ob ich nachweise, wieviel Prozente der Bevölkerung auf eine Familie von fünf Köpfen 500 Taler oder 400 Taler Einkommen haben? Doch nicht den geringsten, Herr Wackernagel! Hängt sich für Sie an die Zahl von 400 Taler ein besonderes mystisches Gewicht? Darüber werden Sie ja niemand täuschen können, Herr Wackernagel, daß auch solche,

die 500 Taler Jahreseinnahme auf eine Familie von 5 Köpfen haben, zu den unbemittelten Klassen, zu den Leuten in „gedrückter, dürftiger Lage" gehören[1])! Wäre also bewiesen, was ich in meiner Frankfurter Rede bewiesen habe, daß nur über 4 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von 600 Taler und darüber und also über 95 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von unter 500 Taler auf die Familie von 5 Köpfen haben, so wäre reichlich alles bewiesen, was ich in meinem „Antwortschreiben" gesagt habe: „89 bis 96 Prozent in gedrückter, dürftiger Lage." —

Vierter Punkt. Nun aber kommen wir erst zur Hauptsache! Sie schicken sich nun Ihrerseits an, zusätzlich zu meiner Berechnung der Prozentzahl der Bevölkerung, welche bis 500 Taler Einnahme abwärts hat, und respektive diese noch berichtigend berechnen zu wollen, wieviel Prozent 500—400 Taler Einnahme haben. Und Sie fahren daher unmittelbar nach den zuletzt angeführten Worten: „Ein echtes Jongleurstückchen" fort wie folgt: „In der 7ten Stufe steuerten aber 73393, in der 8ten 32721, in beiden zusammen also 106114 Personen, welche zu den in der 3. Hauptklasse steuernden 91530 hinzugerechnet, für die zweite Lassallesche Klasse (Einkommen von 1000—400 Taler) 197644 Steuerzahler oder mit 5 multipliziert 988220 Seelen ergeben, wohl bemerkt für die klassensteuerpflichtigen Ortschaften! Hierzu sind aber nun noch die in gleicher Lage befind-

[1]) Das ist nun doch etwas übertrieben. Bei der damaligen Kaufkraft des Geldes in Preußen bedeutete ein solches Einkommen auf dem Lande und in kleinen Städten bereits eine ziemlich behagliche Existenz. Lassalle streitet hier um etwas, was mit der Frage, auf die es ankam, sehr wenig zu tun hat. D. H.

lichen Seelen zu rechnen, welche in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften leben." —

„In der ersten Klasse kamen im Jahr 1853 auf 13931551 in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen 5×21639 oder 108195 oder $0,_{725}$ Prozent, die an einem Familieneinkommen von 1000 Talern und darunter (Druckfehler, soll heißen: darüber) partizipierten; dagegen auf nur 1938235 in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften lebenden 5×22768 oder 113840 (zusammen 222035 Seelen) oder $5,_{875}$ Prozent, wie auch die Tafel bei den „Mitteilungen des Statistischen Bureau" Bd. VII, S. 206 ergibt; man wird also auch in der 2ten Klasse zu den 988220 (oder $6,_{6}$ Prozent) in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältnis ermittelte Quote von 1039779 ($53,_{6}$ Prozent) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung hinzunehmen müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16869786 Seelen 2027999 Seelen oder 12 Prozent, und nicht 3¼ Prozent, wie im „Offenen Antwortschreiben" angegeben ist, ergibt."

In dieser interessanten Berechnung sind zwei Fälschungen enthalten, die ich Ihnen jetzt nachweisen werde.

1. Zunächst: Wie kommen Sie zu Ihren Klassensteuerzahlen? Sie greifen dieselben ganz richtig aus dem im VII. Bd. des Statist. Bureaus publizierten Aufsatz, den ich Ihnen angezeigt habe. Und zwar ist die Zahl von 91530 Personen (Anzahl der zur 3. Steuerhauptklasse Stufe 12—9 Gehörigen, Einkommen von 1000 bis 500 Taler laut der oben bezogenen Verfügung des Finanz-Ministerii) ganz richtig und bereits in meiner Frankfurter Rede berechnet. Sie wollen aber noch weiter gehen und bis 400 Taler Einkommen hinab berechnen. Zu die-

sem Zweck führen Sie die Klassensteuerpflichtigen der siebenten (soll heißen: achten. D. H.) Stufe mit 32 721 und der siebenten Stufe mit 73 393 Personen auf, den Zahlen nach wiederum ganz richtig. Aber wer sagt Ihnen, daß die Steuerpflichtigen dieser siebenten Stufe (die der achten müssen es allerdings) noch 400 Taler Einkommen haben? Sie berufen sich dabei auf Annahmen Dietericis. Sie sagen: „Er (Lassalle) läßt dabei die obersten Steuerstufen, die siebente und achte der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen von 500 bis 400 Taler abwärts umfassen, unter den Tisch fallen." Und in einer Anmerkung hierzu sagen Sie noch bestimmter: „Die zweite Hauptklasse soll nach Dieterici (Bd. VII, l. c.) die Einkommen von 250—500 Taler umfassen und ist in fünf Stufen (die vierte bis achte) abgestuft, von denen jede 50 Taler greift."

Muß das nicht für jeden Menschen den Schein erregen: Dieterici nehme an, daß jede dieser fünf Stufen 50 Taler greift, und Dieterici nehme also an, daß auch noch die zur siebenten Stufe Gehörigen ein Einkommen von 400 Taler haben müssen?

Aber Dieterici sagt keineswegs das, wie sie ihn sagen lassen!

Die Worte, in denen er diese ganz ungefähre, diesmal auf keine Berechnung gegründete Annahme äußert, lauten (Bd. VII, p. 175): „Es umfaßt diese Klasse, wenn man ungefähre Geldbeträge gern in der Auffassung haben will, etwa die Männer, welche in drei Abstufungen Einnahme haben, von jährlich 250—300 oder 320 Taler; 320 bis 400 Taler; 400 bis 500 Taler."

Dieterici sagt also kein Wort davon, daß „jede der 5 Stufen dieser Klasse 50 Taler greift!" Er

zerlegt sie in 3 Abstufungen, von denen die erste 50 bis 70 Taler, die zweite 80 Taler und die dritte 100 Taler greift. Da er eine Klasse von 5 Steuerstufen in nur 3 Einkommensabstufungen zerlegt, so ist es unmöglich zu sagen, wie er sich das Verhältnis gedacht hat, ob nämlich in seine letzte Abstufung von 400—500 Taler bloß die letzte (8.) Steuerstufe dieser Klasse, oder auch noch die 7. hineinfallen soll. Nach seinen Worten, seiner Interpunktation und dem Umstande zu schließen, daß er in aufsteigender Linie seine drei Abstufungen um immer größere Einkommensunterschiede sich steigern läßt, würde vielmehr eher geschlossen werden müssen, daß er nur die letzte (8.) Steuerstufe dieser Klasse zu der letzten seiner Abstufungen (400—500 Taler) veranschlagt, und daß also die Steuerpflichtigen der siebenten Stufe nach ihm zu denen gehören, welche weniger als 400 Taler Einkommen haben.

Sie aber machen eine ganz willkürliche und durch nichts belegte Annahme, erfinden daß „jede dieser fünf Stufen 50 Taler greift", legen diese Annahme fälschlich und fälschend Dieterici in den Mund, und sprechen nun von den „beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen auf 500—400 Taler abwärts umfassen".

Der Grund dieser Verfahrungsweise ist der sehr einfache, daß Sie ohne dieselbe durch nichts berechtigt gewesen wären, auch noch die Steuerpflichtigen der siebenten Steuerstufe zu denen zu rechnen, welche über 400 Taler Einkommen haben. Folglich hätten Sie von den 106 144 klassensteuerpflichtigen Personen, die Sie meiner Rechnung hinzufügen wollen, um die Einkommen von 400—500 Taler aufzunehmen, zwei Dritteil verloren. Sie hätten die Klassensteuerpflichtigen der sie-

benten Stufe, d. h. 73393 Personen verloren und sich mit denen der achten Stufe, d. h. 32721 als derjenigen Anzahl klassensteuerpflichtigen Personen begnügen müssen, bei denen ein Einkommen von zwischen 400 und 500 Taler vorauszusehen sei. Eine so minime Zahl hätte Ihnen aber für Ihren Zweck natürlich nur geschadet, statt genützt, und so ziehen Sie denn durch die geschilderte Verdrehung der Worte Dietericis noch die respektabelere Zahl von 73393 Klassensteuerpflichtigen herbei, die Ihnen dann zumal bei der gleich zu schildernden horriblen Weise, in welcher Sie von den Klassensteuerpflichtigen auf die Schlacht- und Mahlsteuerpflichtigen fortschließen, helfen soll, eine erheblichere Differenz gegen meine Rechnung zu gewinnen.

2. Jetzt also zu dieser noch weit erstaunlicheren Fälschung! Das Geheimnis, wie Sie zu Ihrer Zahl von 12 Prozent der Bevölkerung — als ein Einkommen bis 400 Taler abwärts auf die Familie von 5 Köpfen genießend — gelangen, liegt einfach in Ihren deshalb schon oben von mir breit gedruckten Worten: „man wird also auch in der zweiten Klasse zu den 988220 (oder $6{,}_6$ Prozent) in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältnis ermittelte Quote von 1039779 ($53{,}_6$ Prozent) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung hinzunehmen müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16869786 Seelen 2027999 Seelen oder 12 Prozent, und nicht 3¼ Prozent wie im ‚Offenen Antwortschreiben' angegeben ist, ergibt."

Also „die nach demselben Verhältnis ermittelte Quote"!

Einen Augenblick Geduld, Sie erstaunlicher Rechenmeister!

Wie Sie selbst aus dem Ihnen von mir angezogenen Aufsatz im 7. Bd. des Stat. Bureaus zitieren, war damals (1853) die Zahl der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung 14931551 Seelen und die der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen nur 1938235 Seelen, und es betrug demnach (s. Dieterici das. S. 180) die Zahl aller zur klassifizierten Einkommensteuer Veranlagten, also die Zahl aller, die über 1000 Taler Einkommen haben in sämtlichen klassensteuerpflichtigen Ortschaften 21639 Personen, dagegen in sämtlichen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften 22768 Personen, also, — wie sie überdies selbst hervorheben — achtmal soviel als der Prozentsatz in der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung beträgt.

Und nach dieser achtfachen Quote wollen Sie auch die Einkommen von 1000—400 Taler abwärts in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften berechnen?

O, Sie Hauptfälscher!

Daß von der Handvoll Leute, die über 1000 Taler Einkommen haben, daß also von den zur klassifizierten Einkommensteuer herangezogenen 44407 Personen im ganzen Staat eine im Verhältnis zur Bevölkerung achtmal so große Anzahl in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften wohnt, als in den klassensteuerpflichtigen, kann niemand Wunder nehmen.

In den großen Städten drängen sich alle Reichen zusammen, alle Rentiers, große Industrielle, Kaufleute, Bankiers, Zentral- und Provinzialbehörden, Obergerichte, Universitäten, höhere Offiziere etc. etc. Daß also von dieser Handvoll Leute eine im Verhältnis achtmal so große Anzahl in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften zu treffen ist, ist so natürlich wie notwendig.

Und hieraus wollen Sie wirklich den Schluß machen,

Herr Wackernagel, daß auch in bezug auf die große Masse der Bevölkerung der großen Städte, dasselbe Verhältnis anwendbar sei? Daß auch die Klassensteuerstufen 12—7 inklusive achtmal so stark in den großen Städten, als in den klassensteuerpflichtigen Städten und Ortschaften vertreten seien?

Wo bleiben Ihnen denn bei dieser saubern Berechnung die Fabrikarbeiter, Handwerker, Gesellen, Domestiken, kleinen Beamten und in ärmlichen Verhältnissen befindliche Kleinbürger aller Art, welche das Gros auch der Bevölkerung der großen Städte ausmachen?

Glauben Sie denn wirklich, Herr Wackernagel, daß die Arbeiter, Handwerker, kleinen Beamten, Kleinbürger etc. in den großen Städten das achtfache Einkommen wie in den klassensteuerpflichtigen Städten und Bezirken haben?

Sie zwingen sich durch diesen Unsinn selbst zu sagen, daß sich für die „unteren Stufen (die vierte, fünfte und sechste) der zweiten Hauptklasse“ in den großen Städten „gar keine Quote nachweisen läßt“! Sie zwingen sich durch diesen Unsinn zu der Behauptung, daß es in den großen Städten mit den Familien von 400 Taler Einkommen und weniger „allmählich aufhört“!

Ich hatte in Frankfurt die Zahl der Einkommen über 1000 Taler nach den Steuerlisten des Staats, die sich für diesen Einkommenbetrag gleich positiv über mahl- und schlachtsteuerpflichtige wie über klassensteuerpflichtige Ortschaften erstrecken, angegeben. Ebenso die Zahl der Einkommen zwischen 1000 und 500 Taler nach den Klassensteuerlisten; und für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften (ohnehin nur der achte Teil der Gesamtbevölkerung) hatte ich nun die Zahl derselben Einkommen einfach nach dem Bevölkerungsverhältnis berech-

net, indem ich durchschnittlich für jede Klassensteuerstufe die verhältnismäßig entsprechende Anzahl auch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten annahm (wie oben Punkt 1 Dieterici).

Dieser Berechnungsmodus konveniert Ihnen nicht, Herr Wackernagel. Sie wissen einen viel genaueren! Sie nehmen ganz einfach das ganz anormale und ausnahmsweise Verhältnis, welches bei der klassifizierten Einkommensteuer, bei Einkommen über 1000 Taler, in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten stattfindet und stattfinden muß und legen diese Ausnahme, legen denselben achtfachen Bevölkerungsprozentsatz unbefangen als die notwendige Regel auch bei der Klassensteuer zugrunde, wodurch Ihnen natürlich die ärmere Massenbevölkerung der großen Städte mehr oder weniger unter der Hand verschwindet!

O, Sie Hauptfälscher!

Man kann allerdings wohl mit Grund annehmen, daß auch in bezug auf die höchsten und gewisse mittlere Klassensteuerstufen das Verhältnis in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften günstiger sein werde, als in den bis jetzt klassensteuerpflichtigen. Gleichwohl habe ich mich mit vollstem Recht in Frankfurt auf die Untersuchung dieses Unterschiedes nicht eingelassen, und zwar aus drei Gründen:

1. weil nicht der geringste positive Anhaltspunkt für die zahlenmäßige Bestimmung dieses Unterschiedes existiert und man also zu rein willkürlichen, ins Blaue greifenden Annahmen seine Zuflucht nehmen müßte; 2. weil die Differenz, die hier obwalten kann, ohnehin kompensiert ist durch die zu hohe Annahme von 5 Köpfen auf jeden Steuerpflichtigen der wohlhabenden Klassen; 3. endlich, weil, auch abgesehen hiervon, das

günstigere Verhältnis, welches in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften existieren könnte, auf die — achtmal so starke — Gesamtbevölkerung verteilt, doch wieder keinen nennenswerten Unterschied in den Prozentsätzen der Gesamtbevölkerung hervorzubringen vermöchte, die auf jede Einkommensstufe fallen und um deren Berechnung es sich hier handelt.

Und das will ich Ihnen denn noch schließlich beweisen, Herr Wackernagel!

Als das königl. preuß. Finanzministerium den ursprünglichen Entwurf des Gesetzes vom 1. Mai 1851, der ursprünglich die Mahl- und Schlachtsteuer aufheben und im ganzen Staat die Einkommen- und Klassensteuer einführen sollte, der Kammer vorlegte (Nr. 171 und 172 der Kammerdrucksachen, Bd. II, Jahr 1849) fügte es demselben eine „Berechnung des durch die einzuführende Einkommen- und Klassensteuer zu beschaffenden mutmaßlichen Ertrages“ bei. In dieser Berechnung macht das Finanzministerium die Annahme, daß in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften sowohl zu der klassifizierten Einkommensteuer als zu den höheren Stufen der Klassensteuer „dreimal mehr Steuerpflichtige“ einzuschätzen sein würden, als nach dem Bevölkerungsverhältnis bei der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung der Fall sein würde. Diese Annahme mag, da sie eine durchschnittliche ist, welche sowohl die klassifizierte Einkommensteuer — bei welcher das Verhältnis das achtfache ist — als die höheren Stufen der Klassensteuer umfaßt, bei welcher letzteren also das Verhältnis geringer als das dreifache sein kann, um nun dennoch im Durchschnitt mit jener achtfachen Zahl das Dreifache als Durchschnittsverhältnis zu ergeben, im ganzen zutreffend sein.

Vernachlässigen wir aber sogar gänzlich diesen Unterschied des von der Regierung im Durchschnitt von Einkommen- und Klassensteuer angenommenen Verhältnisses und lassen wir immerhin das Dreifache als bei den bloßen hier in Rede stehenden Stufen der Klassensteuer zutreffend gelten. Welches Resultat ergibt sich dann?

Zunächst: Betrachten Sie einmal den enormen Unterschied der Berechnung, der durch Ihre Verachtfachung entsteht! Das preußische Finanzministerium gelangt (s. das. S. 41) genau für eben dieselben Steuerstufen, welche Sie berechnen — und unter Voraussetzung der dreifachen Quote der zu denselben in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften zu veranschlagenden Personenzahl — zu dem Resultat von 213600 steuerpflichtigen Personen im ganzen Staat, in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen und klassensteuerpflichtigen Ortschaften.

Sie aber gelangen bei Ihrer Verachtfachung dazu 1039779 Seelen, also dividiert durch 5 nicht weniger als 207955 Steuerpflichtige jener Stufen bloß für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften allein, also für den achten Teil der Bevölkerung anzunehmen!

O, Sie Hauptfälscher!

In bezug auf die Anzahl der Steuerpflichtigen, welche in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften den niedrigeren Klassensteuerstufen entsprechen würden, sagt das Finanzministerium einfach (S. 72): „Für die unteren Klassen ist der künftige Ertrag der Klassensteuer nach der Disposition des bereits allegierten[1]) § 34 des Entwurfs einfach dadurch zu berechnen, daß den dazu jetzt schon veranlagten Haushaltungen und einzelnen die

[1]) Erwähnten.

nach dem Verhältnis der Bevölkerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zu berechnende Anzahl von Haushaltungen und Einzelnen in den verschiedenen Stufen hinzugesetzt wird." Sie aber kommen dagegen notwendig zu dem Resultat, daß es in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten mit den Familien von 400 Taler und weniger überhaupt „allmählich aufhört".

O, Sie Hauptfälscher!

Doch gehen wir positiv in Ihre Berechnung ein, die dreifache Quote, jener Veranschlagung des Finanzministeriums gemäß, für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orte unterstellend.

Wir werden dann sehen, welche geringfügige, das Verlassen des positiven Bodens in keiner Weise lohnende Differenz von meiner Rechnung bei der Verteilung auf Prozentsätze der Gesamtbevölkerung dies gibt.

Bei der Klassensteuer gibt es, wie Sie berechnen, 988 220 Seelen oder $6,_6$ Prozent der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung mit einem Familieneinkommen auf fünf Personen von 1000—400 Taler abwärts. Nehmen wir also den dreifachen Prozentsatz oder rund 19½ Prozent bei der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung an (von 1 938 235 Seelen), so gibt das hier 376 952 Seelen in derselben Lage, addiert zu Ihren 988 220 Seelen = 1 365 172 Seelen oder 8 Prozent der Gesamtbevölkerung des Staats, welche über 400 Taler Einkommen haben (außer den $1^3/_{10}$ Prozent mit über 1000 Taler) auf eine Familie von 5 Köpfen. Ihr Widerspruch gegen die Behauptung meines „Antwortschreibens", daß „89 bis 96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage", würde sich also nach Ihnen auf die Behauptung reduzieren, daß $1^3/_{10} + 8$ Prozent $= 9^3/_{10}$ Prozent der

Gesamtbevölkerung über 400 Taler Einkommen auf eine Familie von 5 Köpfen haben und also, Sie Wadenkneifer!, nur $90^{7}/_{10}$ Prozent — statt meiner 89—96 Prozent — in gedrückter, dürftiger Lage sind!

Aber erinnern Sie sich doch, Herr Wackernagel! Selbst dieses erstaunlich glänzende Resultat erlangen Sie ja nur dadurch, daß Sie, wie vorhin nachgewiesen, Dietericis Worte fälschen, und darauf hin ohne weiteres nach der Devise „Geschwindigkeit ist keine Hexerei" auch die siebente Steuerstufe mit 73393 Personen zu dem Einkommen über 400 Taler heranziehen! Wenn man dieser Geschwindigkeit, mit der Sie die Worte Dietericis verdrehen, Einhalt tut und Ihnen folglich die 73393 Personen der siebenten Stufe streicht, so würde sich die Rechnung folgendermaßen stellen:

91530 Personen der dritten Hauptklasse der Klassensteuer, mit einem Einkommen von 1000 bis 500 Taler,

32721 Personen der achten Stufe, Einkommen von 500—400 Taler,

124251 Personen mit über 400 Taler Einkommen multipliziert mit der Familienzahl 5 = 621255 Seelen, die in den klassensteuerpflichtigen Ortschaften ein Einkommen von 1000—400 Talern abwärts auf die Familie von fünf Köpfen haben. Von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung von 14931551 Seelen sind dies $4^{2}/_{10}$ Prozent. Nehmen wir also jene Annahme, welche das preußische Finanzministerium nur für Einkommen- und Klassensteuer im Durchschnitt macht, sogar in bezug auf die Klassensteuerstufen allein an und unterstellen also, daß bei der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung ein dreimal so großer Prozentsatz derselben, als bei der klassensteuerpflichtigen, jene Einkommensbeträge genießt,

so gäbe das $12^{6}/_{10}$ Prozent von 1938235 Seelen, oder 243639 Seelen, welche ein Einkommen von 400 Talern und darüber (bis 1000 Taler) auf die Familie von fünf Köpfen haben!

Diese	243639 Seelen
addiert zu jenen der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung,	621255 Seelen
geben	864894 Seelen

oder $5^{1}/_{8}$ *Prozent der Gesamtbevölkerung* des ganzen Staates (16869786 Seelen), welche ein Einkommen von 400 Talern und darüber auf die Familie von 5 Personen haben. Zu diesen $5^{1}/_{8}$ Prozent hinzuaddiert die $1^{3}/_{10}$ Prozent mit einem Einkommen von über 1000 Taler, erlangen wir im ganzen Staate *noch nicht* $6^{1}/_{2}$ *Prozent* mit einem Einkommen von 400 Talern und darüber.

Wenn ich also in Frankfurt berechnete, daß über 95 Prozent der Bevölkerung *unter* 500 Taler Einkommen auf 5 Köpfe haben, so gelangen wir jetzt durch Sie zu dem Resultat, daß $93^{1}/_{2}$ Prozent sogar *unter* 400 *Taler* haben! Oder wenn ich in meinem „Antwortschreiben" sagte „89—96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage", so gestaltet sich das jetzt, je nachdem man nur die eine Ihrer Fälschungen oder beide beseitigt, das Resultat genau dahin: $90^{7}/_{10}$ bis $93^{1}/_{2}$ Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage mit einem Einkommen von unter 400 Talern auf 5 Köpfe[1]).

---

[1]) Bei der Durchsicht dieses Aufsatzes entdecke ich soeben noch, Herr Wackernagel, daß Sie auch die Zahlen falsch zitiert haben! Sie zitieren aus der Tafel bei Dieterici Bd. VII, p. 206 die Bevölkerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften auf 1938235 Seelen. Sie ist aber daselbst nur mit 1825395 Seelen angegeben. Sie profitieren also wieder 114000 mahl- und schlachtsteuerpflichtige Seelen, was zumal bei Ihrer

Ja sogar mit allen Fälschungen und trotz Ihrer Verachtfachung waren Sie nur dahin gelangt, 12 Prozent der Bevölkerung mit 400—1000 Taler + $1^{3}/_{10}$ Prozent mit über 1000 Taler, zusammen $13^{3}/_{10}$ Prozent mit 400 Taler und darüber herausbringen zu können. Es bleiben also sogar nach Ihnen selbst und wenn man alle Ihre Fälschungen geduldig hinnimmt, immer noch $86^{7}/_{10}$ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 400 Talern übrig!

Ich glaube nicht, Sie Wadenkneifer, daß Ihre Brotherren es Ihnen danken werden, durch allen Widerspruch und alles Fälschen nur kontradiktorisch herausgestellt zu haben, wie unwiderleglich und wie unangreiflich die Angaben meines „Antwortschreibens" sind.

Vierter Punkt. Sie sagen: „Wer freilich, wie Lassalle dies in seinem neuesten Opus tut, ‚wirkliche' Wohlhabenheit erst von 2000 Talern Einkommen an rechnet und den Konsum von Austern und Champagner als Maßstab dafür betrachtet, mit dem ist weiter nicht zu rechten."

Hier erreichen Ihre Fälschungen einen solchen Grad von Gemeinheit, daß meine Geduld mit Ihnen zu Ende geht, Herr Wackernagel! In meinem neuesten Opus „die indirekte Steuer und die Lage des Arbeiterstandes", welches Sie hier verunstalten, weise ich, der Behauptung des Staatsanwaltes gegenüber, daß ein großer Betrag der indirekten Steuern durch die auf Luxusgegenständen liegenden Steuern von den Reichen aufgebracht werde, nach,

---

Verachtfachung — und auch schon bei der Verdreifachung der Quote — ins Gewicht fällt. Ich habe oben die von Ihnen zitierten Zahlen meiner Rechnung zugrunde gelegt und will mir nicht erst die Mühe geben, diese noch einmal umzurechnen, sonst würde also die Differenz noch geringer.

wie erstaunlich gering dieser Betrag ist. Zu diesem Zwecke betrachte ich, was die auf den verschiedenen Luxusgegenständen liegenden indirekten Steuern — Seide, Tabak, Wein, Schokolade etc. etc. etc. erbringen. In der Reihe dieser Artikel führe ich auch die Zolleinkünfte von Austern und Champagner an und zeige, wie wenig die gesamte Reihe der auf Luxusgegenständen liegenden indirekten Steuern dem Staat abwirft. In einem andern Zusammenhange spreche ich von „Austern und Champagner" gar nicht, und das wagen Sie, unerhörter Lügner, dahin zu verdrehen, daß ich „Austern und Champagner als Maßstab für die Wohlhabenheit betrachte"?! Wo nehmen Sie den Mut zu solchen Lügen her? Fürchteten Sie gar nicht, von mir gebrandmarkt zu werden? Rechneten Sie gar so sehr auf die schützende Macht der liberalen Presse? Sie irren sich sehr, wenn Sie glauben, daß dies die einzige Macht ist und daß Sie im Schatten derselben alle beliebigen Infamien ungestraft verüben können! Eben so wenig habe ich die Wohlhabenheheit von „2000 Talern Einkommen an berechnet", sondern in einem ganz andern Sinne und Zusammenhange — nämlich wiederum im Verlauf dieser Untersuchung, ob wirklich ein erheblicher Betrag der indirekten Steuern durch die Luxusgegenstände von den wohlhabenden Klassen aufgebracht werde, in einem Zusammenhange also, welcher dem elastischen Wort „Wohlhabenheit" einen ganz andern Sinn gibt, mache ich vorübergehend die Bemerkung, daß in diesem Sinne unbestreitbar Wohlhabenheit bei 2000 Taler auf fünf Köpfe vorhanden sei. Und selbst da „rechne" ich nicht die Wohlhabenheit von 2000 Talern ab, wie Sie sagen, sondern ich „rechne" sie — trotz jener nebenherlaufenden Bemerkung — auch in jenem neuesten Opus (p. 63) bis zu einem Einkommen von

650 Taler auf 5 Köpfe herab, wie ich sie in meiner Frankfurter Rede bis zu einem Einkommen von 500 Taler berechne[1]).

Ich habe es Ihnen gesagt, Herr Wackernagel, Fälschung auf Fälschung, Lüge auf Lüge aufdeckend, habe ich die Geduld verloren, und wenn Sie mich zu der lästigen Arbeit gezwungen haben, Sie zu stäupen, so soll es wenigstens mit eisernem Besen geschehen!

Zudem — weshalb sollte ich Geduld oder Mäßigung mit Ihnen beobachten? Ein Schriftsteller sind Sie nicht, sondern der obskure Skribent eines obskuren Winkelblattes, einer jener Leute, die ich in meinem „Julian" geschildert, „— — eine Bande unwissender und gedankenloser Buben, zu jeder bürgerlichen Hantierung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär, und eben deshalb sich berufen glaubend, Literatur und Volksbildung zu treiben".

Aber Sie haben sich geschworen, bei dieser Gelegenheit bekannt zu werden, ein moderner Herostratus, dem es gleich gilt, wodurch er es wird! Und Sie wissen recht gut, daß, wenn erst ein Mann wie ich in solchen Kot eingetreten ist, er ihn durch keine Kratzbürste der Welt wieder von seinem Stiefel fortbringen kann. Nun

[1]) Die betreffenden Stellen bei Lassalle lauten: „Von hier ab, von 2000 Taler aber ist, auch wenn eine Familie von 5 Personen zu erhalten wäre, unbestreitbar wirkliche Wohlhabenheit vorhanden." (Bd. II, S. 373 unserer Ausgabe.) „Rechnen wir aber noch die letzten drei Stufen der dritten Klassensteuerklasse, nehmen wir alle, die über 650 Taler Einkommen haben dazu" (d. h. die Zahl der Wohlhabenden) „obgleich diese doch gewiß nicht als wohlhabend gelten können, so gäbe dies also... 91315 nicht unbemittelte Steuerpflichtige im Staat." (Bd. II, S. 384 unserer Ausgabe.) D. H.

wohl, Sie haben mich gezwungen, in Sie einzutreten; doch es soll wenigstens nicht Ihr Vorteil gewesen sein!

Weshalb, ich frage nochmals, sollte ich also irgendwelche Geduld oder Mäßigung gegen Sie beobachten? Ich habe gelernt, Verkehrtheit, Borniertheit und einen hohen Grad von üblem Willen ziemlich geduldig zu ertragen! Man wird das heutzutage wohl gewohnt!

Aber wer so beharrlich Fälschung auf Fälschung und Lüge auf Lüge häuft, gedeckt, wie er glaubt, durch die Trockenheit der Zahlenmaterie, die Unaufmerksamkeit der Leser bei solchen Gegenständen und die Gunst der liberalen Presse — wer dies so weit treibt, daß er da, wo *er* fälscht, mit einer Schamlosigkeit ohnegleichen dem *Gegner* die Fälschung und Jongleurstückchen zur Last legt, und — ein Ding, wobei er sich nicht *irren* kann, — ihm in der unwürdigsten, unglaublichsten Weise die Worte im Munde verdreht — wer endlich dies alles tut in einer so hohen und heiligen Sache, wie die *Arbeiterfrage*, in welcher jeder, welche Ansichten immer er habe, wenn *irgendein Funken von Sittlichkeit* in ihm ist, sich in bezug auf alles Tatsächliche der religiösesten Wahrheitsliebe befleißigen müßte — der ist einfach ein *Elender*, Herr Wackernagel! Es gibt moralische Fälschungen, die schlimmer sind als Wechselfälschung!

Mit dieser Erklärung nehme ich von Ihnen Abschied! Ich habe nach derselben Ihnen begreiflicherweise nichts mehr zu sagen. Und fälschten Sie bis ans Ende der Tage — ich werde Ihnen nie mehr eine Silbe antworten! —

Herr Wackernagel wohnt in Elberfeld. Rheinische Arbeiter! Ich übergebe diesen Mann eurer gerechten Verachtung!

Berlin, 11. Juni 1863.

F. Lassalle.

DIE FESTE, DIE PRESSE UND DER FRANKFURTER ABGEORDNETENTAG

DREI SYMPTOME DES ÖFFENTLICHEN GEISTES

EINE REDE

GEHALTEN IN DEN VERSAMMLUNGEN
DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITER-VEREINS
ZU BARMEN, SOLINGEN UND DÜSSELDORF

VON

FERDINAND LASSALLE

DER ERSTE ABDRUCK ERSCHIEN IM VERLAG
DER SCHAUBSCHEN BUCHHANDLUNG (W. NÄDELEN)
DÜSSELDORF 1863



VORBEMERKUNG.

Die Versammlungen, in denen die Rede gehalten wurde, welche den Inhalt der vorliegenden Broschüre bildet, fanden am 20. (Barmen), 27. (Solingen) und 28. (Düsseldorf) September 1863 statt, mehr als vier Monate nach der Frankfurter Rede. Die Vorkommnisse bei ihnen sind am Schluß der Broschüre geschildert, so daß hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Die Schilderung ist von Lassalle selbst redigiert und daher begreiflicherweise tendenziös gefärbt. Man wird namentlich von den Zahlen, die er gibt, einiges abziehen müssen, aber unbestritten ist, daß die Arbeiter, die in Barmen und Solingen Lassalle ihre Zustimmung zu erkennen gaben, nach Tausenden zählten. Nur daß diese Zustimmung noch nicht den Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bedeutete, noch die volle Aufnahme der Lassalleschen Lehren, sondern meist bloß erst das Einverständnis mit der Tendenz der Bewegung. Auch nach den Versammlungen vollzog sich die Einzeichnung in die Listen des Vereins viel langsamer, als Lassalle erwartete.

Über den Inhalt der Rede ist in der biographischen Abhandlung Näheres gesagt. Es läßt sich nicht mehr feststellen, welche Einflüsse alles in den Sommermonaten 1863, während deren Lassalle sich in allerhand fashionablen Badeorten aufgehalten, auf ihn eingewirkt haben, aber zweifellos ist, daß er, nach Deutschland zurückgekehrt, einen Ton anschlug, der ganz erheblich von dem seiner

ersten Agitationsreden abwich. Im „Offenen Antwortschreiben“ hatte er der preußischen Fortschrittspartei das Festhalten am Dogma von der preußischen Spitze vorgeworfen, während es keine Regierung in Deutschland gäbe, die reaktionärer sei als die preußische. Hier wirft er ihr im Gegenteil vor, sie liebäugele mit den deutschen Fürsten, um die preußische Regierung einzuschüchtern, führt aber selbst eine Sprache, die nicht anders bezeichnet werden kann als ein Liebäugeln mit der preußischen Regierung. Seine Kritik des Verhaltens der liberalen Opposition und ihrer Organe gegen die Regierung stimmt oft wörtlich mit dem überein, was die reaktionären Blätter darüber schrieben. Freilich durfte sich Lassalle damals darauf berufen, daß er z. B. über das Institut der bürgerlichen Presse sich schon viel früher gleich wegwerfend geäußert wie in dieser Rede, aber er war ein viel zu geschulter Politiker, um sich verhehlen zu können, daß in jenem Zeitpunkt die obendrein sehr einseitigen Angriffe auf die Presse nur Wasser auf die Mühle viel schlimmerer Feinde des Volkes sein mußten, als es die liberale Presse jener Tage war. Indes, wie bereits an der zitierten Stelle der Würdigungsschrift ausgeführt, er war mit dieser Rede an dem Wendepunkt seiner Agitation angelangt, er begann an der eignen Kraft der Bewegung, an deren Spitze er sich gestellt, zu zweifeln, und wurde dadurch dazu getrieben, allerhand Manöver zu versuchen, die er sonst verschmäht hätte. Daher auch die vielen Übertreibungen in dieser Rede, die, wie fast alle Lassalleschen Reden, vorher in allen Teilen sorgfältig von ihm ausgearbeitet war: die forcierte Sprache und das immer stärkere Hervorheben der eignen Persönlichkeit.

Obwohl aber die Rede so vieles enthält, was der preußischen Regierung erwünscht sein mußte, und denn

auch von den ministeriellen Organen mit hellem Jubel begrüßt wurde, sollte sie doch Lassalle einen recht unangenehmen Prozeß eintragen. Kaum war die Broschüre, deren Inhalt sie bildet, erschienen, so wurde sie — am 21. Oktober 1863 — polizeilich mit Beschlag belegt und gegen Lassalle wegen Vergehens gegen die §§ 100 und 101 des preußischen Strafgesetzbuches (die beiden Haß- und Verachtungsparagraphen) Anklage erhoben. Die Untersuchung zog sich, da Lassalle mittlerweile nach Berlin übersiedelt war, ziemlich in die Länge und trug Lassalle unter anderem, am 29. Januar 1864, eine polizeiliche Sistierung ein, da er einem Erscheinungsbefehl des die Sache führenden Düsseldorfer Instruktionsrichters Lützeler nicht Folge geleistet hatte. Auf die näheren Umstände der Verhaftung und die sich daran knüpfenden langwierigen Auseinandersetzungen Lassalles mit den verschiedenen beteiligten Behörden hier einzugehen, würde zu weit führen; genug, Lassalle wurde im Frühjahr 1864 von dem Düsseldorfer Landgericht in erster Instanz in contumaciam zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er sowohl wie die Staatsanwaltschaft, die zwei Jahre Gefängnis beantragt hatte, appellierten, und am 27. Juni 1864 kam der Prozeß vor der Düsseldorfer korrektionellen Appellkammer zum zweiten Male zur Verhandlung. Lassalle verteidigte sich in vierstündiger Rede selbst und erreichte wenigstens soviel, daß die Strafe auf sechs Monate herabgesetzt wurde.

Diese Verteidigungsrede ist die letzte Rede, die Lassalle überhaupt gehalten. Wenige Tage nach der Prozeßverhandlung ging er in die Schweiz, wo er nach zwei Monaten sein Ende finden sollte. Aber man kann leider nicht sagen, daß seine letzte Rede ein würdiger Abschluß seines öffentlichen Lebens gewesen. Die Fehler der Rede,

wegen deren er sich zu verantworten hatte, finden sich in der Verteidigungsrede nur noch schärfer pointiert. Sie ist in anderer Form eine Wiederholung der Ronsdorfer Rede, in bezug auf die Freund und Feind übereinstimmen, daß sie die schwächste der Lassalleschen Reden war. Seine Kraft war, wie er am Schluß der Rede indirekt selbst zugesteht, erschöpft.

Der in Broschürenform veröffentlichte Prozeßbericht ist, wie auf dessen Titelblatt bemerkt ist, nur ein Separatabdruck des in der „Düsseldorfer Zeitung" erschienenen Berichts über die Gerichtsverhandlung. Redakteur jenes Blattes war damals Paul Lindau, und ihm hat Lassalle bekanntlich das Konzept seiner Verteidigungsrede geschenkt. Ist die Rede also auch nicht wörtlich wiedergegeben, so ist der Auszug doch als zuverlässig und jedenfalls im Sinne Lassalles verfaßt zu betrachten. Der Bericht, der sie enthält, wird ohne besondere Vorbemerkung an die vorliegende Rede anschließen.

Ed. Bernstein.

DIE FESTE, DIE PRESSE UND DER FRANKFURTER ABGEORDNETENTAG



Freunde!

Nicht sowohl, um lange Reden, als besonders um Heerschau zu halten, bin ich zu euch gekommen! Es war mir ein Bedürfnis, in die Provinz zu eilen, welche vermöge des Geistes ihrer Bevölkerung, vermöge vor allem eines in geistiger und materieller Beziehung hoch entwickelten Arbeiterstandes, in noch weit höherem Grade selbst als Leipzig und Hamburg die wirkliche Residenz der Macht unseres Vereines bildet. Es war mir ein Bedürfnis, diese Macht in ihrer Entfaltung zu sehen. Darum danke ich euch, daß ihr in dieser Massenhaftigkeit euch eingefunden. Ich konstatiere mit Wohlgefallen, daß trotz des greulichen Unwetters, trotz eines in Strömen niedergießenden Regens dieser Saal Tausende faßt, wie mich bereits viele Hunderte von Arbeitern am Bahnhofe erwarteten. — Aber es ist noch ein anderes Bedürfnis, das mich zu euch getrieben, das Bedürfnis, euch zu danken für die männliche, energische Weise, in welcher ihr euch gleich seit dem Anfang dieser Bewegung benommen.

Ihr erinnert euch, die Fortschrittler hatten damals die elende Verleumdung verbreitet, in den einen Organen ihrer Partei, ich sei ein unbewußtes, in den andern, ich sei ein bewußtes und erkauftes Werkzeug der Reaktion! Und wahrhaftig, es ist ganz denkbar, daß einzelne unter ihnen wirklich hieran glaubten. Denn es wäre mindestens ganz begreiflich, wenn diese Eunuchen nicht zu begreifen ver-

mögen, wie ein Mann allein sich erheben kann gegen alle, nichts hinter sich, weder die Regierung einerseits, noch Kliquen, noch Koterien, noch Zeitungsorgane andrerseits, auf nichts gestützt als auf die Prinzipien und auf sein Vertrauen zu der Kraft und dem gesunden Sinne des Volkes!

Damals erhobt ihr euch in Unwillen und Entrüstung! Ihr kanntet mich! Ich hatte zehn Jahre unter dem Rheinischen Arbeiterstande gelebt, die Revolutionszeit wie die Zeit der weißen Schreckensherrschaft der fünfziger Jahre hatte ich mit euch verbracht. Ihr hattet mich, wie ihr mir in euerer Adresse mit Recht zuruft, in der einen wie in der andern gesehen. Ihr wußtet, welches Haus trotz des weißen terreur von Hinkeldey-Westfalen, trotz aller wilden Rechtlosigkeit jener Zeit, und zwar bis zum letzten Augenblick meines Verweilens in der Rheinprovinz, das furchtlose Asyl demokratischer Propaganda, das treue Asyl der furchtlosesten und entschlossensten Parteihilfe gewesen war!

Ihr wußtet auch, daß ich mich unmöglich habe ändern können. Mit der Schnelligkeit des Blitzes und mit einer imposanten Einmütigkeit erhobt ihr euch zum Schutze der von mir entrollten Fahne. Auf dem Provinzial-Handwerkertage zu Köln, den Arbeiterversammlungen zu Düsseldorf, Elberfeld und Barmen legtet ihr Zeugnis ab! Es waren rühmliche Tage! Rühmlich durch die Entschlossenheit, Raschheit und Treue, mit der ihr zu mir standet, zu mir, der ich seit sieben Jahren fern von euch weilte, zu mir, den ihr vergessen haben konntet, um so mehr, als ein neues Arbeitergeschlecht unter euch aufgewachsen war, zu mir, der ich damals verschmähte, zu euch zu eilen, weil ich sehen wollte, ob nicht hinreichende Prinzipientreue auch ohne persönlichen Antrieb unter euch vorhanden sei. Und ihr zeigtet es mir! Ihr zeigtet mir,

daß ihr ebenso treu zu mir hieltet, wie ich zu euch, und das junge Arbeitergeschlecht — es war in den Traditionen des alten emporgewachsen!

Rühmlich nenne ich endlich jene Tage besonders deshalb, weil ihr eure Entscheidung trafet mit dieser Raschheit und Sicherheit, trotz des entgegenstehenden Einflusses und Zetergeschreies der gesamten Presse, selbst solcher Organe, welche bis dahin noch am meisten sich den Schein demokratischer Organe zu wahren gestrebt hatten.

Als ich mich in Berlin anschickte, das „Antwortschreiben" an das Leipziger Komitee drucken zu lassen, welches diese Bewegung hervorgerufen hat, da fielen mir meine besten Freunde mit dem Ausruf in den Arm: Sind Sie ein Rasender? Sie wollen eine solche Bewegung hervorbringen ohne — denn so stand die Sache damals noch — ohne auch nur ein einziges Blatt, ein einziges Organ für dieselbe zu haben? Ich antwortete: Ich bin kein Rasender! Eine Bewegung der Bourgeoisie freilich, die wäre ganz und gar unmöglich ohne Zeitungsorgane, denn der Philister ist gewohnt, sich seine Meinung von den Zeitungen machen zu lassen, er schwätzt abends beim Wein wieder, was er früh beim Kaffee gelesen hat, und er kann gar nicht anders. Im Wesen des Arbeiterstandes aber liegt es notwendig, sich von der Herrschaft der Presse emanzipieren zu können. Im Arbeiterstande lebt bereits ein tiefer Klasseninstinkt, welcher ihn fest und selbständig macht gegen alles, was eine elende Presse sagen möge. Im Arbeiterstande lebt bereits ein konsequentes und eigenes Selbstdenken, welches ihn unabhängig macht von allen Zeitungsschreibern der Welt. Dieses Vertrauen in das selbständige eigene Denken des Arbeiterstandes habt ihr gerechtfertigt, und diese Bestätigung jenes

Blickes, den ich in das Wesen eurer Klasse geworfen hatte, gehört für mich zu den schönsten Erinnerungen jener Tage.

Indem ihr euch damals mit dieser Raschheit erhobt, habt ihr nur eure Pflicht getan. Ihr tatet nur eure Pflicht, denn ihr kanntet mich; ihr tatet nur eure Pflicht, denn ich selbst hatte mich ja für nichts anderes erhoben, als für dieselben Grundsätze, welche seit fünfzehn Jahren das Band bilden, welches uns innerlich vereint. Aber so steht die Sache überhaupt im Leben, daß der Mensch nicht weniger und nicht mehr tun kann als seine echte Pflicht. Und so ist aus dem lauten und öffentlichen Bekenntnis der Grundsätze, die uns seit je im stillen verbanden, ein neues Band geworden zwischen mir und euch, ein Band, das niemals reißen soll! Wo auch äußere Rücksichten mich bestimmen zu leben, mit Herz und Seele, rheinische Arbeiter, weile ich immer unter euch!

(Anhaltender Zuruf.)

Ich habe euch bereits gesagt, es ist nicht der Grund meiner Ankunft, endlose Reden zu halten. Was in ökonomischer und sozialer Hinsicht für jetzt zu sagen ist, es ist bereits gesagt in den letzten Publikationen, welche von unserem Vereine ausgegangen sind. Es ist gesagt in meiner Frankfurter Rede, welche ich seitdem unter dem Titel: „Arbeiterlesebuch“ habe erscheinen lassen. Es ist gesagt in meiner gleichfalls seitdem veröffentlichten Rede: „Die indirekten Steuern und die Lage des Arbeiterstandes“. Es ist gesagt endlich in der trefflichen Broschüre unseres Kölner Bevollmächtigten, Herrn M. Heß: „Die Rechte der Arbeit“, eine Broschüre, deren Verbreitung ich euch allen warm ans Herz lege. Diese Schriften, lest sie immer wieder, durchdenkt sie stets von neuem. Je öfter ihr sie lest und durchdenkt, zu desto fruchtbareren

und neuen Konsequenzen werden sie euer eigenes Denken fortentwickeln. Die Männer, welche die Ehre haben sollen, euch zu führen, dürfen keine Breittreter sein, keine Zänker und Schwätzer wie die Fortschrittler! Sie müssen Dinge sagen voll Mark und Inhalt, nicht ohne Unterlaß dasselbe wiederholen. An euch ist es dann, sie ohne Unterlaß zu durchdenken. An dem Volke ist es, ihnen das tausendfältige Echo zu geben, dessen sie bedürfen!

Wenn ich daher im Hinweis auf jene Schriften und Reden in ökonomischer Hinsicht für heute nichts hinzuzufügen habe, so ist es dagegen meine Pflicht, in möglichster Kürze die politischen Ereignisse zu betrachten, die seit meiner Frankfurter Rede eingetreten sind.

Ihr wißt, wie diese Bewegung entstanden ist. Mein „Antwortschreiben" an das Leipziger Zentralkomitee ist nur die erste Erscheinung, nicht die erste innere Entstehungsursache dieser Bewegung. Diese erste ursprüngliche Entstehungsursache liegt in nichts anderem, als in dem Verhalten der Fortschrittler in der Preußischen Kammer. Als die Regierung das Budgetbewilligungsrecht der Kammer tatsächlich aufhob und trotz der von der Kammer verweigerten Ausgabeposten die Militärreorganisation eigenmächtig aufrecht erhielt, da verlangte ich als ein Vertreter der demokratischen Partei in meiner Broschüre: „Was nun?", die Kammer möge erklären, daß, solange jene von ihr verweigerten Ausgaben dennoch stattfinden, eine Verfassung tatsächlich in Preußen nicht bestünde; und sie möge ferner deshalb beschließen, sich auf so lange zu vertagen und jede parlamentarische Verhandlung zu verweigern, bis die Regierung den Nachweis angetreten haben würde, daß sie die von der Kammer verweigerten Ausgaben eingestellt.

Dieses Verlangen, meine Freunde, es war nicht einmal ein besonders demokratisches zu nennen, es war nur das Verlangen einer würdigen, männlichen Haltung überhaupt. Schon vor vierzig Jahren rief ein deutscher Dichter, den wir vor kurzem begraben haben, rief Ludwig Uhland dem Württembergischen Landtage zu:

> „Und könnt Ihr nicht das Ziel erstreben,
> So tretet in das Volk zurück,
> Daß Ihr dem Rechte nichts vergeben,
> Sei Euer einzig lohnend Glück."

Ich sage, es war gar kein besonders demokratisches Verlangen. Vor kurzem haben wir die Schleswigsche Ständeversammlung in Flensburg genau in demselben Sinne, genau nach der Analogie jener Forderung handeln sehen, und zwar wegen einer verhältnismäßig noch weit geringfügigeren Ursache. Die dänische Regierung hatte nämlich bei den Wahlen das Gesetz fälschlich interpretiert, und als jene Wahlen beanstandet wurden und der Königliche Kommissar die Sache nicht zur Abstimmung bringen wollte, trat die gesamte Linke aus und machte dadurch jene Ständeversammlung beschlußunfähig. Das haben auch unsere Fortschrittler nirgends getadelt, sie haben es im Gegenteil in manchen ihrer Blätter immerhin gelobt und als eine männliche Handlung anerkannt. Aber schon dieses Minimum von Würde war zu viel verlangt von einer Partei, die in der Politik und den Rechten des Volkes nur einen Anlaß zu eitlem, törichtem Geschwätz und persönlicher Wichtigtuerei, nicht einen Gegenstand ernsten männlichen Handelns sieht! Ein einziger Abgeordneter, der infolge dessen aus der Kammer austrat — er ist seitdem unser Bevollmächtigter für Ostpreußen — ein einziger Abgeordneter stellte diesen Antrag. Er fand nicht einen einzigen Genossen zur Unterschrift!

Da war mein Entschluß gefaßt. Seit 1849, vierzehn lange Jahre, hatten wir die liberale Partei gewähren lassen. Hatten sich auch unsere Massen im allgemeinen bei den Wahlen nicht beteiligt, so hatten wir doch alles unterlassen, was diese Partei hätte beeinträchtigen, stören, gefährden können. Mit einer Selbstverleugnung ohne gleichen hatten wir alles, jedes eigene Auftreten, jede eigene Forderung, alles, alles vermieden, was dieser Partei den Schein hätte entziehen können, daß sie es sei, welche über die Massen des Volkes verfüge! Jetzt endlich mußte für alle Welt ersichtlich sein, daß auf diese vierzehn Jahre erfolglosen Wartens noch hundertmal vierzehn andere Jahre gleichen erfolglosen Wartens folgen müßten, wenn wir diese Partei weiter gewähren und sich als „das Volk" gebärden ließen! Jetzt endlich mußte für jeden Denkenden ersichtlich sein, daß diese Schwächlinge es niemals vermögen würden, der Freiheit eine Gasse zu brechen! (Lebhaftes Bravo.) Jetzt konnte uns keine Rücksicht mehr abhalten, jetzt war uns nicht einmal mehr eine Wahl geblieben, jetzt war der Augenblick gekommen, uns auch äußerlich als das zu konstituieren, was wir innerlich seit je waren: als eine selbständige, besondere Partei! Ja, jetzt war dies zur Ehrenpflicht für uns geworden, wir konnten nicht länger den Schein dulden, einer Partei anzugehören, welche bis in diesen Abgrund schmachvoller Schwäche versunken war! Wir hatten unsere Ehre, wir hatten die Ehre des Landes zu retten!

Dieses Motiv war für mich so gebieterisch, daß ich, und wäre ich allein geblieben mit meinem Proteste, dennoch stets mit Stolz und Befriedigung auf ihn zurück geblickt hätte. Aber ich bin nicht allein geblieben! Es hat sich wiederum gezeigt, daß, wenn jemand nur den Mut hat,

die Prinzipien anzurufen, das Echo aus der Brust des Volkes ihm tausendfach antwortet. Tausende und Tausende haben eingestimmt in diesen Protest, unser Verein selbst ist aus ihm hervorgegangen! Schon dadurch allein haben wir Großes getan. Wenn späte Geschichtsschreiber die traurige Geschichte dieser Tage schreiben werden, nun, so werden sie sagen: Aber es gab wenigstens Männer, die sich mit Zorn und Ingrimm erhoben gegen diese Schmach! Wir haben es diesen Geschichtsschreibern erspart zu sagen: Und es war nicht ein Mann in Deutschland, der protestiert hätte gegen solche Schmach!

Was sich seitdem zugetragen hat, hat natürlich die grenzenlose Schwäche der Fortschrittspartei in nur immer grellerem Lichte erscheinen lassen. Es ist wahr, Herr v. Bismarck hat einen großen Fehler, einen Fehler zum Teil gegen sein eigenes Interesse begangen, indem er die Kammern im Mai vertagte. Wenn er sie hätte weiter sitzen, immer sitzen lassen, sitzen bis heute, wenn sie heute noch säßen, immer dasselbe schwatzend und beschließend, während die Regierung immer mit demselben ruhigen Lächeln tatsächlicher Verachtung über ihre Beschlüsse dahin ginge, — — nun wahrhaftig, das Volk wäre schon durchdrungen von Ekel über eine solche Vertretung! Diese Stimmung begann bereits in Berlin in den letzten Tagen vor dem Vertagungsdekret mächtig um sich zu greifen, und zwar sowohl außerhalb als innerhalb der Kammer. Die noch etwas Besseren unter den Fortschrittlern wußten vor Ekel über sich selbst nicht mehr wohin, und die große Masse derselben fing an, eine bedenkliche Neigung zu zeigen, zur Regierung überzulaufen. Ja, ein Fortschrittsblatt selbst, die „Rheinische Zeitung“, hat vor kurzem eingestanden, wenn die Vertagung damals nicht eingetreten wäre, so würde das Land kuriose Dinge

an seinen Vertretern erlebt haben. (Beifall.) Da kam die Vertagungsordonnanz des Herrn v. Bismarck — eine Vertagung, für welche viele der Fortschrittler dem Herrn v. Bismarck innerlich auf ihren Knien dankten — und rettete sie für den Moment aus dieser falschen, unmöglichen Situation, in die sie sich hineingearbeitet hatten!

Aber trotz dieses Fehlers gegen sein eigenes Interesse, den Herr v. Bismarck beging, ist die grenzenlose Schwäche und Unfähigkeit jener Partei seitdem natürlich in den zahlreichsten Ereignissen zutage getreten.

Ich erinnere zuerst an das rheinische Abgeordnetenfest zu Köln und Rolandseck, das ihr in eurer nächsten Nähe habt vorübergehen sehen. Es waren die Saturnalien der deutschen Bourgeoisie, die ihr da hättet mit ansehen können! Und nicht in Köln allein, wohin das Auge sah in Deutschland, wohin der Blick fiel in deutschen Zeitungen, — überall las, sah, hörte man von Festen, Veranstaltung von Festen, Beschickung von Festen etc. Ist es erhört? Was feierten diese Merkwürdigen? Während die Lage des Landes so ist, daß man in Sack und Asche gehen sollte, feiern sie Feste! Feste, wie sie etwa die Franzosen zu feiern pflegen nach ihren siegreichen Revolutionen, *sie* feiern sie nach ihren *Niederlagen*! Um sich den reellen Kampf zu ersparen, feiern sie Feste, stimmen die *Geschlagenen* hinter Wein und Braten *Siegeshymnen* an! (Beifall.) Ja, es ist dieselbe Umkehr wie bei den römischen Saturnalien! Wie sich dort die Sklaven zu Tische setzten und als die Herren gebärdeten, so setzen sich heutzutage die Besiegten zu Tische und gebärden sich in pomphaft-geschmacklosen Anerkennungs-Toasten als die Sieger! Und wie die römischen Sklaven schon durch die Saturnalien zeigten, daß sie sich durch diese illusorische Freiheit *eines* Tages willig abfanden

mit der Sklaverei eines ganzen Jahres, so zeigen auch unsere Fortschrittler schon durch ihre illusorischen Siegesfeste jedem Tieferblickenden hinreichend, daß sie auf den reellen Kampf und Sieg verzichten. Als Spartakus mit den Seinen das Banner des römischen Sklavenaufstandes erhob, um aus Sklaven freie Männer zu machen, da feierte er keine Saturnalien mehr!

Aber ein noch viel verhängnisvolleres Symptom der völligen Auflösung und Fäulnis der Fortschrittspartei — das ist die Presse. Ich berühre hier einen Punkt von der größten Wichtigkeit und von dem ich nur bedauere, daß ich ihn trotz aller Ausführlichkeit, die ich ihm widmen werde, immer noch nicht ausführlich genug behandeln kann. Eines müssen Sie ohne Unterlaß festhalten, ohne Unterlaß verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderem überboten als vielleicht von ihrer Unwissenheit.

Die Lügenhaftigkeit dieser Presse haben Sie im Kampfe gegen unseren Verein am besten erfahren, und doch wissen auch nur die wenigsten von Ihnen auch nur den allergeringsten Teil dessen, was in dieser Hinsicht vorgekommen! Täglich Lügen, Lügen in reinen puren Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil entstellt — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte! Und was der Schamlosigkeit die Krone aufsetzte, war, daß man sich in den allermeisten Fällen weigerte, auch nur eine Berichtigung zu bringen. Es waren

die seltensten Ausnahmefälle, in denen hin und wieder einmal ein liberales Blatt sich dazu entschloß. Ich würde kein Ende finden, wenn ich euch diese Fälle aufzählen wollte. Aber die Presse hat ihre Verkommenheit nicht nur gegen uns, sie hat sie in eben so hohem Grade nach der anderen Seite hin bewiesen, durch die unerhörte Feigheit, die sie gegen ihre anderen Feinde, die sie gegen die Verwarnungsordonnanz und die Verwarnungen des Herrn v. Bismarck an den Tag gelegt hat. Und das ist das zweite Symptom des öffentlichen Geistes, das ich beleuchten will.

Als die Verwarnungsordonnanz erschien, durch welche die Preßfreiheit geknebelt wurde, da, statt gegen diese Vergewaltigung nur um so intensiveren Widerstand zu üben, warfen sich alle liberalen Blätter platt auf den Bauch. „Und stille ward's, über des Wassers Rand!" Kein Wort des Angriffs mehr über die inneren Zustände; ja die meisten von ihnen, wie z. B. die Berliner „Volkszeitung", die „Nationalzeitung" usw. erklärten ausdrücklich, daß sie unter diesen Umständen sich genötigt sähen, über die innere Politik zu schweigen. Sie schwiegen, diese Elenden, jetzt, wo ihnen ein um so stärkerer Grund zum Angriff gegeben war, sie schwiegen jetzt, wo ihnen Sprechen dreimal Pflicht war!

Der Gipfel der Schamlosigkeit aber ist der, daß die Zeitungen selbst mit der ungeniertesten Offenheit ihr G e l d i n t e r e s s e als den Grund ihres Schweigens eingestanden. Es war die „Rheinische Zeitung", — jene unwürdige Namensschwester zweier großer Organe, welche das Rheinland 1843 und 1848 besessen hat und welche eine Ehre des Rheinlandes bildeten — es war die „Rheinische Zeitung", sage ich, welche mit dieser naiven Enthüllung voranging! „Wie kann man", rief sie

aus, als ein lautes Murren in der Masse der Fortschrittspartei selbst über diese Feigheit der Blätter begann, „wie kann man den Verlegern zumuten, daß sie ihr Kapital riskieren, das in der Zeitung steckt?" Freilich! was ist heiliger als das Verlegerkapital! Ja, mit jener schamlosen Verdreherei aller Begriffe, die unseren Zeitungen schon seit lange geläufig ist, konstruierte man es jetzt geradezu als die Pflicht der Zeitungen, um Gottes Willen nicht durch ein männliches Wort das heilige Verlegerkapital zu gefährden! Es ist das gerade so, als wenn ein Soldat — und Soldaten, Vorkämpfer der Freiheit wollen und sollen ja die Zeitungen sein — als seine erste Pflicht die aufstellte, sich um keinen Preis der Gefahr auszusetzen, daß ihn eine Kugel treffe!

So kam es denn, daß trotz des besten Willens und mindestens bis auf den heutigen Tag — mit Ausnahme eines Lokalblattes in der polnischen Provinz — Herr v. Bismarck auch nicht ein einziges liberales Blatt hat unterdrücken können! So kam es, daß unsere liberalen Zeitungen, diese modernen Falstaffs, die aber nur so feige und verlumpt sind, wie Falstaff, nicht seinen Humor besitzen, noch alle glücklich am Leben sind! So kam es aber freilich auch, daß damals zum ersten Male offen eingestanden wurde, daß — was freilich den Eingeweihten seit lange kein Geheimnis mehr war — unsere Zeitungen, statt Soldaten und Vorkämpfer der Freiheit zu sein, nichts sind, als eine industrielle Kapitalanlage und Geldspekulation!

Selbst die reaktionären Blätter wußten damals ihrem Erstaunen und ihrer Entrüstung über dieses Gebaren kaum hinreichenden Ausdruck zu geben[1]). Wie? rief

[1]) Welche „Entrüstung" natürlich nur Heuchelei war. D. H.

die Berliner „Revue“ aus, ein hoch konservatives Blatt, wie, das sind Feinde, die beim ersten Trompetenstoße davon laufen? Wie? mit diesem unerhörten Zynismus wird offen eingestanden, daß es sich bei den Zeitungen um nichts als eine Geldspekulation handelt?

Es kann gefragt werden: Aber was hätten die Zeitungen tun sollen?

Die Antwort hierauf kann nicht zweifelhaft sein. In geschlossener Phalanx und mit gepanzerten Angriffen hätten alle liberalen Zeitungen auf die Regierung eindringen, die Kühnheit der Regierung durch ihre eigene Kühnheit noch überbieten und die Regierung gleichsam beim Worte nehmen müssen, ihre Drohung auszuführen, indem jedes liberale Blatt aus allen anderen Blättern die Artikel abdruckte, welche zu Verwarnungen Anlaß gaben. Sie hätten verstehen müssen, was bei den politischen Parteikämpfen so häufig das Wichtigste ist, mit Ehren zu sterben!

Dann konnten nur zwei Fälle eintreten. Entweder die Regierung hatte wirklich die Kühnheit, alle liberalen Blätter zu verbieten, nicht bloß dieses oder jenes, sondern alle liberalen Blätter, wozu sie gezwungen war, wenn jedes Blatt aus allen anderen die Artikel abdruckte, die zu Verwarnungen Anlaß gaben. Und dann war die Grundlage zu einer wahrhaften Agitation gegeben! Denkt euch die Aufregung, die den Philister erfaßt hätte, wenn er in Berlin die „Volkszeitung“, die „Vossische Zeitung“ und jenes langweiligste aller Organe, die „Nationalzeitung“, wenn er im Rheinland die „Kölnische“ und „Rheinische Zeitung“, und so überall, nicht mehr beim Kaffee gefunden hätte. Die „Kreuzzeitung“ und ähnliche Blätter, die liest er nun einmal nicht, die haßt er nun einmal! Denkt euch also seinen steigenden Ingrimm,

wenn er den Kohl nicht mehr gefunden hätte, an den er gewohnt ist! Denkt euch zugleich wie tief einschneidend es in die gesamten Interessen des kleinen Handels- und Gewerbsstandes eingegriffen hätte, wenn er plötzlich die großen Blätter und mit ihnen den gesicherten Leserkreis seiner Annoncen, Inserate und marktschreierischen Reklame hätte entbehren müssen! Bei den politischen Kämpfen handelt es sich vor allem darum, die Indifferenten zu gewinnen und zu erbittern, möglichst große Massen in Mitleidenschaft zu ziehen — das ist der einzige und naturgemäße Weg für jeden, der da siegen will.

Hätte die große liberale Partei, wie sie sich zu nennen liebt, hätte sie diese Taktik angewendet, hätte sie die Kühnheit besessen, die Kühnheit der Regierung noch zu überbieten, dann könnte es vielleicht selbst fraglich erscheinen, ob die Regierung ihrerseits die Kühnheit gehabt haben würde, ihre Drohung auszuführen, und mit einem Schnitte alle liberalen Organe des Landes zu amputieren! Und hatte sie diesen Mut, nun, so trat die bereits geschilderte Wirkung, die tiefe Verbitterung des Landes ein. —

So aber freilich hat unsere Regierung die Presse in den Staub getreten, und zum Schweigen gebracht, ohne daß es ihr auch nur einen einzigen reellen Einsatz gekostet hätte! Das Geheimnis der Stärke unserer Regierung besteht bis jetzt in der elenden Schwäche ihrer Gegner! Die Reaktion wird stets in der leichtesten Weise gewonnenes Spiel haben, so lange sie es mit solchen Gegnern zu tun hat!

Freilich aber! Eine solche Taktik, wie ich sie hier geschildert habe, von unseren Fortschrittlern im Ernste zu fordern oder auch nur für möglich zu halten, müßte in

den Augen eines jeden, der das Wesen unserer Fortschrittsblätter kennt, als der höchste Grad denkbaren Wahnsinns erscheinen. Aber eben deshalb ist damit nichts anderes bewiesen, als die totale Unfähigkeit der Fortschrittler zu jedem politischen Kampfe. Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen, — eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich! Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davon zu laufen!

Eine solche Partei und Presse verdient es nicht einmal, daß man sie bedauere bei allen laut schallenden Schlägen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt. Was sich seiner Haut gar nicht zu wehren weiß, nun, das hat auch keine Existenzberechtigung, das verdient auch nicht, daß es lebt!

Man kann, sage ich, nicht einmal das geringste Bedauern für diese Presse empfinden trotz aller Gewaltmaßregeln der Regierung, und zwar würde man selbst dann nicht die geringste Sympathie für sie fühlen können, wenn sie sogar wirklich die hohen und reinen Ziele verfolgte, die sie zu verfolgen vorgibt, was, wie ihr wißt, nicht der Fall ist. Wir könnten, sage ich, keine Sympathie für sie empfinden, und sogar dann nicht, wenn sie unsere eigenen Ziele verfolgte, wovon, wie ihr wißt, das Gegenteil stattfindet. Denn gleichviel, welche Ziele sie auch verfolgte — welches Interesse soll man für Männer empfinden, welche bei jedem Angriffe davon laufen, für Kämpfer, welche jeden Hieb statt mit der Brust nur mit dem Hintern parieren? Welche Sympathie würde wohl der Widerstand der Polen gegen Rußland in Europa erweckt haben, wenn die Polen als ersten Grundsatz aufgestellt: „Vor allen Dingen muß unsere Person

und sogar unser Kapital unverletzt bleiben", und nun infolge dessen jedesmal davon gelaufen wären, so oft sich ein Kosak zeigte? Welche anderen Gefühle kann ein derartiges Schauspiel erregen, als die der lachenden Verachtung, des Widerwillens und des Ekels über solche Helden!

Ja, gerade je höher und reiner die Ziele solcher Männer wären, desto höher müßte die Verachtung steigen, daß nicht einmal so hohe Ziele eine männlichere Haltung in ihren Verfechtern zu erzeugen vermögen, und der einzige halbe Milderungsgrund, der sich für das Verhalten der Fortschrittler auftreiben läßt, ist in der Tat gerade der, daß es sich bei ihren Zwecken in letzter Analyse um nichts anderes handelt, als darum, eine Handvoll Leute zu höherer Geltung zu bringen. So jämmerlich mittelmäßige Zwecke können aber auch nur eine so jämmerlich mittelmäßige Haltung erzeugen; nur eine große Idee, nur die Begeisterung für gewaltige Zwecke erzeugt Hingebung, Opfermut, Tapferkeit! (Lang anhaltender Beifall.)

Ich habe zuerst die vollkommene Lügenhaftigkeit, dann die namenlose Feigheit und Unsittlichkeit unserer großen liberalen Presse betrachtet; soll ich jetzt noch drittens die absolute Unfähigkeit, die staunenswerte und alle eure Vorstellungen überschreitende Unwissenheit unserer Zeitungsschreiber, dieser geistigen Vorkämpfer, nachweisen? Das habe ich nicht mehr nötig, denn ich habe sie bereits lange vor der gegenwärtigen Bewegung, heute vor 1 ³/₄ Jahren, in meinem „Julian der Literarhistoriker" unter dem rauschenden Beifall der größten Gelehrten und Denker Deutschlands, die mir dafür mündlich und brieflich die Hand schüttelten, enthüllt und nachgewiesen. Auf jene Schilderung verweise ich euch. Ich habe dort nachgewiesen, wie sie in ihrer wüsten Unwissenheit den Geist

des Volkes verpesten, ihn in ihrer frivolen Gedankenlosigkeit, in ihrem metiermäßigen Haß gegen alles Große und Bedeutende systematisch untergraben. Und zwar habe ich das nachgewiesen an Julian (Schmidt), dem Chefredakteur der „Berliner Allgemeinen Zeitung", als an einem der unbestreitbar noch gebildetsten und bedeutendsten unter den Zeitungsschreibern. Ich ließ ihn, wie ich gleich damals im Vorwort ausdrücklich erklärte, nicht als Person, sondern nur als den Chef und Primas, als den gefeierten Literarhistoriker und gesalbten König dieser ganzen Bande Spießruten laufen. Nur um den geistigen Typus seiner ganzen Gattung an ihm zu kennzeichnen, erklärte ich, ihn herauszugreifen und zu behandeln.

Das ganze Geschlecht der Zeitungsschreiber ächzte damals unter diesem gegen die ganze heutige Presse geführten Streich. Die meisten verbissen ihre Wut. Als mein „Antwortschreiben" erschien, glaubten viele dieser Ärmsten eine Gelegenheit zur Rache gefunden zu haben, und das war ein Grund mehr, der unsere Zeitungsschreiber so wütig und schamlos gegen mich auftreten ließ.

An Julian konnte man doch noch mit Ehren einen solchen Nachweis führen. Wer aber sollte sich z. B. dazu überwinden, die zugleich widerlichste und komischste Erscheinung unserer Tage, die Berliner „Volkszeitung" und ihren Redakteur, Herrn Bernstein, zu charakterisieren, einen gewesenen Leihbibliothekar, der in seinem Geschäft die Lektüre seiner Leihbibliothek profitiert hat und damit die Bildung erlangt zu haben glaubt, die erforderlich ist, um ein großes Volk zu führen? Ein Mann, der täglich über Gott und die Welt und noch vieles andere Leitartikel schreibt und dies nur deshalb kann, weil er in seiner glücklichen Unwissenheit gar nicht ahnt, wie ihm auf jedem Schritt und Tritt alle Elemente fehlen. Ein Mann, der

nicht einmal Deutsch zu schreiben vermag, sondern durch ein eigentümliches Kauderwelsch, das er seinen Lesern eingibt, das sogenannte Jüdisch-Deutsch — kein Satz ohne grammatikalische Fehler — dem Volke langsam und sicher sogar noch seine Sprache und deren Genius verdirbt!

Und doch ist gerade dieses Blatt noch immer das gelesenste politische Blatt in ganz Deutschland. Es hatte mindestens vor kurzem noch 33000 Abonnenten, von denen es allerdings in der letzten Zeit 8000 verloren haben soll, eine freudige Erscheinung, an welcher, wie ich hoffe, unsere Bestrebungen vielleicht nicht ohne großen Anteil sind[1]). Aber auch so ist es noch immer eines der gelesensten politischen Blätter Deutschlands. Je schlechter heute ein Blatt, desto größer ist sein Abonnentenkreis.

Das sind ernste, sehr ernste Erscheinungen, und ich nehme, die Seele voll Trauer, keinen Anstand zu sagen: Wenn nicht eine totale Umwandlung unserer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch fünfzig Jahre so fortwütet, so muß dann unser Volksgeist verderbt und zugrunde gerichtet sein bis in seine Tiefen! Denn ihr begreift: Wenn Tausende von Zeitungsschreibern, dieser heutigen Lehrer des Volkes, mit hunderttausend Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit,

---

[1]) Soweit bekannt, war die Hauptursache des damaligen Rückganges der „Volkszeitung" die Konkurrenz der Anfang der sechziger Jahre gegründeten „Staatsbürgerzeitung" des Demagogen Held, und insofern nicht gerade ein sehr erfreuliches Zeichen. Wie sehr Lassalle in seiner Gereiztheit über das Ziel hinausschießt, zeigt gerade dieses Beispiel. Mit all ihren großen Fehlern war die „Volkszeitung" damals wenigstens ein Blatt, das einen politischen Charakter hatte, und dessen Leiter, um ihm diesen Charakter zu bewahren, die Einrückung von Geschäftsanzeigen zeitweise direkt entmutigten. D. H.

ihren Eunuchenhaß gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einhauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift, weil es geistige Stärkung aus demselben zu schöpfen glaubt, nun, so muß dieser Volksgeist zugrunde gehen und wäre er noch dreimal so herrlich! Nicht das begabteste Volk der Welt, nicht die Griechen, hätten eine solche Presse überdauert! Und ihr begreift, daß, wenn auch fünf, zehn, zwölf unterrichtete ernsthafte und tüchtige Männer unter dieser Bande wären, dies an dem Gesagten nichts ändern kann, da ihre Stimme machtlos verhallen muß in dem Schwall und Geräusch ihrer Kollegen.

Hier aber unterbreche ich mich. Wenn ich so trübe sähe, könntet ihr fragen, wo wäre dann das Mittel der Rettung? Denn selbst in einem demokratischen Staate, selbst nach einer glücklichen Revolution, wäre, — so scheint es und so könntet ihr einwerfen — die Presse damit noch nicht geändert.

Es ist mir dreifache Pflicht, euch hierauf Rede zu stehen! Pflicht, um die trübe Fernsicht zu verscheuchen, die ich soeben vor euch heraufbeschworen habe, Pflicht, um euch zu zeigen, daß die sozialdemokratische Idee auch hierfür ihre Heilmittel in sich trägt! Pflicht deshalb endlich, weil es nützlich ist, die sozialdemokratischen Forderungen so früh als möglich im Volke zu verbreiten, damit sie im geeigneten Augenblicke um so weniger auf Hindernisse stoßen!

Wie also, frage ich, ist es möglich, eine totale Umwandlung unserer Presse in ihrem innersten Wesen herbeizuführen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zuvor klar machen, was eigentlich den Verfall unserer Presse herbeigeführt hat.

Ich kann euch hier nicht die Geschichte der europäischen Presse geben. Genug, einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie stritt für Ideen und suchte zu diesen die große Masse empor zu heben. Allmählich aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen, der sogenannten Annoncen oder Inserate, die lang gar keinen, dann einen sehr beschränkten Raum auf der letzten Seite der Zeitungen gefunden hatten, eine tiefe Umwandlung in dem Wesen derselben hervorzubringen. Es zeigte sich, daß diese Annoncen ein sehr ergiebiges Mittel seien, um Reichtümer zusammenzuschlagen, um immense jährliche Revenüen aus den Zeitungen zu schöpfen. Von Stund' an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapital-hungrigen Verleger. Aber um viele Anzeigen zu erhalten, handelte es sich zuvörderst darum, möglichst viele Abonnenten zu bekommen, denn die Anzeigen strömen natürlich in Fülle nur solchen Blättern zu, die sich eines großen Abonnentenkreises erfreuen. Von Stund' an handelte es sich also nicht mehr darum, für eine große Idee zu streiten, und zu ihr langsam und allmählich das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie sie auch immer beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungskäufern (Abonnenten) genehm sind. Von Stund' an also wurden die Zeitungen, immer unter Beibehaltung des Scheines, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volkes zu schnöden Augendienern der geldbesitzenden und also abonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmackes, die einen Zeitungen gefesselt durch den Abon-

nentenkreis, den sie bereits haben, die anderen durch den, den sie zu erwerben hoffen, beide immer in Hinsicht auf den eigentlichen goldenen Boden des Geschäftes, die Inserate.

Von Stund' an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andere auch, sondern zu einem viel schlimmeren, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäfte, welches unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Wohl des Volkes betrieben wird.

Habt ihr einen Begriff von der depravierenden Wirkung, die diese täglich fortgesetzte Heuchelei, dieses Pfaffentum des 19. Jahrhunderts, allmählig auf Verleger und Zeitungsschreiber hervorbringen mußte?

Noch ganz andere Wirkungen aber mußten in einer Zeit erhitzter politischer Parteikämpfe eintreten. Von vorn herein konnten natürlich die Zeitungen in diesem Kampfe nichts anderes vertreten als alle Vorurteile der besitzenden Klassen, unter denen ja bei weitem die meisten Abonnenten sind, die wieder die Inserate nach sich ziehen. Aber das ist noch das wenigste. Eine noch weit verderblichere Konsequenz war folgende: Ein Schriftsteller von Ehre würde sich lieber die Faust abhacken, als das Gegenteil von dem sagen, was er denkt; ja sogar als, insofern er einmal schreibt, das nicht sagen, was er denkt. Kann er es schlechterdings nicht, und in keiner Wendung, ausdrücken, so zieht er sich lieber zurück und schreibt gar nicht. Bei den Zeitungen ist dies ausgeschlossen durch das lukrative Zeitungsgeschäft. Sie müssen fort erscheinen, das Geschäft bringt es einmal so mit sich. Was also unsere Regierungen seit 1848 auch anfangen mochten, die Zeitungen waren von vornherein

durch das Geschäft darauf angewiesen, jeden Kompromiß mit der Regierung zu schließen, ihr nur die Art von Opposition zu machen, welche die Regierung selbst noch wollte oder zuließ! Das Geschäft bringt es einmal so mit sich! Hieraus entsprangen seit 1848 eine Reihe der schimpflichsten Kompromisse unserer Blätter mit der Regierung. Dinge, die gar zu wunde Punkte für die Regierung bildeten, berührte man gar nicht; Dinge, welche man berührte, berührte man nur soweit, soweit die Regierung eine solche Berührung noch zu ertragen beliebte. Ja man bezahlte unter Hinkeldey-Westfalen häufig von seiten der Presse heimlich eine Art Leute, welche vermöge ihrer Stellung den Zeitungen darüber berichten sollten, über welche Punkte und bis zu welcher Grenze die Regierung wohl eine Opposition ertragen würde oder nicht. O, ihr werdet staunen, wenn der Augenblick gekommen sein wird, wo alle die Enthüllungen gemacht sein werden, welche die Geschichte eines Tages hierüber einzuregistrieren haben wird!

Aber damit noch immer nicht genug! Die ganze Reihe dieser persönlichen Konzessionen, welche die Zeitungsschreiber rein um ihres Geschäftes willen der Regierung machten, die Zeitungsschreiber konnten sie natürlich nicht als solche rein persönliche Konzessionen um des Geschäftes willen gemacht eingestehen, weil sonst die Verachtung des Volkes, der Verlust von Lesern, Abonnenten und Inserenten die unausbleibliche Folge gewesen wäre.

Blieb also nichts übrig, als diese rein geschäftlichen Konzessionen als ebenso viele neue Standpunkte des allgemeinen Geistes dem Volke vorzudemonstrieren und aufzudrängen, sie als Entwicklungen und heilsame Kompromisse des Volkslebens

darzustellen und so den Volksgeist selbst bis auf den Grad zu entmannen und zu verwässern, welcher für die Fortsetzung des lukrativen Zeitungsgeschäftes erforderlich war! Daher jener Rückschritt des Volksgeistes in allen Gebieten des öffentlichen Lebens seit 1848, daher jene konterrevolutionäre Stimmung desselben, die man so lange künstlich großgezogen hat, daher jene Entmannung desselben, die 1858 in dem „Neuen-Ära-Schwindel" — gleichfalls einer Erfindung unserer liberalen Zeitungen und der Berliner „Volkszeitung" vor allen — wie in einem abschreckenden Aussatze zutage trat!

Zugleich könnt ihr euch selbst denken, welche entsittlichenden Folgen das geschilderte Verfahren täglich auf den Charakter der Zeitungsschreiber weiter hervorbringen mußte, welche frivole Verachtung gegen sich selbst, gegen alle ideellen Zwecke, gegen Leser und Volk, das sich jenen Humbug geduldig aufbinden ließ, jene tägliche Gewohnheit der Selbsterniedrigung zur Folge haben mußte.

Wenn es also z. B. unserer Regierung einfiele, zu verordnen: Keine Zeitung darf ferner erscheinen, welche nicht mit fingergroßen Buchstaben die Überschrift trägt: „Das Volk ist eine Kanaille", nun, so ist gar keinen Augenblick zu zweifeln — denn das Geschäft bringt es so mit sich! — daß unsere liberalen Blätter erscheinen würden mit der fingergroßen Überschrift: „Das Volk ist eine Kanaille!" Und nicht nur das, sondern sie würden uns jetzt auch noch beweisen, daß das gerade der höchste Grad echter Überzeugungstreue und wahrer Liebe zum Volke sei, daß es der notwendige neue Kompromiß des öffentlichen Geistes sei, zu sagen: Das Volk ist eine Kanaille!

Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabrizieren oder Tuche oder auf der Börse spielen. Aber

daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze — — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann! (Lang anhaltendes, sich immer wieder erneuerndes Bravo.) Denkt euch aber noch weiter die notwendige Rückwirkung, welche die geschilderte Arbeit der Zeitungen auf die Beschaffenheit der Zeitungsschreiber selbst ausüben muß. Ihr wißt, wie der Arbeiter die Arbeit, so bestimmt wieder in hohem Grade wechselwirkend die Arbeit die Beschaffenheit des Arbeiters. Das lukrative Annoncengeschäft hat den Zeitungseigentümern die Mittel gegeben, ein geistiges Proletariat, ein stehendes Heer von Zeitungsschreibern zu unterhalten, durch welches sie konkurrierend ihren Betrieb zu vergrößern und ihre Annonceneinnahmen zu vermehren streben. Aber wer soll unter dieses Heer gehen, wer, der sich selber achtet, wer, der nur irgend welche Befähigung zu reellen Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, des Gedankens oder des bürgerlichen Lebens in sich fühlt? Ihr, Proletarier, verkauft euren Arbeitsherrn doch nur eure Zeit und materielle Arbeit. Jene aber verkaufen ihre Seele! Denn der Korrespondent muß schreiben, wie der Redakteur und Eigentümer will; der Redakteur und Eigentümer aber, was die Abonnenten wollen und die Regierung erlaubt! Wer aber, der ein Mann ist, würde sich zu einer solchen Prostitution des Geistes hergeben? Ferner bedenkt die zerrüttenden Folgen, welche diese metiermäßige Beschäftigung noch in anderer Hinsicht nach sich zieht. Ihr, Proletarier, verkauft euch doch nur zu einem Geschäft, das ihr kennt und versteht, jene aber, die geistigen Proletarier, müssen täglich lange Spalten füllen über tausend Dinge, über Politik, Recht, Ökonomie, Wissenschaft, über

alle Fächer der Gesetzgebung, über diplomatische und geschichtliche Verhältnisse aller Völker. Ob man das Hinreichende, ob man das Geringste davon verstehe oder nicht — die Sache muß behandelt, die Zeitung gefüllt sein, das Geschäft bringt es so mit sich! Dazu der Mangel an Zeit, die Dinge näher zu studieren, in Quellen und Büchern nachzuforschen, ja selbst nur sich einigermaßen zu sammeln und nachzudenken. Der Artikel muß fertig sein, das Geschäft bringt es so mit sich! Alle Unwissenheit, alle Unbekanntschaft mit den Dingen, alles, alles muß möglichst versteckt werden unter der abgefeimten routinierten Phrase.

Daher kommt es, daß, wer heute mit einer halben Bildung in die Zeitungsschreiberkarriere eintritt, in zwei oder drei Jahren auch das wenige noch verlernt hat, was er wußte, sich geistig und sittlich zugrunde gerichtet hat und zu einem blasierten, ernstlosen, an nichts Großes mehr glaubenden, noch erstrebenden und nur auf die Macht der Klique schwörenden Menschen geworden ist!

Aus all diesen Ursachen ist es gekommen, daß sich alle tüchtigen Elemente, die sich früher an der Presse beteiligt haben, allmählich von derselben bis auf sehr vereinzelte Ausnahmen zurückgezogen haben, und die Presse so zu einem Sammelplatz aller Mittelmäßigkeiten, aller ruinierten Existenzen, aller Arbeitsscheuen und Nichtswisser geworden ist, die zu keiner reellen Arbeit tüchtig, in der Presse immer noch eine mühelosere und auskömmlichere Existenz finden als irgend sonst.

Das sind diese modernen Landsknechte von der Feder, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefere Wunden geschlagen hat als das stehende Heer der Soldaten; denn dieses hält doch nur durch äußere

Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Säfte! — Daher auch die Entfernung, in welcher sich bei uns alle Männer des wirklichen Wissens wie in heiliger Scheu von den Zeitungen halten. Ich habe eine ziemlich ausgebreitete Bekanntschaft unter den Gelehrten. Wie oft wurde mir nicht bei einer gelegentlichen Äußerung, ob man nicht über diesen oder jenen besonders wichtigen Gegenstand einen Artikel in irgend eine beliebige Zeitung liefern wolle, eine Antwort zuteil voll Staunen und Verwunderung, als enthielte dies fast eine beleidigende Zumutung!

Ich habe auch in meinem Leben zwei bis drei Zeitungsschreiber näher kennen gelernt, die in jeder Hinsicht eine rühmliche Ausnahme, ja einen vollständigen Gegensatz zu der eben gegebenen Schilderung bilden. Zwei derselben haben sich auch bereits aus dieser Karriere zurückgezogen; aber wie oft riefen sie nicht alle drei in schmerzlichem Ringen zu mir aus: Lieber Eisenbahnarbeiter sein, als weiter in dieser Karriere verbleiben, die uns Geist und Seele zugrunde richtet!

Ja, es ist wörtlich wahr, was Herr v. Bismarck nur in sehr milder Form in der preußischen Kammer gesagt hat: Die Zeitungen werden von Leuten geschrieben, *die ihren Beruf verfehlt haben.* — Und hier lache ich schon im voraus, wie die Fortschrittler diese meine Übereinstimmung mit Herrn v. Bismarck wieder als Beweis anführen werden, daß ich von Herrn v. Bismarck gewonnen sei. Nur schade, daß ich schon lange vor der ganzen Existenz des Ministeriums Bismarck, nur in weit herberer Form, genau dasselbe in meinem „Julian" drucken ließ. Sie sind eine Bande von Menschen, sage ich daselbst, zu unfähig zum Elementarschullehrer, zu arbeitsscheu zum Postsekretär, zu keiner bürgerlichen Hantierung

tüchtig und eben deshalb sich berufen glaubend, Volksbildung und Volkserziehung zu treiben!

Es wird also für unsere Fortschrittler schon nichts übrig bleiben, als zu sagen, daß *ich* Herrn v. Bismarck zu *meinen* Ansichten erkauft habe!

Der Grund aber, weshalb ich euch wiederholt auf diese meine Schrift hingewiesen habe, ist der, daß nicht etwa einer von euch auf den Verdacht komme, ich dächte erst heute so über die Zeitungen in persönlicher Erbitterung über die Angriffe, die ich erfahren, sondern damit ihr sehet, wie ich schon lange vor diesen Angriffen so über sie dachte und sprach, in einer Zeit, in der sie meinen Namen immer nur mit der größten Hochachtung und den verbindlichsten Komplimenten zu nennen pflegten! In gleichem Sinne kann ich euch auf mein „Arbeiterprogramm" verweisen, wo ich gleichfalls noch vor Beginn der jetzigen Bewegung meine Ansichten über die Zeitungen in vollster Kürze, aber doch deutlich genug ausgesprochen habe.

Nachdem wir nunmehr die Ursache erkannt haben, welche notwendig dieses Verderbnis der Zeitungsschreiber nach sich ziehen mußte, wird es leicht sein zu zeigen, wie in einem sozialdemokratischen Staate eine vollständige Umwandlung der Presse auf die leichteste Weise herbeigeführt werden kann. Ich will in Kürze daher die wichtigsten dieser Maßregeln aufzählen. Die 1. ist *absolute Preßfreiheit*. Denn nur auf dem Boden wirklicher Freiheit kann sich alles Große entwickeln; 2. *Aufhebung der Kautionen* für Zeitungen, denn diese Kautionen haben, wie ich euch schon im „Arbeiterprogramm" auseinandergesetzt, nur die Wirkung, die Zeitungen zu einem Monopol der Kapitalisten zu machen und es dem Volke zu wehren, seinerseits Organe gründen zu können, die seine Überzeugung vertreten.

3. Abschaffung der Stempelsteuer; denn die Stempelsteuer hat einerseits dieselbe Wirkung, wie die Kautionen und andererseits ist es noch außerdem stupide, die Zeitungen, insofern sie ja Volkslehrer sein sollen, besteuern zu wollen. Es ist als ob man den Schulunterricht, oder etwa die Predigt der Geistlichen besteuern wollte. — Alle diese Maßregeln aber würden noch ganz unmächtig sein, das Wesen unserer Presse, wie es nun einmal geworden ist, umzuwandeln, wenn nicht eine vierte Maßregel hinzukäme, welche diese Umwandlung vollbringen muß.

Ich habe euch gezeigt, daß das Verderben der Presse mit Notwendigkeit daraus hervorgegangen, daß sie unter dem Vorwand, geistige Interessen zu verfechten, durch das Annoncenwesen zu einer industriellen Geldspekulation wurde. Es handelt sich also einfach darum, diese beiden Dinge zu trennen, die ja auch nichts mit einander zu tun haben. Insofern die Presse geistige Interessen vertritt, ist sie dem Volksschulredner oder Kanzelprediger vergleichbar; insofern sie Annoncen bringt, ist sie der öffentliche Ausrufer, der öffentliche Trompeter, der mit hunderttausend Stimmen dem Publikum anzeigt, wo eine Uhrkette verloren, wo der beste Tabak, wo das Hoffsche Malzextrakt zu haben ist. Was hat der Prediger mit dem öffentlichen Trompeter zu tun und ist es nicht eine Mißgeburt, beide Dinge mit einander zu verbinden?

In einem sozialdemokratischen Staate muß also ein Gesetz gegeben werden, welches jeder Zeitung verbietet, irgend eine Annonce zu bringen, und diese ausschließlich und allein den vom Staate oder von den Gemeinden publizierten Amtsblättern zuweist.

Von Stund' an hören die Zeitungen auf, eine lukra-

tive Geldspekulation zu sein. Von Stund' an ziehen sich die spekulierenden Kapitalien von ihnen zurück. Von Stund' an verhungert das stehende Heer der Zeitungsschreiber oder wird Stiefelputzer; das ist seine Sache! Von Stund' an hört der Zeitungsschreiber von Metier auf und an seine Stelle tritt der Zeitungsschreiber von Beruf! Von Stund' an existieren nur solche Zeitungen und können nur solche Männer Zeitungen schreiben, welche ohne Rücksicht auf lukrative Bereicherung die Mission in sich fühlen, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volkes zu kämpfen.

Wollt ihr einen Beweis mehr für diese notwendige Wirkung jener Maßregel? Seht auf die Blätter, die im Laufe der jetzigen Bewegung auf unsere Seite getreten sind: der „Nordstern", der „Volksfreund", noch zwei bis drei andere kleine Blätter. Es sind alles Blätter, welche keine Annoncen haben noch bringen, noch jemals zu bringen hoffen oder streben[1]). Es sind daher auch Blätter, geschrieben von Männern, welche aus wirklichem Interesse an den geistigen Kämpfen und nicht um ihrer Bereicherung willen sich diesem Berufe widmen, von Männern, welche daher auch in jeder Hinsicht eine vollständige Ausnahme von der Schilderung bilden, die ich euch vorhin entworfen.

Ebenso unangreiflich wäre aber auch der andere Teil jenes Gesetzes, welcher die Annoncen ausschließlich den, sei es vom Staate, sei es von den Gemeinden, publi-

---

[1]) Bekanntlich unrichtig. Und es braucht keines besonderen Nachweises, warum das Verbot der Annoncenaufnahme die Presse durchaus nicht hindern würde, Gegenstand der Geldspekulation usw. zu sein. Sie wird das in der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer sein, welche Formen man ihr auch auferlegt. D. H.

zierten Amtsblättern überweist. Insofern die Blätter Annoncen bringen, stellen sie, wie bereits bemerkt, nur den öffentlichen Ausrufer dar. Es ist dies also eine Funktion, die ebenso einfach und notwendig, wie etwa der Nachtwächterdienst, zu den Attributen des öffentlichen Wesens in seiner staatlichen oder städtischen Organisation gehört. Noch heute könnt ihr etwa in kleinen schwäbischen Städten sehen, wie von einem Trompeter ausgeblasen, oder von einem Gemeindebeamten ausgeschellt wird, was verloren, was gefunden usw. Auch trifft bei dieser Arbeit nicht einmal irgend einer jener ohnehin meist sehr schlechten Gründe zu, die man gewöhnlich geltend macht, dem Staat oder den Gemeinden irgend eine produktive Arbeit zu entziehen. Es ist hierbei weder von Erfindung, noch von einem besonderen individuellen Unternehmergeist die Rede, sondern nur von einer einfachen, vom Inserierenden bestellten mechanischen Tätigkeit, die ganz ebenso gut zum Nutzen und im Auftrag eines Kapitalisten ausgeführt werden kann. Und es ist überhaupt nur in der heutigen Zeit, zu deren Grundsätzen es einmal gehört, daß alles Profitable der Profitwut einzelner Kapitalisten zur Ausbeutung anheimfallen muß, es ist nur in dieser Zeit zu begreifen, daß dieser öffentliche Ausruferdienst so lange dem Nutzen und Interesse einzelner Kapitalisten überlassen werden konnte. Durch diese vom Staate oder den Gemeinden publizierten Annoncenblätter würden ferner jährlich, viel zu niedrig veranschlagt, mindestens ein bis zwei Millionen gewonnen werden, um so mehr, als sich hier alle Betriebskosten sehr ermäßigen würden, als sich ferner diese Blätter keine Konkurrenz untereinander machen und in keiner noch so großen Gemeinde mehr als ein einziges Blatt erscheinen würde. Diese Millionen könnten also benutzt werden um ebenso viele Mil-

lionen von jenen indirekten staatlichen oder städtischen Steuern zu streichen, die am meisten auf die ärmeren Klassen drücken, und die widrige Reklame der heutigen Zeit, das Hoffsche Malzextrakt und die Goldbergerschen Rheumatismusketten hätten so mindestens ihre gemeinnützige Wirkung.

Das also ist die nach allen Seiten hin heilsame Maßregel, welche im sozialdemokratischen Staate eine totale Umwandlung der Presse in ihrem innersten Wesen hervorrufen würde. Ich habe sie Ihnen entwickelt, um beizeiten die Gemüter des Volkes darüber zu verständigen. Verbreiten Sie das, was ich Ihnen hierüber gesagt, erheben Sie diese Maßregel zu einer Volkstradition. Akkreditieren Sie sie durch das tausendfältige Echo Ihrer Stimme, erheben Sie sie zu einer demokratischen Forderung ersten Ranges, damit nichts in späterer Zeit ihrem Verständnis sich widersetze! Und bis dahin halten Sie fest daran: Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!

Halten Sie fest, mit glühender Seele fest an dem Losungswort, das ich Ihnen zuschleudere: Haß und Verachtung, Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Losung, ausgegeben von einem Manne gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit welchem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gierig an meinen Lippen hängen, und so wahr meine Seele in reinster Begeisterung erzittert, indem sie in die Ihrige überströmt, so wahr durchzuckt mich die Gewißheit: Der Augenblick wird kommen, wo wir den Blitz werfen, der diese Presse in ewige Nacht begräbt!!! (Pause von 10 Minuten.)

Das dritte und nicht weniger klägliche Symptom unserer Zeit, das ich beleuchten will, ist der Abgeordnetentag in Frankfurt am Main.

Ihr wißt, die Nationalvereinler oder Fortschrittler, welche den Abgeordnetentag bilden, hatten immer erklärt, an der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 festzuhalten. Sie sei das bestehende Recht, das Palladium deutscher Nation!

Ich muß hier von vornherein einem Mißverständnis begegnen. Das Zurückkommen auf die Frankfurter Reichsverfassung — es ist nicht mein, es ist nicht unser Standpunkt! Für uns ist der Gedanke, die Frankfurter Reichsverfassung wiederherzustellen, nichts anderes als eine reaktionäre Utopie. Für uns war die Frankfurter Reichsverfassung schon 1849, als sie erlassen wurde, nichts anderes als der letzte Beweis für die Impotenz des Föderalismus.

Eine deutsche Einheit, eine einheitliche souveräne Zentralgewalt mit der Beibehaltung von 34 verschiedenen Sondersouveränitäten — das ist der Widerspruch in sich selbst, das ist so wenig möglich, als daß ein schwarzer Rock zugleich weiß sei. Die Souveränität, wohne sie nun bei Fürst oder Volk, ist ihrer Natur nach unteilbar, so unteilbar wie die Seele eines Individuums.

Was uns also wirklich not tut, wenn von deutscher Einheit die Rede sein soll, ist, daß diese 34 selbständigen Sondersouveränitäten aufhören und in eine einzige zusammensinken.

Dies ist auch der Grund, weshalb die Frankfurter Reichsverfassung nicht einen Tag wirklich marschieren konnte. Sie ging zugrunde, nicht, wie unsere Fortschrittler glauben, an ihrem revolutionären Charakter, für welchen jene Zeit noch nicht reif gewesen wäre, sondern

an ihrem reaktionären Charakter; sie ging zugrunde, nicht an dem, was sie neuerte, sondern an dem, was sie beibehielt. Sie ging zugrunde an jenem logischen Widerspruch einer einheitlichen Zentralgewalt mit 34 Souveränitäten.

Der Föderalismus ist überhaupt niemals imstande, ein einiges Volk zu erzeugen. Schon vor fünfzig Jahren hat einer der größten deutschen Denker, Johann Gottlieb Fichte, ausgesprochen, daß das föderalistische Band niemals ein Volksgefühl zu erzeugen vermöge; daß es für das Volk gar nicht existiere und ihm stets so äußerlich bleibe, wie auch jedes andere diplomatische Bündnis der Regierungen untereinander.

Diese Worte haben sich gerade jüngst glänzend bewährt an Amerika, welches man sonst als den Triumph des Föderalismus anzuführen pflegte. Scheinbar einig zur Zeit Washingtons, hat, statt ein Volksgefühl zu erzeugen oder wach zu halten, die mit dem Föderalismus notwendig gegebene Vertiefung in die Partikularinteressen dort den Haß gegeneinander im Herzen des Volkes hervorgerufen und einen der blutigsten und greuelvollsten Kriege heraufbeschworen, welche die Geschichte jemals gesehen hat[1]).

---

[1]) Auch dieses Beispiel zeigt, zu welch fehlerhaften Schlüssen die aus der Idee geschöpften Geschichtstheorien führen. Nicht die föderalistische Verfassung der „Vereinigten Staaten", sondern der auf der Verschiedenartigkeit der Produktionsbedingungen beruhende ökonomische Interessengegensatz war es, der in letzter Instanz zum Krieg zwischen den Nord- und Süd-Staaten der Union führte. Die Plantagenbesitzer der Südstaaten, die die schwarze Arbeit nicht entbehren konnten, würden sich auch widersetzt haben, wenn die Union von ihren Gründern zur „einen und unteilbaren" zentralisierten Republik erklärt worden

In Deutschland zumal ist es der größte innere Widerspruch, von Föderalismus und Freiheit in einem Atem reden zu wollen.

Die geistige Einheit hat sich unser Volk durch eine große, sich über die Jahrhunderte erstreckende Gesamtarbeit bereits erworben. Wir kennen keine preußische und österreichische Poesie, keine norddeutsche und süddeutsche Wissenschaft, keine österreichische und preußische Kunst etc. In allen Gebieten des geistigen Lebens haben wir die nationale Einheit, das Dasein als Deutsche, bereits wirklich erlangt; was wir somit noch verlangen und erlangen müssen, ist: dieselbe Einheit, dasselbe nationale Dasein in geschichtlicher, politischer Hinsicht. Wenn nun das Recht dieser 34 Fürsten auf ihre Kronen so groß wäre, daß es mit Fug entgegengestellt werden könnte der gesamten deutschen Nation und dieser mit Recht verbieten könnte, überhaupt als Nation da zu sein — dann wäre dieses Recht doch offenbar noch viel größer den einzelnen Stämmen gegenüber, und ich weiß nicht, mit welchem Rechte man dann nach Freiheit und nach irgend welcher Beschränkung dieser angestammten Kronengewalt im Innern strebte!

Für uns also ist der Gedanke, die Frankfurter Reichsverfassung wieder herstellen zu wollen, nichts anderes als

---

wäre. So richtig die Fichte-Lassallesche Bekämpfung des deutschen Föderalismus auch war, so falsch war es, aus den eigenartigen Verhältnissen dieses besonderen Föderalismus eine allgemeingültige Theorie für alle Zeiten und alle Länder ableiten zu wollen. Das römische Weltreich war zentralisiert und hat viel weniger von einem Volksgefühl erzeugt als die Vereinigten Staaten. Föderalismus und Föderalismus sind eben auch zweierlei.
D. H.

eine reaktionäre Utopie. Utopie (frommer Wunsch) deshalb, weil jene Verfassung, um ihres inneren Widerspruches willen, in aller Zukunft ebenso unmöglich auch nur einen Tag lang marschieren könnte, wie sie es in der Vergangenheit gekonnt hat; reaktionär deshalb, weil, wenn wir wieder mit jenem verfehlten Experiment von 1849 anfangen müßten, unsere ganze Geschichte seit 1848 gar keinen Sinn und gar keine Bedeutung für uns gehabt hätte. Nach unserer Auffassung, nach welcher der Untergang der Frankfurter Reichsverfassung nur die notwendige Folge ihres inneren Widerspruches und der letzte Beweis für die Ohnmacht des Föderalismus war, nach dieser Auffassung hat diese 14jährige Geschichte einen Sinn und einen großen Sinn, wenn auch einen teuer erkauften!

Aber nicht von meinem Standpunkte aus, sondern von seinem eigenen Standpunkte aus will ich den Abgeordnetentag kritisieren.

Er hatte noch vor weniger als einem Jahre erklärt, die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 sei unser bestehendes Recht, sie sei die Fahne, um welche sich die deutsche Nation scharen müsse.

Wenn er also auf die föderalistische Intrige des Frankfurter Fürstentages überhaupt irgend etwas erklären wollte, so hatte er von seinem Standpunkt aus eben nur einfach darauf hinzuweisen: Die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 sei bereits die zu Recht bestehende Verfassung deutscher Nation.

Statt dessen, was hat der Frankfurter Abgeordnetentag getan? Er hat erklärt, daß er das Fürstenprojekt unter den gegenwärtigen Umständen „nicht lediglich verneinen könne!“ Das Fürstenprojekt, welches in jeder Hinsicht den grellsten Widerspruch zu der Frankfurter Reichs-

verfassung bildet! Das Fürstenprojekt, welches, statt sich an ein nach dem Frankfurter Reichswahlgesetz durch das allgemeine Wahlrecht gebildetes Reichsparlament zu wenden, einer Delegiertenkammer oder etwa den Kammern der einzelnen deutschen Stämme vorgelegt werden sollte und von ihnen also nur en bloc angenommen oder verworfen werden konnte, somit nirgends und in keiner Weise auch nur ein Zurückgehen auf Reichsverfassung und Reichsparlament übrig ließ.

Der Abgeordnetentag hat somit verleugnet und verraten, was er Jahre hindurch selbst für das Recht der Nation erklärt hat! Er hat die Fahne verraten, zu welcher er selbst jahrelang das Volk gerufen.

Aber freilich, die Fortschrittler hatten zu oft das Paradepferd der Frankfurter Reichsverfassung geritten, um dieselbe nun lediglich verleugnen zu können.

Der Beschluß enthält daher auch noch einen anderen Passus, durch welchen wiederum darauf hingewiesen wird, daß, nicht die Frankfurter Reichsverfassung, sondern höchst diplomatisch — eine Diplomatie zum Speien! — nur eine Verfassung wie die Frankfurter Reichsverfassung dem deutschen Volke Befriedigung bringen könne!

Aber was haben die Frankfurter Reichsverfassung und das deutsche Fürstenprojekt mit einander zu tun? Was hat das erbliche Kaisertum und das künstliche Direktorium, die Einheit und die Fünf- oder Sechsheit, das direkte allgemeine Wahlrecht und die Delegiertenkammer, die preußische Spitze und der österreichische Vorsitz mit einander gemein? Welche Einigungspunkte haben sie und wie wären so widersprechende Dinge mit einander zu verbinden?

Jener Beschluß ist daher, indem er in einem Atem ja und nein, schwarz und weiß, kalt und heiß sagt, nichts

anderes als der reinste Unsinn, als der blühendste logische Widerspruch! Jedes Wort dieses Beschlusses ißt das andere auf!

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Von der einen Seite schleudert Herr von Bismarck den Fortschrittlern den Vorwurf ins Gesicht, daß sie Preußen verraten — und von der anderen Seite behaupten die großdeutschen Organe, die Fortschrittspartei verrate Deutschland an ihren geheimen Lieblingsgedanken von der preußischen Spitze! Und das merkwürdige ist, meine Herren, beide, Herr von Bismarck und die Großdeutschen, beide haben Recht! Die Fortschrittler haben eben das Unmögliche fertig gebracht: um nach allen Seiten hin zu buhlen, haben sie alles verraten, haben alles behauptet und alles verleugnet in demselben Atem!!!

Wie unwidersprechlich dies sei, will ich Ihnen in aller Kürze dadurch beweisen, daß sogar die Fortschrittler selbst sehr gut erkannt haben und wissen, daß die Sache so steht, wie ich sie soeben geschildert. Einer von ihnen nämlich, Herr Georg Jung aus Köln, hat auf dem Abgeordnetentag in Frankfurt selbst erklärt: „Die Ausschußanträge seien ein Gewebe von Widersprüchen; fast jeder Satz hebe seinen Vordersatz auf, um seinerseits wiederum im Nachsatze aufgehoben zu werden.“ (Elberfelder Zeitung vom 24. August.) Das sind die Worte eines Fortschrittlers selbst!

Und nichts desto weniger hat dieser selbe Herr Jung für diesen Beschluß gestimmt, denn er ist ja, wie die Zeitungen berichten, einstimmig gefaßt worden, und er sollte und mußte ja einstimmig gefaßt werden, um die Einigkeit (!) der großen liberalen Partei darzutun! Die Einigkeit im Aufgeben alles menschlichen Verstandes, die Einigkeit im Unsinn und im Selbstwider-

spruch — das ist die Einigkeit der großen liberalen Partei!

Zwei andere Fortschrittler, die Herren Becker und Welker, hatten dem Ausschußantrag gegenüber konsequent den Antrag gestellt, auf die Frankfurter Reichsverfassung zurückzugehen. Aber auch sie zogen ihren Antrag zurück! Freilich hatten sie selbst erklärt, sie müßten diesen Antrag stellen, weil nur in der Frankfurter Reichsverfassung das Recht der deutschen Nation gewahrt sei! Aber — der Beschluß mußte ja einstimmig gefaßt werden! Die Einigkeit im Aufgeben aller Prinzipien, im Verrat alles Rechtes, nicht nur des objektiven, sondern auch des Rechtes, das man selbst als solches erkannt hat — das ist die sogenannte Einigkeit der großen liberalen Partei! Die Einigkeit eines Narrenhauses!

Zuletzt noch das klägliche Schauspiel, ihren Beschluß dem Fürstentage zustellen zu lassen — selbst dieses haben uns die Fortschrittler nicht erspart! Und welches Recht hatten diese Herren zu einer solchen Zustellung? Sie sind keine juristische Körperschaft, sie bestehen aus Leuten, die früher einmal Abgeordnete waren, aber es nicht mehr sind, aus anderen Leuten, welche noch ein Mandat besitzen, aber nicht für eine Verfassung Deutschlands und die überdies durch das Dreiklassenwahlgesetz gewählt sind. Welches Recht zu einer offiziellen Kommunikation maßten sich also diese Herren ohne Mandat in dieser deutschen Nationalangelegenheit an?

Wollten sie aber bloß als ein Haufen von 500 Männern eine moralische Wirkung ausüben, nun, so wäre diese ja, so weit sie überhaupt eine solche hervorzubringen vermögen, durch ihren Beschluß und dessen Veröffentlichung in den Zeitungen ganz ebenso erreicht worden, und es bedurfte dazu nicht der amtlichen Notifikation

oder vielmehr der öffentlichen Anbettelei bei dem Fürstentag.

Welches ist also der wirkliche Grund dieser Reihe von Lächerlichkeiten?

Ich will Ihnen diesen Grund verraten!

Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — — Herrn von Bismarck bange zu machen! Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kokettieren mit den deutschen Fürsten!

Das sind die Mittel dieser Ärmsten! — Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — — alte Weiber!

Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, auch nicht, wenn sie nach anderen Seiten hin liebäugelten!

Herr von Bismarck hat ihnen daher bereits geantwortet durch die Auflösung der Kammer.

Hierbei muß ich auf unser notwendiges Verhalten bei den bevorstehenden Wahlen eingehen.

Zunächst halten Sie folgendes fest:

Ein prinzipielles Interesse haben wir bei den nächsten Wahlen nicht.

Wir haben kein prinzipielles Interesse .

1. deshalb, weil das allgemeine Wahlrecht noch nicht existiert resp. nicht mehr existiert, welches allein für uns der Boden ist, auf welchem wir eine selbständige und eigene Stellung einnehmen können.

Wir haben kein prinzipielles Interesse, weil

2. die preußische Verfassung, um die gekämpft wird, keine zu Recht bestehende Verfassung ist, und

noch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung war!

Lassen Sie mich Sie erinnern an die Tatsachen, die Sie niemals auch nur einen Augenblick aus dem Gedächtnis verlieren dürfen.

Durch die Gesetze vom April 1848 bestand einerseits in Preußen das allgemeine Wahlrecht, und andererseits war durch dieselben Gesetze bestimmt, daß der König kein neues Gesetz mehr erlassen könne ohne die Beistimmung der gesetzlich bestehenden Landesvertretung, also einer solchen, die in Gemäßheit des damals bestehenden Wahlgesetzes durch das allgemeine Wahlrecht gebildet worden.

Im Dezember 1848, wie Ihnen allen bekannt, oktroyierte der König eine Verfassung. Ich will nun sehr nachgiebig sein. Mochte er das tun. Eine definitive Gültigkeit konnte diese Verfassung aber erst dann haben, wenn sie von der gesetzlich bestehenden Volksvertretung bestätigt und angenommen worden war. Das sah der König selbst ein und berief deshalb eine Revisionskammer 1849 nach Berlin. Aber noch ehe die Sitzung zu ihrem natürlichen Schluß gelangt war, wurde die Kammer von neuem aufgelöst und nun das Dreiklassenwahlgesetz oktroyiert. Ich will noch nachgiebiger sein. Mochte der König auch das noch tun, aber wie jene Verfassung selbst, so hatte auch dieses oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz *erst dann* definitive gesetzliche Gültigkeit, wenn es bestätigt war von der zur Zeit der Oktroyierung gesetzlich bestehenden Volksvertretung. Diese war aber, wie bereits hervorgehoben, nach den damals bestehenden Gesetzen durch das allgemeine Wahlrecht zu berufen. Nur eine solche legale, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene gesetz-

gebende Versammlung hätte also — falls sich eine solche dazu hergegeben hätte — das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz bestätigen können. Dies ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen, sondern dieses Dreiklassenwahlgesetz wurde bestätigt und die Verfassung angenommen von einer nach dem oktroyierten Dreiklassenwahlgesetz selbst zusammenberufenen Versammlung, die somit vollständig illegal war, keinen gesetzlichen Boden und keine juristische Existenz hatte.

Da der König selbst seit den Gesetzen vom April 1848 nicht mehr ohne Beistimmung der gesetzlich bestehenden Vertretung Gesetze, also auch kein Wahlgesetz, erlassen konnte, so konnte er auch keinen anderen dazu bevollmächtigen. Ein Recht, das ich selbst nicht habe, kann ich auch keinem anderen übertragen. Der König konnte also ebensowenig wie etwa einen General oder einen Kammerdiener, ebensowenig auch ein paar hundert Bourgeois zur Bestätigung dieses oktroyierten Dreiklassenwahlgesetzes bevollmächtigen.

Kein Jurist der Fortschrittspartei selbst wird dieser Deduktion widersprechen können, oder hat ihr jemals widersprochen.

Ebensowenig ist jener Rechtsbruch vom Volke selbst jemals in irgend welcher Weise genehmigt oder gutgeheißen worden. Denn niemals wurde das Volk in seinen Urversammlungen mit dieser Frage befaßt, und überdies haben seit und infolge jenes Rechtsbruchs von 1849 niemals mehr als 25 Prozent der Wähler — also eine winzige Minorität — ihr Wahlrecht ausgeübt.

Die preußische Verfassung hat also auch noch nicht einen einzigen Tag zu Recht bestanden!

Ebensowenig kann hieran dadurch etwas geändert wer-

den, daß die Verfassung einerseits vom König, andererseits vom Landtag beschworen worden ist.

Dieser Eid ist ein nichtiger Eid, gerade so wie ein am Altar geleisteter Eid ein nichtiger ist, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe nichtig macht.

Und was die Kammern betrifft, so hat es überdies, wie aus dem Vorigen folgt, seit der Revisionskammer von 1849 noch niemals eine legale Volksvertretung in Preußen gegeben. Es waren illegale Usurpatorenhaufen und weiter nichts, welche um den Preis der Rechte des Volkes den Sonderfrieden der Bourgeoisie mit der Regierung abschließen wollten und erst jetzt wieder nach dem Volke schielen, wo sie mit der Regierung um ihren Anteil an der Beute in Streit geraten sind.

Zwar werden euch die Kammerhelden sagen: Hätten wir nicht sollen zu jenen, wenn auch freilich illegalen Kammern zusammentreten, um das, was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden?

Freilich konnten sie das, aber dann hätten sie jede Kammersession damit eröffnen müssen, zuvörderst ihre eigene illegale Existenz zu konstatieren und den noch ungesühnten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören!

Indem sie dies nicht taten, niemals taten, indem sie vielmehr alle Lüfte füllen mit dem lügenhaften und heuchlerischen Geschrei von der zu Recht bestehenden Preußischen Verfassung, zeigen sie bloß, daß sie die Rechte des Volkes verraten, verleugnen und dieselben für die Sonderbeute der Bourgeoisie mit Füßen treten.

Für uns hat also die Preußische Verfassung, die bloß der Beweis und das Produkt des am Volke begangenen

Rechtsbruches ist, keinen Wert und kein Interesse, ebensowenig wie eine rechtliche Existenz.

Für uns hat der Kampf der beiden Parteien kein prinzipielles Interesse, denn b e i d e Parteien, Reaktionäre wie Fortschrittler, sind uns g l e i c h f r e m d. —

Für uns hat der Kampf kein prinzipielles Interesse, weil der ganze Gegenstand des Kampfes — die Preußische Verfassung — kein solches Interesse für uns hat.

In uns kann im Gegenteil die Preußische Verfassung k e i n a n d e r e s Interesse hervorrufen, als d a s, sie so schnell wie möglich v e r s c h w i n d e n zu machen!

Ich werde also nicht wählen, jetzt so wenig wie bisheran, und an solchen Orten, wo der Sieg der Fortschrittspartei ohnehin ganz unzweifelhaft wäre, an solchen Orten ist es das beste, wenn ihr alle gleichfalls nicht wählt.

Wir haben uns 14 Jahre hindurch von diesen ungesetzlichen und rechtswidrigen Wahlakten fern gehalten. Man spricht von Ratten, welche das Schiff verlassen, wenn es zu sinken beginnt. Sollen wir die umgekehrten Ratten sein, welche auf das lecke Schiff der Preußischen Verfassung gerade in dem Augenblick springen, wo es untergeht?

Aber haben wir auch kein p r i n z i p i e l l e s Interesse an der bevorstehenden Wahlschlacht, so haben wir doch ein s e h r g r o ß e s t a k t i s c h e s I n t e r e s s e dabei, und dieses taktische Interesse erfordert, daß Sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht o h n e h i n u n b e d i n g t f e s t s t e h t, z u g u n s t e n — lachen Sie nicht, es ist mein völliger Ernst — z u g u n s t e n der Fortschrittspartei wählen!

Die Gründe sind einfach:

Es ist unser dringendstes Interesse, daß das im Mai dieses Jahres durch die Vertagung unzeitig abgebrochene Experiment wieder aufgenommen werde und sein naturgemäßes Ende erreiche. Wir haben das dringendste Interesse, daß die Fortschrittler ihre gänzliche Unfähigkeit, diesen Konflikt zu einem siegreichen Ende zu führen, noch weiter beweisen, damit auch noch alle diejenigen, welche etwa jetzt noch an sie glauben, belehrt werden durch die Tatsachen. Es darf um keinen Preis den Fortschrittlern die Entschuldigung gelassen werden, bei den Wahlen geschlagen worden zu sein. In derselben, ja in noch größerer Anzahl als das letzte Mal müssen sie gewählt werden, um selbst den Blindesten ihre vollständige und jämmerliche Ohnmacht darzutun.

Und ferner: Solange das allgemeine Wahlrecht nicht besteht und solange wir daher keine selbsteigene Stellung einnehmen können, solange muß es unser dringendstes taktisches Interesse sein, daß dieser Kampf zwischen Reaktion und Fortschrittlern fortdauere, falls ihn nicht die Fortschrittler dadurch zu Ende bringen, daß sie mit einem neuen Kompromiß zur Regierung überlaufen, was freilich nicht unmöglich ist, was sie dann aber im Volke definitiv und rettungslos stürzen und begraben würde.

Ich sage, in unserem Interesse ist es, daß dieser Kampf fortdauere, nicht damit einer den anderen, sondern damit, wie Ullrich von Hutten diese Hoffnung aussprach, als Luther zuerst sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffressen und verschlingen!

Wir müssen also in diesem Kampfe die Schwächeren unterstützen. Dafür daß die Fortschrittsbäume nicht in den Himmel wachsen, dafür ist ohnehin gesorgt, dafür wird Herr von Bismarck schon sorgen!

Wir unsererseits müssen also, wo es nötig ist, dafür

sorgen, daß nicht die Reaktion die Fortschrittler verschlinge.

Wählen Sie sie also, wählen Sie sie noch einmal und hoffentlich zum letzten Male! Aber wählen Sie sie mit dem richtigen Bewußtsein, wählen Sie sie, damit sie sich vollends blamieren und ruinieren!

Ich kehre nach dieser durch die bevorstehenden Wahlen gebotenen Abschweifung wieder zum Frankfurter Abgeordnetentag zurück. Den Schlüssel zu allen Bestrebungen der Fortschrittler und Nationalvereinler hat uns wiederum der Präsident des Nationalvereins, Herr von Bennigsen, in der Rede gegeben, mit welcher er den Abgeordnetentag schloß; er sagt: „Die Leidenschaft der Volkspartei und die Verstocktheit der Regierenden habe schon oft zu revolutionären Umwälzungen geführt. Aber das deutsche Volk sei nicht bloß einmütig, sondern auch so gemäßigt bei seinen Ansprüchen, daß die deutsche nationale Partei, die keine Revolution wolle, und keine machen könne, keine Verantwortung dafür habe, wenn nach ihr eine Partei kommen sollte, welche, weil keine Reform mehr möglich, zu der Umwälzung greife." (Volkszeitung vom 25. August d. J.)

Ich finde es zwar sehr ungeschickt von Herrn von Bennigsen, daß er uns beständig, auch jetzt noch, daran erinnert, daß er und seine Partei keine Revolution wollen! Da er uns aber nun einmal ohne Unterlaß daran erinnert, nun wohl, so wollen wir ihm diesen Gefallen tun! Erheben wir also unsere Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, käme, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblicke erklärt haben: sie wollen keine Revolution!

Verpflichtet euch dazu, hebt eure Hände empor! (Die ganze Versammlung erhebt in großer Aufregung ihre Hände.)

Von nicht geringerem Interesse ist die Rede, die gleichfalls in Frankfurt, bei dem auf den Abgeordnetentag natürlich notwendig folgenden obligaten Feste, Herr Schulze-Delitzsch gehalten hat.

Ich muß euch diese Rede vorlesen, damit keiner von euch glaube, daß ich ihm unrecht tue. Herr Schulze-Delitzsch sagt wie folgt: „Meine Herren! Es ist von Fehlern die Rede gewesen, die gemacht worden sind von seiten der Versammlungen, in denen unser politisches Leben begonnen hat. Ich weiß darüber nichts, behaupte aber eins: wenn je irgendwo Versammlungen der wahre Ausdruck des Volkes gewesen sind, so sind es jene von 1848 gewesen. Haben sie Fehler gemacht, so sind es die schwachen Seiten unserer Volksentwicklung selbst gewesen, Volksfehler sind in jenen Parlamentsfehlern zur Erscheinung gekommen. Verhehlen wir uns nicht, woher überhaupt das Mißglücken jener durch und durch ehrlichen, tiefinnersten, auf ein durch und durch sittliches Gefühl gegründeten Arbeiten seinen Ursprung gehabt. Meine Herren! Die Strömung, die damals hineingriff in die politische Frage und der auch jene Versammlungen sich nicht entziehen konnten, war k e i n e p o l i t i s c h e, es war die s o z i a l e, es war die G e s e l l s c h a f t s f r a g e! Durch die soziale Frage ist die politische Bewegung des Volkes irre geleitet worden, und die Spaltung der großen liberalen Partei, welche einen Teil derselben der Reaktion in die Arme warf, hat begonnen auf sozialem Boden. Als die Junischlacht in Paris geschlagen, war das Schicksal der liberalen Bewegung in Europa für lange Zeit entschieden. Meine Herren, verhehlen wir uns

zunächst eins nicht: In dem Momente, wo die gebildeten und besitzenden Klassen sich von der politischen Bewegung scheu zurückziehen — sei nun ihre Furcht begründet oder nicht — ist entschieden, daß diese Bewegung keine dauernde, keine nachhaltige Umgestaltung der Verhältnisse zur Folge haben wird." (Volkszeitung vom 26. August d. J.)

Herr Schulze-Delitzsch ist ein enfant terrible seiner Partei, ein Kind, welches alle Geheimnisse ausplaudert, die er im Interesse seiner Partei mit tiefster Nacht bedecken sollte! Er sagt euch, daß die politische Revolution verunglückte, weil sich die Bourgeois von der politischen Bewegung zurückzogen und auf die politische Freiheit verzichteten und zwar deshalb, weil sie sahen, daß ihr mittelst der politischen Freiheit eure soziale Lage ändern und verbessern wollet! Und was sagt euch also Herr Schulze in diesen Worten? Er sagt euch:

1. daß die Bourgeoisie niemals in eine Verbesserung eurer sozialen Lage willigen wird. Er sagt euch

2. daß sie euch niemals auch nur die politische Freiheit — das allgemeine und direkte Wahlrecht — gönnen werde. Denn durch dieses würdet ihr jederzeit in den Stand gesetzt sein, die Verbesserung eurer sozialen Lage in Angriff zu nehmen. Wenn nun die Bourgeoisie sogar glauben könnte, daß ihr heute so artige Kinder seid, dies nicht zu tun, auch wenn euch das allgemeine Wahlrecht zur Verfügung stände — welche Gewißheit hätte sie dafür, daß ihr auch in 1, in 2, in 5 Jahren immer so artige Kinder bleiben werdet, das allgemeine Wahlrecht nicht für die Verbesserung eurer Lage in Bewegung zu setzen? Folglich kann sie, da ihr die Garantie niemals gegeben werden kann, auch niemals wollen, daß

ihr im Besitz des direkten allgemeinen Wahlrechts gelangt. Er sagt euch endlich

3. daß die Bourgeoisie aus diesem Grunde noch lieber auf ihre eigene politische Freiheit verzichtet, als daß sie euch das allgemeine Wahlrecht gönnt.

Er sagt euch also ganz dasselbe, was ich euch in meinem Arbeiterlesebuch hierüber gesagt habe! Ich hatte dort einige Gründe und historische Beweise hierfür zusammengestellt. Wahrscheinlich glaubte Herr Schulze, daß mir noch eine Art von Beweis fehle, das offene Geständnis eines Führers der Bourgeoispartei, — und so war er denn so freundlich, mir auch noch diesen Beweis zur Verfügung zu stellen!

Herr Schulze geht darauf in seinem Toaste dazu über, euch, den deutschen Arbeitern, ein Lob zu erteilen für eure Haltung in sozialer Hinsicht. Er sagt: „Unsere Arbeiter haben es gezeigt, daß sie es verstehen, deutsche Männer zu sein. Sie haben jede Lockung, sich von der Partei des Fortschritts zu trennen, zurückgewiesen."

Dieses ist nämlich uns, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegenüber gesagt. Haben denn aber die deutschen Arbeiter wirklich dieses Lob verdient? Seid ihr wirklich so artige Kinder, wie Herr Schulze behauptet? Die deutschen Arbeiter haben dieses Lob nicht verdient! Welches sind die Tatsachen? In Leipzig trat das Zentralkomitee mit allen Stimmen gegen 2 unseren Prinzipien bei, und in einer großen Arbeiterversammlung daselbst wurde mit 1300 Stimmen gegen 7 dieser Beschluß bestätigt! Auf dem Provinzial-Handwerkertag zu Köln beschloß die Majorität gleichfalls, mein Antwortschreiben zum Manifest der Bewegung zu erheben. In Frankfurt schlug ich die Fortschrittler

mit über 400 Stimmen gegen 40. In Mainz mit 800 Stimmen gegen 2. In Hamburg vermögen sie unserem großen Verein gegenüber nirgends standzuhalten. Eine einzige Adresse, die aus wenigen rheinischen Städten an mich gelangte, war mit über 1400 Unterschriften bedeckt — und ihr wißt, welche Schwierigkeit das Sammeln von Unterschriften gerade beim Arbeiterstande hat. Eine andere Adresse ist mir soeben aus Dortmund übersandt worden.

In Gersdorf in Sachsen wurde vor kurzem in einer großen Arbeiterversammlung mit 400 Stimmen gegen 20, in Großenhain mit 400 Stimmen gegen 30, Zustimmung und Beitrittserklärung zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beschlossen. In Ronsdorf wurde vor kurzem eine massenhafte Arbeiterversammlung, die sich einstimmig für uns auszusprechen im Begriff, von dem fortschrittlichen Bürgermeister rechtswidrig aufgelöst. Wie groß hier in Barmen und Elberfeld unsere Zahl ist, seht ihr selbst, zwischen 2- und 3000 Mann haben sich trotz des greulichen Unwetters zu dieser meiner Rede eingefunden, und nur höchstens 250—300 haben, wie ihr seht, infolge des vorhin eingetretenen Inzidenzfalles den Saal verlassen. — —

Das sind die Tatsachen, denen unsere Gegner damit begegnen zu können glauben, daß sie wie der Vogel Strauß die Augen vor ihnen schließen. Tatsachen, denen sie damit begegnen, daß sie, da sie allein über alle Zeitungsschwärze verfügen, sie entstellen und ableugnen. Aber freilich, wenn ich den anwesenden Bevollmächtigten fragen würde, ob alle diejenigen, welche hier diesen weiten Saal füllen und meine Worte mit ihren enthusiastischen Beifallsbezeigungen begleiten, wirklich eingeschriebene Mitglieder unseres Vereins sind, so bin ich im voraus

überzeugt, daß er mir antworten würde: Auch nicht die Hälfte!

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezeichnete Mitglieder seid?

O, ich kenne den allbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, man sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teil zu nehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich aber frage euch, ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht selbst gesäet hat? Bedenket! das Wort Selbsthilfe, welches unsere Gegner mit Unrecht im Munde führen — bei ihnen ist es nur eine trügerische Illusion, unser Schild und unsere Devise ist es in Wahrheit! Oder gibt es eine großartigere Selbsthilfe, als diejenige, den Staat umformen zu wollen, um dadurch auch die sozialen Verhältnisse zu ändern? Euch also, die ihr Arbeiter sein wollt und nicht Schmarotzer, euch, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht selbst gesäet, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Akklamationen begleitet, euch ermahne ich zur Scham! An jene Tische mit euch und zeichnet euch ein als unsere Mitglieder, nehmt euern Teil an unseren Mühen und Anstrengungen!

Unseren Mitgliedern aber rufe ich folgendes zu: Nicht auf unsere Bevollmächtigten dürft ihr euch für die Agitation verlassen, sondern jeder einzelne von euch muß diese Agitation zu seiner Aufgabe machen!

Ich will euch ein einfaches und leichtes Mittel angeben, unsere Zahl in kürzester Frist noch zu verhundertfachen: Jeder einzelne von euch muß es sich zum Gesetze machen, in jeder Woche, was ihm nicht schwer werden kann, mindestens ein bis zwei Mitglieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gewinnen und jede Woche für eine verlorene halten, in welcher er sich dieser Pflicht nicht entledigt hat. Bedenket, in welcher geometrischen Progression sich unsere Reihen vervielfachen müssen, wenn jeder von euch von dieser Gesinnung durchdrungen ist.

Ja, es muß dahin kommen, daß es für eine Art von Makel und derjenige nicht für einen vollen Arbeiter gilt, der unserem Vereine nicht beigetreten; und er ist in der Tat kein voller Arbeiter, denn es fehlt ihm entweder an Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse oder an der Männlichkeit, für dieses Interesse selbst wirken zu wollen.

Und nun fordere ich euch auf, mit mir in den Ausruf einzustimmen:

Es lebe die soziale Demokratische Agitation! Es lebe der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein!

(Lang anhaltender, sich stets wieder erneuender stürmischer Beifall.)

Den entstellenden Berichten gegenüber, welche in verschiedenen Blättern über den äußeren Hergang der Versammlungen erschienen sind, lassen wir in Kürze eine genaue tatsächliche Schilderung derselben folgen.

In Elberfeld (am 20. September) erwarteten trotz des in Strömen niedergießenden Regens viele hundert Arbeiter Herrn Lassalle schon an der Eisenbahn. Die Ver-

sammlung fand in Barmen, in dem seiner Größe halber hierzu ausgewählten Lokale des Herrn Hallbach statt, welches gedrängt voll, von nahe an 3000 Menschen besetzt war.

Die Sitzung wurde mit sechs auf Herrn Lassalle ausgebrachten stürmischen „Hochs" eröffnet, die sich erneuten, als der Redner die Tribüne bestieg.

Ziemlich im Anfang derselben ertönte ein einzelner, lang gehaltener gellender Pfiff.

Unbeschreibliche Aufregung unter den Arbeitern, welche vergeblich den Störer zu ermitteln suchten. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, erklärte Herr Lassalle:

„Ich muß einige Worte über den Vorgang verlieren, der soeben stattgehabt. Ich fordere denjenigen, der gepfiffen, zur Scham auf. Es ist schamlos von einem einzelnen, Tausende zu stören, die, wie er sieht, voll Aufmerksamkeit und Begeisterung an meinen Lippen hängen. Überdies muß ich eines bemerken. Es ist möglich, daß sich nicht nur Mitglieder und Freunde, sondern auch Feinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hier eingefunden haben. Diese mache ich darauf aufmerksam, daß sie heut bei mir, beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu Gast sind!

Auch sie sollen uns willkommen sein, insofern sie sich ruhig und bescheiden verhalten.

Aber bei der geringsten absichtlichen Störung werde ich Hausrecht brauchen, und die Störer einfach, ohne Tumult, ohne Mißhandlung, aber mit Blitzesschnelle zur Tür hinaus bringen lassen. Ihr seht, daß ich, abgesehen ganz von der Polizei, hier Tausende

von Händen auf meinen Wink zur Verfügung haben würde."

Infolge dieser Erklärung setzte der Redner nun seinen Vortrag in voller, nur von stürmischen Beifallsbezeugungen unterbrochener Ruhe fort.

In der Pause trat ein in der Mitte einer Anzahl von Fabrikanten sitzender Herr auf den Tisch und verlangte das Wort. Umsonst machte ihm der Vorsitzende, Herr Hillmann, bemerklich, daß die Versammlung nur zum Zwecke eines übrigens noch nicht einmal beendeten Vortrags des Herrn Lassalle einberufen sei, daß ferner statutenmäßig in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nur Mitglieder desselben das Wort ergreifen könnten. Der gedachte Herr blieb auf dem Tische stehen, immer von neuem das Wort begehrend. Plötzlich verschwand er vom Tisch. In diesem Augenblick versuchte man an den in seiner Nähe befindlichen Tischen der Fabrikanten ein „Hoch" auf Schulze-Delitzsch auszubringen. Aber kaum war dieser Name von den Arbeitern vernommen worden, als sich die zunächst Stehenden, dies für eine offenbare Provokation haltend, auf die Fabrikanten losstürzten und sie mit Blitzesschnelle aus dem Saal entfernten. Es ist richtig, daß mehrere geschwungene Stühle und geschleuderte Bierseidel diesen Rückzug beschleunigten. Die Gesinnungsgenossen der so Hinausbeförderten verließen schleunigst mit ihnen den Saal.

Dieser Vorgang verlief in solcher Schnelligkeit und Lautlosigkeit, daß man von dem oberen Ende des Saales aus nicht das geringste von demselben hören, sondern nur aus dem, was man sah, erraten konnte, was unten vorging.

Es waren im ganzen höchstens 250 Mann, die so, teils freiwillig, teils gezwungen, den Saal verlassen hatten.

Nach der Pause setzte der Redner seinen Vortrag fort und beendigte ihn unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und dem einmütigen rauschenden Beifallsjubel der Versammlung.

Anderer Art waren die Vorgänge in Solingen. Die Elberfelder Zeitung — das Fortschrittsorgan für Elberfeld — hatte nach der Barmer Versammlung die „Polizei" darauf aufmerksam gemacht, sich doch vom Stenographen das Protokoll der Rede zu verschaffen, um zu sehen, ob nicht Grund vorliege, ähnliche Vorgänge zu verhüten. (!!)

Diese Denunziation scheint ihre Wirkungen nicht verfehlt zu haben.

Die Solinger Versammlung bot einen noch weit großartigeren Anblick dar. Das schöne Wetter hatte es den Arbeitern der ganzen Umgegend erlaubt, sich einzufinden. Der riesige Saal schien schon gedrängt voll, als, mit grünem Laub geschmückt, ihre Fahnen voran, an der Spitze ihre Bevollmächtigten, die Kolonnen der Wuppertaler Arbeiter ihren Einzug hielten. — Viele Tausende vom Volk mußten vor dem Saale bleiben, der die Menge nicht mehr fassen konnte.

Der Verlauf der Solinger Versammlung ist in Nr. 266 der Düsseldorfer Zeitung geschildert, wie folgt:

„Die Denunziation der Elberfelder Zeitung hat ihre Früchte getragen: Selbst im Jahre 1848 hat das Rheinland keine so große Volksversammlung gesehen wie die Arbeiterversammlung, die gestern in Solingen stattfand. Der kolossale Saal der Schützenburg war so gedrängt voll, daß kein Kellner passieren konnte und noch viele, viele Tausende drängten sich vor den Türen der Schützenburg. Die versammelte Volksmenge wird allgemein auf über 10000 Menschen geschätzt.

Lassalle wurde bei seinem Erscheinen auf der Tribüne mit stürmischem Jubel begrüßt. Eine Störung, die gleich im Anfang seiner Rede versucht wurde, wurde blitzschnell durch die Entfernung der Störer beseitigt. Auch war an keine Wiederholung derselben zu denken. Die Arbeiter waren so massenhaft erschienen und zeigten sich so sichtlich entschlossen, keine Störung zu dulden, daß von einer Erneuerung solcher Versuche nicht die Rede sein konnte. Der Redner hatte ungefähr 3/4 Stunde gesprochen, als plötzlich ein Gendarm auf den Tisch stieg und mit Hinweis darauf, daß bei der vor einer halben Stunde beseitigten Störung angeblich Verwundungen vorgekommen seien[1]), die Versammlung für aufgelöst erklärte.

Lassalle entgegnete dem Gendarm, daß nach dem Vereinsgesetz (§ 5) nur dann eine Auflösung einer Versammlung erfolgen dürfe, wenn in der Versammlung Vorschläge zu strafbaren Handlungen erörtert würden oder Bewaffnete erschienen; daß diese Fälle nicht vorlägen und kein andrer Grund zu einer Auflösung berechtige. Er wies mit Ernst und unter stürmischem Beifall des Volks die Polizei auf die gesetzlichen Folgen hin, falls sie die widerrechtliche Auflösung mit Gewalt durchsetzen wolle.

Der Gendarm verließ den Tisch, Lassalle fuhr in seiner Rede fort und alles schien ausgeglichen, als fünf Minuten darauf an der Spitze von — doch lassen wir lieber die Depesche hierüber reden, die Lassalle infolge dieser Vorgänge noch von dem Solinger Telegraphenamt aus an den Ministerpräsidenten zu richten genötigt war.

---

[1]) Was allerdings der Fall. Vergleiche die biographische Abhandlung. D. H.

Ministerpräsidenten von Bismarck
Berlin.

Fortschrittlicher Bürgermeister hat soeben an der Spitze von zehn mit Bajonettgewehren bewaffneten Gendarmen und mehreren Polizisten mit gezogenem Säbel von mir einberufene Arbeiterversammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst. Umsonst mich auf das Vereinsgesetz berufend protestiert. Mit Mühe das Volk — an 5000 Mann in dem großen Saale der Schützenhalle, noch mehrere Tausend vor demselben — von Tätlichkeiten abgehalten. Von Gendarmen und Zehntausenden vom Volk, die mich arretiert glaubten, nach dem Telegraphenamt transportiert. Fahne der Elberfelder Arbeiter konfisziert. Bitte um strengste, schleunigste, gesetzliche Genugtuung.

F. Lassalle.

Der über eine Viertelstunde lange Weg, den Lassalle von der Schützenburg nach dem Telegraphenamt zurücklegte, von der gesamten Volksmenge geleitet, glich einem Triumphzug, da er unausgesetzt von schallenden ‚Hochs' auf Lassalle angefüllt wurde. Da das Volk ihn verhaftet glaubte, machte es seiner Sympathie nur um so energischer Luft. Ganz Solingen war auf den Beinen. In allen Straßen, durch welche der immense Zug (— die letzten waren noch nicht weit von der Schützenburg, als Lassalle mit der Spitze des dichtgedrängten Zuges an dem Telegraphenamt anlangte —) sich wälzte, standen die Frauen und Kinder am Fenster. Die Straßen wurden endlich gesperrt. Von dem Telegraphenamt wurde Lassalle von einem Teil der Volksmenge, die immer noch fürchtete, daß die Gendarmen Verhaftungsversuche auf ihn machen würden, nach dem Vereinslokal des A.-V. begleitet, wo zahlreiche Aufnahmen in den A.-V. stattfanden."

Hinzuzufügen ist diesem Berichte noch, daß die zwei Verwundungen, welche die Polizei zum Grund der Auf-

lösung nahm, dem Vernehmen nach vor dem Saale vorgefallen sein sollen, als einige Kaufleute und Fabrikanten ein Hoch auf Schulze-Delitzsch zur Saaltür hineinzuschreien versuchten. Einem Arbeiter soll von einem Polizisten ein Daumen mit dem Säbel abgehauen sein. Herr Lassalle versuchte zuerst, noch im Saale der Schützenburg die Depesche an den Ministerpräsidenten zu entwerfen, trotz der Aufforderung der Gendarmen an ihn, den Saal zu verlassen. Die Gendarmen bliesen ihm das Licht aus und warfen den Tisch um, auf welchem er schrieb.

In dem Vereinslokal des Arbeitervereins, wohin die Volksmasse Herrn Lassalle begleitete, wurde demselben als Geschenk von den vereinigten Arbeitern des Wuppertales ein prächtig auf weißen Atlas gedrucktes Gedicht überreicht, welches den Solinger Schwertarbeiter Ed. Willms zum Verfasser hat. —

In Düsseldorf verlief die Versammlung in größter und würdigster Ruhe. Das Kornsche Lokal faßte nur 700 Menschen und eine weit größere Anzahl wogte infolge desselben vor dem Lokale, umsonst Einlaß begehrend, auf und nieder. Dennoch wurde die Ruhe keinen Augenblick gestört.

Bei der Versammlung in Barmen hatte Herr Lassalle infolge des in Strömen niedergießenden Regens einen heftigen Katarrh und Heiserkeit davongetragen. Er hatte gleichwohl noch tags vor der Düsseldorfer Versammlung in Solingen dem immensen Lokal der Schützenburg mit seiner Stimme Trotz geboten, durch diese Überanstrengung aber sich einen momentanen Verlust seiner Stimme — eine fast vollständige Tonlosigkeit — zugezogen. Er erklärte daher in Düsseldorf sofort am Anfang der Rede, daß er dieselbe unter diesen Umständen keinesfalls werde

zu Ende halten können, aber versuchen wolle, wie lange seine Kräfte aushielten. Der Redner sprach nun etwas über eine Stunde unter fortgesetztem stürmischen Beifall und schloß dann, für den Rest auf den Druck der Rede hinweisend, die Versammlung. Gedrängte Volksmassen geleiteten ihn von da zu dem Lokal des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Die Rede ist vorstehend wörtlich so gedruckt, wie sie in Barmen gehalten worden.

Alles aber, was Lassalle in dieser Rede über die Lügenhaftigkeit der liberalen Presse gesagt hatte, sollte bei Anlaß dieser Rede selbst noch weit überboten werden. Es ist oben der Hergang der Versammlung in Solingen und der in der Rheinprovinz beispiellose Triumphzug geschildert worden, in welchem an zehntausend Mann Lassalle von der Schützenburg an das Solinger Telegraphenamt geleiteten. Während der vollen Viertelstunde, welche der unabsehbare Zug der Zurücklegung des Weges brauchte, hörten die aus Tausenden von Kehlen erschallenden Hochs auf Lassalle auch nicht einen Augenblick auf. Während die Masse Kopf an Kopf im beschwerlichsten Gedränge den Weg zurücklegte, hielten beständige Rufe: „Platz für Lassalle" einen weiten Raum für ihn und einige seiner Begleiter frei. Es würde unmöglich sein, den Jubel und die Begeisterung des Volkes schildern zu wollen. Jeden Augenblick wurden von sich herandrängenden Arbeitern Anfragen an Lassalle gerichtet, ob er wolle, daß die hinter ihm herziehenden Gendarmen gewaltsam entfernt werden sollten, und nur seiner entschiedenen Abmahnung gelang es, dies zu verhüten.

Nun wohl! Dieser gewaltigen, Nichtanwesenden unmöglich zu schildernden Volksmanifestation gegenüber, deren Zeuge ganz Solingen gewesen war, durch dessen

Straßen sich der lange Zug wälzte, wagten es die Redakteure und Berichterstatter der „Barmer" und der „Elberfelder" (so wie auch der „Rheinischen Zeitung") — gleichsam einsehend, daß sie nach Lassalles Rede in Barmen, bei der sie gegenwärtig gewesen, unmöglich mehr etwas bei der Arbeiterbevölkerung zu verlieren hätten — eine Version aufzustellen, nach welcher die Gendarmen Lassalle „zu seiner Sicherheit" und „unter den Verwünschungen des Volkes" und ihn „mit vorgestrecktem Bajonett gegen die Volkswut schützend" begleitet hätten.

Überflüssig, darauf hinzuweisen, wie Lassalle unmöglich im Momente selbst dem Ministerpräsidenten eine heftige Beschwerde über die Gendarmerie hätte telegraphieren können, wenn diese zu seinem „Schutz" gegen die „Volkswut" gedient hätte. Überflüssig, auf alle die Widersprüche hinzuweisen, in welchen die Berichte der „Elberfelder" und der „Barmer Zeitung" zueinander und jeder wieder zu sich selbst in allen ihren Punkten stehen.

Überflüssig hervorzuheben, daß die Bevölkerung später, als sich die Gendarmerie zurückgezogen, Lassalle ebenso wieder vom Telegraphenamt zum Vereinslokal des Arbeitervereins geleitete. Wer das Bedürfnis hat, aus Geständnissen des Gegners selbst die Wahrheit zu erfahren, mag den Leitartikel der „Süddeutschen Zeitung" — eines der Lassalle und der Arbeiterbewegung am meisten feindlichen Blätter — betitelt: „Vom Niederrhein, die Rheinische Arbeiterbewegung" lesen, in welchem schon nach der Barmer Versammlung eingestanden wird, es sei keine eitle Überhebung von Lassalle gewesen, wenn er in seiner Rede gesagt, er sei gekommen, „Heerschau" zu halten, und wo die Zahl und der

Enthusiasmus der Arbeiterpartei am Rhein seufzend eingestanden wird[1]).

Um aber diese neue Blöße der liberalen Presse kräftigst zu benutzen, und die Arbeiter mit einem unauslöschlichen Haß gegen dieselbe zu erfüllen[2]), erließ Lassalle sofort die nachfolgende Aufforderung an die Solinger Arbeiter in der „Düsseldorfer Zeitung".

---

[1]) Über diesen Artikel vergleiche die Schrift Lassalles „An die Arbeiter Berlins" im folgenden Bande. D. H.

[2]) Es ist nicht zu vergessen, daß, wie die vorher sorgfältig ausgearbeitete Rede selbst, so auch dieser von Lassalle redigierte Bericht nebenbei den Zweck hatte, auf Bismarck und den König von Preußen Eindruck zu machen. Vergleiche die Worte Lassalles an seinen Freund G. Lewy bei Niederschrift der Rede, zitiert in der biographischen Abhandlung. D. H.

ÖFFENTLICHE AUFFORDERUNG.

Arbeiter Solingens!

Um alles nicht nur zu bestätigen, sondern noch bis ins Komische hinein zu übertreffen, was ich euch in meiner Rede von der Lügenhaftigkeit der Zeitungsschreiber gesagt habe, stellen die „Elberfelder“ und „Barmer Zeitung“ in ihren Berichten über die Solinger Versammlung, den im Rheinlande beispiellosen Triumphzug, den mir die Solinger Bevölkerung bereitete, indem sie mich zirka zehntausend Mann stark von der Schützenburg bis ans Telegraphenamt begleitete, während der ganzen Dauer des viertelstündigen Weges unausgesetzte jubelnde „Hochs“ auf mich ausbringend, so dar: als habe mich die Gendarmerie — die ich beiläufig wiederholt umsonst aufforderte, sich zu entfernen — zu meiner Sicherheit begleiten und mit vorgehaltenem Bajonett gegen das mit Verwünschungen auf mich eindringende Volk schützen müssen!!!

Ihr, Arbeiter Solingens und der Umgegend, seid an zehntausend Mann stark zugegen gewesen. Ihr wißt, mit welchem Jubel ihr mich zum Telegraphenamt und später, nachdem sich die Gendarmerie zurückgezogen, zum Vereinslokal des Arbeitervereins geleitet habt! Euch kann diese dreiste und unerhörte Umkehrung der Wahrheit nur zu unauslöschlichem Haß und beispiellosester Verachtung gegen diese Art von Presse entflammen! Aber auch

nach außen hin darf nirgends der Schatten eines Zweifels hierüber bestehen bleiben.

Und obwohl ohnehin niemand von gesunden Sinnen an der Wahrheit dieser von mir mit meinem Namen euch, Solinger Arbeiter, ins Angesicht hinein abgegebenen Erklärung zweifeln wird, so beauftrage ich dennoch den Solinger Bevollmächtigten Eduard Willms, 500 die Wahrheit des hier Gesagten einfach bestätigende Unterschriften von gegenwärtig gewesenen Bürgern aller Stände — gleichviel welcher Partei und Richtung sie angehören — zu sammeln und sowie diese Zahl erreicht ist, die betreffende Erklärung derselben in den öffentlichen Blättern mitzuteilen[1].

Düsseldorf, den 29. Sept. 1863.

F. Lassalle.

---

[1]) Die Unterschriften wurden, wie B. Becker in seiner „Geschichte usw." bemerkt, in sechs Tagen zusammengebracht, gaben aber Anlaß zu etlichen Verwahrungen. Nach derselben Quelle lag die Wahrheit zwischen der Darstellung der zitierten liberalen Blätter und der Lassalles, bzw. der Lassalle günstigen „Düsseldorfer Zeitung" des Herrn Lindau „in der Mitte".

D. H.

DER PROZESS WIDER FERDINAND LASSALLE

VOR DER KORREKTIONELLEN APPELLKAMMER ZU DÜSSELDORF AM 27. JUNI 1864

BEMERKUNGEN ZUR ERSTEN SEPARAT-AUSGABE:

DER ERTRAG IST NACH ABZUG DER KOSTEN FÜR DIE KASSE DES „ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITER-VEREINS“ ZU DRESDEN BESTIMMT

PREIS 2 SGR. NUR FÜR MITGLIEDER

(SEPARAT-ABDRUCK AUS DER DÜSSELDORFER ZEITUNG Nr. 176, 177 UND 178)

DER ERSTE ABDRUCK ERSCHIEN IN FRANKFURT A. M.

1866



Im Monat September 1863 hatte der Schriftsteller Herr Ferdinand Lassalle in verschiedenen Versammlungen des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ zu Barmen, Solingen und Düsseldorf eine vielbesprochene, im wesentlichen politische Rede gehalten, die bald darauf als Broschüre im Verlage der Schaubschen Buchhandlung (W. Nädelen) in Düsseldorf unter dem Titel: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, drei Symptome des öffentlichen Geistes“, erschien und am 21. Oktober polizeilich mit Beschlag belegt wurde. Die Flugschrift war in einer Auflage von 10 000 Exemplaren gedruckt worden; bei der Beschlagnahme fand man noch in der Verlagshandlung 1034 Exemplare und bei den sonstigen Sortimentshändlern in Düsseldorf und in Berlin, wo die Beschlagnahme am 22. Oktober erfolgte, zusammen einige 20 Exemplare.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen diese Broschüre Anklage erhoben, deren Gesamtinhalt gegen die §§ 100 und 101 des Strafgesetzbuchs verstoßen sollte; speziell waren noch einige bestimmte Stellen in der Lassalleschen Flugschrift als straffällig in diesem Sinne hervorgehoben: so z. B. ein Passus, in welchem Herr Ferdinand Lassalle behauptet hatte, „daß die Regierung immer mit demselben ruhigen Lächeln tatsächlicher Verachtung über die Beschlüsse der Kammer dahinginge“, ein andrer, wo er die Verwarnungsordonnanz eine „Gewaltmaßregel der Regierung“ genannt, von der Knebelung der Presse, von „den laut schallenden Streichen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt“, gesprochen hatte; ferner

die Deduktion, „daß die preußische Verfassung keine zu Recht bestehende Verfassung sei und auch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung gewesen sei“, und endlich die Bezeichnung der Abgeordneten als „illegale Usurpatorenhaufen“ — alle diese angeführten Stellen sollten im Sinne der Staatsanwaltschaft gegen § 101 des Strafgesetzbuches verstoßen.

Als dem § 100 zuwiderlaufend[1]) waren die Stellen bezeichnet worden, in welchen Herr Lassalle von den Abgeordnetenfesten als von „Saturnalien der deutschen Bourgeoisie“, ferner von der „geldbesitzenden Bourgeoisie“, von den „Vorurteilen der besitzenden Klassen“ gesprochen hatte, ebenso der Ruf an die Arbeiter: „Erheben wir unsre Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, komme, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblick erklärt haben, sie wollen keine Revolution.“

Herr Lassalle wurde infolge der gegen ihn erhobenen Anklage auf Grund der §§ 100 und 101 von dem Düsseldorfer Landgerichte erster Instanz in contumaciam zu einem Jahre Gefängnis verurteilt; die Staatsanwaltschaft hatte das Maximum des Strafmaßes, zwei Jahre

---

[1]) § 100: Wer den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staates zum Hasse oder zur Verachtung gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldbuße von zwanzig bis zu zweihundert Talern oder mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft. § 101: Wer durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staates oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse oder der Verachtung aussetzt, wird mit Geldbuße bis zu zweihundert Talern oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Gefängnis, beantragt. Herr Lassalle sowohl wie auch die Staatsanwaltschaft hatten gegen dies Erkenntnis erster Instanz appelliert, und gestern kam die Sache vor der Düsseldorfer korrektionellen Appellkammer abermals zur Verhandlung.

Um 9 Uhr morgens wurde die Sitzung durch den Landgerichtspräsidenten Herrn Hellwig eröffnet; es hatte sich eine so bedeutende Anzahl von Zuhörern, die zum großen Teil dem Arbeiterstande angehörten, eingefunden, daß kurz nach 9 Uhr die Türen des überfüllten Saales geschlossen werden mußten.

Nach den gewöhnlichen Befragungen über die Persönlichkeit etc. des Angeklagten, wurde von dem Herrn Berichterstatter das Referat über den bisherigen Verlauf des Prozesses mitgeteilt, und, da die Broschüre „Die Feste, die Presse etc." außer in den oben angeführten Stellen auch ihrem ganzen Inhalt nach als straffällig befunden war, die 38 enggedruckte Seiten lange Flugschrift in extenso vorgelesen. Diese Lektüre begann 9 Uhr 30 Minuten und dauerte ohne Unterbrechung bis 10 Uhr 50 Minuten.

Nachdem auf Antrag des öffentlichen Ministeriums die Einreden der Inkompetenz und der Nichtigkeit der Ladung, die der Angeklagte erhoben hatte, als nichtig verworfen waren, ergriff der Herr Staatsprokurator das Wort: Die in erster Instanz verurteilte Broschüre enthalte unzweifelhaft Verstöße gegen die §§ 100 und 101 des Strafgesetzbuchs, Schmähungen der Obrigkeit und Aufreizung der besitzlosen gegen die besitzende Klasse. Der Autor der Flugschrift, der dieselbe angeblich gegen die Fortschrittspartei, gegen die liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses gerichtet habe, bediene sich ohne Unterschied der Bezeichnungen „Fortschrittler",

„Bourgeoisie“ und „besitzende Klasse“ als synonymer Begriffe. Er spekuliere auf die Leidenschaftlichkeit und Schwäche seiner Zuhörer; seine Agitationsreisen hätten keinen andern Zweck, als die Arbeiter gegen die besitzende Klasse aufzureizen, und eine erste Wirkung dieses strafbaren Verfahrens sei auch bereits eingetreten. Der Herr Staatsprokurator erinnerte an den bekannten Vorfall in der Barmer Versammlung, wo mehrere Anwesende, die nicht zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörten und auf Schulze-Delitzsch ein Hoch ausbrachten, aus dem Saal entfernt wurden. „Es ist richtig,“ sagt Herr Lassalle in seiner Schilderung, „daß mehrere geschwungene Stühle und geschleuderte Bierseidel diesen Rückzug beschleunigten.“

Der Herr Staatsprokurator wies ferner auf die Antezedentien[1]) des Angeklagten hin; erinnerte daran, daß der Angeklagte im November 1848 wegen „Aufreizung zum gewaltsamen Widerstande gegen die Regierung bis zum Blutvergießen“ und wegen Beleidigung des Staatsprokurators von Ammon I. zu 6 Monaten Gefängnis bereits verurteilt sei, und beantragte schließlich das höchste Strafmaß: zwei Jahre Gefängnis.

Um halb 12 Uhr begann das Plädoyer des Herrn Lassalle. Der Angeklagte sprach bis 1 Uhr, wo die Sitzung auf drei Stunden suspendiert wurde, und von 4 bis halb 7 Uhr, also vier volle Stunden, ohne auch nur ein einziges Mal unterbrochen zu werden.

Am Nachmittage war der Andrang noch stärker als am Vormittage, so zwar, daß selbst der bescheidenste Stehplatz in einem Winkel des Saales nur mit wahrhaften Gefahren erkämpft werden konnte. Die Türen

---

[1]) Das Vorleben. D. H.

waren förmlich belagert, die Korridore mit Neugierigen und Lassalles Anhängern gefüllt. Als Lassalle das Justizgebäude verließ, wurde er unter einem dreimaligen Hoch von seinen Freunden bis zum Wagen geleitet.

Plädoyer des Herrn Ferdinand Lassalle:

„Meine Herren Präsident und Räte! In den fast zahllosen Prozessen, deren Gegenstand ich war und die fast stets mit meiner Freisprechung endeten, habe ich fast niemals über das Strafmaß gesprochen. Ich habe mich immer nur in quali[1]) verteidigt und hielt es gleichsam unter meiner Würde, mich auf die quantitative Frage einzulassen. Diesmal muß ich umgekehrt mit der Betrachtung des Strafmaßes sogar beginnen. Der Grund ist einfach. Die politische Leidenschaft soll diesen Räumen nicht nahen, der Richter soll — diese Forderung stellt das Gesetz an Ihr Amt, an Sie — keinen Raum geben in seiner Brust der politischen Leidenschaft, der politischen Stimmung. Es ist dies schwer in einer politisch angeregten Zeit, denn der Richter bleibt immer ein Mensch. Wenn ich also auch milde und menschlich genug bin, um es wenigstens entschuldbar zu finden, wenn der Richter der politischen Stimmung und Leidenschaft in seiner Brust einen gewissen Raum nicht entziehen kann, so gibt es doch hierfür Grenzen. Dieses Urteil aber, über das ich mich bei Ihnen beschwere und bitter beschwere, überschreitet alle solche Grenzen, so weit man sie auch ziehen mag, durchaus und bis ins Unzulässigste. Dieses Urteil ist — es tut mir leid, dies sagen zu müssen, aber ich erkläre es Ihnen, Gerechtigkeit heischend, mit höchster Ruhe als meine unumstößliche sittliche Über-

---

[1]) In bezug auf die Sache selbst. D. H.

zeugung, und ich werde Ihnen Punkt für Punkt den unwiderleglichsten Beweis dafür vorbringen — dieses Urteil ist durch und durch dem Quell politischer Leidenschaft entflossen. Und dies beweist zunächst am deutlichsten das Strafmaß. In jeder andern Hinsicht konnte das Urteil ein maljugé sein, wie es deren ja so viele gibt, aber das Strafmaß, zu dem man gegriffen, zeigt unwidersprechlich die Leidenschaft, deren Produkt dieses Urteil ist.“

Der Redner weist nun durch eine Reihe von Fällen nach, daß in Berlin und in ganz Preußen, wegen Vergehen gegen die §§ 100 und 101, deren er angeklagt ist, fast nie mehr als eine Geldstrafe von 25, 50, höchstens 100 Talern, und nur in den allerseltensten Fällen eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen bis 4 Wochen erkannt, ja nur beantragt, gegen ihn dagegen das Maximum der gesetzlichen Strafe beantragt und annähernd erkannt worden sei. (Gefängnis von einem Jahr.) Das Gericht habe selbst die Notwendigkeit gefühlt, dies exorbitante Strafmaß noch besonders zu begründen, aber wie sei ihm diese Begründung gelungen?

Das Urteil sage hierüber zuerst: „In Erwägung, was das Strafmaß betrifft, daß dem Angeschuldigten das Strafbare seiner Handlungsweise bekannt sein mußte.“ Dies aber sei ein ganz allgemeines Requisit jeder Strafbarkeit überhaupt. Ohne das Bewußtsein einer Widerrechtlichkeit gebe es bei allen nicht kulposen[1]) Vergehen, nach dem Zeugnis aller Kriminalrechtslehrer gar keine Strafbarkeit, und dieses Motiv habe daher mit dem Strafmaß gar nichts zu tun.

Das zweite Motiv hierüber laute: „daß er durch seine Rede in den Arbeiterversammlungen gefährlich agi-

[1]) fahrlässigen. D. H.

tiert hat, wovon die Herausgabe der Broschüre nur eine Fortsetzung ist". „Niemals, meine Herren," fährt der Angeklagte fort, „hat man unvorsichtiger das Geheimnis einer Verurteilung enthüllt. Der Richter gesteht hier mit einer unglaublichen Aufrichtigkeit, daß er gar nicht eigentlich das angeklagte Vergehen bestraft, die Herausgabe der Broschüre, welche er mit einem ‚nur' bezeichnet, sondern das, was nicht angeklagt ist und nicht angeklagt werden kann. Meine ganz gesetzliche, auf dem Boden des Vereinsgesetzes stehende Agitation, die niemals von den Behörden verhindert oder angegriffen ist, weil sie dies nicht werden konnte — diese erklärt hier der Richter, weil sie ihm nicht gefällt, ihm gefährlich scheint, eigentlich verurteilen zu wollen, nicht das angeklagte Vergehen, das er als ein ‚nur' hinstellt."

„Das dritte Motiv, durch welches das Urteil das exorbitante Strafmaß rechtfertigt, lautet: — ‚und daß er wegen ähnlichen Vergehens schon bestraft worden'. Dieses Motiv bezieht sich auf eine Verurteilung, die wegen Aufforderung der Bürgerwehr zum Widerstande beim Novemberkonflikt vom Jahre 1848 gegen mich ergangen ist. Ich habe in dieser Hinsicht zwei Bemerkungen zu machen: die erste würde ich vielleicht zu stolz sein, geltend zu machen, wenn ich derselben persönlich bedürfte und wenn sie nicht vielmehr von mir bloß deshalb gemacht würde, um einem großen allgemeinen Mißbrauch, der hier wie überall von der Staatsanwaltschaft in den politischen Prozessen getrieben wird, entgegenzutreten. Überall kommt die Staatsanwaltschaft bei politischen Prozessen auf Vorbestrafungen aus den Jahren 1848 und 1849 zu sprechen."

„Aber bei dem Thronwechsel haben wir eine Amnestie aller politischen Verurteilungen erlebt. Die

Amnestie beseitigt alle noch nicht eingetretenen Folgen eines Strafurteils, somit auch die Strafverschärfung, die im Fall der Rezidive aus einem solchen Strafurteil sich ergeben kann. Und gleichwohl stolpern hier, wie anderwärts die Staatsanwälte über diese königliche Amnestie hin, als ob sie gar nicht existierte! Ich selbst bin der Bezugnahme auf diese Amnestie keineswegs benötigt, denn in meinem Falle wird es unmöglich sein, von einer Rezidive oder von einer Ähnlichkeit des Vergehens zu sprechen!"

Der Redner führt nun an, wie bei dem Novemberkonflikt von 1848 ganz besondre, ausnahmsweise Umstände vorgelegen hätten, die überhaupt kein Präjudiz begründen könnten, und wie endlich der Artikel 209 des code pénal[1]), auf den er damals angeklagt gewesen sei (Widerstand gegen die Regierungsgewalt), nicht das geringste zu tun habe mit dem § 100 unsers Strafgesetzes.

„So lösen sich — fährt der Redner fort — alle Gründe, durch welche der Richter versucht hat, dies exorbitante Strafmaß zu rechtfertigen, in ein vollständiges Nichts auf.

„Vom Strafmaß zur Strafbarkeit; und nach dem, was ich Ihnen vom Strafmaß gesagt habe, wird es Ihnen nicht mehr verwunderlich sein, zu hören, daß auch von einer Strafbarkeit überhaupt nicht im geringsten hier die Rede sein kann. Wegen zweier Vergehen bin ich verurteilt, Vergehen gegen § 100 und gegen § 101; ich wende mich zuerst zu letzterem."

Das Vergehen gegen § 101 solle nach dem Urteil darin vorliegen, daß Angeklagter in seiner rheinischen Rede gesagt und in einer längern juristischen Deduktion ausgeführt habe, „die Verfassung habe auch nicht einen Tag lang zu Recht bestanden", wodurch er, nach dem

[1]) Das rheinische Strafgesetz.

Urteil, „die Einrichtungen des Staats dem Haß und der Verachtung ausgesetzt habe". Aber nach § 101 sei nur strafbar, wer durch Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen, oder aber durch Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staats dem Haß oder der Verachtung aussetze. Welche dieser Handlungen solle hier vorliegen? Verhöhnung oder Schmähung? Wo sei das beleidigende Wort? Der zweite Richter werde ihm das so wenig nachweisen können, als es das erste Urteil vermocht hätte. Es sei eine streng legale, durchaus objektiv gehaltene Rechtsdeduktion, die er geliefert habe.

Oder solle Entstellung oder Erdichtung hier vorliegen? Aber dann hätte das Urteil doch wenigstens eine Widerlegung dieser seiner streng juristischen Ausführung, „daß die preußische Verfassung auch noch nicht einen Tag lang zu Recht bestanden habe", versuchen müssen. Dies habe das Urteil weislich unterlassen. „Ist," ruft der Angeklagte aus, „eine streng juristische Kritik verboten? Wohin ist es gekommen vor den rheinischen Tribunalen? Wie? Mit noch größerem Nachdruck und noch größerer Schärfe habe ich vor dem Berliner Staatsgerichtshofe dieselbe Behauptung plädiert, daß die preußische Verfassung noch niemals einen Tag lang zu Recht bestand. Ich muß Ihnen dies Plädoyer aus dem gedruckten stenographischen Berichte meines Hochverratsprozesses hier vorlesen. (Der Redner tut dies.) Der Präsident des Staatsgerichtshofes, er, der mich jeden Augenblick unterbrach, wenn er in meinen Worten eine Beleidigung des Staatsanwalts zu erkennen glaubte, hat mich in dieser Deduktion nicht einmal unterbrochen. Würde er dies getan haben, wenn diese Deduktion eine Schmähung oder Verhöhnung des Staatsgrundgesetzes darstellte?

Andererseits ist der Oberstaatsanwalt, der damals in Person gegen mich plädierte, nicht mit einem Worte meiner Ausführung von der legalen Ungültigkeit der Verfassung entgegengetreten.

„Wäre es nicht eine Ehrenpflicht für ihn gewesen, dem Staatsgrundgesetze zu Hilfe zu kommen und die Entstellung oder Erdichtung oder mindestens das Irrige meiner Rechtsdeduktion nachzuweisen, wenn dies eben möglich gewesen wäre? Ich provoziere hiermit den Staatsanwalt ausdrücklich, mir in seiner Replik zu zeigen, worin und warum meine Deduktion, daß die preußische Verfassung noch nie auch nur einen Augenblick lang zu Recht bestanden hat, erdichtet; entstellt oder auch nur irrig sei. Der Staatsanwalt von heute wird dies eben so wenig können, wie der Oberstaatsanwalt von damals. Wie? wäre es dahin gekommen, daß die Freiheit der juristischen Kritik, das unantastbare Recht streng legaler Deduktion von den rheinischen Tribunalen weniger geachtet würde, als von einem Berliner Ausnahmegerichtshofe?"

Der andere Verstoß gegen § 101 solle darin bestehen, daß Lassalle die Kammermitglieder einen „illegalen Usurpatorenhaufen" genannt habe. Dies könne nur als eine Beleidigung der Kammer und Kammermitglieder erscheinen, aber darüber habe er sich heute nicht zu verteidigen, denn dies sei ein Vergehen gegen § 102, dessen er heute nicht angeklagt sei, dessen er auch nach § 103 gar nicht angeklagt werden könne, solange nicht eine Ermächtigung der Kammer, ihn wegen Beleidigung derselben zu verfolgen, eingeholt worden sei. Es habe ihn sehr gewundert zu hören, wie heute der Staatsanwalt gerade auf diese angebliche Beleidigung der Kammer, auf diese Bezeichnung ihrer Mitglieder als „eines Usur-

patorenhaufens" einen besondern Nachdruck gelegt habe, da er, wie gezeigt, auf Grund des § 102 nicht verfolgt sei, noch verfolgt werden könne: „Die Staatsanwaltschaft will durch Kolorit ersetzen, was der Anklage an juristischem Nerv gebricht. Sie knetet aus drei Gesetzesparagraphen einen monstruösen vierten zusammen, der nirgends im Gesetze existiert. Ich aber bitte es mir aus, meine Herren, daß wir hier beim strengen jus bleiben."

Ein fernerer Verstoß gegen § 101 solle darin liegen, daß er nach dem Urteil „ebenso die Anordnungen der Obrigkeit mit Schmähungen überhäuft habe", dadurch nämlich, daß er die bekannte Verwarnungsordonnanz als eine „Vergewaltigung", „Gewaltmaßregelung", „Knebelung" der liberalen Presse bezeichnet habe. „Merkwürdig," ruft der Angeklagte aus, „derselbe Richter, welcher, wie Sie später sehen werden, mich in seiner merkwürdigen Zärtlichkeit für die liberale Presse verurteilt, weil ich dieselbe angegriffen — hier verurteilt er mich, weil ich der liberalen Presse zu Hilfe gekommen bin. Ich bin, wie ich Ihnen bekannt, kein Freund der liberalen Presse! aber so sehr ist Recht und Wahrheit mein Wahlspruch, daß ich auch diesen meinen bittersten Gegnern gegenüber keinen Augenblick Anstand genommen habe, ihnen Zeugnis abzulegen für die widerrechtliche Gewalt, die man gegen sie begangen hat. Diese „Vergewaltigung" ist unbestreitbar, und drei Beweise für dieselbe will ich Ihnen auflegen. Die Berliner Gerichtshöfe haben stets die liberalen Blätter freigesprochen, als sie jene Verwarnungsordonnanz in ähnlicher Weise angriffen. Die Kammer hat es sofort nach ihrem Zusammentritt im November 1863 mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität entschieden, indem sie die Verwarnungsordonnanz für verfassungswidrig erklärte — und

endlich das Ministerium hat es selbst eingestanden, indem es jene Ordonnanz hierauf sofort zurückzog. Was also will der Richter? Alle meine Ausdrücke sagen eben nur: „widerrechtliche Gewalt", und sind sinnliche Bilder dafür.

„Der Begriff der Schmähung und Verhöhnung ist durch den Begriff streng gesetzlicher Wahrheit überhaupt ausgeschlossen. Und wenn selbst hier von Schmähung und Verhöhnung die Rede sein könnte, so wäre diese doch nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen die Presse selbst von mir gerichtet worden, weil diese jener Vergewaltigung nicht den hinreichenden Widerstand entgegensetzte.

Der Redner verliest zum Beweise die betreffenden Stellen der angeklagten Rede.

Das zweite Vergehen, dessen er angeklagt, sei ein Vergehen gegen § 100. Das Urteil beschuldige ihn, zu Haß und Verachtung gegen die besitzende Klasse aufgereizt zu haben, und gleichwohl attestiere es selbst, daß er nur von der Fortschrittspartei und der liberalen Presse gesprochen. Aber, sage das Urteil, was er gegen diese sage, sei von ihm der besitzenden Klasse „zugedacht". Diese Gesinnungsinquisition sei überhaupt unzulässig, es komme auf das an, was er gesagt habe, auf seine Verbalhandlung, nicht auf das, was er, nach dieser Gesinnungsinquisition des Richters, etwa gedacht habe. Dieses „zugedacht" beweise der Richter durch folgende Gründe: „Daß dies schon aus der Stellung sich entnehmen läßt, welche der Angeschuldigte der in der letzten Zeit vielfach ventilierten Arbeiterfrage gegenüber eingenommen hat, und in welcher er in agitatorischer Weise im Land herumgezogen ist, um das von der besitzenden Klasse und namentlich durch jene Fraktion und durch die liberale Presse vertretene System anzufeinden."

„Tage und Nächte," ruft der Redner aus, „müßte ich sprechen, um alle Rechtswidrigkeiten zu entwickeln, die in diesen Motiven enthalten sind. Der Richter entnimmt also, wie er hier selbst gesteht, nicht aus der angeklagten Broschüre, sondern aus meiner Gesamtagitation, d. h. aus lauter extraprozessualischen Fakten, aus lauter Dingen, die nicht den Gegenstand des Prozesses bilden, aus Dingen, die den Richter aus Grund und Boden nichts angehen, wegen deren er nicht verurteilen darf, wie sehr sie ihm auch mißfielen — aus diesen entnimmt er den Grund zur Verurteilung! Ja, er entnimmt ihn aus lauter Dingen, die er nicht kennt!! Denn was weiß wohl der Richter in der Wahrheit von der „Stellung", die ich zu der „vielfach ventilierten Arbeiterfrage" einnehme? Hat er wirklich — und welche — meine an siebzig Bogen betragenden Werke, Broschüren und Reden über die soziale Frage gelesen? Oder urteilt er nicht vielmehr rein vom Hörensagen, nach dem, was ihm seine lieben liberalen Blätter, die er so lieb gewonnen hat vom täglichen Lesen, daß er mich wegen meiner Kritik dieser Götzen verurteilt, also nach dem, was ihm meine Feinde darüber vorzureden für gut befunden haben? Daß man aburteilt im gesellschaftlichen Gespräch darauf hin, was die Zeitungen sagen — ich habe mich darüber in meinem „Bastiat-Schulze" mit bitterer und gerechter Indignation ausgesprochen! Daß man aber darauf verurteilt an richterlicher Stelle — ich verhülle mein Haupt vor Scham bei diesem Gedanken!

„Und doch, Sie begreifen, meine Herren, wenn ich ein Kreuzverhör anstellen dürfte mit jenem Richter über den Inhalt meiner sozialen Schriften, über die ökonomischen und wissenschaftlichen Beweise, die ich entwickelt, über die Gründe und Forderungen, die ich geltend ge-

macht habe — also über die Stellung, die ich wirklich zur Arbeiterfrage einnehme, wie würde jener Richter in diesem Verhöre wohl bestehen? Ich sei in „agitatorischer Weise im Lande herumgezogen", wirft mir der Richter vor. Es hat ihm dies sehr mißfallen, wie es scheint, und die Bitterkeit dieser Worte, die fast an Landstreicherei erinnern, das Kolorit, soll wiederum den Mangel an jedem soliden Verurteilungsgrunde ersetzen! Dieser Richter scheint nicht zu wissen, daß England seine größte Maßregel in diesem Jahrhundert, die Aufhebung der Kornzölle, dem verdankt, daß Richard Cobden einige Jahre „in agitatorischer Weise im Lande herumgezogen" ist. Ich sei also, fährt der Richter fort, in agitatorischer Weise im Lande herumgezogen, „um das von der besitzenden Klasse und namentlich durch jene Fraktion — (ergo! sic! politische Fraktion, nicht gesellschaftliche Klassen), und durch die liberale Presse vertretene System anzufeinden". Sehr, sehr höchst merkwürdige Motive, das! Ich kritisiere die liberale Presse und die Fortschrittspartei; die Sprache bietet nun folgende Stufenleiter dar, die der Richter unvermerkt durchläuft. Kritisieren, heißt das nicht geistig angreifen? Gewiß! Geistig angreifen aber, sagt sich der Richter, heißt das nicht anfeinden? Und anfeinden, ist das nicht offenbar zum Haß und zur Verachtung anreizen? Und so wäre denn glücklich jede Kritik strafrechtlich verboten.

„Aber wie wäre dann, wenn sich die Parteien nicht geistig angreifen dürfen, ein k o n s t i t u t i o n e l l e r Staat nur denkbar? Denn dieser beruht eben auf dem geistigen Kampfe der politischen Parteien! Es machen daher auch alle Parteien und Blätter den reichlichsten Gebrauch hiervon. Mir allein soll, so will der Düsseldorfer Richter, dies verboten sein.

„Es geschieht alle Tage, sage ich, und zwar von den

konservativen und Regierungsblättern genau in derselben Weise wie von mir. Sie haben von mir gelernt, meine Kritik der Fortschrittler adoptiert, sich derselben bemächtigt, so sehr, daß bekanntlich damit die liberalen Blätter den Vorwurf begründen (lachend), daß ich der Reaktion diene!"

Der Redner verliest zum Beweis zwei Leitartikel des ministeriellen Organs, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", vom 27. Februar und 29. April d. J.

„Warum verfolgt also die Staatsanwaltschaft die ministeriellen und konservativen Blätter nicht? Warum führt sie zweierlei Maß und Gewicht, während das Gesetz doch nur eines ist?

„Eine zweite Reihe von Betrachtungen, die ich dem Urteil entgegenstelle, ist folgende: Wie soll ein Angriff gegen die Fortschrittspartei und gegen die liberale Presse einen Angriff gegen die besitzenden Klassen darstellen? Einer von den folgenden beiden Trugschlüssen muß hier den Richter irregeführt haben: die Fortschrittspartei und die liberale Presse vertreten den Nutzen, den Vorteil und die Herrschaft der besitzenden Klassen — und folglich hat, wer die Fortschrittspartei und die liberale Presse schmäht und anfeindet, die besitzenden Klassen selbst angefeindet und geschmäht, weil er die Vertreter ihrer politischen Herrschaft schmäht. Wie windschief dieses Räsonnement ist, kann Ihnen am kürzesten folgende Betrachtung zeigen. Der § 100 unterscheidet nicht zwischen den Klassen der Gesellschaft. Die nicht besitzenden Klassen sind also durch ihn ebenso sehr geschützt, wie die besitzenden. Ich vertrete nun den Nutzen, den Vorteil, die Herrschaft des Arbeiterstandes. Wer also z. B. in einer liberalen Zeitung mich schmähte und anfeindete, ähnlich etwa wie es jenes Urteil und

jener Staatsanwalt getan haben, hätte der deshalb die nicht besitzenden, arbeitenden Klassen geschmäht und angefeindet? Wie viele Tausende von Prozessen hätte dann die Staatsanwaltschaft alle Wochen gegen die liberale Presse erheben müssen?!

„Oder aber der Trugschluß, welcher den Richter irre geleitet hat, ist folgender: Die Inhaber von Preßinstituten und die Mitglieder der Fortschrittspartei g e h ö r e n immer oder in der Regel den besitzenden Klassen an und folglich hat, wer die liberale Presse angreift, die besitzenden Klassen selbst angegriffen.

„Ich habe bereits bemerkt, daß die nicht besitzenden Klassen durch den § 100 ebenso geschützt sind wie die besitzenden. Freudenmädchen und Spitzbuben gehören nun immer den nicht besitzenden Klassen an, weil, wer Besitz hat, keines dieser beiden Metiers zu treiben braucht. Andererseits gehören wieder stets die Wucherer den besitzenden Klassen an, weil, wer nichts besitzt, auch nicht wuchern kann. Wer also sich gedrungen fühlte, ein Buch gegen die Spitzbuben, Freudenmädchen oder Wucherer zu schreiben, würde der deshalb die nicht besitzenden und resp. besitzenden Klassen angegriffen haben, weil jene Kategorien von Leuten denselben angehören?

„Nun ja, meine Herren, ich h a b e die liberale Presse angegriffen, weil ich in der Tiefe meiner Seele von der glühenden Überzeugung durchdrungen war und bin, daß sie viel gemeinschädlicher ist, als alle jene drei soeben genannten Kategorien zusammengenommen, denn diese beschädigen doch nur einzelne, während jene den gesamten Volksgeist in seiner Wurzel verderben. Ja, ich habe die liberale Presse angegriffen, aber wie? Habe ich wirklich geschmäht? Habe ich die Verleumdungen und persönlichen Verdächtigungen, mit denen sie mich überschüttet

hat, ihren Persönlichkeiten zurückgegeben? Nichts von alledem!

„Den Blick immer unverwandt auf die große geistige Kulturentwicklung der Völker geheftet, sah ich, daß und warum die Presse, welche bei ihrem Entstehen der Träger der geistigen Interessen gewesen war, im Laufe der Zeiten sich selber unvermerkt in ihrem innersten Wesen verändert, und sich in den Verderber der Volksintelligenz umgewandelt und zwar notwendig umgewandelt hatte, weil sie allmählich aus dem Beruf geistiger Vorkämpferschaft durch das Annoncengeschäft zu einer industriellen Spekulation geworden war. Ich sah diese Wunde und erkannte die Gefahr! Ich sah zugleich, daß die Macht ohnmächtig sei gegen diese Wunde, daß ihre Heilung nur aus den innersten Säften des Volksgeistes hervorgehen könne. —

„Da erhob ich mich zu diesem ungleichen Kampfe: Einer gegen alle! In meinem „Julian, der Literarhistoriker" und in meiner heute angeklagten rheinischen Rede kritisierte ich die Presse in ihrer Essenz und wies nach, wie sich dieser Verderb mit Notwendigkeit aus dem Wesen der heutigen Preßinstitution durch jenes Annoncengeschäft entwickeln mußte. Gerade diese gegen das Wesen der heutigen Preßinstitution gerichtete Kritik war es, welche den Staatsanwalt erster Instanz zu so merkwürdigen Angriffen gegen mich veranlaßte.

„Meine Herren! In diesem ungleichen Kampfe, geführt einerseits zwischen mir[1]) und andererseits der gesamten Presse, diesem tausendarmigen Institute, das be-

---

[1]) Wobei Lassalle aber die in Preußen noch sehr stark junkerlich feudale Reaktion auf seiner Seite hatte. Einige Beweise dafür führt Lassalle in seiner Rede weiterhin selbst an. D. H.

reits Regierungen und Könige gestürzt hat, ist es nicht nötig, daß die Tribunale der Presse beispringen! Sie kann sich schon allein schützen! In diesem Kampfe müßte vielmehr jeder, welcher Meinung er auch sei, immerhin mit einem gewissen Interesse für mich zuschauen. Diejenigen, die meinen Ansichten huldigen, natürlich mit der höchsten Sympathie und Spannung; diejenigen aber, die nicht meiner Ansicht sind, müßten zusehen, zunächst ohne jede Befürchtung — denn wenn es nicht Wahrheit ist, was ich lehre, was sollte ich vermögen, ich einzelner gegen jenes, täglich mit hunderttausend Stimmen predigende Institut? Immerhin aber müßten auch selbst diese Gegner meiner Ansicht mit einer immensen Achtung für die Kühnheit und Tiefe meiner Überzeugung zuschauen! Es gehört kein Mut dazu, meine Herren, sich Ihrer Verurteilung auszusetzen! Aber um dessentwillen, was man das allgemeine Wohl erkannt hat, seine E h r e aussetzen und preisgeben den täglichen Zerreißungen und Verleumdungen von tausend Blättern, wie ich es getan habe — dazu gehört ein Mut und eine Überzeugungstiefe ohne gleichen.

„Soviel, um Ihnen die Neigung zu nehmen, mich zu verurteilen. — Wäre denn aber eine Verurteilung wegen meiner Angriffe gegen die Presse, selbst wenn Sie diese Neigung hätten, auch nur möglich? Ich bringe drei Gegeneinreden: Erstens, ich habe n u r das Wesen, das Institut der Presse angegriffen, nicht die Person, der § 100 aber handelt nur von Angriffen gegen Personen, während der § 101, der von den Einrichtungen handelt, die Presse nicht schützt, weil sie keine Staatseinrichtung ist. Zweitens, wenn ich selbst die Personen angegriffen hätte, so habe ich keine Klasse angegriffen, die liberalen Zeitungsschreiber bilden keine Klasse, keine ä u ß e r l i c h e r k e n n b a r e Mehrheit, wie das Gesetz dies für den

§ 100 nach der konstanten Jurisprudenz des Obertribunals erfordert. Drittens, wenn ich eine Klasse angegriffen hätte, so habe ich doch nicht zu „Haß und Verachtung" gegen sie angereizt. Denn hierunter wird sich nur frivole Schmähung, niemals aber, wenn der Volksgeist nicht ausgehungert werden soll, indem man ihm alle geistige Nahrung abschneidet, eine gedankentiefe theoretische Kritik verstehen lassen. Ist es nun frivole Schmähung, oder ist es eine gedankentiefe Kritik gewesen, welche ich gegen die Presse gerichtet habe? Ich appelliere an Ihr Gewissen. Aber auch äußere Beweise kann ich Ihnen genug dafür auflegen, und zwar die Anerkennung dessen durch große Organe der Presse selbst. So hat damals die „Wochenschrift des deutschen Reformvereins" zu Frankfurt am Main, das Hauptorgan der großdeutschen Partei, die heute angeklagte Rede trotz des dazu erforderlichen bedeutenden Raumopfers fast in extenso abgedruckt, mit der Erklärung, daß sie die tiefste Kritik und die furchtbarsten Wahrheiten enthalte, welche jemals über die heutige Presse ausgesprochen worden seien.

„Ich übergehe eine Reihe ähnlicher Eingeständnisse der konservativen Organe, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", der „Kreuzzeitung", der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", welche ich verlesen könnte, um mich sofort zu einem Aktenstück von noch weit größerer Wichtigkeit, zu einem offiziellen Dokumente zu wenden.

(Hierauf wurde die Sitzung auf drei Stunden unterbrochen.)

„Ich war," ergriff Lassalle nach der Pause wieder das Wort, „heut vormittag soweit gekommen, Ihnen ein offizielles Aktenstück von entscheidender Bedeutung für diesen Prozeß mitteilen zu wollen. Es ist dies nichts anderes, als die wenige Wochen nach dem Erscheinen der

angeklagten Broschüre von dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, in der Kammersitzung vom 19. November v. J. gehaltene Rede, die ich Ihnen hier aus dem amtlichen stenographischen Berichte vorlesen werde. Der Minister kommt in derselben ausdrücklich auf die heut angeklagte Broschüre zu sprechen, er bemächtigt sich derselben, er adoptiert ausdrücklich meinen Nachweis, daß die Presse von heute statt Vorkämpfer großer politischer Aktionen zu sein, nur auf einer Annoncenspekulation beruhe. Seine Worte vindizieren mir geradezu ein „Verdienst" für den gründlichen theoretischen Nachweis, mit welchem ich der Presse von heute entgegengetreten bin." (Lassalle verliest hier die Rede des Ministers aus dem amtlichen stenographischen Berichte.)

„Der Minister vindiziert mir also ein Verdienst in offizieller Rede im gesetzgebenden Körper, und der Staatsanwalt verfolgt mich wegen dieses Verdienstes? Der Minister nennt gleichfalls, unter Bezug auf die Beweisführung in meiner Rede, die Presse eine Annoncenspekulation. Will der Minister gleichfalls zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen aufreizen? Nun wohl, der Minister ist nicht Deputierter, er ist nicht gedeckt durch jenes Gesetz, welches nur die Kammermitglieder für unverantwortlich für ihre Reden erklärt. Warum ist der Minister also nicht von der Staatsanwaltschaft verfolgt worden?

„Sie sehen, meine Herren — und mit diesen Worten trete ich jetzt ein Beweisthema an, welches ich Ihnen von nun an fortlaufend bei allen Punkten, um die es sich heute handelt, belegen werde — was ich sage, ist von einer solchen Tiefe der Wahrheit, von einer solchen Macht der Intelligenz getragen, daß es immer einige Monate darauf — ich werde Ihnen dies, wie gesagt, fortlaufend

in dem noch übrigen Teile meines Plädoyers beweisen — aus dem Munde der offiziellen Leiter der Gesellschaft widerhallt[1]). Und mich hat man deshalb verurteilt?! Ist ein solches maljugé dagewesen? Eine höchst bittere Bemerkung reiht sich hieran. So lange die Welt steht, hat jedes einmal bestehende Regiment sich leider immer für unangreifbar erklärt. Es ist das gewiß sehr traurig, und hat zu allen Zeiten der Freiheit die tiefsten Wunden geschlagen. Es hat die patriotischen Bürger gezwungen, jeden Fortschritt und jede Entwicklung mit ihrem Herzblute zu erkaufen. Es ist dies also sehr traurig, sage ich, aber es ist mindestens bekannt. Schon der Dichter ruft aus:

„Die Wenigen, die was davon erkannt,
Und töricht genug, ihr volles Herz nicht wahrten,
Hat man seit je gekreuzigt und verbrannt."

„Es ist also mindestens bekannt, sage ich, und jeder hat in solchem Falle sich im voraus darein ergeben und sich resigniert.

„Daß aber auch eine Oppositionspresse und Oppositionspartei für kritisch unangreifbar erklärt wird — das ist ein „Fortschritt", den dieses Urteil zuerst erfindet, und für den es verdiente, in irgend einem historischen Museum in Spiritus aufbewahrt zu werden! Daß es in den Jahrbüchern der Geschichte mit aller ihm gebührenden Kritik aufbewahrt werde — dafür werde ich sorgen....

[1]) So advokatorisch geschickt diese Wendung, so wenig kann sie über die Tatsache hinwegtäuschen, daß nicht die „Tiefe der Wahrheit" der Lassalleschen Kritik es war, welche das reaktionäre preußische Kabinett veranlaßte, sich sie zu eigen zu machen. Es nahm wie das Geld, so auch die Schlagworte, wo es sie fand, wenn sie nur im Moment seinen Zwecken entsprachen. D. H.

„Jetzt aber erst, nachdem ich die Motive dieses Urteils widerlegt, gehe ich dazu über, die drei juristischen Gründe zu entwickeln, welche jede, wie immer motivierte Verurteilung unmöglich machen. Drei Requisite müssen nach § 100 zusammentreffen, um eine Strafbarkeit zu begründen: A) gegen eine äußerlich erkennbare Mehrheit von Personen, gegen eine Klasse also muß die Aufreizung gerichtet, B) zu Haß oder Verachtung dieser Klasse muß aufgereizt und C) es muß dadurch der öffentliche Frieden gefährdet — nicht gestört — aber doch gefährdet worden sein."

Lassalle zeigt nun ad A., daß das erste Requisit nicht zutreffe, weil er nicht von den „besitzenden Klassen", ja nicht einmal von der „Bourgeoisie", sondern nur von den „Angehörigen der Fortschrittspartei" gesprochen habe. Die beiden einzigen Stellen, pag. 8 und 14 der Broschüre, wo er von „Bourgeoisie" gesprochen, hätten jedenfalls mit Haß und Verachtung nichts zu tun. Wenn er das rheinische Abgeordnetenfest die „Saturnalien der deutschen Bourgeoisie" genannt habe, so habe er dies Fest, bei welchem der Richter etwa in ungenauer Auffassung an Orgien gedacht habe, die sich in späteren Zeiten damit verbanden, nur in seinem strengen altklassischen Sinne genommen, wie er dies ja auch in der Broschüre selbst erkläre, nach welcher bei diesem Feste die Umkehrung stattfand, daß sich die Herren als Sklaven und die Sklaven als Herren gebärdeten. Überdies habe, wie aus dem Kommissionsberichte der zweiten Kammer S. 65 ausdrücklich hervorgehe, wie auch durch das Obertribunal (Oppenhoff[1])), Strafgesetzbuch § 100 Nr. 1 mit bloßen Beleidigungen und Verleumdungen nichts zu tun.

[1]) Hier fehlen im Original die Bezeichnung der Stelle bei Oppenhof, sowie die Worte „erkannt ist". D. H.

Wenn er aber auch von „Bourgeoisie“ gesprochen hätte, so stände die Sache doch noch ganz ebenso, denn auch „Bourgeoisie“ bedeute niemals soviel wie „besitzende Klassen“, sondern bezeichne immer nur ein bestimmtes Kollektivum von Gesinnungen und Ansichten, somit keine *äußerlich erkennbare* Mehrheit von Individuen. So gehöre ein großer Adliger doch auch zu den „besitzenden Klassen“, und dennoch werde es niemandem einfallen, ihn einen „Bourgeois“ zu nennen. Der Grund hiervon liege auch nicht in dem Adelstitel. Denn andererseits habe er selbst in seinem Verein Kaufleute, Unternehmer, Advokaten, Professoren, Männer also, die in jeder Hinsicht den besitzenden Klassen angehören. Seien diese, sei er selbst, der gleichfalls äußerlich den besitzenden Klassen angehöre, „Bourgeois“ zu nennen? „Und wer,“ ruft der Angeklagte aus, „Fortschrittler“ identifiziert mit „besitzenden Klassen“ oder mit „Bourgeoisie“, im *Sinne* von besitzenden Klassen, wie der Staatsanwalt und das Urteil in erster Instanz so ausdrücklich getan hat, der behauptet, daß die konservative Partei, die Regierung und das *Königtum* keine Anhänger in den Reihen der besitzenden Klassen habe. Wie? Hat nicht das Königtum noch erstaunlich viel Anhänger in den besitzenden Klassen, Millionäre, Fabrikanten, Bankiers, große Beamten? Sind diese konservativen Besitzenden „Fortschrittler“, sind sie „Bourgeois“? Wer behauptet, „*daß das Wort „Fortschrittler“ mit „besitzenden Klassen“ identisch, wie der Staatsanwalt und das Urteil erster Instanz dieses getan, der entzieht mit einem einzigen Strich, mit einer einzigen Volte dem Königtum alle Anhänger in den besitzenden Klassen.*“

Endlich beweist der Angeklagte durch Vorlesung einer

längeren Stelle seines „Arbeiterprogramms“, pag. 20 bis 22[1]), daß er das Wort „Bourgeosie“ immer nur in dem ganz bestimmten Sinne von Anhängern eines direkten oder indirekten Zensus (Dreiklassenwahlgesetz) nehme und dies seinen Anhängern auf das nachdrücklichste in seinen Agitationsschriften eingeschärft habe. „Bourgeoisie“ sei also nur der europäische Ausdruck für dieselben politischen Ansichten, für welche „Fortschrittler“ der spezifisch preußische Ausdruck sei.

Auch der erste Richter würde ihn also niemals haben verurteilen können, wenn er die vorgelesene Stelle seines „Arbeiterprogramms“ gekannt hätte, und der Richter zeige hiermit, wie wenig er in Wahrheit von der „Stellung“ wisse, die der Angeklagte zu der „in der letzten Zeit vielfach ventilierten Arbeiterfrage“ einnehme. Wer zu den besitzenden Klassen gehöre, sei äußerlich erkennbar durch seinen guten Rock, wer zu dem Arbeiterstande gehöre, durch seinen Kittel, aber die liberalen Ansichten gäben sich nicht auf der Achselklappe zu erkennen. Es liege somit keine äußerlich erkennbare Mehrheit von Personen vor.

Ad B. Ebensowenig habe er zu Haß und Verachtung im Sinne von § 100 angereizt, denn dieser Paragraph spreche nur von Personen. Er aber, der Angeklagte, richte seine Kritik überall nur gegen die Zustände und Einrichtungen der Gesellschaft, von denen, wie er in seinen Agitationsschriften ausdrücklich erkläre, die Personen nur das unbewußte, unschuldige Produkt seien. Zum Beweise dessen liest der Angeklagte zwei Stellen

---

[1]) Bd. II, S. 172 bis 174 unserer Ausgabe. Vergleiche auch unsere Note an jener Stelle. D. H.

seiner Schriften (Wissenschaft und Arbeiter, pag. 33[1]) und Indirekte Steuern, pag. 34[2])) vor.

„Wie?" ruft der Angeklagte aus, „Königtum und Kirche müssen es sich täglich gefallen lassen, kritisiert zu werden, und die Bourgeoisie allein wollte dies nicht?"

Ad C sei hier auch nicht der „öffentliche Friede gefährdet". Haß und Verachtung und Anreizung dazu seien theoretische Gefühle, die als solche den Staat nicht angingen, so lange sie in der Innerlichkeit der Brust eingeschlossen bleiben; erst dann würde, wie der § 100 zeige, die Anreizung strafbar, wenn sie die Natur habe, zu äußeren Handlungen zu führen. Dies habe auch bereits das Obertribunal durch Urteil vom 2. März 1853 kassierend entschieden. Nicht jede Anreizung zu Haß und Verachtung sei also strafbar, wie dies das Urteil erster Instanz mit völliger Verkennung des Gesetzes annehme. Daß aber seine Anreizung zu Haß und Verachtung die besondere Natur gehabt habe, den öffentlichen Frieden zu gefährden, habe selbst das erste Urteil nicht konstatieren können. (Der Angeklagte verliest zum Beweis dessen die betreffenden Urteilmotive.) Da in diesen somit nur in facto konstatiert sei, daß er „die besitzende Klasse bei den Arbeitern in Verachtung zu bringen und letztere gegen dieselbe aufzureizen den Zweck habe", nirgends aber die Möglichkeit einer praktischen Störung (dies heiße „Gefährdung") des öffentlichen, des Straßenfriedens, so läge in dieser Hinsicht Kassationszwang in bezug auf das Urteil erster Instanz vor. „Sie sehen," fährt Lassalle fort, „mit welcher Offenheit und Loyalität im Vertrauen auf Ihr Gewissen ich diese Sache plädiere, denn wenn Sie mich nicht frei-

[1]) Bd. II, S. 257 unserer Ausgabe.
[2]) Bd. II, S. 333 unserer Ausgabe.

sprechen wollen, so können Sie mir nichts Lieberes tun, als das Urteil „aus den Gründen des ersten Richters" bestätigen. Es liegt dann, weil das Hauptrequisit des Gesetzes, die Tatsache der Friedensgefährdung, durch kein Motiv des Urteils konstatiert ist, Kassationsnotwendigkeit vor."

Er wolle aber sofort durch drei absolute Gegenbeweise dartun, daß hier von einer Gefährdung des öffentlichen Friedens in der Tat nicht die Rede sein könne. Erstens: Der erste Beweis sei die Intelligenz seiner Bewegung. Ihm sei mit Tumult, mit Totschlagen von Fortschrittlern, mit Zertrümmerung von Fabriken und Pressen offenbar nicht gedient und viel geschadet. Zweitens aber, wie hätten denn solche gegen Personen und Eigentum gerichtete Unruhen auch nur möglicherweise aus seiner Agitation hervorgehen können. Was er auf jeder Seite seiner Schriften predige, sei nicht ein Angriff gegen Personen, sondern, wie bereits gezeigt, gegen die Zustände und Einrichtungen der Gesellschaft. Was er auf jeder Seite seiner Schriften predige, sei: Durch Intervention der Gesetzgebung die Arbeiterfrage zu lösen und zu diesem Zweck, durch Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, die gesetzgebende Gewalt in die Hand zu bekommen. (Der Angeklagte verliest zum Beweis dessen zwei Stellen seiner Schriften „Antwortschreiben" S. 36[1]) und „Arbeiterlesebuch" S. 41[2]), in welchen dies den Arbeitern als Quintessenz der gesamten Agitation hingestellt wird.) „Also nicht zur Störung des öffentlichen Friedens, zur Beschädigung an Personen und Eigentum, sondern zur Beseitigung unserer gegenwärtigen Staatseinrichtung, des Dreiklassenwahlgesetzes, reize ich an.

[1]) S. 88 in diesem Bande.

[2]) S. 243 in diesem Bande.

Es ist also ganz klar, reize ich zu *irgend* etwas Ungesetzlichem an, so ist es zu nichts Geringerem, *als zur gewaltsamen Beseitigung des Dreiklassenwahlgesetzes, zur gewaltsamen Revolution, zum Hochverrat, um die Staatsmaschine in unsere Hand zu bekommen!* In dieser Hinsicht war jene Hochverratsanklage, welche im März d. J. in Berlin gegen mich verhandelt wurde, und die meine ganze Agitation umfaßte, ganz konsequent! Wenn irgend ein Vergehen, so ist es dies höchste Verbrechen, welches hier vorliegt! Ich stand also bereits unter dieser Anklage, und es ist durch rechtskräftiges Urteil entschieden, daß ich allerdings einen Umsturz der bestehenden Verfassung erstrebe, aber auf die rechtmäßigste und friedlichste Weise von der Welt, durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung und Einsicht." Diese Anklage also sei bereits gerichtet, jene andere aber, um die es sich heute handle, sei unmöglich.

Der dritte Gegenbeweis sei der, daß er gerade in der angeklagten Rede pag. 27 aus den daselbst entwickelten Gründen die Arbeiter aufgefordert habe, bei den Wahlen *für* die Fortschrittler zu stimmen. Wie also sei eine praktische Beschädigung der Fortschrittler, eine praktische Störung des öffentlichen Friedens auch nur möglich gewesen, infolge einer Rede, in welcher er seine Anhänger zwar lehre, was sie theoretisch über die Fortschrittler zu denken hätten, sie zugleich aber zur praktischen Unterstützung derselben antreibe? Dies sei ein souveräner Gegenbeweis, denn in demselben Augenblick, in welchem man eine Partei praktisch unterstütze, in demselben Augenblick könne man unmöglich zugleich die Personen oder das Eigentum derselben praktisch beschädigen und vernichten. Wie wolle ihm also der heutige Richter

die Gefährdung des öffentlichen Friedens konstatieren? Wie wolle er — denn auf Papier freilich ließe sich alles konstatieren, Papier sei geduldig — wie wolle er es in seinem Gewissen konstatieren?

„Ich komme jetzt," fährt der Redner fort, „zu dem letzten und wichtigsten Motiv des Urteils, dem wahren Tragebalken desselben, dessen Betrachtung ich eben deshalb bis jetzt verschoben habe. Das Urteil sagt: „Daß die in der Broschüre enthaltenen Angriffe der Bourgeoisie und die Ausfälle gegen die Presse nur den Zweck haben können, die besitzende Klasse bei den Arbeitern in Verachtung zu bringen und sie gegen dieselbe aufzuregen." Der Richter attestiert also hier selbst, daß er, wenn er an einen ernsthaften, einen heilsamen, einen berechtigten Zweck dieser Agitation hätte glauben können, natürlich weit entfernt gewesen wäre, dieses Urteil zu fällen. Das angeführte Motiv erklärt sich auch nur durch einen von dem Staatsanwalt, Herrn Effertz, in erster Instanz mit höchstem Nachdruck aufgestellten Satz: „Der Angeklagte erhebt wider besseres Wissen eine bereits seit zwanzig Jahren zerrissene Fahne." Dieser Satz, meine Herren, hat wörtlich so in einem der Leitartikel gestanden, welche die „Volkszeitung" in Berlin im Sommer vorigen Jahres gegen mich geschrieben hat. Sie sehen also beiläufig auch hier wieder, mit welchem Recht ich behaupte, daß es die Stimme meiner Feinde ist, die aus dem Urteil erster Instanz und dem Plädoyer des Staatsanwalts spricht. Diese Unterstellung aber, von der bereits seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne, einmal zugegeben — was ist da natürlicher, als dieses Urteil? Es ist also eine unwahre, frivole, nur zu stupidem Klassenhaß und Erbitterung treibende Bewegung! Einen anderen Zweck kann wenigstens

der erste Richter, wie er selbst in dem angeführten Motiv bezeugt, bei seiner Auffassung dieser Agitation, sich nicht als möglich vorstellen — und diese Auffassung einmal zugegeben, wer sympathisiert da nicht mit dem edlen Zorn des Richters?

„Dieses Motiv urteilt also über das gesamte Verdienst au fond meiner Agitation, über das philosophische und ökonomische Verdienst derselben, über die Frage: Ist es eine große kulturhistorische Bewegung, die ich erregt habe oder nicht? Hierüber urteilt jener Richter ab, in meiner Abwesenheit, und ohne meine Schriften zu kennen! Heute bin ich selbst da, aber kann ich wirklich diese Frage vor Ihnen plädieren? Welch merkwürdiger Prozeß, wo die wichtigste Frage, um die es sich handelt, nicht einmal plädiert werden kann! Denn welche Zeit wäre wohl erforderlich, um vor Ihnen zu entwickeln die philosophischen, die ökonomischen Gründe, die historischen und statistischen Beweise, kurz das gesamte Material, welches das geistige Fundament meiner Agitation bildet und einen Umfang von fast siebzig Bogen füllt? Sie finden gewiß schon, daß ich jetzt einen ungebührlichen Gebrauch von Ihrer Zeit mache, wie viele Tage und Wochen würde ich aber plädieren müssen, um diese Frage zu erörtern? In dieser Lage würde ich sein, wenn ich nicht glücklicherweise in aller Kürze äußere Beweise von unwidersprechlicher Natur vorbringen könnte.

„Ja, meine Herren, seitdem mein Bastiat-Schulze erschienen, haben die berühmtesten Koryphäen der deutschen Gelehrten, jene Männer, die den Stolz der Nation bilden, Namen, vor denen sich selbst der Staatsanwalt und der Richter erster Instanz in Verehrung verbeugen würden, mir schriftlich und mündlich ihre begeistertste Sympathie und Zustimmung zu erkennen gegeben. Sie

haben mir bestätigt, wenn ich noch einer solchen Bestätigung bedürfte, daß ich recht habe in jeder Zeile und in jeder Silbe! Aber ich werde Ihnen sofort einen noch stärkeren Beweis vorlegen. Ich werde jetzt einen Namen nennen, der von jedem rheinischen Tribunal nicht mehr mit Verehrung, sondern nur mit der höchsten Ehrfurcht wird gehört werden können![1]) Den Namen eines Mannes, welcher ein Diener und zugleich ein Fürst der Kirche, seit langen Jahren in die ernstesten Studien vertieft, von den Katholiken der Rheinprovinz fast wie ein Heiliger betrachtet wird, den Namen des Bischofs von Mainz, Freiherrn v. Ketteler. Der Herr Bischof hat sich in seinem Gewissen gedrungen gefühlt, seinerseits ein Werk über die Arbeiterfrage („Die Arbeiterfrage und das Christentum") zu veröffentlichen, in welchem er Punkt für Punkt alle meine Kontroversen mit den Fortschrittsökonomen durchgeht und Punkt für Punkt Zeugnis für die Wahrheit und Unumstößlichkeit meiner Beweise ablegt. Erlauben Sie mir, Ihnen nur wenige Beispiele anzuführen.

„Sie erinnern sich des Hauptfundaments dieses ganzen Streites, jenes „ehernen ökonomischen Gesetzes", wie ich es in meinem „Offenen Antwortschreiben" nannte, nach welchem der Arbeitslohn unter Angebot und Nachfrage auf die Dauer durchschnittlich nie über das Minimum des notwendigsten Lebensunterhaltes hinaussteigen kann. Der ganze Streit, sage ich, dreht sich um die Anerkennung dieses Gesetzes. Alles, was ich in meinen Agitations-

---

[1]) Da es sich bei dieser Rede um ein Plädoyer vor Gericht und gegen eine ungewöhnlich hohe Verurteilung handelt, so gehen wir auf diesen und die folgenden Hinweise für die Rechtmäßigkeit der Lassalleschen Bewegung hier nicht weiter ein. D. H.

schriften entwickle, ist mit solcher Notwendigkeit aus demselben hergeleitet, daß einer der Chefs meiner Gegner, der Fortschrittsökonom Herr Max Wirth in seinem Blatt „Der Arbeitgeber" hat drucken lassen: auf dieses Gesetz müsse der ganze Kampf beschränkt werden, denn sei dasselbe einmal zugegeben, so sei alles andere mit logischer und unwidersprechlicher Notwendigkeit daraus entwickelt; jenes Gesetz aber sei erfunden und erlogen.

„Hören Sie, was der Bischof über diesen Hauptpunkt sagt:

„Die materielle Existenz des Arbeiterstandes, die Beschaffenheit aller notwendigen Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie ruht nämlich mit so wenigen Ausnahmen, daß sie diese Regel nicht alterieren, auf dem Arbeiterlohn, und der Arbeitslohn bestimmt sich in unserer Zeit nach der Lebensnotdurft im engsten Sinne, d. h. nach dem, was der Mensch unumgänglich notwendig bedarf, wenn nicht seine physische Existenz vernichtet werden soll. Die Wahrheit dieses ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann. In ihr liegt, wie mit vollem Recht behauptet wird, die ganze Arbeiterfrage! Auf der einen Seite die Arbeiternot, auf der andern Seite der Probierstein für den Wert aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen."

Sie sehen, meine Herren, meine Sprache war sogar noch milder, als die des Bischofs. Ich ließ in meinem „Antwortschreiben" den Fortschrittsökonomen noch die Wahl, entweder von der Sache nichts zu verstehen, oder das Volk täuschen zu wollen. Auf die Beweise fußend, welche ich in meinem „Antwortschreiben", in meinem

„Arbeiterlesebuch" und in systematischer Form in meinem Bastiat-Schulze darüber vorgetragen habe, geht der Bischof so weit, den Fortschrittlern nicht einmal mehr jene Wahl zu lassen, sondern trotz aller Rücksicht und evangelischen Milde, die ihm in seiner Stellung so Pflicht wie Natur ist, geradezu zu erklären: jenen meinen Satz nach den von mir vorgebrachten Beweisen noch länger bestreiten, heiße die „Absicht" haben, das „Volk zu täuschen".

„Was meinen Sie, meine Herren, zu dieser ‚seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne', die ich ‚wider besseres Wissen' schwinge? Bin ich berechtigt oder nicht, gegen jenen Richter und jenen Staatsanwalt den Text zu predigen: Nunc erudimini qui judicatis terram. ‚Jetzt lernet ihr, die ihr die Erde richtet'."

„Ebenso sagt der Bischof pag. 62: ‚Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle selbst ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die in den ersten Abschnitten geschilderte Lage des Arbeiterstandes, wonach er großenteils mit seiner ganzen Existenz auf die eigentliche Lebensnotdurft beschränkt ist, mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit aufgedeckt zu haben etc.' Sie sehen, was nach jenem Urteil und nach jenem Staatsanwalt mein Verbrechen ist, es ist mein Verdienst, mein unbestreitbares Verdienst in den Augen des Bischofs. Und in bezug auf meine Kritik der Schulzeschen Hilfsmittel bezeugt der Bischof pag. 57: ‚daß dazu die von der liberalen Partei als Hilfsmittel in Vorschlag gebrachten Genossenschaften im ganzen und großen nicht ausreichen, ist in neuerer Zeit hinreichend und evident bewiesen. In dieser Hinsicht sind die Ausführungen von Lassalle unwiderlegt und unwiderleglich.'"

„Was meinen Sie, meine Herren, zu dieser ‚bereits

seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne'. Bin ich, oder bin ich nicht berechtigt zu predigen: ,nunc erudimini etc.' Der Redner führt jetzt noch einige weitere Stellen an aus dem Werke des Bischofs, die er in der Regel mit denselben Fragen schließt. Er konstatiert dann, daß der Bischof in bezug auf die Gerechtigkeit der „von Lassalle vorgeschlagenen Maßregeln" ausdrücklich erkläre, daß vom Standpunkte des Staats, der Wissenschaft und der liberalen Partei aus, „wohl sicherlich gar kein Bedenken zu erheben sei". Nur bei Voraussetzung der Göttlichkeit des Privateigentums sei ein solches Bedenken etwa möglich. Die einzige Befürchtung, die der Bischof ausspreche, sei die einer „Überstürzung" bei Ausführung der von ihm durchaus ausführbar gehaltenen Lassalleschen Maßregeln.

„Was," ruft der Redner aus, „treibt diesen Kirchenfürsten an, mit dieser Schärfe, die oft noch die Schärfe meiner eignen Sprache übertrifft, Zeugnis abzulegen für die Wahrheit meiner Lehre? Will der Bischof gleichfalls „zu Haß und Verachtung anreizen?" Was anders treibt ihn an als die gleiche Überzeugung mit mir, daß hier eine Wunde im nationalen Leben vorliegt, zu deren Erkenntnis die Nation gleichsam mit geistiger Gewalt gezwungen werden muß, wenn der Volkskörper nicht zugrunde gehen soll?

„Sie haben den Bischof gehört. Wollen Sie jetzt einen noch wichtigeren Zeugen vernehmen?" Dieser Zeuge sei niemand anders, als der König von Preußen!

„Sie haben von jener schlesischen Weberdeputation gehört, die vor kurzem eine Audienz beim Könige hatte. Nach derselben wurde den Webern eröffnet, sich tags darauf im Staatsministerium einzufinden, um hier das zu erhalten, was sie über den Vorgang in der Audienz ver-

öffentlichen dürften. Die Arbeiter begaben sich hierauf zu mir, legten diesen, somit ein durchaus authentisches Dokument bildenden Bürstenabzug, den ich den Akten beifügen werde, in meine Hände und autorisierten mich, jeden beliebigen Gebrauch davon zu machen. Es heißt am Schlusse dieses im Staatsministerium selbst gefertigten Berichts wie folgt: „Mit dem Trost einer möglichst baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Not entließen Se. Maj. die Deputation. Das königliche Versprechen wird erhebend und ermutigend in allen Tälern des Riesengebirges widerhallen und vielen hundert duldenden redlichen Familien neue Hoffnung und neue Kraft zu mutigem Ausharren geben."

„Also ist bereits die Anerkennung unseres Hauptgrundsatzes, daß nicht durch das laisser faire et laisser aller der freien Konkurrenz, wie die Fortschrittsökonomen als ein unverbrüchliches ökonomisches Gesetz behaupten, sondern durch die Gesetzgebung die Arbeiterverhältnisse zu regeln seien — bereits ist die Anerkennung dieses Hauptgrundsatzes, welcher den prinzipiellen Boden des Kampfes zwischen mir und den Fortschrittsökonomen bildet (vgl. „Arbeiterlesebuch" pag. 41[1]), „Antwortschreiben" pag. 36)[2]), durch den König selbst erreicht und durch ein königliches Versprechen besiegelt.

„Wie war dieser rasende Erfolg nur möglich, und zwar im Laufe eines Jahres? Pflegt sich die Wissenschaft so rasch der Praxis zu unterwerfen? Ich habe im Gegenteil in meinen „Indirekten Steuern" gezeigt, daß z. B. die Einsicht von der Verderblichkeit der auf notwendige Lebensmittel gelegten Steuer sich seit dreihun-

---

[1]) S. 243 in diesem Bande.

[2]) S. 88 in diesem Bande.

dert Jahren durch alle wissenschaftlichen Kompendien schleppt, ohne deshalb sich die Praxis unterworfen zu haben. Wie also, frage ich, war bei der weit schwierigeren Frage, um die es sich bei meiner Agitation handelt, in der kurzen Zeit eines Jahres ein so erstaunlicher Erfolg auch nur möglich? Habe ich von meinem Vorfahr Faustus den Höllenzwang geerbt?

„Ich will Ihnen das Geheimnis dieser Erfolge jetzt enthüllen, meine Herren, und Ihnen dadurch den letzten Einblick in das Verständnis meiner Agitation gewähren. Zwei Dinge mußten zusammenkommen. Zunächst die höchste Wissenschaftlichkeit dieser Bewegung! Mit einem Panzerhemde von Stahl, mit unzerreißbaren Maschen, mußte jeder meiner Beweise umstrickt sein. Wehe mir, wenn eine einzige Masche riß!

„Aber dies war noch nichts. Ich hätte, trotz aller Wissenschaftlichkeit, Jahrhunderte lang gelehrte Werke schreiben können, ohne daß sich die Praxis darum gekümmert hätte! Die Großen der Erde haben keine Nötigung, keine Veranlassung und nicht die Gewohnheit, sich um das zu kümmern, was der einsame Denker in seinem Zimmer schreibt.

„Aber die Massen durchdringen mit dem Widerhall diese Lehre, aber sicher ihrer Wahrheit mit ihr auf den großen Markt treten, aber sich aus dem tausendfachen Echo der Volksstimme, das selbst die Gegner nur vermehren, einen Keil schmieden, um anzupochen an das Gewissen der Bischöfe und das Pflichtgefühl der Könige — das war es, worauf es hier ankam!

„Das Urteil konstatiert es in einer kurzen und dunklen Wendung als ein besonderes Unrecht, daß ich mich an die Arbeiter wende. Dieser dunkle Satz findet seine Erläuterungen in den Ausführungen des Staatsanwaltes erster

Instanz, welcher gleichfalls darin, daß ich mich an die Arbeiterklasse wandte, einen Beweis mehr für die Verwerflichkeit meiner Bestrebungen sah! Ich werde dem Staatsanwalt und dem Richter erster Instanz, um milde zu sein, antworten: Sie verstehen ganz und gar nichts von diesen Dingen.

„Abgesehen davon, daß die Arbeiter sehr gut meine Lehren begriffen haben, denn sie sind Menschen, wie Sie, meine Herren, und der Vernunft zugänglich, wie Sie, abgesehen davon, daß ohne das Begreifen der Arbeitermassen diese Reform gar nicht praktisch auszuführen wäre — kommen hier die Arbeiter vor allem als Resonanzboden in Betracht. Auf diesen Resonanzboden mußte ich aufschlagen können mit dem Hammer der Wissenschaft, um allen Lärm der Tagesinteressen zu übertäuben und alle Intelligenzen zu zwingen — alle Intelligenzen, sage ich, freilich, freilich mit Ausnahme des Düsseldorfer Staatsanwaltes und des Düsseldorfer Richters erster Instanz — um alle bis zum Bischof, bis zum Könige zu zwingen, diese Fragen zu studieren und respektive durch die ihnen zu Gebote stehenden Intelligenzen studieren zu lassen.

„Das Versprechen des Königs ist so mein Werk, die Folge gerade davon, daß ich, aus der Stille des Studierzimmers heraustretend, an die Arbeiter mich wandte — — und dafür werde ich angeklagt!

„Der Minister Graf zu Eulenburg hat vor kurzem einer Buchdruckerdeputation, die um das Koalitionsrecht petitionierend bei ihm war, gesagt: „Von allen Seiten tritt die so wichtige Arbeiterfrage an uns heran" und es werde nichts übrigbleiben, als durch Gesetzvorschläge an den gesetzgebenden Körper ihre Lösung zu versuchen. Ich finde jene angeführten Worte höchst konzis. Es ist nicht

die Stellung, nicht die Gewohnheit unserer Staatsmänner, Probleme aufzusuchen. Sie warten ab, bis sie durch die öffentliche Meinung an sie herantreten.

„Die Zusage des Ministers wie das Versprechen des Königs ist mein Werk. 1848 kreuzte man die Bajonnette gegen die schlesischen Weber — heute verspricht man ihnen, dem Prinzipe meiner Agitation beipflichtend, Änderung ihrer Lage, Abhilfe ihrer Not durch die Gesetzgebung!

„Die merkwürdige, diese heilsame Umwandlung ist, ich wiederhole es, mein Werk. Sie ist die Folge gerade dessen, daß ich an die Massen mich wandte und mit ihrem Echo die Stimme der Wissenschaft verstärkte! Und dafür werde ich angeklagt??

„Und noch eins: der Bischof fürchtet, wie ich Ihnen sagte, Überstürzung der Ausführung dieser von ihm für durchaus ausführbar gehaltenen Maßregel. Und in der Tat, diese Überstürzungsgefahr ist und war seit je bei allen großen Reformen gerade um so mehr vorhanden, je gerechter sie waren. Nun wohl! Die Zeit erwartend, wo jene Reformen sich vollbringen, diszipliniert inzwischen meine Agitation diese ungeduldigen Massen. Wie ein Mann eilen sich und gedulden sich (der Redner wendet sich bei diesen Worten halb rückwärts in das fast nur aus Arbeitern bestehende dicht gedrängte Auditorium, welches mit einem nicht zu beschreibenden Ausdruck der Spannung jedem seiner Worte folgt), drängen vorwärts und halten zurück die großen Massen, welche unsern Verein bilden am Rhein wie an der Elbe, an der Nordsee wie an der Donau, auf meinen Ruf. Die Zeit jener praktischen Reform abwartend, bringt mein Verein diesen Massen inzwischen die Disziplin bei, die nicht bloß für militärische Zwecke, nein, die in ebenso hohem

Grade für alle großen organisatorischen Reformen unerläßlich ist.

„O, meine Herren, fünfzig Jahre nach meinem Tode wird man anders denken über diese gewaltige und merkwürdige Kulturbewegung, die ich unter Ihren Augen vollbringe, als der Düsseldorfer Richter erster Instanz, und eine dankbare Nachwelt wird — dessen bin ich sicher — meinem Schatten die Beleidigungen abbitten, welche jenes Urteil und jener Staatsanwalt gegen mich verübt!

„Endlich, meine Herren, wie komme ich zu dieser Bewegung, und wie ist sie entstanden? Bin ich ein unruhiger Zeitungsschreiber? Nachdem ich einen schweren praktischen Kampf beendet, der in den Annalen dieser Provinz seinerzeit Aufsehen gemacht hat und zu dem mich, ich darf es sagen, nur mein praktischer, ritterlicher Pathos drängte, zog ich mich in die Stille des Studierzimmers zurück. Ich schrieb nicht Zeitungsartikel, noch Broschüren; ich gab große gelehrte Werke heraus in den schwierigsten Fällen des Wissens — und auf dem Gebiete der Wissenschaft lassen mir ja selbst meine leidenschaftlichsten Gegner, wie ungern auch, Gerechtigkeit widerfahren! Da fühlte ich mich, gerade durch den Zusammenhang aller dieser Studien, noch einmal in meinem Gewissen gezwungen, einen praktischen Kampf zu bestehen und diese Agitation, von deren unerläßlichen Notwendigkeit ich überzeugt war, in das Volk zu werfen. Und wartete ich vielleicht, bis die Atmosphäre mit Pulverdampf und Barrikadenstaub erfüllt war, um mit dieser Agitation aufzutreten? Ich las einst in einem Fortschrittsblatt den höhnischen Ausruf: Diese Bewegung käme sich selbst zu früh; wenn ich Erfolge hätte haben wollen, so hätte ich das Eintreten einer Krise abwarten müssen. Ich mußte herzlich lachen, als ich hier so klar das Um-

gekehrte meines Gedankens ausgesprochen sah. Gerade in der Zeit der höchsten Ruhe und vollkommenen Friedens trat ich auf mit dieser Agitation; diese Probleme sollten in tiefster Ruhe diskutiert, durch Liebe und Einsicht gelöst werden; diese Reformen sollten durch Liebe und Weisheit eingeführt werden, oder aber, traf uns eine Krise, so sollte sie eine durch die öffentliche Diskussion bereits reife und entwickelte Überzeugung der Nation vorfinden.

„So sehen Sie hier das merkwürdige Schauspiel einer Agitation, welche die Massen erfaßt hat, welche eine ganze Nation für und wider erregt und die ohne jede Hilfe von Ereignissen, die das Volk auf die Straße werfen, lediglich aus dem Gewissen eines Mannes hervorgegangen ist. Wenn irgendwo, so liegt hierin ein großes Verdienst, und selbst in dem Leitartikel eines ministeriellen Organs wurde vor kurzem (der Redner verliest den Schluß eines Leitartikels der „Nordd. Allg. Ztg." vom 12. Juni) das Verdienstliche anerkannt, welches darin liege, soziale Schäden aufzudecken und zu diskutieren vor dem Einbrechen gefährlicher Krisen.

Meine Herren, wie diese Bewegung aus meinem Gewissen hervorgegangen ist, so wende ich mich an Ihr Gewissen bei diesem Urteil. Wenn Sie sich nur mit der Hälfte jener Gewissenhaftigkeit und Objektivität bei diesem Urteil prüfen, mit welcher ich mich prüfte, als ich das Banner dieser Agitation erhob, so ist jede Verurteilung absolut unmöglich! Denn erlauben Sie mir mit einer Versicherung zu schließen, die Sie nicht als ein rhetorisches Kunststück, sondern als den tiefsten Ausdruck meiner sittlichen Überzeugung betrachten wollen. Es ist hart für einen Mann meines Alters und meiner Lebensgewohnheiten, auf zwölf Monate, ja nur

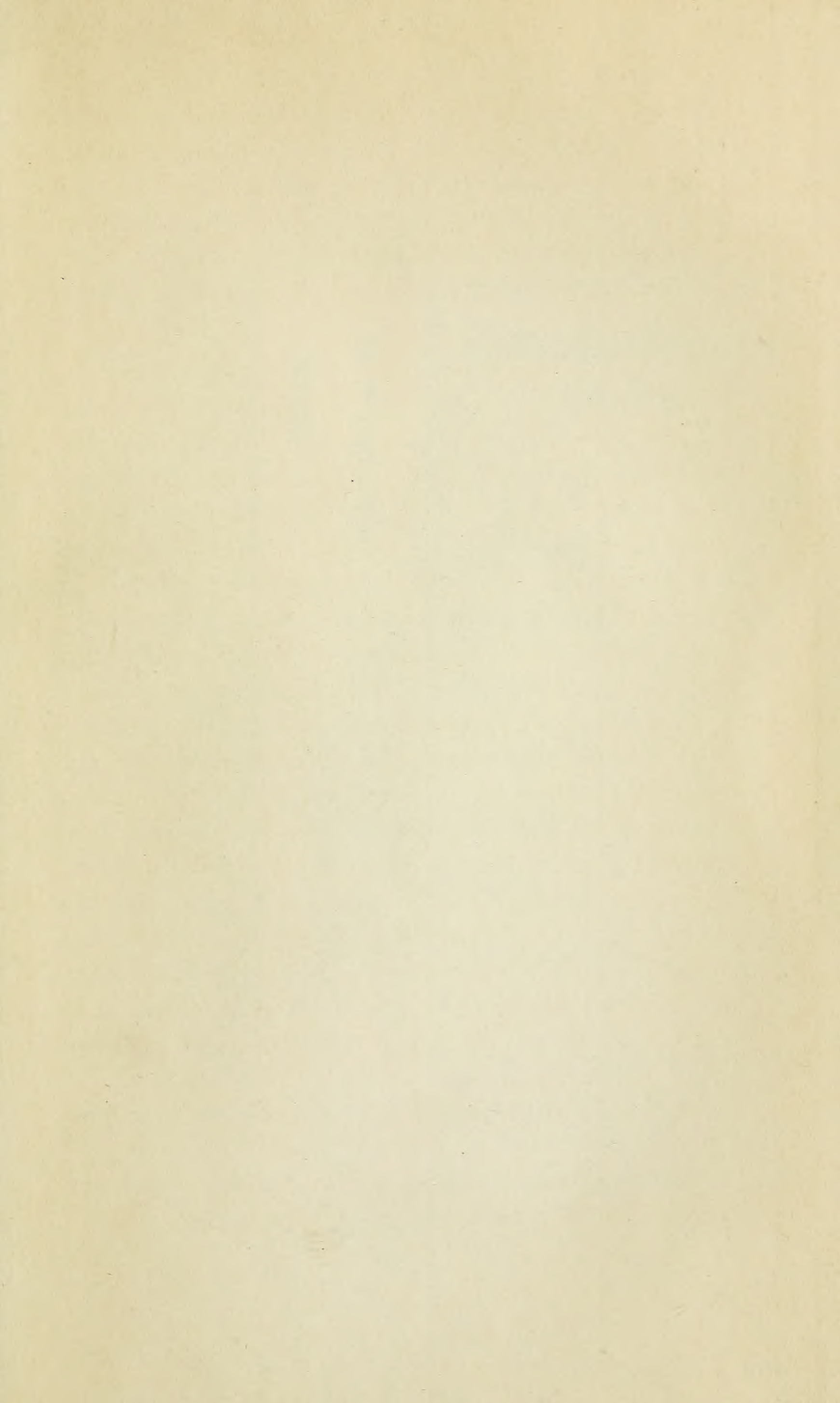
auf zwölf Tage ins Gefängnis zu gehen, und es steht in dieser Hinsicht nicht alles mehr bei mir, wie in meiner Jugend, wo ich mit derselben Gleichgültigkeit ins Gefängnis ging wie ein anderer zum Ball! Aber trotzdem — lieber wollte ich mein Lebtag nicht wieder die Nacht des Kerkers verlassen, als dieses Urteil gefällt zu haben!!

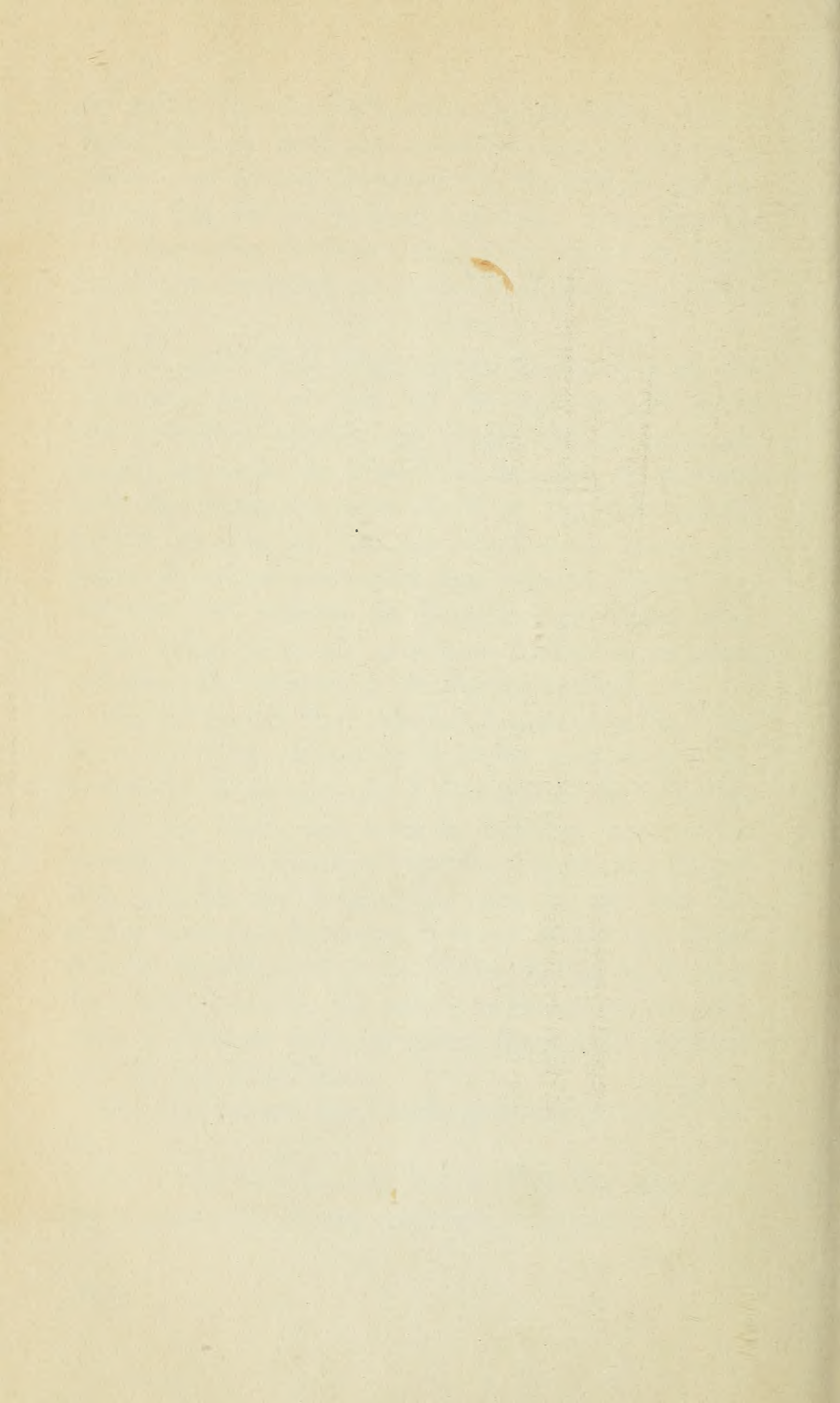
Nach dieser Rede erhob sich der Staatsanwalt mit der Erklärung, daß er nicht auf die umfangreiche Sache selbst eingehen, sondern nur einigen Bemerkungen entgegentreten wolle, die Herr Lassalle gegen ihn gerichtet habe. Bemerkenswert waren die Worte des Herrn Staatsanwalts, er gebe zu, daß das Urteil erster Instanz beseitigt sein möge, aber selbst dann liege res integra vor, und der Hof, welcher die Broschüre zur Hand habe, würde schon selbst die geeigneten Stellen in derselben auffinden. Er halte seinen Strafantrag aufrecht.

Hierauf ergriff Herr Advokat-Anwalt Bloem I. das Wort und führte seinerseits in höchst scharfer und eindringlicher Weise aus, durch Betrachtung der einzelnen Stellen der Rede, wie wenig in derselben irgendwelche Anweisung zu praktischem Handeln enthalten sei. Überall habe Lassalle die Arbeiter nur zum Denken und Begreifen angeregt. In höchst beredter Weise verbreitete sich der Verteidiger über die Verdienste und das Streben des Herrn Lassalle, die jeder anerkennen müsse, auch wenn er durchaus nicht auf seinem Standpunkt stehe und sich mit ihm identifiziere.

Der Hof vertagte den Urteilsspruch auf nächsten Freitag.

Das Urteil über Lassalle lautete „Schuldig“ und wurden demselben 6 Monate Gefängnis zuerkannt.





SoS
L3464B

Lassalle, Ferdinand
Gesammelte Reden und Schriften; edited by
Eduard Bernstein. Bd. 3.

629982

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED

